

Mittelfristige Finanzplanung 2009 - 2013

Stand: Juli 2009

**Mecklenburg
Vorpommern**



Finanzministerium

Herausgeber:

Finanzministerium Mecklenburg-Vorpommern
Schloßstraße 9 - 11, 19053 Schwerin
Homepage: <http://www.fm.mv-regierung.de>
E-Mail: fm-presse@fm.mv-regierung.de

Redaktion:

Abteilung Haushalt und Finanzwirtschaft
Referat IV 200
im Finanzministerium Mecklenburg-Vorpommern

Inhaltsverzeichnis (Band 1)

1.	Vorbemerkungen	4
1.1	Rechtsgrundlage	4
1.2	Aufgabe der Mittelfristigen Finanzplanung	4
1.3	Betrachtungszeitraum	4
2.	Gesamtrahmen der Mittelfristigen Finanzplanung	5
2.1	Gesamtwirtschaftliche Ausgangslage und ökonomische Rahmenbedingungen	5
2.2	Bevölkerungsentwicklung / Demographischer Wandel	7
2.3	Bundesstaatliche Ausgangsbedingungen für die Finanzplanung	10
2.3.1	Entwicklung des öffentlichen Gesamthaushalts	10
2.3.2	Ergebnisse der Mai-Steuerschätzung 2009	14
2.3.3	Modernisierung der bundesstaatlichen Ordnung II (MBO II)	15
2.3.4	Beschluss des Finanzplanungsrates	17
2.4	Finanzpolitische Ausgangsbedingungen für die Finanzplanung Mecklenburg-Vorpommerns	18
2.4.1	Ausgeglichene Haushalte	19
2.4.2	Netto-Tilgungen	20
2.4.3	Strukturelles Defizit	21
2.4.4	Benchmarking der laufenden Ausgaben	22
2.4.5	Personalkonzept 2010	23
2.4.6	Haushaltsergebnis 2008	26
2.4.7	Verschuldung im Ländervergleich	27
2.5	Modernisierung der Verwaltung in Mecklenburg-Vorpommern	28
2.5.1	Verwaltungsmodernisierung mit kommunalem Bezug	28
2.5.1.1	Kreisgebietsreform in Mecklenburg-Vorpommern	28
2.5.1.2	Funktionalreform in Mecklenburg-Vorpommern	29
2.5.1.3	Neugestaltung des Finanzausgleichs	29
2.5.2	Verwaltungsmodernisierung in der Landesverwaltung	31
2.5.2.1	Reform der Landesverwaltung Mecklenburg-Vorpommern	31
2.5.2.2	Kosten- und Leistungsrechnung (KLR) / Produkthaushalt	32
3.	Ergebnisse der Mittelfristigen Finanzplanung im Überblick	34
3.1	Umsetzung der finanzpolitischen Zielsetzungen der Landesregierung	34
3.1.1	Netto-Tilgungen / Netto-Kreditaufnahme	34
3.1.2	Gesamtausgaben	35
3.1.3	Haushaltsstruktur / Quoten	36
3.2	Handlungsbedarfe	37
3.3	Verwendung der Sonderbedarfs-Bundesergänzungszuweisungen (SoBEZ)	38
3.4	Bewertung und Ausblick	40
4.	Einnahmen und Ausgaben nach Arten	42
4.1	Einnahmen	42
4.1.1	Einnahmen aus Steuern, Länderfinanzausgleich (LFA) und Bundesergänzungszuweisungen (BEZ)	43
4.1.2	Übrige laufende Einnahmen	45

4.1.3	Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen	46
4.1.4	Einnahmen vom Bund	47
4.1.5	Einnahmen von der Europäischen Union	50
4.1.6	Besondere Finanzierungseinnahmen	51
4.1.6.1	Haushaltstechnische Verrechnungen	51
4.1.6.2	Entnahmen aus Rücklagen	51
4.1.7	Netto-Kreditaufnahme	51
4.2	Ausgaben	52
4.2.1	Personalausgaben	53
4.2.2	Schuldendienst	54
4.2.2.1	Zinsausgaben	54
4.2.2.2	Tilgung von Kreditmarktmitteln	55
4.2.3	Sach- und Fachausgaben	56
4.2.3.1	Kommunaler Finanzausgleich (KFA)	56
4.2.3.2	Soziale Sicherung	60
4.2.3.3	Schuldendiensthilfen	61
4.2.3.4	Sächliche Verwaltungsausgaben	62
4.2.3.5	Sonstige Sach- und Fachausgaben	63
4.2.4	Globale Mehr- und Minderausgaben	64
4.2.5	Investitionsausgaben	65
4.2.6	Besondere Finanzierungsausgaben	67
4.2.6.1	Haushaltstechnische Verrechnungen	67
4.2.6.2	Zuführungen an Rücklagen	67
4.2.7	Verpflichtungsermächtigungen	67
5.	Entwicklung des Stellenbestands	69
5.1	Umsetzung des Personalkonzepts 2004	69
5.2	Stellenplan-Entwurf 2010/2011	69
6.	Erläuterungen zu einzelnen Politikbereichen	71
6.1	Wirtschaftsförderung	71
6.2	Arbeitsmarktpolitik und berufliche Ausbildung	71
6.3	Förderung einer wettbewerbsfähigen Land-, Forst- und Fischereiwirtschaft	72
6.4	Entwicklung einer modernen Verkehrsinfrastruktur	72
6.5	Wohnungs- und Städtebauförderung	73
6.6	Wasserversorgungs- und Abwasseranlagen	73
6.7	Natur- und Umweltschutz sowie Klimaschutz	74
6.8	Gesundheitspolitik	74
6.9	Familie und Erziehung	75
6.10	Demokratie und Toleranz	75
6.11	Schulen	75
6.12	Hochschulen und Wissenschaft	76
6.13	Kultur, Denkmalpflege und Sport	77
6.14	Zukunftsfonds	77
6.15	Zukunftsinvestitionsgesetz Mecklenburg-Vorpommern (ZIP M-V)	77
6.16	Gesetzliche Sozialleistungen	78

6.17	Opferhilfe-Beratung	79
6.18	Landesbau	79
6.19	Innere Sicherheit	80
6.20	eGovernment	81

Anlagen Band 1

1. = Wirtschaftsdaten
2. = Länderfinanzausgleich
3. = Finanzpolitische Kennzahlen
4. = Haushaltsergebnis 2008
5. = Gesamtübersicht über den Finanzplan 2009 bis 2013
6. = Schwerpunktbereiche
7. = Zusammenstellung der Bundeseinnahmen
8. = Zusammenstellung der EU-Einnahmen
9. = Kommunaler Finanzausgleich
10. = Stellenentwicklung
11. = Übersicht der Subventionen im Finanzplanzeitraum 2009 bis 2013
12. = Finanzplan 2009 bis 2013 nach dem gemeinsamen Schema des Finanzplanungsrats
13. = Gruppierungsübersicht
14. = Funktionenübersicht
15. = Grafiken
 - Struktur der Einnahmen 2008 bis 2013
 - Struktur der Ausgaben 2008 und 2013
 - Netto-Kreditbedarf seit 1999
 - Schuldenstand und Netto-Kreditaufnahme seit 1999
 - Pro-Kopf Verschuldung im Ländervergleich seit 1994
 - Zinsausgaben seit 1999
 - Steuern, LFA und BEZ seit 1999
 - Finanzierungssaldo seit 1999
 - Personalausgaben seit 1999
 - Entwicklung der Einwohnerzahl des Landes seit 1994
16. = Gesamtübersicht der Einnahmen und Ausgaben seit 1999

Band 2

Mittelfristige Finanzplanung (Investitionen) 2009 - 2013

Redaktionsschluss: 29. Juli 2009

1. Vorbemerkungen

1.1 Rechtsgrundlage

Nach §§ 9 und 14 des Gesetzes zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft (StWG) ist der Haushaltswirtschaft des Bundes und der Länder eine fünfjährige Finanzplanung zu Grunde zu legen. In ihr sind Umfang und Zusammensetzung der voraussichtlichen Ausgaben und die Deckungsmöglichkeiten in ihren Wechselbeziehungen zu der mutmaßlichen Entwicklung des gesamtwirtschaftlichen Leistungsvermögens darzustellen. Teil des Finanzplans ist die Mittelfristige Investitionsplanung, die entsprechend § 50 Abs. 5 des Haushaltsgrundsätzegesetzes (HGrG) und § 10 i. V. m. § 14 StWG unter Prioritätsgesichtspunkten auf der Basis mehrjähriger Investitionsprogramme der Ressorts (Darstellung der Einzelvorhaben) entwickelt worden ist (vgl. gesonderte Darstellung im Band 2).

§ 50 Abs. 3 HGrG bestimmt, dass der Finanzplan den gesetzgebenden Körperschaften spätestens im Zusammenhang mit dem Entwurf des Haushaltsgesetzes für das nächste Haushaltsjahr vorzulegen ist.

1.2 Aufgabe der Mittelfristigen Finanzplanung

Die Mittelfristige Finanzplanung (MFP) hat im Gegensatz zu dem im Gesetzgebungsverfahren förmlich festzustellenden Haushaltsplan ausschließlich Programmcharakter. Sie wird deshalb dem Landtag nicht zur Beschlussfassung, sondern nur zur Kenntnisnahme vorgelegt. Die Mittelfristige Finanzplanung soll für Regierung und Parlament Orientierungshilfe für die Haushaltsplanung und Entscheidungshilfe für die Bewertung einnahme- und ausgabewirksamer Maßnahmen sein.

1.3 Betrachtungszeitraum

Die vorliegende Mittelfristige Finanzplanung umfasst den Zeitraum von 2009 bis 2013. Ausgangsjahr ist gemäß § 50 Abs. 2 HGrG das laufende Haushaltsjahr, also 2009¹. Für die Haushaltsjahre 2010 und 2011 ist in den Finanzplan der Entwurf des Haushaltsplans 2010/2011 eingearbeitet worden. Die eigentliche Projektion bezieht sich auf die Jahre 2012 und 2013.

¹ Hinweis:
Soweit in Tabellen Beträge unter „Haushaltsplan 2009“ genannt werden, handelt es sich um Vergleichszahlen aus der Sicht des Jahres 2010, die nicht in jedem Fall mit dem originären Haushaltsplan 2009 identisch sind. Dies ist auf strukturelle und gruppierungstechnische Umstellungen zwischen den Haushaltsjahren zurückzuführen, bei denen das Vorjahr angepasst (vergleichbar gemacht) wird.

Differenzen in den Summen der Tabellen und Übersichten sind rundungsbedingt.

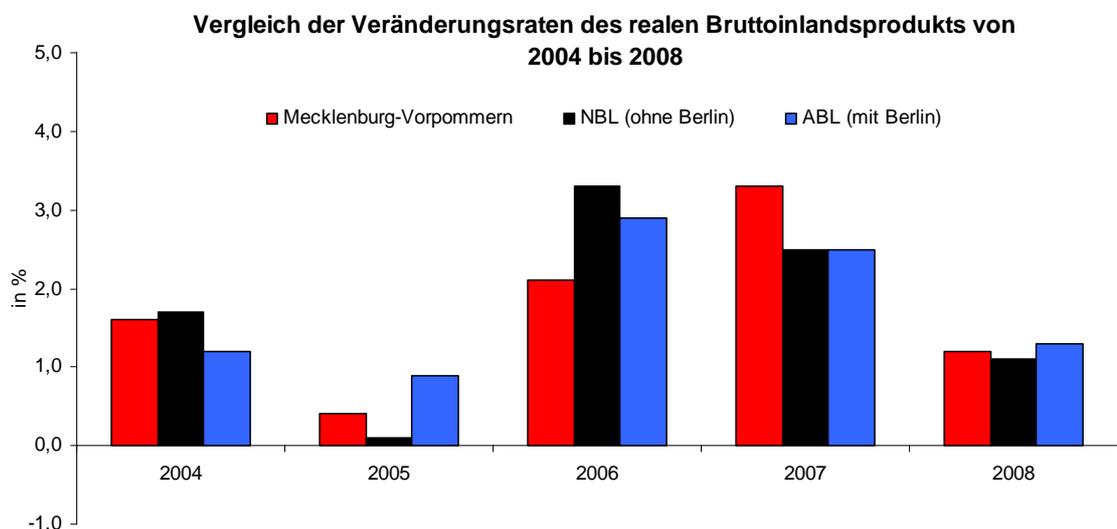
2. Gesamtrahmen der Mittelfristigen Finanzplanung

2.1 Gesamtwirtschaftliche Ausgangslage und ökonomische Rahmenbedingungen

Seit Jahresende 2008 zeichnet sich ab, dass sich die Weltwirtschaft in der größten Krise seit über 70 Jahren befindet. Ablauf und Ausmaß der Krise sind damit tiefer greifend als ursprünglich erwartet. Für Deutschland bedeutet die Wirtschaftskrise den stärksten konjunkturellen Einbruch seit Bestehen der Bundesrepublik.

Im Jahr 2008 endete ein lang anhaltender Aufschwung der Weltwirtschaft. Nach einem guten Start in das Jahr 2008 machten sich die Folgen der nachlassenden Weltwirtschaft und der Finanzmarktkrise auch in Deutschland bemerkbar. Die Folge ist eine akute Anpassungskrise mit gravierenden Auswirkungen auf Nachfrage, Produktion und Beschäftigung. Das reale Bruttoinlandsprodukt (BIP) **Gesamtdeutschlands** stieg im Jahr 2008 um 1,3 % an, nachdem in den Jahren 2006 und 2007 deutliche Anstiege von 3,0 % bzw. 2,5 % zu verzeichnen waren.

Das Bruttoinlandsprodukt in **Mecklenburg-Vorpommern** hat 2008 im Zuge der allgemeinen Abschwächung um lediglich 1,2 % zugenommen, im Vorjahr betrug der Zuwachs noch 3,3 %. Damit war der Anstieg höher als in den neuen Ländern (ohne Berlin) mit 1,1 % und lag nur knapp unter dem der alten Länder (mit Berlin) und Deutschland insgesamt mit jeweils 1,3 %.



Ein starkes Wirtschaftswachstum in Mecklenburg-Vorpommern erzielte 2008 vor allem das Verarbeitende Gewerbe und bestätigt damit die positive Dynamik. In diesem Bereich stieg die Bruttowertschöpfung gegenüber 2007 um 5,7 % an, damit war das Wachstum im Verarbeitenden Gewerbe deutlich höher als im Durchschnitt der neuen Länder (einschl. Berlin) mit 3,4 % und in Gesamtdeutschland mit 0,6 %. Es ist zugleich der Spitzenwert im deutschen Ländervergleich. Dem gegenüber stehen die Strukturanpassungen in der Bauwirt-

schaft und die erforderlichen Umgestaltungen im Bereich der öffentlichen und privaten Dienstleister. Sie schmälern mit ihren negativen Wachstumsbeiträgen das gesamtwirtschaftliche Ergebnis in Mecklenburg-Vorpommern.

Mecklenburg-Vorpommern ist trotz der sich zum Jahresende 2008 verschlechterten Weltwirtschaftslage im Jahr 2008 ein gutes Stück vorangekommen. Das Bruttoinlandsprodukt je Einwohner erreichte in Mecklenburg-Vorpommern mit 21.439 € den höchsten absoluten Wert seit 1991 und mit 70,7 % den höchsten Anpassungsstand an den deutschen Durchschnitt.

An der gesamtwirtschaftlichen Wertschöpfung waren im Jahr 2008 jahresdurchschnittlich insgesamt 732.200 Erwerbstätige mit Arbeitsort in Mecklenburg-Vorpommern beteiligt. Das sind rund 4.200 Erwerbstätige bzw. 0,6 % mehr als im Vorjahr. Ausschlaggebend für den Anstieg der Erwerbstätigkeit war vor allem die Zunahme von sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung. Bereinigt um die Zahl der Teilnehmer an arbeitsmarktentlastenden Maßnahmen, soweit diese als Erwerbstätigkeit zählen (Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, Arbeitsgelegenheiten), sowie um die Erwerbstätigen in der Bauwirtschaft ergibt sich gegenüber dem Vorjahr ein Anstieg um rund 6.800 auf 660.000 Erwerbstätige.

Die Zahl der Arbeitslosen ist in Mecklenburg-Vorpommern 2008 weiter zurückgegangen; Ende Dezember 2008 lag sie bei 118.300 Personen, das sind 15.500 Personen bzw. 11,6 % weniger als Ende Dezember 2007. Die Arbeitslosenquote – bezogen auf alle zivilen Erwerbspersonen – betrug zum Jahresende 2008 im Land 13,5 % und lag damit 1,6 Prozentpunkte unter dem Vorjahr. Weil der Umfang an arbeitsmarktpolitischen Entlastungsmaßnahmen (einschließlich Arbeitsgelegenheiten) um 3.500 ebenfalls gesunken ist, hat sich 2008 die Lage auf dem Arbeitsmarkt in MV insgesamt deutlich verbessert. Die Arbeitslosenquoten im Vergleich erreichten 2008 in den neuen Ländern 12,2 % und in Gesamtdeutschland 7,4 %.

Erwartete Entwicklungen im Finanzplanungszeitraum

Die Bundesregierung sieht die Entwicklungsaussichten für Deutschland 2009 stark eingetrübt. Sie ging bereits in ihrem Jahreswirtschaftsbericht 2009 davon aus, dass die deutsche Wirtschaft im Jahr 2009 vor dem größten Belastungstest seit der Wiedervereinigung steht. Die deutsche Wirtschaft ist durch ihre starke Exportabhängigkeit besonders von der sinkenden Nachfrage im Weltmarkt und der Zuspitzung der Finanzmarktkrise betroffen.

Für das Gesamtjahr 2009 erwartet die Bundesregierung einen Rückgang des Bruttoinlandsprodukts von real 6 %. Sie liegt damit im aktuellen Prognosespektrum nationaler und internationaler Organisationen und Institute. Für das Jahr 2010 hält die Bundesregierung ein reales Wachstum des Bruttoinlandsprodukts in Höhe von 0,5 % für erreichbar. 2009 dürfte die jahresdurchschnittliche Zahl der Erwerbstätigen in Deutschland um 0,5 Mio. Personen sinken. Für die Folge-

jahre geht die Bundesregierung von einem weiteren Rückgang um eine Million aus. Die Bundesregierung erwartet zudem, dass im Jahresdurchschnitt 2009 etwa 0,45 Mio. Personen mehr arbeitslos registriert sein werden als 2008. Die Arbeitslosenquote wird 2009 im Durchschnitt um einen Prozentpunkt auf 8,8 % zunehmen. Die Lage auf dem Arbeitsmarkt wird sich auch in den Folgejahren bundesweit nicht von der Weltwirtschaftsentwicklung abkoppeln können. Für 2010 wird eine nochmals steigende Arbeitslosigkeit um etwa 0,9 Mio. Personen auf rund 4,6 Mio. bzw. 10,8 % prognostiziert.

Die grundsätzlichen Einschätzungen zur wirtschaftlichen Entwicklung in **Ostdeutschland** unterscheiden sich von den bundesweiten Prognosen nur unwesentlich. Für das Jahr 2009 rechnen die Wirtschaftsforschungsinstitute, der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung und die Bundesregierung mit einem Rückgang des Bruttoinlandsprodukts in Ostdeutschland um 5 %. Im Jahr 2010 wird ein Rückgang des realen Bruttoinlandsprodukts in Ostdeutschland um 1,0 % prognostiziert.

Die vergangenen Jahre haben gezeigt, dass sich die wirtschaftliche Entwicklung in Mecklenburg-Vorpommern im Sog der konjunkturellen Belebung in Deutschland insgesamt vollzog. Die Aussichten für Mecklenburg-Vorpommern dürften daher im Prognosespektrum für Ostdeutschland liegen.

Weitergehende Ausführungen zur gesamtwirtschaftlichen Ausgangslage und zu den ökonomischen Rahmenbedingungen in Deutschland, in den neuen Ländern und in Mecklenburg-Vorpommern enthält die Anlage 1.

2.2 Bevölkerungsentwicklung / Demographischer Wandel

Ende September (letzte verfügbare Zahlen) des Jahres 2008 zählte Mecklenburg-Vorpommern insgesamt 1.668.493 Einwohner. Damit stellt das Land rund 2 % der Bevölkerung Gesamtdeutschlands. Die Bevölkerungsdichte beträgt 72 Einwohner je km², Mecklenburg-Vorpommern ist das am dünnsten besiedelte Bundesland. In den westlichen Flächenländern ist die durchschnittliche Bevölkerungsdichte mit rund 255 Einwohnern je km² rund 3,5-mal so hoch wie in Mecklenburg-Vorpommern.

Im Herbst 2008 hat die Landesregierung die 4. Landesprognose zur Bevölkerungsentwicklung in Mecklenburg-Vorpommern bis zum Jahr 2030 vorgestellt. Die Prognose umfasst insgesamt drei Varianten, wobei die erste Variante einen optimistischen, die dritte Variante einen pessimistischen und die zweite Variante einen mittleren Verlauf darstellt. Im Folgenden wird auf die zweite Variante der Bevölkerungsprognose eingegangen. Nach dieser Bevölkerungsprognose wird bis Ende des Finanzplanungszeitraums im Jahr 2013 folgende Entwicklung der Einwohnerzahl für Mecklenburg-Vorpommern erwartet:

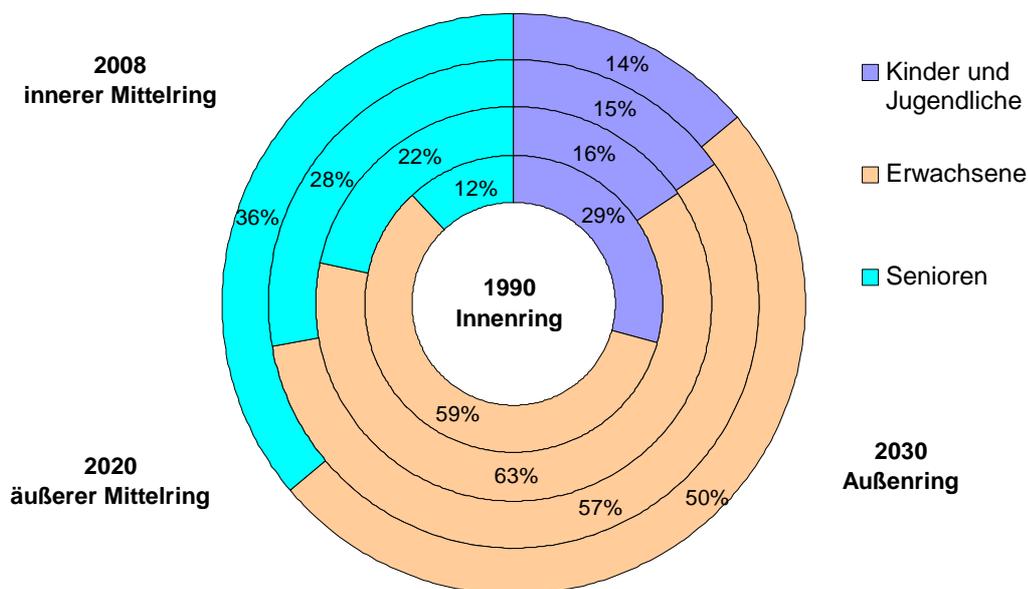
Prognose der Einwohnerentwicklung in M-V	2009	2010	2011	2012	2013
	in Tsd.				
Einwohnerzahl am 31.12.	1.650	1.634	1.619	1.603	1.589
Einwohnerrückgang ggü. Vorjahr	-15	-16	-15	-16	-14

Die Prognose zur Einwohnerentwicklung in Mecklenburg-Vorpommern offenbart ein grundlegendes Problem. Der starke Bevölkerungsrückgang der vergangenen Jahre wird sich mittelfristig weiter unvermindert fortsetzen. Sowohl im natürlichen Saldo (Lebendgeborene abzgl. Gestorbene) als auch im Wanderungssaldo (Fortzüge abzgl. Zuzüge) werden Verluste zu verkräften sein. Seit Beginn der 90er Jahre bis zum Jahr 2008 hat sich die Einwohnerzahl Mecklenburg-Vorpommerns von ehemals mehr als 1,9 Mio. auf knapp 1,66 Mio. im Jahr 2008 vermindert. Der Verlust entspricht ungefähr der aktuellen Einwohnerzahl der beiden Universitätsstädte im Land, Rostock und Greifswald. Bis zum Jahr 2030 soll nach der Prognose die Bevölkerung um weitere 200.000 Einwohner auf nur noch ca. 1,45 Mio. schrumpfen. Ähnliche Einwohnerrückgänge sind auch in den übrigen neuen Flächenländern zu erwarten. Dagegen werden in den westlichen Ländern die Bevölkerungszahlen bis Mitte des nächsten Jahrzehnts insgesamt weitgehend konstant bleiben.

Die Einnahmesituation des Landeshaushalts Mecklenburg-Vorpommerns ist eng mit der Bevölkerungsentwicklung des Landes verbunden. Die Einnahmehöhe im bundesweiten Finanzausgleich wird wesentlich von der Einwohnerzahl des jeweiligen Landes bestimmt. Allein aufgrund des Bevölkerungsrückgangs sind für Mecklenburg-Vorpommern von Jahr zu Jahr Einnahmeverluste in Höhe von ca. 36 Mio. € zu verzeichnen.

Eine weitere Herausforderung für die Finanzpolitik ist der demographische Wandel. So sinkt nicht nur die Bevölkerungszahl weiter deutlich, sondern auch die Bevölkerungsstruktur wird sich wesentlich verändern. Der Anteil der Kinder und Jugendlichen wird von 29 % im Jahr 1990 auf nur noch 14 % im Jahr 2030 abnehmen. Im gleichen Zeitraum wird hingegen der Anteil der Senioren von vormals 12 % auf rund 36 % ansteigen. Durch diese grundlegende Umwälzung der Bevölkerungsstruktur wird sich Mecklenburg-Vorpommern vom Bundesland mit der im Durchschnitt jüngsten Bevölkerung zu einem der Bundesländer mit dem höchsten Altersdurchschnitt entwickeln.

Anteile der Altersgruppen an der Gesamtbevölkerung 1990 bis 2030



Der gravierende Rückgang der Bevölkerungszahl und die dramatischen Veränderungen der Altersstruktur erzwingen Überprüfungen und Anpassungen über die Finanzpolitik hinaus auf vielen Feldern der Landes- und Kommunalpolitik, z. B. in den Bereichen:

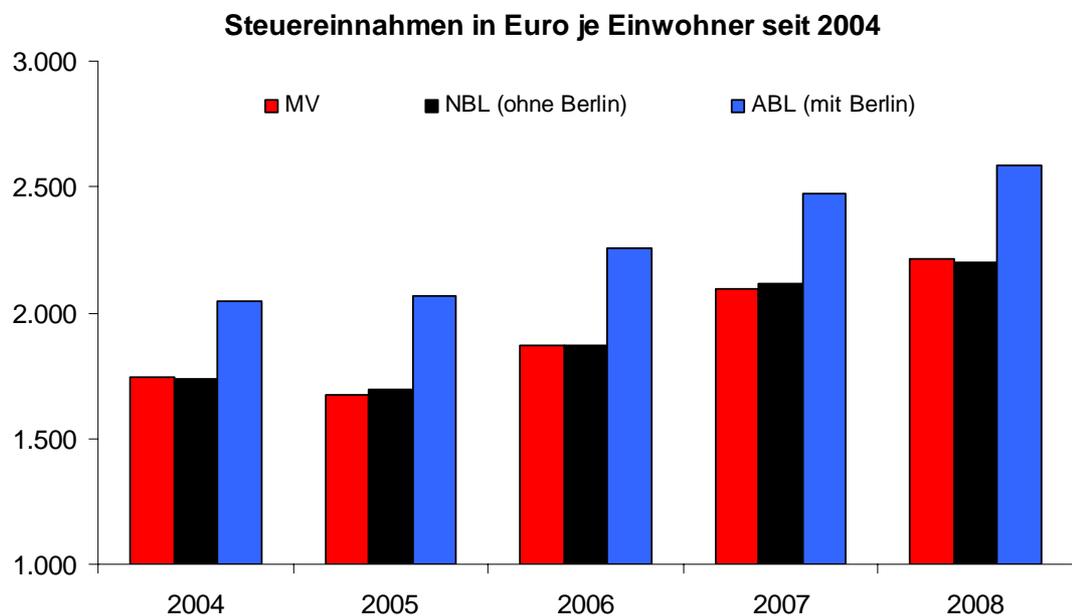
- Schule / Bildung,
- medizinische Versorgung,
- Wasserver- und Abwasserentsorgung,
- Straßenbau, Verkehr, öffentlicher Personennahverkehr,
- gesellschaftliche Teilhabe an der demokratischen Willensbildung.

Als Reaktion auf die Herausforderungen im Zusammenhang mit der Bevölkerungsentwicklung im Land hat die Landesregierung Mecklenburg-Vorpommern eine interministerielle Arbeitsgruppe „Demographischer Wandel“ gebildet. Ziel der Arbeitsgruppe ist es, Strategien und Handlungsleitlinien für das Land zur Bewältigung des demographischen Wandels zu erörtern und zu entwickeln. Bis zum Sommer 2010 soll eine Gesamtstrategie für Mecklenburg-Vorpommern vorgelegt werden.

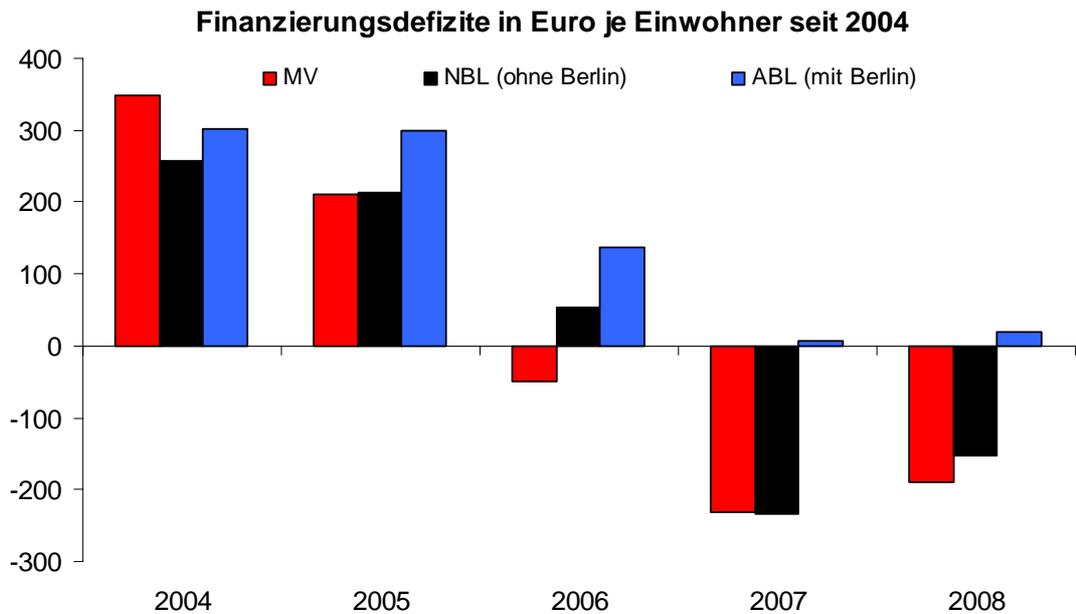
2.3 Bundesstaatliche Ausgangsbedingungen für die Finanzplanung

2.3.1 Entwicklung des öffentlichen Gesamthaushalts

Mit dem Jahr 2004 begann in Deutschland nach zwei Jahren der wirtschaftlichen Stagnation eine konjunkturelle Erholung mit leichtem Wirtschaftswachstum. Durch eingeleitete umfangreiche Konsolidierungsmaßnahmen der öffentlichen Haushalte und eine sich stabilisierende Einnahmehbasis gelang es, den dramatischen Anstieg der Finanzierungsdefizite der Vorjahre zu stoppen. Die folgenden zwei Jahre 2006 und 2007 waren geprägt von einer dynamischen Wirtschaftsentwicklung. Diese positive wirtschaftliche Entwicklung führte zu spürbar steigenden Steuereinnahmen; die Erhöhung des Umsatzsteuersatzes im Jahr 2007 zu einer weiteren Verbesserung der Einnahmesituation der öffentlichen Haushalte. Im Ergebnis erreichten die bundesweiten Steuereinnahmen von Jahr zu Jahr neue Höchststände.



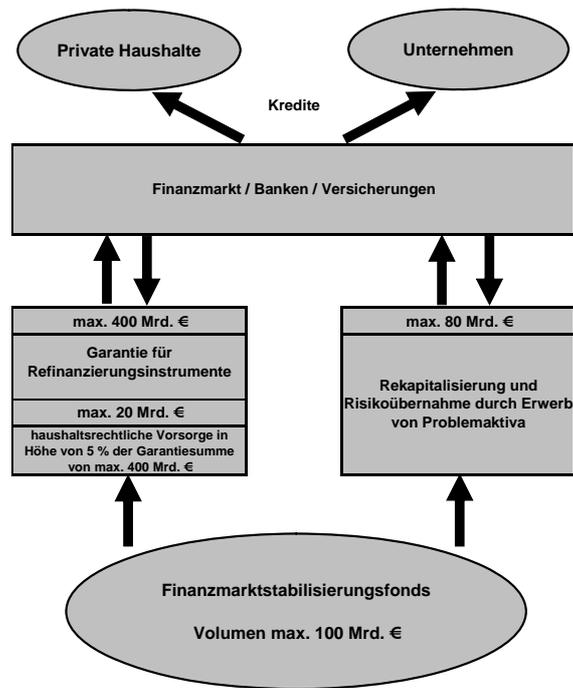
Die Finanzierungssalden wurden massiv abgebaut. Drei Länder, Mecklenburg-Vorpommern, Bayern und Sachsen, erzielten bereits 2006 als Erfolg einer konsequenten Konsolidierungspolitik einen Haushaltsabschluss ohne Neuverschuldung. In den darauffolgenden Jahren erreichten immer mehr Länder diese Zielstellung. Teilweise wurde bereits damit begonnen, wie beispielsweise in Mecklenburg-Vorpommern, Schulden netto zu tilgen und damit den Schuldenberg abzutragen



Ab Ende 2008 wurde die Weltwirtschaft nach Jahren des steten Aufschwungs von den Auswirkungen der Finanzkrise erschüttert. Im Zuge der dramatischen Entwicklungen an den Finanzmärkten geriet die gesamte Weltwirtschaft in einen für die jüngere Vergangenheit beispiellosen Abwärtsstrudel. Die Auswirkungen der Krise auf den öffentlichen Gesamthaushalt Deutschlands waren 2008, gemessen an den für 2009 prognostizierten Entwicklungen, noch relativ überschaubar. Zwar führten z. B. das niedrigere Wirtschaftswachstum und Ausgaben zur Stützung der Finanzmärkte zu einem niedrigeren Wachstum der Steuereinnahmen und zu einer leichten Verschlechterung der Finanzierungssalden, doch erst ab 2009 wird sich das gesamte Ausmaß der Wirtschafts- und Finanzkrise mit beispiellos sinkenden Einnahmen und steigenden Ausgaben auch in den öffentlichen Haushalten niederschlagen. Zur Bewältigung und Überwindung der Krise und zur Stützung der Konjunktur hat Deutschland umfangreiche Schritte unternommen. Hierzu zählen beispielsweise folgende Punkte:

1. Finanzmarktstabilisierungsgesetz

Zur Stabilisierung der angeschlagenen internationalen Finanzmärkte wurde für Deutschland das Finanzmarktstabilisierungsgesetz beschlossen. Wichtigster Teil des o. g. Artikelgesetzes ist das Finanzmarktstabilisierungsfondsgesetz, auf dessen Grundlage ein Finanzmarktstabilisierungsfonds mit einem maximalen Volumen von 100 Mrd. € aufgelegt wurde. Im Rahmen des Fonds können Garantien bis zu einem Volumen von 400 Mrd. € gewährt werden, für etwaige Ausfälle stehen zunächst 20 Mrd. € aus dem Fonds zur Verfügung. Weitere bis zu 80 Mrd. € dienen der Rekapitalisierung und Risikoübernahme durch den Erwerb von Problemaktiva.



Nach derzeitiger Gesetzesfassung ist der Finanzmarktstabilisierungsfonds ab dem 1. Januar 2010 abzuwickeln und aufzulösen. Nach Abwicklung des Fonds werden verbleibende Defizite zwischen Bund und Ländern im Verhältnis 65 zu 35 aufgeteilt, wobei die Beteiligung der Länder auf einen Höchstbetrag von 7,7 Mrd. € begrenzt ist.

2. Konjunkturpaket I

„Beschäftigungssicherung durch Wachstumsstärkung“

Das Maßnahmenpaket des sog. Konjunkturpakets I soll eine Perspektive für die rasche Überwindung der Konjunkturschwäche und für die Sicherung von Arbeitsplätzen schaffen. Es wurden Maßnahmen ausgewählt, die nachhaltig wirken und kurzfristig umsetzbar sind. Die Maßnahmen fördern in den Jahren 2009 und 2010 Investitionen und Aufträge von Unternehmen, privaten Haushalten und Kommunen in einer Größenordnung von rund 50 Mrd. €. Darüber hinaus gewährleisteten Maßnahmen zur Sicherung der Finanzierung und Liquidität bei Unternehmen die Finanzierung von Investitionen im Umfang von gut 20 Mrd. €. Die Maßnahmen des sog. Konjunkturpakets I im Einzelnen:

– Finanzierung sichern

Zur Sicherung der Kreditversorgung der Wirtschaft, insbesondere des Mittelstandes, wird bei Engpässen im Bankenbereich ein zusätzliches Finanzierungsinstrument mit einem Volumen in Höhe von 15 Mrd. € bei der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) geschaffen.

- Investitionen stärken

Hierzu zählen u. a. Aufstockung der Mittel für das CO₂-Gebäudesanierungsprogramm und andere Maßnahmen um 3 Mrd. €, Aufstockung der Infrastrukturprogramme der KfW für strukturschwache Kommunen um 3 Mrd. €, „Innovations- und Investitionsprogramm Verkehr“ in Höhe von 2 Mrd. €, Erhöhung der Finanzmittel für die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ in Höhe von 0,2 Mrd. €, befristete Einführung einer degressiven Abschreibung und Erweiterung von Sonderabschreibungsmöglichkeiten, Ausweitung der Absetzbarkeit von Handwerkerdienstleistungen bei Instandhaltungs- und Modernisierungsmaßnahmen.

- Zusätzliche Sicherheit für Beschäftigte

Hierzu zählen u. a. flächendeckender Ausbau des Sonderprogramms für ältere und geringqualifizierte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, Verbesserung der Vermittlung von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern durch 1.000 zusätzliche Vermittlerstellen in den Agenturen für Arbeit, befristete Verlängerung der Bezugsdauer von Kurzarbeitergeld.

3. Konjunkturpaket II

Gesetz zur Sicherung von Beschäftigung und Stabilität in Deutschland

Ziel des sog. Konjunkturpakets II ist vor allem, Vertrauen wieder herzustellen, den Abschwung in seiner sich selbst verstärkenden Dynamik zu bremsen und Arbeitsplätze zu sichern. Dazu werden bei einem finanziellen Umfang von 50 Mrd. € in vier zentralen Bereichen Maßnahmen ergriffen:

- Kredit- und Bürgschaftsprogramm

Zur Stützung der Kreditversorgung von Unternehmen und zur Förderung von Investitionen, Innovation und Nachfrage in der Wirtschaft legt der Bund ein Kredit- und Bürgschaftsprogramm mit einem maximalen Volumen von 100 Mrd. € auf.

- Beschäftigungssicherung

Durch die Unterstützung des Vorrangs von Kurzarbeit vor Entlassungen sowie eine Qualifizierungsoffensive soll ein wesentlicher Beitrag zur Beschäftigungssicherung geleistet werden.

- Stärkung der Kaufkraft der Bürger

Die Kaufkraft der Privathaushalte und der Mittelstandes sollen gestärkt werden, u. a. durch Veränderungen bei der Einkommensteuer (Senkung der Eingangssteuersatzes und des Grundfreibetrags), Zahlung eines

Einmalbetrags für jedes Kind, Erhöhung der Regelsätze für Kinder in der Grundsicherung für Arbeitsuchende und der Sozialhilfe und Absenkung der Beiträge zur Gesetzlichen Krankenversicherung.

– Zukunftsinvestitionen

Das Zukunftsinvestitionsprogramm, für das der Bund 10 Mrd. € zur Verfügung stellt, soll von Ländern und Kommunen umgesetzt und mit weiteren 25 % bzw. rund 3,3 Mrd. € kofinanziert werden. Der Bund wird zudem u. a. eigene Investitionen in Höhe von 4 Mrd. € umsetzen und die Pkw-Nachfrage mit 5 Mrd. € unterstützen.

Diese Maßnahmen werden dazu führen, dass sich die Ausgaben der öffentlichen Haushalte insbesondere des Bundes deutlich gegenüber den Vorjahren erhöhen werden. Gleichzeitig brechen die Steuereinnahmen aufgrund der Steuerrechtsänderungen und der konjunkturellen Entwicklung weg. Die Folge sind wachsende Haushaltsdefizite und steigende Neuverschuldung. Deutschland stehen daher große und dauerhafte finanzpolitische Anstrengungen bevor. Ausgabensteigerungen müssen wieder begrenzt, die Einnahmehasis stabilisiert und das dramatische Verschuldungsniveau reduziert werden. Nur dadurch wird Deutschland die 3 %-Defizit-Grenze des Maastricht-Vertrags mittelfristig wieder einhalten können. Die Auswirkungen der Wirtschafts- und Finanzkrise drohen zudem bis 2013 den Schuldenberg des Bundes, der Länder und Gemeinden auf über zwei Billionen € anwachsen zu lassen, die Zinsbelastungen würden analog massiv steigen. Vor allem die heute junge Generation Deutschlands wird in Zukunft hierfür aufkommen müssen. Daher besteht auch im Sinne einer generationengerechten Finanzpolitik akuter Handlungsbedarf.

2.3.2 Ergebnisse der Mai-Steuerschätzung 2009

Vom 12. bis 14. Mai 2009 fand in Bad Kreuznach die 134. Sitzung des Arbeitskreises „Steuerschätzungen“ statt. Geschätzt wurden die Steuereinnahmen für die Jahre 2009 bis 2013.

Der Steuerschätzung wurde für das nominale Bruttoinlandsprodukt ein Rückgang von 5,3 % im Jahr 2009 zu Grunde gelegt. Für das Jahr 2010 ist ein Zuwachs von 1,2 % und für die folgenden Jahre bis 2013 ein Anwachsen von jeweils 3,3 % unterstellt.

Die Mai-Steuerschätzung 2009 prognostiziert im Zeitraum von 2009 bis 2013 für die gesamte Bundesrepublik Steuereinnahmen in folgender Höhe:

Steuereinnahmen	2009	2010	2011	2012	2013
	in Mrd. €				
Mai-Steuerschätzung 2009	527,0	510,4	526,7	552,0	575,1
Mindereinnahmen zur Mai-Steuerschätzung 2008	-45,0*	-84,7	-93,4	-93,2	--

* Mindereinnahmen zur November-Steuerschätzung 2008

Die Mindereinnahmen gegenüber der November-Steuerschätzung 2008 bzw. der Mai-Steuerschätzung 2008 summieren sich auf rund 316 Mrd. €. Diese Mindereinnahmen verteilen sich zu rund 152 Mrd. € auf den Bund, 125 Mrd. € auf die Länder und 43 Mrd. € auf die Gemeinden. Lediglich die EU kann mit Mehreinnahmen in Höhe von rund 4 Mrd. € rechnen.

Verantwortlich für diese Entwicklungen sind zum einen erhebliche Mindereinnahmen infolge der Finanz- und Wirtschaftskrise. Zudem ist rund ein Drittel der prognostizierten niedrigeren Einnahmen Resultat von Steuerrechtsänderungen. So wurden beispielsweise zur Stabilisierung der Konjunktur und zur Umsetzung von Urteilen des Bundesverfassungsgerichts (Entfernungspauschale, Abzug Krankenversicherungsbeiträge) umfangreiche Änderungen beschlossen.

Die Auswirkungen der Mai-Steuerschätzung 2009 auf Mecklenburg-Vorpommern und die im Landeshaushalt veranschlagte Höhe der Steuereinnahmen sowie weiterführende Erläuterungen sind unter der Ziffer 4.1.1 aufgeführt.

2.3.3 Modernisierung der bundesstaatlichen Ordnung II (MBO II)

Bund und Länder haben seit Oktober 2003 im Rahmen der Föderalismusreform über notwendige Maßnahmen zur Modernisierung der bundesstaatlichen Ordnung beraten. In einer ersten Stufe (MBO I) wurde das Ziel verfolgt, die gesetzgeberischen Zuständigkeiten von Bund und Ländern neu zu ordnen, die politischen Verantwortlichkeiten klarer zu bestimmen und die Effizienz der Aufgabenerfüllung zu steigern. Im Ergebnis der Reform ist es zu einer Entflechtung von Zuständigkeiten und damit einhergehend einer Stärkung der Eigenständigkeit von Bund und Ländern gekommen. Der Gestaltungsspielraum von Bund und Ländern in Gesetzgebung und Verwaltung wurde ausgeweitet.

In einer zweiten Stufe der Modernisierung der Bund-Länder-Finanzbeziehungen (MBO II) sollten die Bund-Länder-Finanzbeziehungen den veränderten Rahmenbedingungen inner- und außerhalb Deutschlands angepasst werden. Zur Erarbeitung von Reformvorschlägen wurde am 15. Dezember 2006 eine gemeinsame Kommission von Bundestag und Bundesrat eingesetzt. Mit dem Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes (GG)

und dem dazu gehörenden Begleitgesetz wurden deren konkrete Ergebnisse umgesetzt.

Das Herzstück der Reform sind die verfassungsrechtlichen Regelungen zur Begrenzung der Kreditaufnahme (neue nationale Verschuldungsregeln). Es wurden damit die Voraussetzungen für die Sicherung einer langfristigen Tragfähigkeit der Haushalte von Bund und Ländern geschaffen. Nach dem neuen Artikel 109 GG sind die Haushalte von Bund und Ländern grundsätzlich ohne Einnahmen aus Krediten auszugleichen. Im Rahmen des Grundsatzes ausgeglichener Haushalte erhält der Bund zusätzlich einen eng begrenzten strukturellen, also unabhängig von der konjunkturellen Lage bestehenden, Verschuldungsspielraum von 0,35 % des BIP. Für die Länder ist kein solcher struktureller Neuverschuldungsspielraum vorgesehen.

Zur Stabilisierung der konjunkturellen Entwicklung sind Abweichungen vom o. g. Grundsatz möglich, indem für die öffentlichen Haushalte symmetrisch im Auf- und Abschwung eine begrenzte konjunkturelle Verschuldung zugelassen wird. Artikel 115 GG gibt für den Bund vor, dass sich konjunkturelle Defizite und konjunkturelle Überschüsse über mehrere Jahre hinweg in etwa ausgleichen sollen, d. h. konjunkturell bedingte Kreditaufnahmen müssen im Aufschwung wieder getilgt werden.

Bund und Länder werden durch Artikel 143d GG befristet ermächtigt, von den Vorgaben des Artikels 109 GG abzuweichen, die Länder in der Übergangsphase 2011 bis 2019, der Bund 2011 bis 2015. Die Länder müssen ihre Haushalte in diesem Zeitraum so aufstellen, dass die Vorgabe strukturell ausgeglichener Haushalte spätestens im Jahr 2020 erfüllt wird.

Artikel 109a GG regelt die Einrichtung eines Systems regelmäßiger Haushaltsüberwachung durch einen neu zu gründenden Stabilitätsrat, dem die Finanzminister von Bund und Ländern und der Bundesminister für Wirtschaft angehören. Dieser wird künftig jährlich die Finanzlage des Bundes und der Länder anhand von Haushaltskennzahlen prüfen und erörtern. So soll das Risiko einer Haushaltsnotlage einzelner Länder frühzeitig erkannt werden. Im Falle einer drohenden Haushaltsnotlage sollen im Stabilitätsrat Sanierungsprogramme vereinbart werden.

Artikel 143d GG räumt die Möglichkeit ein, den Ländern Berlin, Bremen, Saarland, Sachsen-Anhalt und Schleswig-Holstein 2011 bis 2019 angesichts ihrer besonders schwierigen Haushaltssituation Konsolidierungshilfen der bundesstaatlichen Gemeinschaft zu gewähren. Voraussetzung hierfür ist die Einhaltung eines Konsolidierungspfades, der die betreffenden Länder in die Lage versetzt, ihre Haushalte bis spätestens 2020 auszugleichen und somit der neuen Schuldenregelung eigenständig Rechnung zu tragen. Mecklenburg-Vorpommern als finanzschwaches Land ist an der Finanzierung der hälftig von der Ländergemeinschaft aus deren Umsatzsteueranteil finanzierten Konsolidierungshilfen beteiligt.

2.3.4 Beschluss des Finanzplanungsrates

Die Finanzminister des Bundes und der Länder und die kommunalen Spitzenverbände haben am 8. Juli 2009 im Finanzplanungsrat folgende Punkte einvernehmliche Feststellungen getroffen:

- „Die deutsche Wirtschaft befindet sich im Abwärtssog der weltwirtschaftlichen Entwicklung. Sämtliche Wirtschaftsdaten signalisieren die heftigste Abschwächung der gesamtwirtschaftlichen Aktivität seit Bestehen der Bundesrepublik Deutschland. Für das Jahr 2009 ist derzeit davon auszugehen, dass das Bruttoinlandsprodukt gegenüber dem Vorjahr real um rund sechs Prozent abnehmen wird. Erst im weiteren Verlauf der zweiten Hälfte dieses Jahres ist mit einer konjunkturellen Stabilisierung zu rechnen. Auf dem Arbeitsmarkt hat sich der Negativtrend – auch aufgrund der ergriffenen arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen – bislang nur teilweise niedergeschlagen. Die Lage auf dem Arbeitsmarkt dürfte sich jedoch in den nächsten Monaten weiter verschlechtern.
- Die erheblichen Konsolidierungsanstrengungen der letzten Jahre haben es Bund, Ländern und Kommunen erleichtert, notwendige Maßnahmen zur Dämpfung des konjunkturellen Abwärtstrends zu ergreifen. Sowohl die Maßnahmen zur Stabilisierung des Finanzsektors als auch das Wirken der automatischen Stabilisatoren und die darüber hinaus gehenden Maßnahmen zur Konjunkturstimulierung tragen zur Stützung der wirtschaftlichen Entwicklung bei. Allein das Zukunftsinvestitionsgesetz im Rahmen des Konjunkturpakets II sieht zusätzliche öffentliche Investitionen in Höhe von 13,3 Mrd. € vor. Dies begünstigt die gesamtwirtschaftliche Nachfrage und führt zu einer Verbesserung der öffentlichen Infrastruktur, so dass die Wachstumsgrundlagen auch langfristig verbessert werden. Bund, Länder und Kommunen haben mit diesen Maßnahmen ihre Handlungsfähigkeit unter Beweis gestellt und sind ihrer finanz- und wirtschaftspolitischen Verantwortung gerecht geworden.
- Nach einem nahezu ausgeglichenen gesamtstaatlichen Finanzierungssaldo in der Maastrichtabgrenzung 2007 und 2008 ist als Folge der Krise im Jahr 2009 mit einem Defizit von vier und im Jahr 2010 von sechs Prozent des Bruttoinlandsprodukts zu rechnen. Das Defizit des öffentlichen Gesamthaushalts wird für 2009 auf 112,5 Mrd. € und für 2010 auf 132,5 Mrd. € geschätzt. In den Jahren 2009 bis 2012 müssen Bund, Länder und Kommunen Steuerausfälle von über 300 Mrd. € im Vergleich zur jeweils letzten Schätzung einplanen. Angesichts der durch die krisenbedingten Mehrausgaben und Mindereinnahmen deutlich verschlechterten Ausgangssituation kann das Defizit des öffentlichen Gesamthaushalts bis 2013 voraussichtlich nur um 63 Mrd. € abgebaut werden. Auf der Grundlage der aktuellen makroökonomischen und fiskalischen Projektionen sind weitere Konjunkturprogramme zur Bewältigung der aktuellen Konjunktur- und Finanzmarktkrise nicht geboten.
- Auf mittlere Sicht gibt es zur nachhaltigen Haushaltskonsolidierung keine Alternative. Mit der Reform der verfassungsrechtlichen Verschuldungsregeln wurden die Weichen für eine langfristig tragfähige Haushaltspolitik gestellt.

Zur Einhaltung der beschlossenen Verschuldungsgrenzen und der Vorgaben des Europäischen Stabilitäts- und Wachstumspaktes muss ab 2011 der finanzpolitische Kurs strikter Haushaltskonsolidierung auf der Ausgaben- wie auf der Einnahmenseite bei Bund, Ländern und Kommunen verstärkt fortgesetzt werden. Nur so kann der strukturelle Haushaltsausgleich erreicht werden.“

2.4 Finanzpolitische Ausgangsbedingungen für die Finanzplanung Mecklenburg-Vorpommerns

Die Landesregierung hat gemäß den Ziffern 330, 332 und 333 der Koalitionsvereinbarung ihre finanzpolitischen Zielstellungen für die Legislaturperiode 2006 bis 2011 im Wesentlichen wie folgt definiert:

„330. Die Finanzpolitik soll sich in den nächsten Jahren an folgenden Orientierungslinien ausrichten:

- Die Anpassung der öffentlichen Infrastruktureinrichtungen an das Niveau zumindest der finanzschwächeren westdeutschen Flächenländer muss im Jahr 2010 zu wesentlichen Teilen und im Jahr 2020 vollständig abgeschlossen sein, weil der Solidarpakt II planmäßig 2019 endet. Eine insgesamt funktionsfähige und zukunftsträchtige öffentliche Infrastruktur bildet die Grundlage für eine aus sich heraus entwicklungs-fähige Wirtschaft.
- Die Ausgabengestaltung des Landes Mecklenburg-Vorpommern muss sich sowohl an den notwendigen Bedarfen wie an den finanziellen Möglichkeiten des Landes orientieren. Dabei darf eine gerechte Lastenverteilung zwischen den Generationen nicht außer Acht gelassen werden. Das bedeutet, dass die Kreditaufnahme und die daraus resul-tierenden künftigen Zinsbelastungen eingegrenzt werden müssen.

.....

- Ab 2009 werden ausgeglichene Landeshaushalte vorgelegt. In den Folgejahren sind grundsätzlich Tilgungen zu leisten, um möglichst nicht die Gesamtverschuldung je Einwohner trotz des Bevölkerungsrück-gangs weiter steigen zu lassen.
- Das strukturelle Defizit im laufenden Haushalt (Überschreitung der laufenden Einnahmen durch die laufenden Ausgaben nach Abzug der Solidarpakt-Einnahmen) soll konsequent vermindert und auf mittlere Sicht in einen Überschuss übergeleitet werden.
- Die langfristigen Auswirkungen des demografischen Wandels auf die Ausgabenstruktur sind zu analysieren und bei der Gestaltung der künf-tigen Haushalte zu berücksichtigen.

.....

332 Zum Abbau des strukturellen Defizits im laufenden Haushalt werden Konsolidierungsleistungen vorrangig im konsumtiven Bereich angestrebt. Von Konsolidierungsmaßnahmen werden keine Bereiche ausgenommen. Dazu gehört, alle bestehenden Leistungsgesetze und Landesprogramme im Hinblick auf die Standards vergleichbarer Länder auf den Prüfstand zu stellen.

333. Ziel der Koalitionspartner ist die Anpassung der Stellenausstattung an die der westlichen Flächenländer. Das Personalkonzept 2004 wird planmäßig umgesetzt. Grundlage dafür ist eine Aufgabenkritik in der Verantwortung der jeweiligen Ressorts. Die Koalitionspartner sind sich einig, Möglichkeiten zur Erhöhung der Akzeptanz des Landespersonalkonzeptes zu prüfen. Im Jahre 2009 wird mit der Überprüfung begonnen, in welchem Umfang eine Fortschreibung des Personalkonzeptes erforderlich ist. Der notwendige Stellenabbau wird im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten des Landes sozialverträglich abgedeckt. Die Konsolidierung des Personalkörpers wird durch eine gezielte Personalentwicklung begleitet. Sie soll sicherstellen, dass die Verwaltungsaufgaben dauerhaft in hoher Qualität erfüllt werden können.“

Die Erreichbarkeit und die Umsetzung der vorgenannten finanzpolitischen Orientierungslinien müssen sich an den wirtschaftlichen und finanziellen Rahmenbedingungen messen lassen. Diese haben sich gegenüber den Vorjahren grundlegend geändert. In diesem Lichte bedarf es einer Prüfung, ob die finanzpolitischen Ziele noch erreichbar sind oder ob diese ggf. modifiziert werden müssen.

2.4.1 Ausgeglichene Haushalte

Die Absenkung der Kreditaufnahme auf Null wurde aufgrund der eingeleiteten Konsolidierungsmaßnahmen und des konjunkturellen Aufschwungs im Ist bereits im Jahre 2006 erreicht. In den Jahren 2007 und 2008 ist es darüber hinaus bereits gelungen, die Gesamtverschuldung des Landes um 340 Mio. € auf 10,6 Mrd. € zurückzuführen. Hierdurch konnte die Verschuldung pro Einwohner von 6.434 € um 92 € auf 6.342 € reduziert und damit eine „echte Tilgung“ im Verhältnis zu der Einwohnerzahl erreicht werden.

An dem zentralen finanzpolitischen Ziel - die Erreichung ausgeglichener Haushalte und der damit einhergehende Verzicht auf Neuverschuldung – soll weiterhin festgehalten werden:

- Grundlage dafür ist zunächst die restriktive Veranschlagung im Haushaltsplan-Entwurf 2010/2011 durch Orientierung an den Vorgaben der Mittelfristigen Finanzplanung 2007 bis 2011.

- Angesichts der demografischen Entwicklung wird zudem an der Zielstellung festgehalten, die Stellenausstattung an die der westlichen Flächenländer weitgehend anzupassen. Daher wird mit dem zu beschließenden Personal-konzept 2010 der Personalbestand bis 2020 festgelegt. Hiermit können mit-telfristig Verbesserungen der Personalausgaben erreicht werden.
- Darüber hinaus werden Verbesserungs- und Einsparmöglichkeiten in der Verwaltung des Landes ausgeschöpft. Hier kann insbesondere auf den Be-schluss der Landesregierung zur Optimierung der Unterbringung der Mitar-beiter sowie auf die geplante Novellierung des Sozialhilfefinanzierungsgeset-zes verwiesen werden.

Mit diesem Vorgehen wird in 2010 und 2011 das zentrale finanzpolitische Ziel, nämlich ausgeglichene Haushalte aufzustellen, erreicht.

Diese Zielvorgabe kann nur deshalb erreicht werden, weil die Landesregierung aus den Erfahrungen der Jahre 2002 bis 2005 die richtigen Lehren zog. Sie hat in den Jahren 2006 bis 2008, in denen die Konsolidierungsanstrengungen bereits Wirkung entfaltet und zudem die Steuereinnahmen sich erfreulich ent-wickelt haben, durch Rücklagenbildung Vorsorge für zukünftige konjunkturelle Einbrüche und damit Steuermindereinnahmen getroffen.

2.4.2 Netto-Tilgungen

Um ein Ansteigen der Pro-Kopf-Verschuldung trotz des Bevölkerungsrückgangs zu verhindern, bedürfte es weiterhin einer Netto-Tilgung in Höhe von rund 100 Mio. € pro Jahr. Dieses Ziel der Landesregierung kann in den Jahren 2010 und 2011 und auch im Finanzplanungszeitraum im Hinblick auf den in der Geschichte der Bundesrepublik einmaligen Konjunkturunbuch und den damit einhergehenden beispiellosen Steuermindereinnahmen nicht erreicht werden.

Es ist zudem wegen der Ergebnisse der jüngsten Mai-Steuerschätzung bereits für den laufenden Haushalt 2009 vorgesehen, auf die planmäßige Netto-Tilgung in Höhe von 150 Mio. € zu verzichten.

An der Zielstellung der Landesregierung gemäß Ziffer 330 der Koalitionsvereinbarung, die Gesamtverschuldung je Einwohner trotz des Bevölkerungsrückgangs nicht weiter ansteigen zu lassen, soll auch angesichts der Finanz- und Wirtschaftskrise langfristig festgehalten werden. Daher muss schnellstmöglich wieder zu einer Netto-Tilgung zurückgefunden werden, da sonst die Schulden-lasten von immer weniger Menschen in Mecklenburg-Vorpommern zu tragen wären.

2.4.3 Strukturelles Defizit

Die erwarteten Einbrüche bei den Steuereinnahmen erschweren zudem das Erreichen einer weiteren finanzpolitischen Zielstellung, der nachhaltigen und durchgreifenden Verbesserung der Haushaltsstruktur.

Ein wesentlicher Indikator für die Beurteilung von öffentlichen Haushalten ist der Saldo im laufenden Haushalt. Zunächst müssen die laufenden Einnahmen ausreichen, um die laufenden Ausgaben zu finanzieren; zusätzlich muss ein Überschuss zur Finanzierung von Investitionen erwirtschaftet werden.

Überschreitungen der laufenden Ausgaben gegenüber den laufenden Einnahmen werden bundesweit als strukturelles Defizit² bezeichnet. Strukturelle Defizite erfordern in aller Regel einen Ausgleich durch Kreditaufnahme. Sie sind daher finanzpolitisch höchst bedenklich und allenfalls im Falle umfänglicher unvorhersehbarer Einnahmeausfälle vorübergehend hinnehmbar. Mittel- und langfristig muss alles daran gesetzt werden, die laufenden Ausgaben unter die laufenden Einnahmen abzusenken. Anderenfalls droht finanzpolitische Handlungsunfähigkeit.

Auf dem Weg, das strukturelle Defizit abzubauen und mittelfristig in einen Überschuss überzuleiten, war Mecklenburg-Vorpommern bereits ein gutes Stück vorangekommen. So konnte in den Jahren 2007 und 2008 im Ist bereits ein Überschuss erzielt werden.

Strukturelles Defizit	Haushaltsplan	Haushaltsplan-Entwurf	Haushaltsplan-Entwurf	Planungszeitraum	
	2009	2010	2011	2012	2013
	in Mio. €				
Laufende Einnahmen	6.430	6.040	6.000	6.099	6.173
Abzug 85 % der SoBEZ	852	783	719	650	586
Um SoBEZ bereinigte laufende Einnahmen	5.578	5.257	5.281	5.449	5.587
Abzüglich bereinigte laufende Ausgaben	5.677	5.697	5.722	5.793	5.897
Strukturelles Defizit im laufenden Haushalt	-100	-440	-440	-344	-311

Das strukturelle Defizit steigt nach einer längeren Phase des vor allem durch die Konsolidierungsanstrengungen der Landesregierung erreichten kontinuierlichen Rückgangs in den Haushaltsplanjahren wieder deutlich an. In den

² Das strukturelle Defizit bedarf in den neuen Ländern einer Relativierung. Mecklenburg-Vorpommern erhält bis 2008 rund 1,1 Mrd. €, ab 2009 jährlich um rund 80 Mio. € rückläufige Sonderbedarfs-Bundesergänzungszuweisungen zur Deckung teilungsbedingter Sonderlasten (SoBEZ) als Teil des Solidarpakts II. Erfahrungsgemäß werden rund 15 % der SoBEZ für die Verbesserung der Kommunalen Finanzkraft und rund 85 % für Infrastrukturinvestitionen eingesetzt. Haushaltstechnisch werden die SoBEZ im Landeshaushalt aber vollständig als allgemeine laufende Einnahmen veranschlagt. Nur deshalb weist der laufende Haushalt des Landes Mecklenburg-Vorpommern einen deutlichen Überschuss aus. Zum Verständnis der realen Finanzlage müssen die für Infrastrukturinvestitionen zugewiesenen Einnahmen von der Summe der laufenden Einnahmen abgesetzt werden. Bei einer solchen Betrachtungsweise werden die bestehenden strukturellen Probleme des Landeshaushalts sichtbar.

Finanzplanjahren 2012 und 2013 ist dann wieder eine Verbesserung zu verzeichnen, ohne dass das Ziel des vollständigen Abbaus des strukturellen Defizits erreicht werden kann. Dies ist eine – wenn auch im Hinblick auf die Einbrüche bei den Steuereinnahmen – erklärbare, gleichwohl bedenkliche Entwicklung.

Der langfristig angestrebte Überschuss im laufenden Haushalt ist für die Entwicklung des Landes unverzichtbar. Denn spätestens ab 2020 müssen auch die eigenfinanzierten Investitionen des Landes aus Überschüssen der laufenden Rechnung (laufende Einnahmen minus laufende Ausgaben) in Höhe von rund 350 Mio. € finanziert werden. Damit würde Mecklenburg-Vorpommern in etwa das Niveau der Eigeninvestitionen der finanzschwachen westlichen Flächenländer in 2008 erreichen. Das heißt, das derzeit noch bestehende strukturelle Defizit muss bis 2020 schrittweise in einen deutlichen Überschuss des laufenden Haushalts übergeleitet werden. Der Abbau des strukturellen Defizits sowie die Finanzierung der notwendigen Investitionen werden weitere Eingriffe in die laufenden Ausgaben erfordern.

2.4.4 Benchmarking der laufenden Ausgaben

Im Jahr 2008 wurde aufgrund der Ziffern 330 und 332 der Koalitionsvereinbarung ein umfangreicher Ländervergleich im Bereich der laufenden Ausgaben speziell bei den Gruppierungen der Obergruppen 51-54 (sächliche Verwaltungsausgaben) und 62-68 (sonstige Sach- und Fachausgaben) durchgeführt.

In einem ersten Schritt wurden alle Landesgesetze mit Ausnahme des Finanzausgleichgesetzes Mecklenburg-Vorpommern (FAG), des Landeskrankenhausesgesetzes sowie landesgesetzlicher Regelungen zu Asyl, zu Hartz IV und zum Maßregelvollzug untersucht.

Im Ergebnis des Benchmarkings der gesetzlichen Leistungen sind folgende Änderungen vorgenommen worden:

- Das Landesblindengeld wurde aufgrund der Untersuchungsergebnisse von bisher 546 € auf 430 € pro Monat gesenkt.
- Die Zuweisungen an Schulen in freier Trägerschaft werden auf Basis der Ist-Ausgaben des vorvergangenen Haushaltsjahres aller entsprechenden öffentlichen Schulen berechnet.
- Die Wasserentnahmeentgeltsätze und die Verwendungsbreite für den Einsatz des Aufkommens werden an die Regelungen vergleichbarer Länder angepasst.

- Darüber hinaus konnten Einsparungen im Bereich der Jagd- und Fischereiabgabe erzielt werden. Zudem wurde das mit dem Einigungsvertrag in Landesrecht übergeleitete Staatshaftungsgesetz der Deutschen Demokratischen Republik aufgehoben.

Damit können jährliche Einsparungen in Höhe von rund 12 Mio. € erzielt werden.

Die Untersuchungen bei den sonstigen laufenden Ausgaben wurden in der zweiten Stufe des Benchmarkings weitestgehend IT-gestützt durchgeführt, da die Länder Rheinland-Pfalz und Schleswig-Holstein Ihre Daten in elektronischer Form zur Verfügung gestellt hatten. Die konkreten Untersuchungsbereiche wurden anhand eines Quervergleichs herausgefiltert. Der vertikale Maßstab war dabei der Funktionenplan, horizontal wurde der Gruppierungsplan (Obergruppen 51-54 und 62-68) zu Grunde gelegt.

Schwerpunkt waren dabei die sächlichen Verwaltungsausgaben, insbesondere die Ausgaben für IT und für politische Führung, sowie ausgewählte sonstige laufende Ausgaben.

Insgesamt konnte im Benchmarking festgestellt werden, dass die identifizierten signifikanten Überhänge deutlich geringer ausgefallen sind, als nach einer formalen Voruntersuchung in einem Quervergleich über alle Funktionen im Haushaltsplan zu vermuten gewesen war. Vielmehr sind in vielen dort aufgeführten Bereichen bei differenzierter Betrachtung keine bzw. keine signifikanten Überhänge von über einer Mio. € festgestellt worden. Dieses Ergebnis lässt sich damit begründen, dass die stetigen Konsolidierungsbemühungen der Landesregierung in den vergangenen Jahren zu entsprechenden Erfolgen geführt haben. Die Überhänge gegenüber vergleichbaren westlichen Flächenländern beruhen im Wesentlichen auf zusätzlichen EU-Förderprogrammen, vereinigungsbedingten Ausgaben und unterschiedlichen politischen Prioritätensetzungen in den Ländern.

Noch nicht abgeschlossen sind die Untersuchungen zu den Ausgaben für die Unterbringung von Landesbehörden, die einer gesonderten Betrachtung unterzogen werden.

2.4.5 Personalkonzept 2010

Die Landesregierung hält gemäß Ziffer 333 der Koalitionsvereinbarung an der Zielstellung fest, bis 2020 in etwa den durchschnittlichen Stellenbestand der westlichen Flächenländer zu erreichen. Dies gilt auch und insbesondere mit Blick auf die demografischen Veränderungen, denen Mecklenburg-Vorpommern sich auch künftig stellen muss.

Das Personalkonzept 2004 ist schon jetzt weitgehend umgesetzt worden. Weitere Einsparungen daraus werden in den nächsten Jahren noch zu erbrin-

gen sein und sind im Stellenplan-Entwurf 2010/2011 spezifiziert. Trotz dieses Erfolgs weist Mecklenburg-Vorpommern verglichen mit den westlichen Flächenländern nach wie vor eine überhöhte Personalausstattung aus.

Die Landesregierung hat am 7. Juli 2009 die Fortschreibung des Personalkonzepts (Personalkonzept 2010) beschlossen. Dafür waren folgende Gründe maßgeblich:

- die auch nach Vollzug der Personalkonzepts 2004 immer noch zu hohe Stellenausstattung in Mecklenburg-Vorpommern,
- perspektivisch sinkende Einnahmen des Landes infolge der anhaltenden demografischen Entwicklung in Mecklenburg-Vorpommern,
- der durch den kontinuierlichen Bevölkerungsrückgang (von 2008 bis 2020 voraussichtlich etwa -133.000 Einwohner bzw. -8 %) ausgelöste Stellenabbaubedarf³ sowie
- der auch in den Vergleichsländern sich vollziehende Personalabbau und die damit verbundenen Auswirkungen auf den Vergleichsmaßstab.

Eine erneute aufgabenkritische Untersuchung der einzelnen Verwaltungsbereiche ist zur Ableitung der Einsparvorgaben des Personalkonzepts 2010 nicht vorgenommen worden, da nach Abschluss der noch laufenden Umsetzung des Personalkonzepts 2004 die Verwaltungsbereiche überwiegend ein etwa vergleichbares Niveau hinsichtlich des Verhältnisses Aufgabenerfüllung und Stellenausstattung erreichen werden. Insofern ist zunächst aus einem Ländervergleich eine grundsätzlich für alle Verwaltungsbereiche geltende prozentuale Einsparvorgabe ermittelt und auf den Zeitraum bis 2020 verteilt worden.

Zur Ableitung der Stellenzielzahl für das Jahr 2020 sind

- die landesspezifischen Mehreinnahmen Mecklenburg-Vorpommerns aus Bundesergänzungszuweisungen zum Ausgleich hoher Kosten der politischen Führung in der zentralen Verwaltung (PolBEZ),
- die Mehreinnahmen des Landes aus der Einwohnerwertung für dünn besiedelte Gebiete im Länderfinanzausgleich (Verhandlungsergebnis zum Finanzausgleich 2005 und Solidarpaket II) sowie
- ein unterstellter Stellenabbau bis zum Jahr 2020 in den westlichen Vergleichsländern, da auch in diesen Ländern ein erheblicher Konsolidierungsdruck besteht,

berücksichtigt worden.

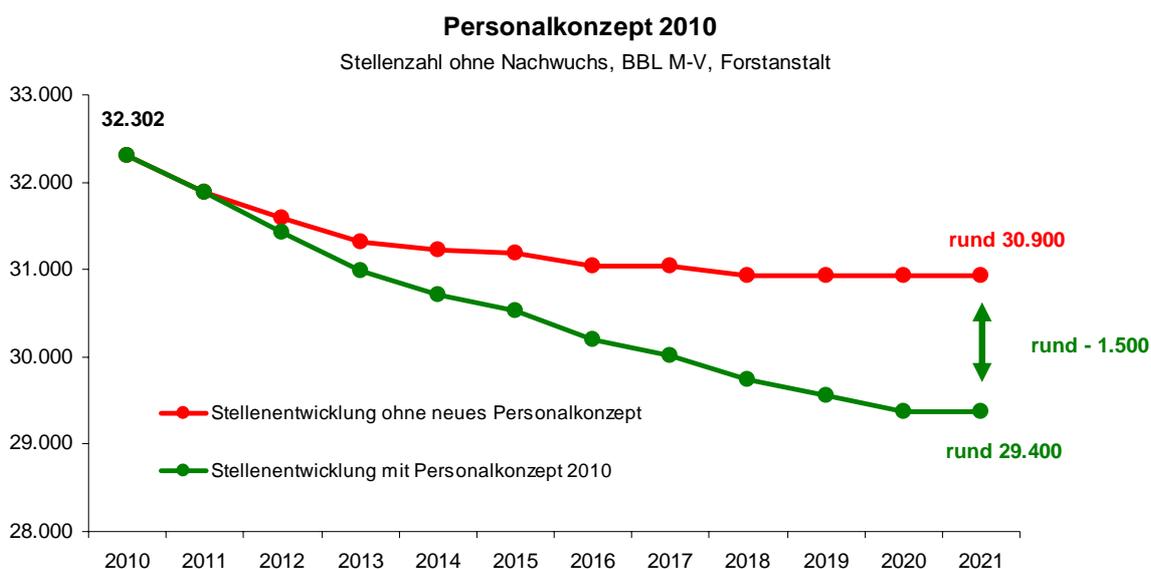
³ Pro Rückgang von 10.000 Einwohnern müssen rund 200 Stellen eingespart werden. Damit würde lediglich der Status quo gegenüber den westlichen Flächenländern gehalten, jedoch keine Anpassung an den Vergleichsmaßstab vollzogen werden.

Für das Jahr 2020 leitet sich danach eine Stellenausstattung (ohne Forst und Nachwuchs) in Höhe von 18,34 Stellen je Tausend Einwohner (TEW) ab.

Unter Ausklammerung der Schulen, der Hochschulen (für diese ist der Stellenabbau mit dem Hochschulkorridor bis 2017 weitgehend fixiert), der Bereiche Landtag, Landesrechnungshof und das Landesverfassungsgericht hätte sich für den übrigen Bereich der Landesverwaltung (Konsolidierungsbereich) eine rechnerische Quote von 12,6 % einzusparender Stellen ergeben.

Gleichwohl ist zu beachten, dass mit Umsetzung des Personalkonzepts 2004 in der Landesverwaltung einschließlich Ministerien bisher bereits etwa 8.700 Stellen eingespart bzw. spezifiziert worden sind. Dies entspricht etwa 21 % des Stellenbestandes vom Januar 2004. Diese Einschnitte in den Personalkörper waren mit erheblichen Strukturveränderungen und Prozessoptimierungen verbunden. Aufgabenkritische Analysen der Arbeitsprozesse und deren Umsetzung leisten einen Beitrag, um die Aufgaben qualitätsgerecht mit weniger Personal zu erledigen. Zusätzlich unterstützen grundlegende Optimierungen der Aufbau- und Ablauforganisation diese Prozesse. Dennoch sind Arbeitsverdichtungen nicht immer zu vermeiden.

Auch in Zukunft steht die Landesverwaltung von Mecklenburg-Vorpommern vor enormen Herausforderungen, um die Entwicklung im Land voranzubringen. Für die Bewältigung dieser Aufgaben ist engagiertes Personal auf hohem Qualifikationsniveau erforderlich. Zusätzlich werden die Aktivitäten zur Zentralisierung von Verwaltungsaufgaben sowie zur Verbesserung der technischen Unterstützung schrittweise vorangetrieben. Angesichts dieser Erwägungen hat die Landesregierung beschlossen, die rechnerische Einsparquote von 12,6 % auf 9 %, d. h. ein Prozent pro Jahr beginnend ab 2012, zu begrenzen. Bezogen auf die Konsolidierungsbereiche entspricht dies etwa einer Einsparung von 1.500 Stellen bis zum Jahr 2020.



Die Einsparvorgaben gelten grundsätzlich auch für alle Landesbetriebe und die Landesforstanstalt (im übertragenen Wirkungskreis) entsprechend. Dies ist auch geboten, da diese Einrichtungen überwiegend Zuschüsse des Landes erhalten, die zu wesentlichen Teilen der Finanzierung von Personal dienen.

Im Jahr 2015 wird eine allgemeine Überprüfung der Umsetzung des Personal-konzepts 2010 vorgenommen. Insbesondere wird zu prüfen sein, ob neue die Personalausstattung bestimmende Erkenntnisse, vorliegen, die eine Modifizierung der Einsparvorgaben ab 2016 erfordern.

Weitere Erläuterungen zur Entwicklung des Personalbestandes enthält der Abschnitt 5.

2.4.6 Haushaltsergebnis 2008

Nachdem Mecklenburg-Vorpommern im Jahr 2007 zum ersten Mal den Einstieg in die Schuldentilgung geschafft hat, konnten auch im Jahr 2008 wie geplant die Schulden des Landes um 100 Mio. € zurückgeführt werden. Damit sank der Schuldenberg des Landes von 10,7 auf 10,6 Mrd. € sowie die Pro-Kopf-Verschuldung auf 6.342 € je Einwohner.

Das gute Haushaltsergebnis wurde nicht nur durch die zusätzlichen Steuereinnahmen, sondern vor allem durch eine konsequente Ausgabenreduzierung erreicht. Die von der Landesregierung seit Jahren verfolgte nachhaltige Konsolidierung insbesondere bei den laufenden Ausgaben trug maßgeblich zur Verbesserung des Haushalts bei.

Die Steuereinnahmen 2008 (einschließlich Länderfinanzausgleich und Bundesergänzungszuweisungen) betragen 5.732 Mio. €. Das sind insgesamt 293 Mio. € mehr als geplant und 188 Mio. Euro mehr als noch 2007. Auch die Entwicklung des eigenen Steueraufkommens ist im Jahr 2008 erneut positiv verlaufen: Es stieg um 220 Mio. € und lag damit um 9 % höher als im Jahr 2007.

Die Personalausgaben sind gegenüber dem Plan um 41 Mio. € geringer ausgefallen. Die eingeleiteten Maßnahmen des Personalkonzepts 2004 wirken deutlich und werden fortgesetzt. Das Land beschäftigte Ende 2008 im Vergleich zum Jahr 2004 etwa 6.500 Mitarbeiter weniger.

Auch die Sach- und Fachausgaben sind mit 36 Mio. € deutlich unter dem Planwert geblieben. Neben diversen Einsparungen bei den sächlichen Verwaltungsausgaben in Höhe von 20 Mio. € schlugen hier die reduzierten Zahlungen für die Kosten der Unterkunft (SGB II) in Höhe von 22 Mio. € zu Buche, die durch das Land an die Kommunen weitergeleitet werden. Demgegenüber stehen höhere Ausgaben von ebenfalls 17 Mio. €, die den Kommunen im vergangenen Jahr über den kommunalen Finanzausgleich zu Gute kamen.

Die Zinsausgaben fielen rund 37 Mio. € geringer als geplant aus.

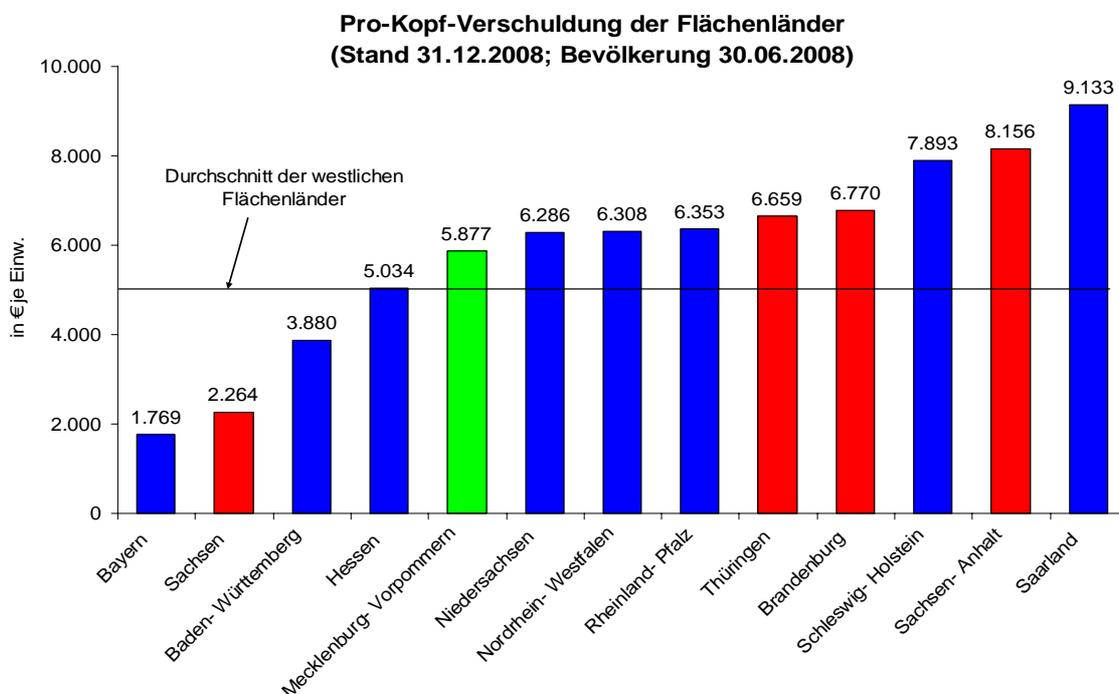
Die Investitionsausgaben lagen mit 1.214 Mio. € um 43 Mio. € höher als geplant. Hier sind zahlreiche Mehr- und Minderausgaben zu berücksichtigen. Wichtige Mehrausgaben fielen beim Ganztagschulprogramm, beim Krankenhausbau und bei Investitionen im Rahmen des EU-Fonds Europäischer Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) an.

Mit dem Haushaltsabschluss des Jahres 2008 gelingt dem Land der Verwendungsnachweis für die Solidarpaktmittel erneut vollständig. Auch die Kommunen Mecklenburg-Vorpommerns profitieren von den Steuermehreinnahmen des Landes im Jahr 2008. Insgesamt wird das Land im Rahmen des kommunalen Finanzausgleichs 42 Mio. € weiterreichen.

Das Ergebnis des Haushaltsjahres 2008 ist in tabellarischer Form kurz zusammengefasst aus der Anlage 4 zu entnehmen.

2.4.7 Verschuldung im Ländervergleich

Bei der Höhe der Pro-Kopf-Verschuldung der Flächenländer weist Mecklenburg-Vorpommern zum Abschluss des Kalenderjahres 2008 den fünftniedrigsten Stand auf, eine Verbesserung um drei Plätze gegenüber 2006. Im Vergleich mit den ostdeutschen Flächenländern erreicht das Land nach dem Freistaat Sachsen den zweitniedrigsten Wert. Dennoch ist festzuhalten, dass Mecklenburg-Vorpommern die durchschnittliche Verschuldung der westlichen Flächenländer von 4.993 € je Einwohner bereits klar überschreitet.



Die Werte der Übersicht beruhen auf der Kassenstatistik zum Jahresende 2008 und spiegeln damit den Schuldenstand nach Abschluss des Kalenderjahres wider, nicht jedoch den Stand zum Abschluss des Haushaltsjahres.

2.5 Modernisierung der Verwaltung in Mecklenburg-Vorpommern

2.5.1 Verwaltungsmodernisierung mit kommunalem Bezug

Auf der Grundlage eines Gesamtrahmens für eine umfassende Verwaltungsmodernisierung (Landtags-Drucksache 5/1409) soll im Finanzplanungszeitraum eine Kreisgebiets- und Funktionalreform, eine Neuordnung des kommunalen Finanzausgleichs, eine Stärkung der Zentren und eine Weiterentwicklung der Gemeinde- und Ämterstrukturen durchgesetzt werden. Hierdurch sollen die rechtlichen Rahmenbedingungen für die Kommunalfinanzen so verändert werden, dass gesunde Haushalte trotz zum Teil extrem belastender demografischer Bedingungen in den einzelnen Kommunen erhalten bleiben oder hergestellt werden können.

Zur Umsetzung der Ziele, des Leitbildes und der Leitlinien für eine Kreisgebietsreform in Mecklenburg-Vorpommern wurden im Juli 2009 bereits Gesetzentwürfe zur Landkreisneuordnung, zur Aufgabenzuordnung im Rahmen einer Funktionalreform und zur Neugestaltung des kommunalen Finanzausgleichs in den Landtag eingebracht. Hiermit sollen zugleich zukunftsfähige Strukturen geschaffen werden, die nachhaltig in der Lage sind, öffentliche Dienstleistungen zu erbringen und die notwendige Infrastruktur vorzuhalten.

2.5.1.1 Kreisgebietsreform in Mecklenburg-Vorpommern

Die öffentliche Verwaltung in Mecklenburg-Vorpommern wird angesichts der demographischen Entwicklung vor stetig wachsende Herausforderungen gestellt. Bestehende Strukturen und deren Leistungsfähigkeit sind regelmäßig auch hinsichtlich der Finanzierbarkeit zu überprüfen. Der Reformansatz der Landesregierung aus der 4. Legislaturperiode, wonach aus den bestehenden zwölf Landkreisen und sechs kreisfreien Städten fünf Kreise gebildet werden sollten, ist nach der Entscheidung des Landeserfassungsgerichts Mecklenburg-Vorpommern aus dem Jahr 2007 unvereinbar mit dem Recht auf kommunale Selbstverwaltung (GVOBl. M-V 2007 S. 318).

Ausdrücklich anerkannt hat das Landeserfassungsgericht den Reformbedarf, für den es zwei Hauptgründe gibt:

1. Der Bevölkerungsrückgang ist ein langfristig und nachhaltig wirkendes Phänomen, das eine Anpassung der Strukturen des Landes und seiner Kommunen zwingend erfordert.
2. Sowohl das Land als auch die Kommunen stehen vor der Herausforderung, zukünftig mit erheblich geringeren finanziellen Zuweisungen haushalten zu müssen.

Die Landkreisneuordnung sieht zukünftig sechs Landkreise und zwei kreisfreie Städte vor. Dieses Modell stellt eine umfassende Reform der gesamten kreis-

kommunalen Ebene unter Einbeziehung aller bisherigen Landkreise und der überwiegenden Zahl der bisher kreisfreien Städte dar. Von den bisher kreisfreien Städten bleiben nur die Hansestadt Rostock und die Landeshauptstadt Schwerin kreisfrei. Die übrigen kreisfreien Städte werden jeweils in einen der neuen Kreisverbände eingegliedert und erhalten den neu geschaffenen Status der großen kreisangehörigen Stadt. Durch die Landkreisneuordnung werden jährliche Einsparungen im Bereich der Personalkosten in Höhe von ca. 50 Mio. € erwartet.

2.5.1.2 Funktionalreform in Mecklenburg-Vorpommern

Durch die Funktionalreform soll die öffentliche Verwaltung sowohl auf staatlicher als auch auf kommunaler Ebene effizienter werden. Hierfür sollen Doppelstrukturen abgebaut und die Verwaltungsstrukturen insgesamt schlanker werden. Die erforderlichen öffentlichen Aufgaben sollen auf der Ebene wahrgenommen werden, die die Gewähr für größtmögliche Wirtschaftlichkeit, Bürger- und Wirtschaftsnähe, Rechtssicherheit und fachliche Qualität bietet.

Insgesamt werden Aufgaben für rund 200 Stellen von der Landesebene auf die Kommunen übertragen, unter anderem die Bereiche Arbeitsschutz und technische Sicherheit sowie Immissionsschutz und Abfallwirtschaft. Die sich aus der Aufgabenübertragung ergebenden Mehrbelastungen der Kommunen werden vom Land ausgeglichen.

2.5.1.3 Neugestaltung des Finanzausgleichs

Das für die Finanzbeziehungen zwischen Land und Kommunen maßgebende Finanzausgleichsgesetz (FAG) wird soweit erforderlich regelmäßig an die sich verändernden Rahmenbedingungen angepasst.

In Vorbereitung der Erarbeitung eines Gesetzentwurfs zur Neugestaltung des FAG und zur Änderung weiterer Gesetze hat das Innenministerium ein finanzwissenschaftliches Gutachten bei der Universität Göttingen und dem ifo Institut für Wirtschaftsforschung München in Auftrag gegeben. Darin wurden sowohl Fragen der vertikalen als auch der horizontalen Verteilung der Finanzausgleichsleistungen behandelt. Nach Auswertung des Gutachtens sowie von weitergehenden Untersuchungen und Prüfungen hat die Landesregierung den Entwurf zur Neugestaltung des FAG vorgelegt.

Die Eckpunkte der Novellierung des Finanzausgleichsgesetzes 2010 und die grundlegenden Änderungen im Vergleich zum bisher geltenden FAG sind wie folgt zusammenzufassen:

a) Vertikale Finanzverteilung

- Der 2002 eingeführte Gleichmäßigkeitsgrundsatz ist auch künftig Grundlage der Bemessung des kommunalen Finanzausgleichs. Damit folgt die Landesregierung dem Urteil des Landesverfassungsgerichts Mecklenburg-Vorpommerns vom 11. Mai 2006. Die Überprüfung des Finanzverteilungsverhältnisses hat zum Ergebnis geführt, dass eine Anpassung weder zugunsten des Landes noch der Kommunen geboten ist, der Überprüfungsabstand wird auf zwei Jahre reduziert.
- Das Finanzverteilungsverhältnis nach dem Gleichmäßigkeitsgrundsatz wird leicht zugunsten der Kommunen (33,99 % Kommunen und 66,01 % Land) verändert wegen der Integration des Pauschalbetrags für Konnexitätsfälle in Höhe von 1,9 Mio. € in die Finanzausgleichsleistungen und der Herauslösung der Feuerschutzsteuer aus den Verbundgrundlagen.
- Anpassung der Finanzausgleichsmasse an die rückläufigen SoBEZ (Degression des bisherigen Abzugsbetrags von rund 356 Mio. €) und damit erhöhte Verbundgrundlagen; gleichzeitig schrittweise Reduzierung der bisher als Aufstockungsbetrag zu zahlenden Zuweisung für Infrastrukturinvestitionen von derzeit 20 Mio. € auf Null ab 2013.
- Einführung einer Regelung zur Beteiligung der Kommunen an Sanktionsleistungen gemäß Artikel 109 Abs. 5 GG.

b) Horizontale Finanzverteilung

- Stärkung der Schlüsselzuweisungen insbesondere durch Auflösung der bisherigen Vorwegabzüge für die Straßenbaulastträger, für Infrastrukturinvestitionen sowie für die örtlichen Träger der Sozialhilfe und die Träger der Aufgaben nach dem Unterhaltungsvorschussgesetz entsprechend der Aufgabenträgerschaft zugunsten der jeweiligen Teilschlüsselmassen.
- Umgestaltung des Systems der Vorwegabzüge, z. B. Erhöhung des Ausgleichs für auf die Kommunen übertragene Aufgaben (bisher 190 Mio. €, neu: 207 Mio. €) und Stärkung der zentralen Orte durch eine Erhöhung der Dotierung des Vorwegabzugs für übergemeindliche Aufgaben (bisher 107,3 Mio. €, neu 137,3 Mio. €).
- Neubestimmung der Verteilung der Teilschlüsselmassen zwischen Landkreisen, kreisfreien Städten und kreisangehörigen Gemeinden.
- Absenkung des Steuerkraftausgleichs für die Berechnung der Schlüsselzuweisungen von kreisfreien Städten, kreisangehörigen Gemeinden und Landkreisen von 65 % auf 60 %.

- Einführung einer Finanzausgleichsumlage und Reduzierung der Schlüsselzuweisungen für Gemeinden mit einer Einwohnerzahl unter 500 ab 2012.
- Zusammenführung der bisherigen Fehlbedarfs- und Konsolidierungshilfen zu ergänzenden Hilfen zur Erlangung des langfristigen Haushaltsausgleichs, Möglichkeit der Bildung eines Kommunalen Haushaltskonsolidierungsfonds Mecklenburg-Vorpommern.

Das FAG wird damit ab 2010 grundlegend novelliert und den aktuellen Herausforderungen angepasst. Ziel ist weiterhin ein sowohl zwischen Land und Kommunen als auch zwischen den einzelnen Kommunen fairer, aufgabengerechter und transparenter kommunaler Finanzausgleich. Er trägt damit den veränderten Bedingungen Rechnung und erfüllt gleichzeitig den Verfassungsauftrag nach Artikel 73 Landesverfassung. Damit wird auch künftig die Leistungsfähigkeit steuerschwacher Gemeinden und Landkreise gesichert sowie eine unterschiedliche Ausgabenbelastung ausgeglichen.

2.5.2 Verwaltungsmodernisierung in der Landesverwaltung

2.5.2.1 Reform der Landesverwaltung Mecklenburg-Vorpommern

Die öffentliche Verwaltung schöpft ihre Leistungsfähigkeit aufgrund der bestehenden Strukturen noch nicht aus. Das soll in Mecklenburg-Vorpommern in Zukunft besser werden - einfacher und besser. Zielstellung ist weniger Bürokratie, mehr Leistungsfähigkeit des Personals und der Organisation sowie kostengünstige Aufgabenerledigung. Die Modernisierung der Verwaltung ist ein wichtiger Teil der Entwicklung des Landes Mecklenburg-Vorpommern.

In den vergangenen Jahren stand die Neuorganisation der Landesverwaltung im Mittelpunkt, so wurde die Zahl der oberen Landesbehörden von ehemals 32 (ohne die sechs oberen Justizbehörden, die bundesgesetzlich vorgegeben sind) auf 15 verringert. In Zukunft wird die Optimierung von Verwaltungsprozessen den Schwerpunkt der Verwaltungsmodernisierung bilden. Es werden umfangreiche Umorganisationen auf den Weg gebracht und die Voraussetzungen für den Einsatz neuer Technologien geschaffen. Wichtige aktuelle Punkte der Verwaltungsmodernisierung sind u. a:

- Die Aktenbearbeitung soll in der Zukunft nur noch elektronisch erfolgen. Die Landesregierung wird daher in den nächsten Jahren die elektronische Akte einführen. Platz raubende Papierberge gehören dann der Vergangenheit an. Die Bearbeitung der Akten wird dann erheblich schneller und kostengünstiger.

- Die Bearbeitung von Förderanträgen soll an zentraler Stelle erfolgen: Das Landesförderinstitut betreut bereits jetzt eine Vielzahl von Förderfällen. Weitere Förderungen, die bislang in den Ministerien abgewickelt werden, sollen ebenfalls dorthin verlagert werden.
- Die Einzelbibliotheken der Ministerien werden zukünftig in die Landesbibliothek eingegliedert, die damit zu einem zentralen Dienstleister der Kernverwaltung wird.
- Für die Landesverwaltung wurde eine zentrale Reisekostenstelle geschaffen und das aufwändige Verfahren bei der Beantragung und Genehmigung von Dienstreisen durch die Einführung eines durchgängigen elektronischen Antrags-, Genehmigungs- und Abrechnungsverfahrens vereinfacht.

Die demographischen und die finanziellen Entwicklungen in den nächsten Jahren lassen keine Alternative zu einer kontinuierlichen Modernisierung der Verwaltung zu. Nur auf diesem Wege kann Mecklenburg-Vorpommern in die Lage versetzt werden, seine künftigen Herausforderungen zu bestehen.

2.5.2.2 Kosten- und Leistungsrechnung (KLR) / Produkthaushalt

Das Land Mecklenburg-Vorpommern modernisiert seit einigen Jahren mit Hilfe neuer Informationsinstrumente die Steuerung der Verwaltung, um auch weiterhin leistungsfähig zu bleiben. Ziel ist dabei die Steigerung der Effizienz (Wirtschaftlichkeit) und Effektivität (Wirksamkeit) des Verwaltungshandelns, um die knappen Haushaltsmittel so optimal wie möglich einzusetzen.

Schwerpunkt bildet derzeit die landesweite Einführung einer Kosten- und Leistungsrechnung (KLR), die voraussichtlich bis 2011 abgeschlossen sein wird, um die Ergebnisse und die Effizienz der einzelnen Verwaltungseinheiten messen zu können. Potenziale, den wirtschaftlichen Informationsgewinn nutzbringend in Führungs- und Entscheidungsprozesse einzubeziehen, gilt es zukünftig noch besser zu erschließen.

Der aus den Staatssekretären aller Ressorts sowie dem Präsidenten des Landesrechnungshofes und den Personalvertretungen des Landes bestehende KLR-Lenkungsausschuss hat aufgrund dieser Erfahrungen beschlossen, die KLR stärker mit dem kameralen Haushalt zu verknüpfen und um eine Planung zu ergänzen.

Dazu werden im Haushaltsplan-Entwurf 2010/2011 zunächst Leistungs- und Kostenkennzahlen (LuK) aus der KLR, sowohl vergangenheitsbezogene Ist- als auch zukunftsorientierte Plan-Werte, ausgewiesen und in die Haushaltsberatungen einbezogen. Sie sollen in der Haushaltrechnung abgerechnet werden.

Gleichzeitig wird der Produkthaushalt modellhaft getestet. Für die Fachhochschule für öffentliche Verwaltung, Polizei und Rechtspflege Güstrow ist ein

Produkthaushalt entwickelt worden, der im Haushaltsplan 2006/2007 nachrichtlich ausgewiesen wurde und beginnend mit dem Haushaltsplan 2008/2009 als führendes Planungs- und Bewirtschaftungssystem erprobt wird.

Das Finanzministerium hat zudem eine Machbarkeitsstudie für eine landesweite Umsetzung des Produkthaushalts in Auftrag gegeben. Diese soll der Landesregierung und dem Parlament als Entscheidungsgrundlage für den weiteren Weg zur Reform der Verwaltungssteuerung dienen.

Mit seinen Aktivitäten zur Umsetzung der KLR und der Erprobung eines Produkthaushalts reiht sich das Land in die bundesweiten Bestrebungen zur Modernisierung des Haushaltswesens ein. Aufgrund dieser Tendenzen wird gegenwärtig das Haushaltsgrundsätzegesetz reformiert, um die Reformansätze zu vereinheitlichen und der zukünftigen Ausgestaltung des Haushalts- und Rechnungswesens einen rechtlichen Rahmen zu geben.

3. Ergebnisse der Mittelfristigen Finanzplanung im Überblick

3.1 Umsetzung der finanzpolitischen Zielsetzungen der Landesregierung

Der Finanzplan wird in der Tabelle „Gesamtübersicht über den Finanzplan 2009 bis 2013“ in zusammengefasster Form dargestellt (Anlage 5). Das Basisjahr entspricht dem Haushaltsplan 2009⁴. Die wichtigsten Kennzahlen sind in den nachfolgenden Übersichten zusammengefasst:

3.1.1 Netto-Tilgungen / Netto-Kreditaufnahme

Netto-Tilgungen / Netto- Kreditaufnahme	Haushalts- plan	Haushalts- plan- Entwurf	Haushalts- plan- Entwurf	Planungszeitraum	
	2009	2010	2011	2012	2013
	in Mio. €				
Netto-Tilgungen gemäß fortgeschriebenem Haushaltsplan 2009 bzw. Finanzplan 2009 bis 2013	0,0 *	0,0	0,0	0,0	0,0
(nachrichtlich: MFP alt)	150,0	180,0	200,0	230,0	
Differenz zur MFP alt	-150,0	-180,0	-200,0	-230,0	
Veränderungsrate zum Vorjahr in %	-100,0%	0,0%	0,0%	0,0%	0,0%
Netto-Kreditaufnahme gemäß Finanzplan 2009 bis 2013	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Handlungsbedarfe (-)	0,0	0,0	0,0	-152,7	-223,6

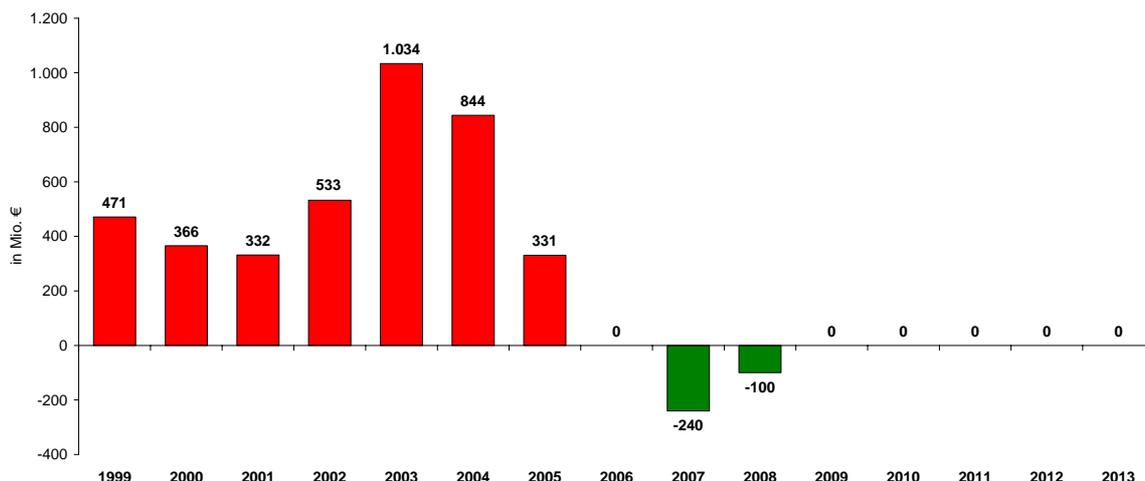
* Die Landesregierung geht aufgrund der Auswirkungen der aktuellen Wirtschafts- und Finanzkrise davon aus, dass die ursprünglich für 2009 geplante Netto-Tilgung von 150 Mio. € nicht erbracht werden kann.

Mit dem Haushaltsplan-Entwurf 2010/2011 wird die vom Kabinett bereits mit dem Nachtragshaushalt 2007 eingeleitete Aufstellung ausgeglichener Haushalte ohne neue Schulden konsequent fortgesetzt. Damit gehört Mecklenburg-Vorpommern u. a. neben Bayern und Sachsen zu den Ländern, die dieses finanzpolitisch vordringliche Ziel bereits umsetzen konnten. Die Vermeidung neuer Schulden ist ein wichtiger Schritt für die langfristige Tragfähigkeit des Landeshaushalts.

Allerdings kann dieses Ziel in den Jahren 2010 und 2011 nur durch zusätzliche Entnahmen aus der Ausgleichrücklage in Höhe von insgesamt rund 428 Mio. € zur Absicherung des Haushaltsausgleichs erreicht werden. Zudem kann mit dem Haushaltsplan-Entwurf 2010/2011 die in der Finanzplanung 2007 bis 2011 vorgesehene weitere Netto-Tilgung von 180 Mio. € in 2010 und 200 Mio. € in 2011 nicht verwirklicht werden.

⁴ Vgl. Hinweis unter Ziffer 1.3

Netto-Kreditaufnahme und Tilgungen im Landeshaushalt von Mecklenburg-Vorpommern



Dies ist aus finanzpolitischer Sicht nicht unproblematisch. Der Verzicht auf Tilgung bedeutet im Hinblick auf den weiter voran schreitenden Bevölkerungsrückgang ein Ansteigen der Pro-Kopf-Verschuldung. In den Finanzplanungs-jahren 2012 ff. verbleibt zudem ein erheblicher Handlungsbedarf, der noch der Auflösung bedarf.

An der Zielstellung der Koalitionsvereinbarung, Netto-Tilgungen zumindest in dem Umfang zu leisten, dass die Gesamtverschuldung je Einwohner trotz des Bevölkerungsrückgangs nicht weiter ansteigt, ist gleichwohl – jedenfalls lang-fristig – festzuhalten, da sonst die Schuldenlasten von immer weniger Menschen in Mecklenburg-Vorpommern zu tragen wären.

Daher sollten die Tilgungen schrittweise auf das Niveau der ursprünglich in der alten Finanzplanung vorgesehenen Netto-Tilgungen angehoben werden, sofern sich die Steuereinnahmen in den Jahren 2010 ff. günstiger entwickeln als angenommen.

3.1.2 Gesamtausgaben

Gesamtausgaben	Haushalts- plan	Haushalts- plan- Entwurf	Haushalts- plan- Entwurf	Planungszeitraum	
	2009	2010	2011	2012	2013
	in Mio. €				
Gesamtausgaben	7.035,2	7.001,1	6.950,3	6.943,4	7.001,7
Veränderungsrate zum Vorjahr in %		-0,5%	-0,7%	-0,1%	0,8%
darunter:					
bereinigte Gesamtausgaben	6.812,6	6.997,4	6.944,9	6.937,0	6.994,4
bereinigte laufende Ausgaben	5.677,4	5.696,9	5.721,7	5.793,3	5.897,1

Die Gesamtausgaben sind mit Ausnahme des Jahres 2013 im gesamten Finanzplanungszeitraum rückläufig. Sie sinken bis 2012 insgesamt um rund 92 Mio. € auf rund 6,94 Mrd. €. Dies ist im Hinblick auf die vorübergehenden

Mehrausgaben im Zusammenhang mit den Konjunktur stützenden Programmen des Bundes und des Landes Mecklenburg-Vorpommern sowie auf die Steigerungen der Personalausgaben aufgrund der Tarifierhöhungen in 2009 und der Ost-West-Anpassung zum 1. Januar 2010 für die höheren Besoldungs- bzw. Entgeltgruppen eine erfreuliche Entwicklung.

Der folgende Anstieg der Gesamtausgaben in 2013 beruht im Wesentlichen auf Steigerungen bei den bereinigten laufenden Ausgaben. Ursächlich hierfür sind vor allem steigende Ausgaben beim kommunalen Finanzausgleich, beim Personal und bei den Zinsen. Allein hieraus resultieren Mehrausgaben in 2013 gegenüber 2012 in Höhe von rund 80 Mio. €.

3.1.3 Haushaltsstruktur / Quoten

Finanzwirtschaftliche Quoten können lediglich als Anhaltspunkte zur Bewertung der Lage der Finanzen des Landes dienen, nicht aber als Grundlage für haushaltspolitische Entscheidungen herangezogen werden. Vor allem sind Ländervergleiche wegen unterschiedlicher Wirtschafts- und Verwaltungsstrukturen nur begrenzt aussagekräftig. Die finanzwirtschaftlichen Quoten werden trotzdem ausgewiesen, da sie in der finanzpolitischen Diskussion immer wieder eine Rolle spielen. Bei der Interpretation der im Folgenden dargestellten Quoten muss die eingeschränkte Aussagekraft berücksichtigt werden.

Finanzwirtschaftliche Quoten	Haushaltsplan	Haushaltsplan-Entwurf	Haushaltsplan-Entwurf	Planungszeitraum	
	2009	2010	2011	2012	2013
	in %				
Investitionen					
- Finanzplan 2009 bis 2013	16,7%	18,6%	17,6%	16,5%	15,7%
- Finanzplan alt		16,3%	16,1%	15,8%	
Personalausgaben					
- Finanzplan 2009 bis 2013	22,9%	24,0%	24,5%	24,8%	25,0%
- Finanzplan alt		23,9%	24,4%	24,7%	
Steuerdeckungsquote					
- Finanzplan 2009 bis 2013	62,4%	55,7%	57,3%	59,9%	61,7%
- Finanzplan alt		63,6%	65,2%	66,8%	

Die Investitionsquote liegt in den Jahren 2010 bis 2011 deutlich über der alten Finanzplanung. Dies ist hauptsächlich Ausdruck der Umsetzung der beiden bundesweiten Konjunkturprogramme in Mecklenburg-Vorpommern. Ab 2010 geht die Investitionsquote wieder kontinuierlich leicht zurück. Der Rückgang ist eine zwangsläufige Folge der Tatsache, dass Mecklenburg-Vorpommern zur Zeit noch ein im Vergleich zu westdeutschen Ländern erheblich höheres Investitionsvolumen aufweist und mit zurückgehenden Solidarpaktmitteln eine Anpassung der Investitionsausgaben unumgänglich ist.

Die Personalausgabenquote liegt in allen Jahren geringfügig über dem Niveau des alten Finanzplans. Zudem steigt sie im gesamten Zeitraum im neuen

Finanzplan leicht an. Hier wirken zwei gegenläufige Entwicklungen. Die Maßnahmen zum Stellenabbau aus dem Personalkonzept 2004 und der grundsätzliche Verzicht auf externe Neueinstellungen wirken sich begrenzend aus. Dagegen stehen Mehrbedarfe aufgrund der Tarifabschlüsse für die Zeit bis zum 31. Dezember 2010 sowie die Ost-West-Anpassung im Jahre 2010 für die höheren Besoldungs- und Entgeltstufen. Im Ergebnis führen diese Effekte zu einem Anstieg der Personalausgabenquote.

Die Steuerdeckungsquote gibt Aufschluss darüber, in welchem Maße die Einnahmen aus Steuern, LFA und Fehlbetrags-BEZ sowie der Kfz-Steuer-Kompensationszahlungen zur Finanzierung der bereinigten Gesamtausgaben dienen. Diese Einnahmen stehen dem Land langfristig zur Verfügung. Mecklenburg-Vorpommern muss daher einen schrittweise zunehmenden Anteil seiner Ausgaben aus diesen Einnahmen finanzieren, wenn das Land finanziell auch nach 2019 auf eigenen Beinen stehen will. Als Indikator für diese Entwicklung sollte die Steuerdeckungsquote stetig zunehmen. Steuerdeckungsquoten von deutlich über 60% wie in den einnahmestarken Jahren 2007 und 2008 sind durch die Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise mit sinkenden Einnahmen und steigenden Ausgaben ab 2010 nicht mehr zu realisieren. Die Steuerdeckungsquote wird daher im Planjahr 2010 nur noch einen Wert von 55,7 % erreichen, in den folgenden Jahren aber wieder kontinuierlich auf 61,7 % im Jahr 2013 ansteigen.

Die in früheren Jahren dargestellte Kreditfinanzierungsquote ist in der obigen Übersicht nicht mehr aufgeführt, da sie in allen Jahren Null ist.

3.2 Handlungsbedarfe

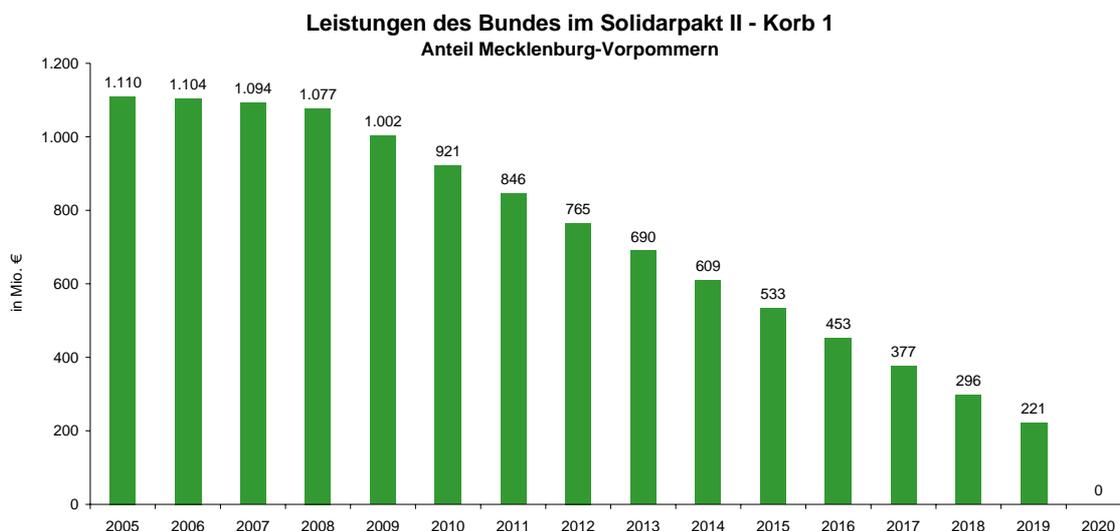
In den Haushaltsverhandlungen bisher nicht aufgelöste Handlungsbedarfe belaufen sich auf 152,7 Mio. € im Jahre 2012 und auf 223,6 Mio. € im Jahre 2013.

Die ab 2012 ausgewiesenen Handlungsbedarfe müssen für den Fall, dass die mit der Mai-Steuerschätzung 2009 prognostizierten Steuereinnahmen sich bewahrheiten, durch weitere insbesondere strukturelle Konsolidierungsmaßnahmen aufgelöst und bei der Aufstellung der nächsten Haushaltsplan-Entwürfe abgebaut werden. An dem finanzpolitischen Ziel, ausgeglichene Haushalte vorzulegen, soll weiterhin festgehalten werden. Die Landesregierung wird sich rechtzeitig vor Aufstellung des Doppelhaushaltes 2012/2013 über die erforderlichen Maßnahmen verständigen.

Das bedeutet, dass die jetzt bei einzelnen Titeln ausgewiesenen Finanzplanraten bei den künftigen Planungen möglicherweise nicht in vollem Umfang ausgeschöpft werden können, sondern insoweit unter Vorbehalt stehen.

3.3 Verwendung der Sonderbedarfs-Bundesergänzungszuweisungen (SoBEZ)

Die neuen Länder erhalten die SoBEZ zum Abbau teilungsbedingter Sonderlasten aus dem bestehenden infrastrukturellen Nachholbedarf und zum Ausgleich der unterproportionalen kommunalen Finanzkraft. Diese Mittelzuweisungen sind degressiv gestaltet und schmelzen ab 2009 um jährlich rund 80 Mio. €. Die nachfolgende Grafik gibt einen Überblick über die gesamten SoBEZ, die Mecklenburg-Vorpommern bis 2019 zufließen werden:



Über die Verwendung der Mittel ist jährlich in den Fortschrittsberichten „Aufbau Ost“ Nachweis zu führen. Mecklenburg-Vorpommern weist für das Jahr 2006 eine annähernd vollständige und für die Jahre 2007 und 2008 eine mehr als vollständige zweckentsprechende SoBEZ-Verwendung nach. Im Folgenden wird anhand

- der geplanten Ansätze für die Haushaltsjahre 2010/2011 und die Finanzplanung bis 2013 und
- von Schätzungen zur Entwicklung der kommunalen Investitionen sowie zum Ausgleich der unterproportionalen kommunalen Finanzkraft

eine Prognose zum voraussichtlichen Nachweis der Verwendung der SoBEZ abgeleitet. Diese ist naturgemäß mit Unsicherheiten behaftet, da der Nachweis auf der Grundlage der jeweiligen Ist-Zahlen der Jahre erstellt wird. Zudem haben die kommunalen Investitionen und die Finanzlage der Kommunen erheblichen Einfluss auf den SoBEZ-Nachweis; eine zuverlässige langfristige Prognose ist hier schwierig.

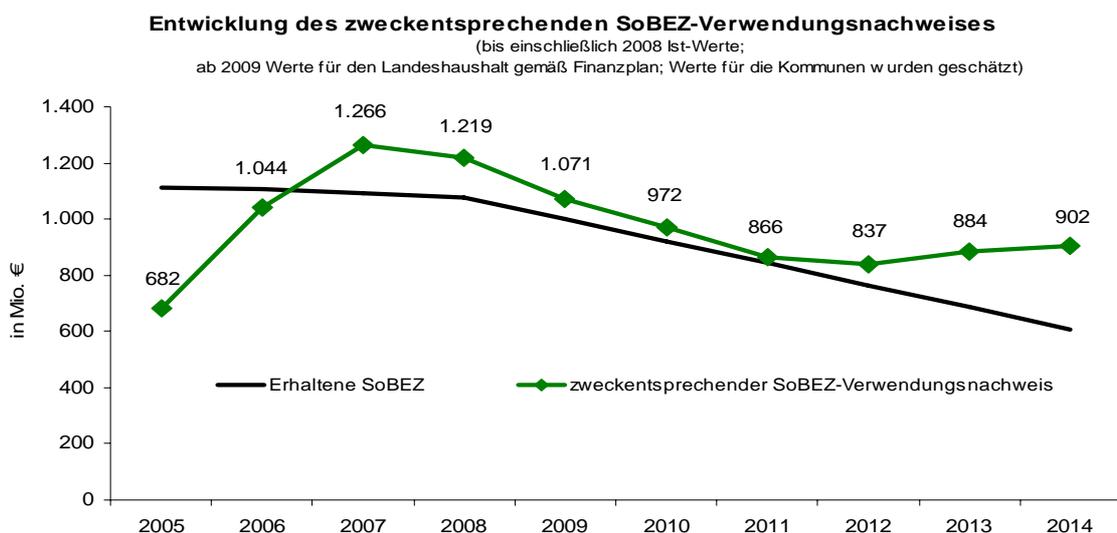
Prognose der Verwendung der SoBEZ	Haushalts- plan	Haushalts- plan- Entwurf	Haushalts- plan- Entwurf	Planungszeitraum	
	2009	2010	2011	2012	2013
	in Mio. €				
Infrastrukturinvestitionen Land / Kommunen	911	812	706	677	724
Verbesserung der Kommunalen Finanzkraft	160	160	160	160	160
Verwendung SoBEZ	1.071	972	866	837	884
Erhaltene SoBEZ	1.002	921	846	765	690
Differenz SoBEZ-Verwendung	+69	+51	+21	+72	+194
Verwendungsquote	107%	106%	102%	109%	128%

Der Nachweis der zweckentsprechenden Verwendung der SoBEZ wird nach den Annahmen in allen Jahren des Finanzplanungszeitraums vollständig gelingen. Für die Jahre 2009 bis 2012 weist die Prognose jedoch nur Nachweisquoten von knapp über 100 % aus. Bereits kleinere Schwankungen beim Investitionsniveau oder aber eine bei einer weiteren Verschlechterung der Finanzlage des Landes und seiner Kommunen notwendigen Netto-Neuverschuldung könnte den vollständigen Nachweis der zweckentsprechenden SoBEZ-Verwendung gefährden.

Gemäß der seit 2005 geltenden Gesetzeslage werden die sonstigen teilungsbedingten Sonderlasten nicht mehr zur Nachweisrechnung herangezogen. Die erheblichen finanziellen Auswirkungen dieser Sonderlasten müssen vom Land dennoch weiterhin getragen werden. Zu diesen sonstigen teilungsbedingten Sonderlasten zählen nach Auffassung der Landesregierung die folgenden Bereiche, die allein 2008 zusammen einen finanziellen Umfang von rund 225 Mio. € erreichen:

- Kosten der hohen Arbeitslosigkeit,
- Sicherung eines bedarfsgerechten Ausbildungsangebots,
- Ausgaben für die Zusatzversorgungssysteme der ehemaligen DDR,
- Finanzierung der kommunalen Altschulden,
- Ausgaben im Zusammenhang mit der Regelung offener Vermögensfragen.

Die folgende Grafik zeigt die Entwicklung der Höhe der SoBEZ für Mecklenburg-Vorpommern und im Vergleich dazu die Höhe der prognostizierten zweckentsprechenden Verwendung dieser Mittel bis zum Jahr 2014.



3.4 Bewertung und Ausblick

Mit den haushaltspolitischen Entscheidungen zum Haushaltsplan-Entwurf 2010/2011 und zur Mittelfristigen Finanzplanung wird die konsequente Finanzpolitik der Landesregierung auch angesichts des in der Geschichte der Bundesrepublik einmaligen Konjunkturerinbruchs fortgesetzt. Neue Schulden werden nicht aufgenommen.

Der ausgeglichene Haushalt in den Jahren 2010 und 2011 kann jedoch nur erreicht werden, indem die Reserven des Landes in Form der Ausgleichsrücklage aufgebraucht werden und zudem in 2009 auf die planmäßige Netto-Tilgung verzichtet wird. Auch in den Folgejahren bis 2013 werden im Hinblick auf den Einbruch bei den Steuereinnahmen nach derzeitiger Einschätzung Tilgungen nicht möglich sein. Damit wird die Pro-Kopf-Verschuldung wegen des weiteren Bevölkerungsrückgangs nach der rückläufigen Entwicklung der vergangenen Jahre wieder ansteigen.

Grundlage dieses in Anbetracht des Ausmaßes der negativen konjunkturellen Entwicklung noch glimpflichen Ergebnisses ist eine restriktive Veranschlagung und die Orientierung der Ansätze an den Vorgaben der Mittelfristigen Finanzplanung 2007 bis 2011. Einsparpotentiale werden mittelfristig durch Optimierung der Unterbringung der Mitarbeiter der Landesverwaltung sowie durch die Novellierung des Sozialhilfegesetzes gehoben. Zudem wird sich die geplante Fortschreibung des Personalkonzepts 2004 im Personalkonzept 2010 positiv auf die Entwicklung der laufenden Ausgaben auswirken. Es besteht kein Anlass, vom festgelegten Konsolidierungskurs abzuweichen. Das Ziel, das strukturelle Defizit schrittweise in einen Überschuss überzuleiten, muss auch angesichts eines vorübergehenden Anstiegs beibehalten werden.

Die Landesregierung setzt mit dem vorgelegten Haushaltsplan-Entwurf 2010/2011 trotz der sehr schwierigen Einnahmesituation politische Schwerpunkte. Insbesondere in den Bereichen Schule und Kita erhöht das Land sein finanzielles Engagement beträchtlich, beginnend 2010 mit 15,5 Mio. € und ab

2011 mit 30 Mio. € jährlich. Zudem tritt das Land im Rahmen der Konjunkturpakete I und II der Finanz- und Wirtschaftskrise entschlossen entgegen; die Investitionsausgaben übertreffen in allen Jahren die alte Mittelfristige Finanzplanung zum Teil erheblich.

In den Finanzplanungsjahren 2012 und 2013 muss ein Handlungsbedarf ausgewiesen werden. Das heißt, ein ausgeglichener Haushalt wird in diesen Jahren nur erreicht werden können, wenn sich entweder die Einnahmen besser entwickeln als angenommen oder aber weitere Konsolidierungsbemühungen zu einer Verringerung der Ausgaben führen.

Die Haushalte 2010 und 2011 sowie der Finanzplan 2009 bis 2013 sind auch angesichts des geplanten mittelfristigen Verzichts auf Tilgungen mit Risiken verbunden, die negativen Einfluss auf die Haushaltsbewirtschaftung sowie künftige Haushaltsplanungen haben können:

- Das Risiko geringerer Steuereinnahmen zum einen wegen einer weiteren Verschlechterung der konjunkturellen Entwicklung; und zum anderen wegen des Verzichts auf Vorsorgeabschläge gegenüber der regionalisierten Mai-Steuerschätzung 2009;
- Im Hinblick auf die Unsicherheiten des Verlaufs der weiteren Bewirtschaftung in 2009 besteht ein Risiko, dass die für den Haushaltsausgleich 2011 erforderliche weitere Verstärkung der Ausgleichsrücklage in 2009 nicht erfolgen kann;
- Für Defizite aus der Auflösung des Finanzmarktstabilisierungsfonds ist mit dem vorgelegten Haushaltsplan-Entwurf keine Vorsorge getroffen. Mecklenburg-Vorpommern trägt daraus ein Risiko von maximal 133 Mio. €. Rücklagen stehen hierfür nicht zur Verfügung. Es wird jedoch davon ausgegangen, dass sich ein Risiko nicht vor 2012 verwirklichen wird. Durch Änderung des FMStFG vom 9. April 2009 wurde nämlich die Möglichkeit geschaffen, dass der Fonds sich auch noch nach dem 31. Dezember 2009 an Unternehmen des Finanzsektor beteiligen kann, an denen er bereits beteiligt ist, soweit dies erforderlich ist, um den Anteil seiner Kapitalbeteiligung an dem Unternehmen aufrechtzuerhalten oder gewährte Stabilisierungsmaßnahmen abzusichern. Zudem soll im Zusammenhang mit erforderlichen Regelungen zu sog. „bad banks“ die Frist für Stabilisierungsmaßnahmen des Fonds bis zum 31. Dezember 2010 verlängert werden;
- Auch angesichts eines derzeit niedrigen Zinsniveaus besteht die Gefahr weiterer Zuwächse bei den Zinsausgaben. Zum einen muss das Land Zuschläge (Spread) in Höhe von 30 bis 40 Basispunkten gegenüber dem Referenzzinssatz in Kauf nehmen, die das im Übrigen niedrige Zinsniveau relativieren. Zum anderen ist im Falle eines Anziehens der Konjunktur mit steigenden Zinsen zu rechnen;
- Die Bewirtschaftung der EU-Mittel verursacht einen erheblichen Kontrollaufwand. Risiken für den Landeshaushalt bestehen in möglichen Anlastungen.

4. Einnahmen und Ausgaben nach Arten

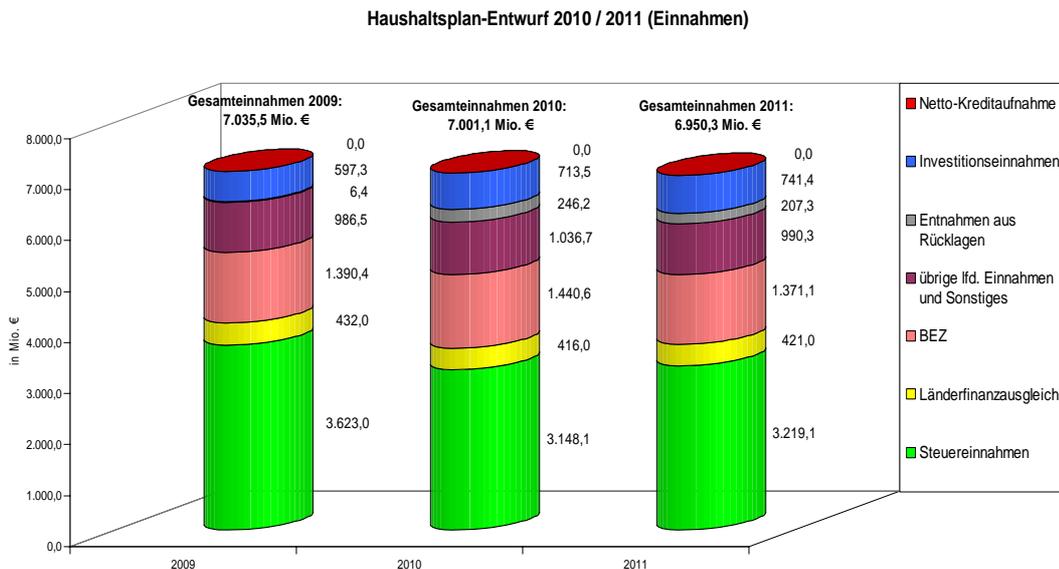
Die Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben beginnend mit dem Jahr 1999 zeigt die Anlage 16. Für den aktuellen Finanzplanungszeitraum 2009-2013 enthält der folgende Abschnitt nähere Ausführungen.

4.1 Einnahmen

Die Einnahmen des Landes setzen sich zusammen aus den eigenen Steuereinnahmen und den steuerähnlichen Abgaben, dem bundesstaatlichen Finanzausgleich, den Verwaltungseinnahmen und den Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen sowohl für laufende als auch für investive Zwecke.

Je nach Haushaltslage können z. B. auch Entnahmen aus Rücklagen bzw. Sondervermögen, haushaltstechnische Verrechnungen und gegebenenfalls eine zum Haushaltsausgleich notwendige Netto-Kreditaufnahme als Einnahme im Haushaltsplan ausgewiesen werden.

Die nachfolgende Grafik veranschaulicht die Zusammensetzung der Einnahmen des Jahres 2009 sowie der Haushaltsplanjahre 2010/2011:



4.1.1 Einnahmen aus Steuern, Länderfinanzausgleich (LFA) und Bundesergänzungszuweisungen (BEZ)

Der Ermittlung der Einnahmen aus Steuern, LFA und BEZ liegt die Steuerschätzung vom Mai 2009 zu Grunde.

Verantwortlich für den prognostizierten starken Rückgang der Steuereinnahmen sind zum einen die erheblichen Mindereinnahmen infolge der Finanz- und Wirtschaftskrise. Daneben werden aber auch die zur Stabilisierung der Konjunktur beschlossenen Steuerrechtsänderungen zu erheblichen Einnahmeausfällen führen. Das Konjunkturpaket I beinhaltet u. a. erhebliche Verbesserungen der steuerlichen Abschreibungsbedingungen sowie der Absetzbarkeit von Handwerkerleistungen, die im Landeshaushalt zu Mindereinnahmen von rund 42 Mio. € in 2010 und rund 45 Mio. € in 2011 führen. Die steuerlichen Verbesserungen im Rahmen des Konjunkturpakets II reichen von der Absenkung des Grundfreibetrages über die Absenkung des Eingangssteuersatzes bis hin zur Zahlung eines Kinderbonus von 100 €. Das gesamte Maßnahmenpaket führt im Landeshaushalt in den Jahren 2010 und 2011 zu geringeren Einnahmen in Höhe von rund 37 bzw. 50 Mio. €. Schließlich sind weitere Mindereinnahmen auf Urteile des Bundesverfassungsgerichts zur Entfernungspauschale sowie zum Abzug von Krankenversicherungsbeiträgen zurückzuführen.

Im Gegensatz zu den Vorjahren waren die regionalisierten Ergebnisse der Steuerschätzung maßgeblich für die Veranschlagung der Steuereinnahmen. Abschläge wurden lediglich für den weiter anhaltenden Bevölkerungsrückgang und die steigende Realsteuerkraft vorgenommen. Darüber hinausgehende Vorsorge durch Abschläge für weitere konjunkturelle oder steuerrechtsbedingte Mindereinnahmen wurde nicht getroffen.

Hinzuweisen ist darauf, dass das derzeit noch im Gesetzgebungsverfahren befindliche Bürgerentlastungsgesetz in der Mai-Steuerschätzung nur mit dem Stand des Regierungsentwurfs berücksichtigt worden ist. Weitere darüber hinausgehende steuerliche Maßnahmen (Anhebung der Umsatzgrenze Ist-Versteuerung in den alten bzw. Fortführung in den neuen Ländern, Anhebung der Freigrenze bei der Zinsschranke, Einführung einer allgemeinen Sanierungsklausel befristet für die Jahre 2008 bis 2009) könnten zu weiteren Steuermindereinnahmen führen und sind in der Planung noch nicht enthalten.

Im Jahr 2009 wird erstmals der erhebliche Rückgang der SoBEZ von jährlich rund 80 Mio. € spürbar. Die Gesamtsumme der BEZ wird daher langfristig immer weiter sinken. Der kurzzeitige Anstieg der BEZ im Jahr 2010 resultiert aus den ab 2010 veranschlagten Kraftfahrzeugsteuer-Kompensationszahlungen. Die Einnahmen aus der Kfz-Steuer wurden bis einschließlich 2009 bei den Steuereinnahmen des Landes veranschlagt, ab dem 30. Juni 2009 steht das Steueraufkommen dem Bund zu. Mecklenburg-Vorpommern erhält zum Ausgleich der Mindereinnahmen Kompensationszahlungen in Höhe von jährlich rund 163 Mio. €

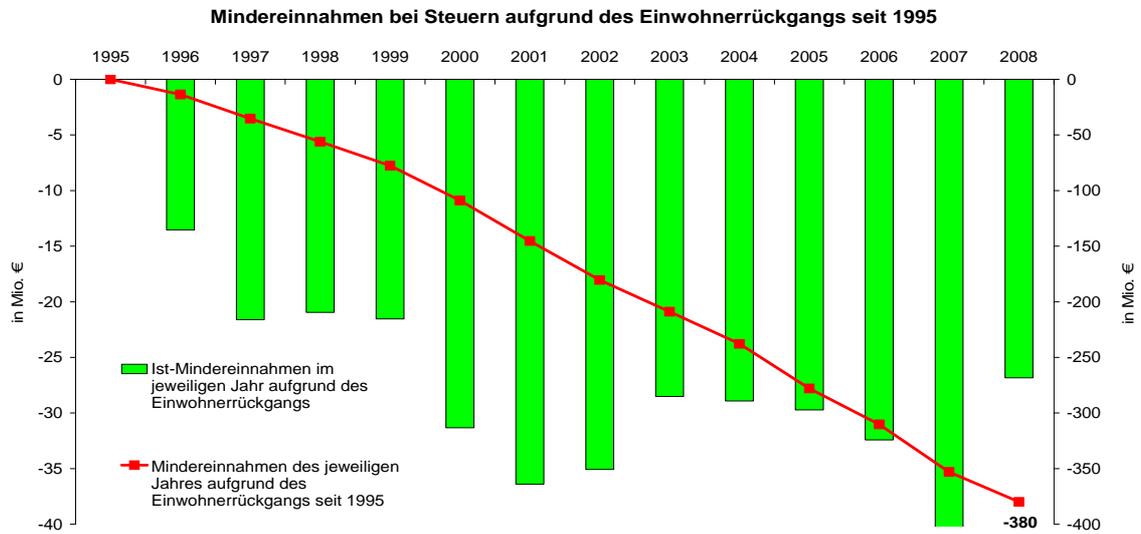
Die folgende Tabelle zeigt die zahlenmäßige Entwicklung der Steuern insgesamt sowie einzelner Steuerarten, des LFA und der BEZ:

Einnahmen aus Steuern, LFA und BEZ	Haushalts- plan	Haushalts- plan- Entwurf	Haushalts- plan- Entwurf	Planungszeitraum	
	2009	2010	2011	2012	2013
	in Mio. €				
Steuern	3.623,0	3.148,1	3.219,1	3.372,1	3.502,1
davon:					
Lohn- u. Einkommensteuer	547,0	515,0	544,0	591,0	635,0
Steuern vom Umsatz	2.666,0	2.417,0	2.448,0	2.536,0	2.609,0
Körperschaftsteuer	46,0	22,0	29,0	38,0	47,0
Kraftfahrzeugsteuer	154,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Grunderwerbsteuer	79,0	73,0	76,0	76,0	76,0
Sonstige Gemeinschafts- und Landessteuern	131,0	121,1	122,1	131,1	135,1
LFA	432,0	416,0	421,0	440,0	456,0
BEZ	1.390,4	1.440,6	1.371,1	1.300,3	1.234,9
davon:					
SoBEZ	1.002,0	921,2	845,8	765,0	689,6
BEZ wegen Kosten politsicher Führung	61,4	61,4	61,4	61,4	61,4
Fehlbetrags-BEZ	195,0	167,0	173,0	183,0	193,0
SoBEZ Ausgleich der struk- turellen Arbeitslosigkeit*	128,0	128,0	128,0	128,0	128,0
Länderanteil am LKW- Mautaufkommen	4,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Kompensationszahlungen zum Ausgleich der weggefallenen Einnahmen aus Kraftfahrzeugsteuer und LKW-Maut	0,0	163,0	163,0	163,0	163,0
Gesamtsumme					
Finanzplan 2009 - 2013	5.445,3	5.004,7	5.011,2	5.112,4	5.193,0
Finanzplan alt		5.458,6	5.468,1		
Differenz zur MFP alt		-453,9	-456,9		

* Zur Finanzierung der vom Bund gewährten SoBEZ zum Ausgleich von Sonderlasten durch die strukturelle Arbeitslosigkeit verzichten die Länder zugunsten des Bundes auf eine Mrd. € ihres Anteils an der Umsatzsteuer. Im Rahmen des Länderfinanzausgleichs muss Mecklenburg-Vorpommern daher 21 Mio. € Umsatzsteuermindereinnahmen hinnehmen. Die Mecklenburg-Vorpommern zufließenden SoBEZ in Höhe von 128 Mio. € reduzieren sich folglich auf 107 Mio. € netto.

Von besonderer Bedeutung für die Entwicklung der Einnahmen ist der stetige Bevölkerungsrückgang in Mecklenburg-Vorpommern. Die Finanzausstattung bemisst sich vorrangig nach der Einwohnerzahl des Landes. Dies folgt aus den Regeln des Länderfinanzausgleichsgesetzes. Mit jedem Einwohner weniger vermindert sich die Finanzausstattung derzeit um rund 2.400 € und Jahr. Wegen des Bevölkerungsrückgangs verliert Mecklenburg-Vorpommern zurzeit pro Jahr Einnahmen in Höhe von ca. 36 Mio. €. Diese Entwicklung lässt sich nur marginal beeinflussen. Deshalb muss die Anpassung der Ausgaben an die Höhe der Einnahmen auch weiterhin grundlegende finanzpolitische Priorität haben.

Die folgende Grafik zeigt: Hätte Mecklenburg-Vorpommern wie die westlichen Bundesländer seine Einwohnerzahl seit 1995 konstant halten können, wären dem Land allein 2008 zusätzliche Einnahmen aus Steuern, LFA und BEZ von rund 380 Mio. € zugeflossen.



Ein vorrangiges Ziel der Landesregierung muss es daher sein, dem weiteren Bevölkerungsrückgang entgegen zu wirken und die Wirtschaftskraft des Landes weiter zu steigern, um so eine Stärkung der eigenen Steuerquellen zu erreichen.

4.1.2 Übrige laufende Einnahmen

Unter die übrigen laufenden Einnahmen fallen neben den Verwaltungseinnahmen auch die laufenden Zuweisungen und Zuschüsse. Die Entwicklung der übrigen laufenden Einnahmen im Landeshaushalt Mecklenburg-Vorpommerns stellt sich bis zum Jahr 2013 wie folgt dar:

Übrige laufende Einnahmen	Haushaltsplan	Haushaltsplan-Entwurf	Haushaltsplan-Entwurf	Planungszeitraum	
	2009	2010	2011	2012	2013
	in Mio. €				
Finanzplan 2009 - 2013	984,3	1.035,5	989,0	986,8	979,6
Finanzplan alt		962,6	935,6		
Differenz zur MFP alt		72,9	53,4		

Der Großteil der Verwaltungseinnahmen wird von den Finanz- und Polizeibehörden und ähnlichen Landesbehörden und Landesämtern, aber auch von Gerichten und Grundbuchämtern erwirtschaftet. Ferner sind u. a. auch umfangreiche Einnahmen aus der wirtschaftlichen Tätigkeit des Landes z. B. bei Lotto und Toto oder aus Darlehensrückflüssen bzw. hiermit im Zusammenhang stehenden Zinsen im Landeshaushalt veranschlagt. Die Verwaltungseinnahmen insgesamt erreichen 2010 eine Höhe von 273,8 Mio. € und 2011 ein Volumen

von 257,1 Mio. € Für die zwei folgenden Finanzplanjahre 2012 und 2013 sind Werte von 262,4 Mio. € und 251,2 Mio. € veranschlagt. Insgesamt liegen die Verwaltungseinnahmen über den Werten der alten Finanzplanung, insbesondere bei der Vermietung und Veräußerung von Landesflächen, beim Wasserentnahmeentgelt und bei den Abgaben nach dem Abwasserabgabengesetz.

Die Einnahmen aus laufenden Zuweisungen und Zuschüssen umfassen vor allem die Erstattungen und sonstige Kostenbeiträge im Rahmen der öffentlich-rechtlichen Aufgaben- und Lastenverteilung zwischen den verschiedenen Körperschaften des öffentlichen Bereichs. Daneben enthalten sie auch die laufenden Zuschüsse des Bundes (z. B. Zuschüsse nach dem Regionalisierungsgesetz zur Förderung des öffentlichen Personen- / Schienennahverkehrs) oder der EU (z. B. aus dem Europäischen Sozialfonds – ESF –) für konsumtive Landesausgaben.

Für den Bereich der Einnahmen aus laufenden Zuweisungen und Zuschüssen zeigt sich bis 2013 folgendes Bild:

Einnahmen aus laufenden Zuweisungen und Zuschüssen	Haushaltsplan	Haushaltsplan-Entwurf	Haushaltsplan-Entwurf	Planungszeitraum	
	2009	2010	2011	2012	2013
	in Mio. €				
Finanzplan 2009 - 2013	726,1	761,0	730,9	723,6	727,7
Finanzplan alt		707,5	682,2		
Differenz zur MFP alt		53,5	48,7		

Der Anstieg gegenüber der alten Finanzplanung beruht u. a. auf höheren Einnahmen in folgenden Bereichen:

- Erstattung von Verwaltungsausgaben durch die Länder für die zentrale Auslandsrentnerbesteuerung in Neubrandenburg,
- Zuweisungen des Bundes im Bereich des BAföG,
- Anteil des Bundes am Wohngeld und
- zusätzliche Modulationsmittel im Rahmen des Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER).

Rückgänge gegenüber der alten Finanzplanung ergeben sich insbesondere bei der Bundesbeteiligung an den Kosten der Unterkunft.

4.1.3 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen

Den Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen werden alle Einnahmen des Landes zugerechnet, die der Finanzierung von investiven Maßnahmen dienen, z. B. Baumaßnahmen, Erwerb von beweglichem und unbeweglichem Vermögen und Investitionsfördermaßnahmen.

Die Zuweisungen und Zuschüsse für Investitionen entwickeln sich im gesamten Finanzplanungszeitraum wie folgt:

Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen	Haushaltsplan	Haushaltsplan-Entwurf	Haushaltsplan-Entwurf	Planungszeitraum	
	2009	2010	2011	2012	2013
	in Mio. €				
Finanzplan 2009 - 2013	597,3	713,5	741,4	690,1	603,3
Finanzplan alt		588,0	597,3		
Differenz zur MFP alt		125,6	144,1		

Der deutliche Anstieg in den Jahren 2010 und 2011 gegenüber der alten Finanzplanung ist im Wesentlichen auf die Einnahmen im Zusammenhang mit dem Konjunkturpaket II⁵ zurückzuführen. In den Jahren 2011 und 2012 werden zudem die Restzahlungen aus den endgültigen Abrechnungen der alten EU-Förderperiode 2000-2006 erwartet.

Der Großteil der Zuweisungen und Zuschüsse für Investitionen an Mecklenburg-Vorpommern erfolgt von Seiten des Bundes und der EU. Diese Einnahmepositionen sind in den Ziffern 4.1.4 und 4.1.5 näher erläutert.

4.1.4 Einnahmen vom Bund

Die Einnahmen vom Bund für laufende und investive Zwecke stellen aufgrund ihres beträchtlichen Umfangs eine der wichtigsten Einnahmequellen des Landes dar. Die Spanne der Einnahmen vom Bund umfasst:

- Bundesergänzungszuweisungen (BEZ),
- Zweckzuweisungen für laufende Zwecke und
- Zweckzuweisungen für investive Zwecke.

Die Bundesergänzungszuweisungen setzen sich zusammen aus

- Fehlbetrags-BEZ (FeBEZ),
- BEZ wegen Kosten der politischen Führung (PoIBEZ),
- Sonderbedarfs-Bundesergänzungszuweisungen (SoBEZ) zum Abbau der teilungsbedingten Sonderlasten,
- SoBEZ zum Ausgleich von Sonderlasten durch die strukturelle Arbeitslosigkeit und die
- Kompensationszahlungen für die Kfz-Steuer und LKW-Maut.

⁵ Der Bund hat zur Abwicklung des Konjunkturpakets II ein Sondervermögen „Tilgungsfonds“ gebildet. Die Einnahmen Mecklenburg-Vorpommerns aus dem Konjunkturpaket II werden daher als Einnahmen aus Sondervermögen des Bundes ausgewiesen (siehe auch Ziffer 6.15).

Zu den Zweckzuweisungen für laufende Zwecke gehören beispielsweise

- Bundesanteile zum Wohngeld,
- Zuweisungen des Bundes für die Kosten der Unterkunft,
- Bundesanteile zum BAföG,
- Zuweisungen nach dem Regionalisierungsgesetz zur Förderung des öffentlichen Personen- / Schienennahverkehrs,
- Erstattungen zum Ausgleich der beim Land entstandenen Aufwendungen für die Erledigung von Bundesaufgaben im Hochbau und im Bereich der Bundesstraßen.

Zweckzuweisungen für investive Zwecke werden z. B. gezahlt für

- die Finanzierung des Hochschulbaus,
- die Finanzierung des Wohnungs- und Städtebaus,
- Ausbildungsdarlehen an Studierende nach dem BAföG.

Für die Erfüllung der staatlichen Aufgaben des Landes sowie für die Aufrechterhaltung eines anhaltend hohen Investitionsniveaus sind die Zuweisungen des Bundes von großer Bedeutung. Die nachfolgende Tabelle zeigt die Einnahmen vom Bund für den gesamten Finanzplanungszeitraum, die Anlage 7 enthält zusätzlich eine vollständige Zusammenstellung der zu erwartenden Einnahmen vom Bund.

Einnahmen vom Bund	Haushaltsplan	Haushaltsplan-Entwurf	Haushaltsplan-Entwurf	Planungszeitraum	
	2009	2010	2011	2012	2013
	in Mio. €				
laufende Einnahmen	1.918,2	1.979,0	1.897,5	1.819,1	1.756,8
investive Einnahmen	271,8	281,0	283,0	275,1	268,5
Gesamtsumme					
Finanzplan 2009 - 2013	2.190,0	2.259,9	2.180,5	2.094,2	2.025,3
Finanzplan alt		2.098,0	2.025,6		
Differenz zur MFP alt		161,9	155,0		

Die Einnahmen vom Bund sinken kontinuierlich Jahr für Jahr. Hauptursache ist die degressive Gestaltung der SoBEZ zum Abbau der teilungsbedingten Sonderlasten, die Einnahmen sinken daher jährlich um rund 80 Mio. €. Am Ende des Finanzplanungszeitraums werden die Einnahmen aus dem SoBEZ um rund 312,5 Mio. € niedriger sein als noch 2009.

Der Anstieg der Einnahmen vom Bund in den Jahren 2010 und 2011 im Vergleich zur alten Finanzplanung ist Folge der Kompensationszahlungen für die Kfz-Steuer und die LKW-Maut in Höhe von jährlich rund 163 Mio. €.

Die BEZ wegen Kosten der politischen Führung in Mecklenburg-Vorpommern belaufen sich auf jährlich konstant rund 61,4 Mio. €

Für die Fehlbetrags-BEZ wird ein Anstieg von 167 Mio. € im Jahr 2010 und auf 193 Mio. € im Jahr 2013 erwartet. Die Veranschlagungswerte liegen aber deutlich unter den Werten der alten Finanzplanung.

Die bisher erläuterten Bundesergänzungszuweisungen dienen der allgemeinen Haushaltsfinanzierung. Demgegenüber werden die SoBEZ zum Ausgleich von Sonderlasten durch die strukturelle Arbeitslosigkeit an die Kommunen zum teilweisen Ausgleich der ihnen entstehenden Lasten infolge des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch (SGB II) weitergeleitet. Im gesamten Finanzplanungszeitraum bis einschließlich 2011 sind diese SoBEZ jährlich in Höhe von 107 Mio. € netto veranschlagt. Dabei wird davon ausgegangen, dass die in § 11 Abs. 3a Finanzausgleichsgesetz für das Jahr 2010 vorgesehene Überprüfung der Erstattungsregelung zu dem Ergebnis kommt, dass die Ausgleichszahlungen auch ab 2011 in gleicher Höhe weiter erforderlich sind.

Gemäß den Regelungen des § 46 Abs. 5 des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch erstattet der Bund dem Land Mecklenburg-Vorpommern anteilig auch Kosten der Unterkunft. Im Haushaltsplan-Entwurf sind hierzu 123 Mio. € für alle Jahre ab 2010 veranschlagt. Die Höhe der Bundesbeteiligung wird in Abhängigkeit von der bundesweiten Entwicklung der SGB II-Bedarfsgemeinschaften jährlich neu ermittelt.

Im Bereich des Schienenpersonennahverkehrs (SPNV) sowie im öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) stehen dem Land zur Erfüllung seiner Aufgaben ebenfalls Mittel des Bundes zur Verfügung; in Höhe von 218,3 Mio. € im Jahr 2010 und von 221,7 Mio. € in 2011. Für die übrigen Jahre des Finanzplanungszeitraums sind die bundesgesetzlich fixierten Steigerungen in Höhe von 1,5 % pro Jahr veranschlagt. Hinzu kommen investive Regionalisierungsmittel in Höhe von jährlich rund 10,0 Mio. €

Der Umfang der Einnahmen vom Bund im investiven Bereich wird zu großen Teilen durch die beiden Gemeinschaftsaufgaben „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ und „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ bestimmt. Beispielsweise stehen für die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ im Jahr 2010 rund 84,9 Mio. € und in 2011 rund 85,3 Mio. € zur Finanzierung von Maßnahmen zur Stärkung der Wirtschaft zur Verfügung.

Zudem beteiligt sich der Bund u. a. an der Förderung von städtebaulichen Maßnahmen oder dem Wohnungsbau, an Investitionen in Forschungseinrichtungen oder Hochschulen, sowie an den Kosten für Ausbildungsdarlehen an Studierende.

4.1.5 Einnahmen von der Europäischen Union

Dem Land stehen in der EU-Förderperiode 2007 bis 2013 auf der Basis des Entwicklungsprogramms für den ländlichen Raum Mecklenburg-Vorpommerns (EPLR M-V), der Operationellen Programme Mecklenburg-Vorpommerns (OP) und des Operationellen Programms für den Europäischen Fischereifonds Bundesrepublik Deutschland (OP EFF) insgesamt 2.709 Mio. € EU-Fördermittel zur Verfügung. Im Einzelnen verteilen sich diese Mittel wie folgt:

- Europäischer Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) mit 1.252 Mio. €
 - Europäischer Sozialfonds (ESF) mit 417 Mio. €
 - Europäischer Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER) mit 975 Mio. €
- und
- Europäischer Fischereifonds (EFF) 65 Mio. €

Die folgende Tabelle zeigt die Entwicklung der Einnahmen von der EU bis 2013:

Einnahmen von der EU	Haushaltsplan	Haushaltsplan-Entwurf	Haushaltsplan-Entwurf	Planungszeitraum	
	2009	2010	2011	2012	2013
	in Mio. €				
laufende Einnahmen	126,4	121,6	104,0	102,6	104,9
investive Einnahmen	281,0	288,2	364,8	372,8	293,4
Gesamtsumme					
Finanzplan 2009 - 2013	407,4	409,8	468,8	475,4	398,3
Finanzplan alt		396,1	385,6		
Differenz zur MFP alt		13,7	83,2		

Die Steigerung im Jahr 2011 beruht auf Restzahlungen aus den endgültigen Abrechnungen der alten EU-Förderperiode 2000-2006.

Die Zuweisungen der EU im Rahmen des EFRE und des ELER werden es dem Land ermöglichen, u. a. ein überdurchschnittliches Investitionsvolumen gegenüber den westlichen Flächenländern zur weiteren Verbesserung der Infrastruktur Mecklenburg-Vorpommerns aufrechtzuerhalten. Dies ist eine wichtige Voraussetzung, um das Wirtschaftswachstum im Land weiter zu stärken. Die Einnahmen aus dem Strukturfonds ESF schaffen zudem beispielsweise die finanziellen Grundlagen für Programme des Landes zur weiteren Verbesserung der Ausbildung und beruflichen Qualifizierung der Einwohner Mecklenburg-Vorpommerns.

Neben den Einnahmen aus den o. g. EU-Fonds sind im Landeshaushalt auch weitere Einnahmen der EU (z. B. INTERREG IV) enthalten. Eine vollständige Zusammenstellung der EU-Einnahmen enthält die Anlage 8.

4.1.6 Besondere Finanzierungseinnahmen

Den besonderen Finanzierungseinnahmen werden zugerechnet die haushaltstechnischen Verrechnungen, Entnahmen aus Rücklagen, Überschüsse aus Vorjahren und die Netto-Kreditaufnahme.

Besondere Finanzierungseinnahmen	Haushalts- plan	Haushalts- plan- Entwurf	Haushalts- plan- Entwurf	Planungszeitraum	
	2009	2010	2011	2012	2013
	in Mio. €				
Finanzplan 2009 - 2013	8,6	247,5	208,7	1,3	2,1
Finanzplan alt		9,2	2,2		
Differenz zur MFP alt		238,3	206,4		

4.1.6.1 Haushaltstechnische Verrechnungen

Diese Position bildet die den Haushalt lediglich durchlaufenden Posten in Höhe von rund 2,2 Mio. € in 2009 und je rund 1,3 Mio. € in den Jahren 2010 bis 2013 ab. Sie entstehen aus haushaltsneutralen Verrechnungen zwischen Dienststellen des Landes.

4.1.6.2 Entnahmen aus Rücklagen

Die größten Einzelpositionen und die wesentliche Ursache für die Abweichung von der alten Finanzplanung bilden die Entnahmen aus der Ausgleichsrücklage. In den Jahren 2007 und 2008 hat die Landesregierung die Ausgleichsrücklage aufgestockt, um so für finanziell schwierige Situationen Vorsorge zu schaffen. In den Jahren 2010 bzw. 2011 werden 227,8 Mio. € bzw. 200,0 Mio. € aus der Ausgleichsrücklage entnommen. So erreicht Mecklenburg-Vorpommern auch in den finanziell prekären Jahren 2010 und 2011 einen ausgeglichenen Haushalt ohne neue Schulden.

Zusätzlich sind Entnahmen aus dem Sondervermögen „Zukunftsfonds Mecklenburg-Vorpommern“ im Jahr 2010 in Höhe von 7,5 Mio. € und im Jahr 2011 abschließend in einem Umfang von rund 6,6 Mio. € eingeplant. Aus dem Grundstock werden 2010 insgesamt 10,5 Mio. € und 2011 rund 0,7 Mio. € entnommen.

4.1.7 Netto-Kreditaufnahme

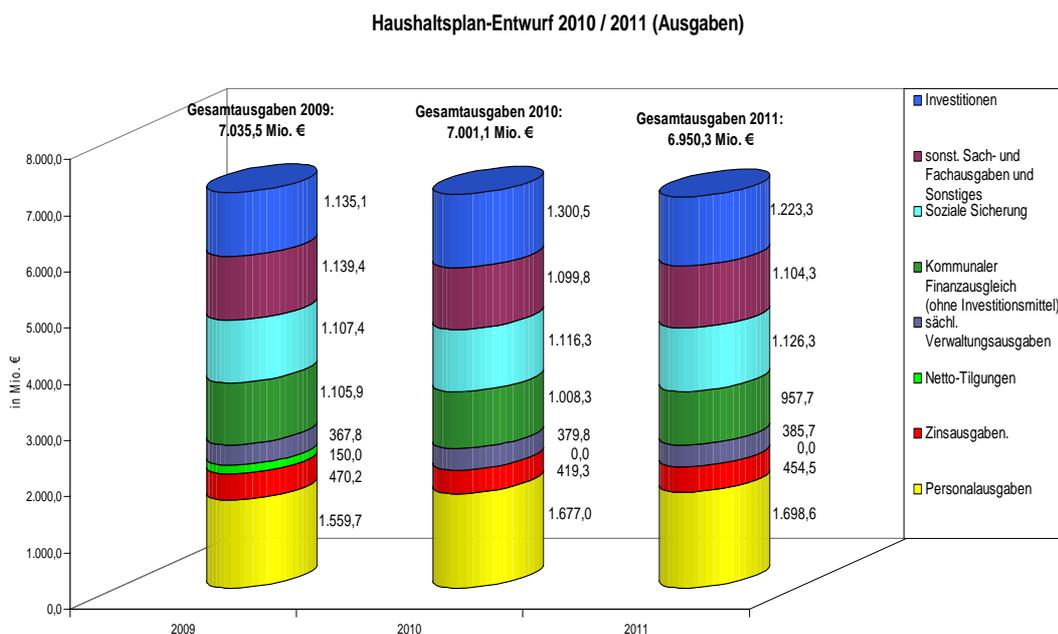
Für den gesamten Finanzplanungszeitraum ist keine Netto-Kreditaufnahme geplant. Nähere Erläuterungen hierzu sind unter Ziffer 3.1.1 dargelegt.

4.2 Ausgaben

Die Ausgaben des Landes setzen sich zusammen aus

- Personalausgaben,
- Zinsausgaben,
- Sach- und Fachausgaben
 - Leistungen im Rahmen des Kommunalen Finanzausgleichs,
 - Ausgaben für die soziale Sicherung,
 - Schuldendiensthilfen,
 - sächliche Verwaltungsausgaben und
 - sonstige Sach- und Fachausgaben,
- globale Mehr- und Minderausgaben
- Investitionsausgaben und
- Ausgaben für besondere Finanzierungsvorgänge (z. B. Zuführung an Rücklagen, Netto-Tilgungen).

Die Entwicklung der Gesamtausgaben ist bereits unter Ziffer 3.1.2 erläutert worden. Die nachfolgende Grafik zeigt die Zusammensetzung der Ausgaben in den Jahren 2010 und 2011 im Vergleich zu den Haushaltsansätzen des Jahres 2009:



4.2.1 Personalausgaben

Die Personalausgabenbudgetierung wird mit dem Haushaltsplan-Entwurf 2010/11 fortgesetzt. Die Ansätze der stellenbezogenen Personalausgabebetitel sind auf Grundlage des Personalkörpers und der Personalausgaben-Ist-Ergebnisse vom Juni 2009 (für Arbeitnehmer) bzw. Juli 2009 (für Beamte und Richter) titelgenau ermittelt worden. Dabei sind u. a. folgende Parameter berücksichtigt worden:

- Ergebnisse aus den Tarifverhandlungen,
- mit Ausnahme unterschiedlicher Sockel wirkungsgleiche Übernahme auf Beamte,
- Ost-West-Anpassung der oberen Besoldungs- und Entgeltgruppen,
- Erhöhung der Arbeitgeberbeiträge zur Zusatzversorgung (VBL),
- Anhebung der Ansätze nach Auslaufen des Tarifvertrages zur Arbeitszeitverkürzung,
- Veränderung der Ansätze durch personalausgabenwirksame Zu- und Abgänge.

Zusätzlich ist in allen Einzelplänen ein Bonus in Höhe von einem Prozent der Personalausgaben der stellenbezogenen Titel in Ansatz gebracht worden. In Bezug auf eine lineare Erhöhung der Bezüge im Haushaltsjahr 2011 sind zunächst keine zusätzlichen Beträge in den Titeln veranschlagt worden. Gegebenenfalls notwendige Anpassungen der Titelansätze werden im Wege der Bewirtschaftung in 2011 erfolgen.

Die Ansätze der nicht stellenbezogenen Personalausgabebetitel sind nach den Ergebnissen der Haushaltsverhandlungen spitz veranschlagt. Die von den Ressorts ermittelten Ansätze für die Aufstockungsbeträge der Altersteilzeit sind im jeweiligen Einzelplan, die notwendigen Ansätze für übertarifliche Leistungen (Vorruhestand, Abfindung) einzelplanübergreifend veranschlagt. In den Jahren 2012 und 2013 sind die Ansätze der stellenbezogenen Personalausgabebetitel auf Basis des Jahres 2011 mit Ausnahme der Hochschultitel (Korridor) grundsätzlich überrollt worden.

Unter Berücksichtigung der o. g. Aspekte ergeben sich mittelfristig folgende Personalausgaben:

Personalausgaben	Haushaltsplan	Haushaltsplan-Entwurf	Haushaltsplan-Entwurf	Planungszeitraum	
	2009	2010	2011	2012	2013
	in Mio. €				
Finanzplan 2009 - 2013	1.559,7	1.677,0	1.698,6	1.719,2	1.745,7
Finanzplan alt		1.636,0	1.657,0		
Differenz zur MFP alt		41,0	41,5		

Der Anstieg der Personalausgaben von 2009 nach 2010 beruht im Wesentlichen auf den finanziellen Auswirkungen der Ost-West-Angleichung der oberen Besoldungs- und Entgeltgruppen, der linearen Erhöhung der Bezüge sowie auf dem Auslaufen des Tarifvertrages zur Arbeitszeitabsenkung. Darüber hinaus wirken sich die neuen Stellen in den Schulkapiteln zur Sicherung der Unterrichtsversorgung bzw. in den Finanzämtern für die Auslandsrentnerbesteuerung aus. Für mögliche lineare Erhöhungen ist ab Jahr 2011 im begrenzten Umfang einzelplanübergreifende Vorsorge getroffen worden.

Für eine zusätzliche Dynamik bei den Personalausgaben sorgen zudem die Versorgungsbezüge der Beamten und deren Hinterbliebenen. Hier sind jährliche Steigerungen von rund 10 Mio. € zu verzeichnen.

4.2.2 Schuldendienst

Im Haushaltsplan Mecklenburg-Vorpommerns wird wie auch im Finanzplan jeweils nur die jährliche Netto-Neuverschuldung ausgewiesen. Zur Rückzahlung fällige Kredite wurden bisher nicht im eigentlichen Sinne getilgt, sondern durch neue Kredite abgelöst.

Sobald die Einnahmen die Ausgaben im Haushalt übersteigen, können Schulden auch im wirtschaftlichen Sinne getilgt werden. Dies ist in den Jahren 2007 und 2008 in Mecklenburg-Vorpommern geschehen. Durch diese Netto-Tilgungen wurde der Schuldenberg um insgesamt 340 Mio. € abgebaut. Für jeden netto getilgten € des Schuldenbergs sind künftig auch keine Zinsen mehr zu zahlen. Die Zinsausgaben wurden so spürbar entlastet.

4.2.2.1 Zinsausgaben

Die Ansätze für die Zinsausgaben des Landes setzen sich zusammen aus

- Zinsen für Landesanleihen, Schuldscheindarlehen und sonstige Kredite vom Kapitalmarkt,
- Disagio⁶ bei Deckungskrediten und
- Zinsen für Kassenverstärkungskredite zur Überbrückung von Liquiditätseingpässen.

⁶ Bei der Aufnahme von Krediten kann ein Disagio vereinbart werden. Dabei ist der im Schuldschein oder Wertpapier vereinbarte Nominalzins kleiner als die für die entsprechende Laufzeit maßgebliche Kapitalmarkttrendite. Ein Disagio entspricht einer im Voraus geleisteten abdiskontierten (Zins-) Zahlung, die den wirtschaftlichen Nachteil des Gläubigers für die Laufzeit des Darlehens ausgleicht.

Zinsausgaben	Haushaltsplan	Haushaltsplan-Entwurf	Haushaltsplan-Entwurf	Planungszeitraum	
	2009	2010	2011	2012	2013
	in Mio. €				
Finanzplan 2009 - 2013	470,2	419,3	454,5	487,1	511,6
Finanzplan alt		470,7	467,3		
Differenz zur MFP alt		-51,4	-12,8		

Im Vergleich zur alten Mittelfristigen Finanzplanung entwickeln sich die Zinsausgaben niedriger als zunächst angenommen. Dies ist vor allem das Ergebnis der Haushaltskonsolidierung und der hierdurch möglichen Rückführung der Verschuldung um insgesamt 340 Mio. € in den Jahren 2007 und 2008 sowie der günstigen Entwicklung des Zinsniveaus in den vergangenen Jahren mit relativ niedrigen Zinssätzen.

Ab dem Jahr 2011 werden steigende Ausgaben für Zinsen erwartet. Die Entwicklung des Zinsniveaus stellt einen großen Unsicherheitsfaktor dar, denn angesichts des derzeit niedrigen Zinsniveaus besteht die Gefahr weiterer Zuwächse bei den Zinsausgaben, da im Falle eines Anziehens der Konjunktur mit steigenden Zinssätzen gerechnet werden muss. Über das geplante Maß hinaus steigende Zinssätze bedeuten ein erhebliches Haushaltsrisiko, die Erhöhung des allgemeinen Zinssatzes von nur einem Prozentpunkt würde für das Land Mehrausgaben von 30 Mio. € pro Jahr ausmachen.

4.2.2.2 Tilgung von Kreditmarktmitteln

Im Haushaltsplan-Entwurf 2010/2011 sind keine Netto-Tilgungen veranschlagt. Die durch Kreditaufnahmen finanzierten übrigen Tilgungen (Sonstige Tilgungen) werden nicht direkt veranschlagt. Sie sind lediglich im Kreditfinanzierungsplan als Bestandteil des Bruttokreditbedarfs ausgewiesen, d. h. diese fälligen Schulden werden im wirtschaftlichen Sinne nicht getilgt, sondern durch die Aufnahme von Anschlusskrediten refinanziert.

Um der Zielstellung der Landesregierung gerecht zu werden, die Gesamtverschuldung je Einwohner trotz des Bevölkerungsrückgangs nicht weiter ansteigen zu lassen, muss auch angesichts der Finanz- und Wirtschaftskrise langfristig wieder das Ziel von Netto-Tilgungen erreicht werden. Die Schuldenlast des Landes Mecklenburg-Vorpommern von rund 10,6 Mrd. € wäre sonst von immer weniger Einwohnern zu schultern.

4.2.3 Sach- und Fachausgaben

Die folgende Tabelle zeigt die Entwicklung der Sach- und Fachausgaben:

Sach- und Fachausgaben	Haushaltsplan	Haushaltsplan-Entwurf	Haushaltsplan-Entwurf	Planungszeitraum	
	2009	2010	2011	2012	2013
	in Mio. €				
KFA (lfd. Ausgaben, ohne Investit.)					
Finanzplan 2009 - 2013	1.105,9	1.008,3	957,7	956,7	981,4
Finanzplan alt		1.091,8	1.075,9		
Differenz zur MFP alt		-83,4	-118,2		
Soziale Sicherung					
Finanzplan 2009 - 2013	1.107,4	1.116,3	1.126,3	1.133,2	1.136,8
Finanzplan alt		1.085,7	1.092,8		
Differenz zur MFP alt		30,6	33,4		
Schuldendiensthilfen					
Finanzplan 2009 - 2013	28,7	27,4	25,9	24,6	29,9
Finanzplan alt		27,7	26,4		
Differenz zur MFP alt		-0,3	-0,5		
Sächliche Verwaltungsausgaben					
Finanzplan 2009 - 2013	367,8	379,8	385,7	378,7	376,2
Finanzplan alt		376,4	373,5		
Differenz zur MFP alt		3,4	12,2		
Sonstige Sach- und Fachausgaben					
Finanzplan 2009 - 2013	1.043,7	1.068,1	1.072,5	1.074,0	1.084,8
Finanzplan alt		1.026,1	1.012,2		
Differenz zur MFP alt		41,9	60,2		
Gesamtsumme					
Finanzplan 2009 - 2013	3.653,4	3.599,9	3.568,0	3.567,2	3.609,1
Finanzplan alt		3.607,7	3.580,9		
Differenz zur MFP alt		-7,8	-12,9		

4.2.3.1 Kommunaler Finanzausgleich (KFA)

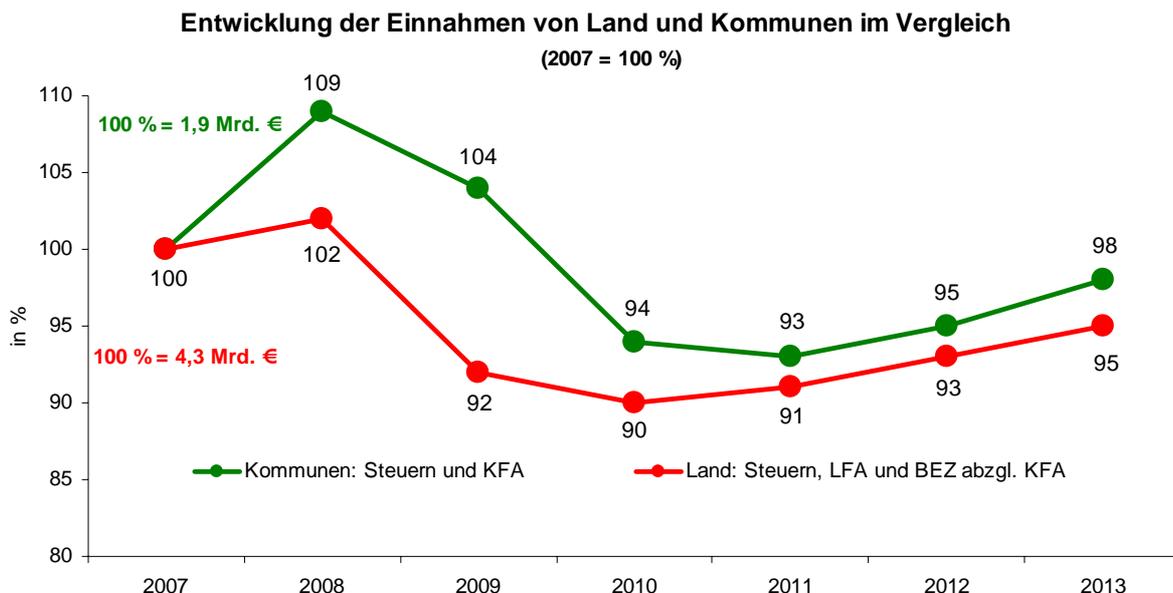
Der Kommunale Finanzausgleich (KFA) wird ab 2006 gemäß Finanzausgleichsgesetz (FAG) ausschließlich nach dem Gleichmäßigkeitsgrundsatz bemessen. Dieser Grundsatz besagt im Kern, dass das Land und die Kommunen an den Veränderungen der Steuereinnahmen beider Ebenen gleichmäßig teilhaben, dies gilt in „guten wie in schlechten Zeiten“. Dieses am Solidarprinzip von Land und Kommunen ausgerichtete Ziel ist im FAG normiert und durch einen dort verankerten regelgebundenen Algorithmus konkretisiert worden. Steigen die Steuereinnahmen des Landes stärker als die der Gemeinden, wächst automatisch der Ausgleichsanspruch der Gemeinden gegen das Land. Vermindern sich dagegen die Steuereinnahmen des Landes stärker als die der Gemeinden, verringert sich der Anspruch der Gemeinden auf Leistungen im Kommunalen Finanzausgleich entsprechend.

Das FAG soll zum 1. Januar 2010 mit dem Gesetz zur Neugestaltung des Finanzausgleichsgesetzes und zur Änderung weiterer Gesetze novelliert werden. Inhaltlich von der Novellierung unberührt sollen die Bestimmungen sowohl zum Gleichmäßigkeitsgrundsatz als auch zu den Abrechnungsmodalitäten bleiben. Daher kann in den folgenden Ausführungen auf die derzeit geltenden Bestimmungen abgestellt werden.

Im Ergebnis der Steuerschätzung vom Mai 2009 haben sich sowohl die Einnahmen des Landes aus Steuern, Länderfinanzausgleich und Bundesergänzungszuweisungen als auch die Gemeindesteuern im Vergleich zu den bisherigen Erwartungen erheblich vermindert. In der Folge sinken auch die aus dem Gleichmäßigkeitsgrundsatz resultierenden Finanzausgleichsleistungen. Im Vergleich zu 2009 entwickelt sich die kommunale Finanzausstattung (Summe aus Finanzausgleichsleistungen gemäß Haushaltsplan-Entwurf 2010/2011 und Gemeindesteuern) in den Jahren 2010 und 2011 wie folgt:

Kommunale Finanzausstattung	2008	2009	2010	2011
	in Mio. €			
1.1 Ist 2008 (einschl. Abrechnungen aus Vorjahren 73,5 Mio. €) / HH-Plan 2009 (einschl. Abrechnungen aus Vorjahren 64 Mio. €)	1.351,7	1.327,9		
1.2 KFA im HH-Plan-Entwurf 2010/2011 nach der Mai-Steuerschätzung 2009			1.159,4	1.101,5
2. Gemeindesteuern Ist 2008 bzw. Mai-Steuerschätzung 2009	736,2	669,0	649,0	674,0
Finanzausstattung: Summe KFA + Steuern	2.088,0	1.996,9	1.808,4	1.775,5
Veränderung des KFA zum Vorjahr		-23,8	-168,5	-58,0
Veränderung Gemeindesteuern zum Vorjahr		-67,3	-20,0	+25,0
Veränderung Finanzausstattung: Summe KFA + Steuern		-91,1	-188,5	-33,0

2009 sind die Finanzausgleichsleistungen im Vergleich zu 2008 noch auf hohem Niveau. Rückgänge bei den kommunalen Steuereinnahmen werden bereits für 2009 erwartet, gegenüber dem Ist 2008 (736,3 Mio. €, höchster je erreichter Wert) betragen die Mindereinnahmen voraussichtlich rund 67 Mio. €. 2009 soll wieder das Niveau von 2007 (668,4 Mio. €) erreicht werden. Im Gegensatz dazu werden die Einnahmen des Landes aus Steuern, LFA und BEZ 2009 um rund 256 Mio. € unter denen von 2007 liegen.



Der vorstehende Vergleich der Entwicklung der Einnahmen von Land und Kommunen verdeutlicht, dass die Kommunen in 2008 und 2009 ein einmalig hohes Einnahmenniveau aufweisen. Die Höhe der Einnahmen wird dabei durch die in 2008 und 2009 zur Auszahlung gelangten Abrechnungsbeträge im Rahmen des KFA aus den Steuermehreinnahmen des Landes von 2006 bis 2008 überzeichnet. Der nach 2009 folgende rein optisch große Abstieg basiert u. a. auf diesen zusätzlichen Einnahmen in Höhe von 73,5 Mio. € in 2008 und 64 Mio. € in 2009 und würde bei Bereinigung dieser Sondereffekte wesentlich moderater ausfallen.

Auf der Grundlage von § 5 Abs. 5 Satz 5 und 6 FAG erfolgt die Ist-Abrechnung des KFA 2009 in zwei Teilbeträgen in den Jahren 2011 und 2012. Angesichts der erheblichen Steuermindereinnahmen des Landes in 2009 kann die Ist-Abrechnung des KFA 2009 nicht vollständig erst 2012 erfolgen. Dies entspricht der gängigen Praxis in der umgekehrten Konstellation; das Land hat den KFA seit 2007 durch vorgezogene Ist-Abrechnungen zugunsten der Kommunen gegenüber den beschlossenen Haushaltsplänen aufgestockt. Dementsprechend ist der KFA 2009 durch Ist-Abrechnungen aus 2007 und 2008 gegenüber dem Haushaltssoll 2009 um rund 64 Mio. € erhöht worden. Eine Änderung des KFA 2009 durch Nachtragshaushalt ist nach § 5 Abs. 5 Satz 2 FAG ausgeschlossen. Vor diesem Hintergrund kann die aktuelle Ist-Entwicklung der Steuereinnahmen von Land und Kommunen und die nach der Mai-Steuerschätzung für 2009 erwartete KFA-Abrechnung von rund -47 Mio. € nicht ohne Auswirkungen auf die Aufstellung des Doppelhaushalts 2010/2011 bleiben.

Analog zum bisherigen Vorgehen bei KFA-Nachzahlungen wird 2011 ein Abschlag auf die Ist-Abrechnung 2009 in Höhe von -20 Mio. € geltend gemacht. Der Restbetrag soll nach seiner endgültigen Feststellung 2012 verrechnet werden.

Sowohl das Land als auch die Kommunen haben 2007 und 2008 jeweils mit einem Haushaltsüberschuss bzw. einem positiven Finanzierungssaldo abge-

schlossen (Finanzierungssaldo Kommunen 2008: +220,8 Mio. €). In den kommenden Jahren ist auch angesichts der erwarteten Steuermindereinnahmen infolge der weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise die 2007 begonnene kommunale Haushaltskonsolidierung in Mecklenburg-Vorpommern konsequent fortzusetzen. Ziel muss es sein, Defizite in den Haushalten zu verhindern bzw. auf das absolut notwendige Maß zu begrenzen. Es sind alle Möglichkeiten zu nachhaltigen Einsparungen bei Personal- und Sachkosten zu nutzen. Alle Einnahmemöglichkeiten der Gemeinden sind zu erschließen, insbesondere bei ihren vielfach vergleichsweise noch zurückgebliebenen Realsteuern. Die Ausgaben sind an denen der jeweils vergleichbaren Kommunen mit einer geordneten Haushaltswirtschaft auszurichten (Orientierung an „best-practice-Benchmark Mecklenburg-Vorpommern“). Perspektivisch ist dafür Sorge zu tragen, dass die kommunalen Haushalte an das künftige Einnahmenniveau der finanzschwachen westlichen Flächenländer kontinuierlich angepasst werden.

Ein Vergleich beim kommunalen Finanzausgleich 2009 je Einwohner zeigt, dass Mecklenburg-Vorpommern unter den neuen Bundesländern gemessen an den Gesamtleistungen an die Kommunen führend ist. Bei den Leistungen gemäß FAG liegt Mecklenburg-Vorpommern in der Spitzengruppe.

Leistungen der neuen Länder an ihre Kommunen im Jahr 2009	gemäß FAG	gemäß FAG und sonst. Zuweisungen
	in € je Einw.	
Mecklenburg-Vorpommern	796	1.430
Brandenburg	711 *	1.326
Sachsen	747	1.412
Sachsen-Anhalt	717	1.111
Thüringen	1.012	1.241
Durchschnitt NBL (ohne M-V)	786	1.296

Quelle: Länderumfrage unter den Kommunalreferenten der Finanzressorts der neuen Länder, für 2010 liegen derzeit noch keine vollständigen Daten vor. Nur der Freistaat Sachsen hat einen beschlossenen Doppelhaushalt 2009/2010, dem die Ergebnisse der November-Steuerschätzung 2008 zu Grunde liegen.

* Bei Brandenburg korrigiert um SoBEZ / Hartz IV von 190 Mio. € (rund 74 € je Einw.), die in den anderen neuen Ländern außerhalb des KFA an Kommunen gezahlt werden.

Dabei ist jedoch zu beachten, dass in die Bewertung der Finanzausstattung in den einzelnen Ländern auch die jeweiligen kommunalen Strukturen mit einzu beziehen sind. Die Landesregierung strebt an, die vorhandenen Strukturen im kommunalen Bereich im Rahmen bereits eingeleiteter Reformvorhaben zu verbessern. Das bisherige Niveau der Finanzausstattung der Kommunen wird ab 2010 wie in Mecklenburg-Vorpommern auch in den anderen neuen Ländern nicht gehalten werden können. Auch dort wird es aufgrund der Steuermindereinnahmen, denen alle Länder ausgesetzt sind, zu erheblichen Rückgängen sowohl bei den Gemeindesteuern als auch bei den Leistungen des Landes an die Kommunen kommen.

Mit § 17 Abs. 10 Haushaltsgesetz-Entwurf 2010/2011 und durch die MG02 in Kapitel 1102 wird haushaltsseitig Vorsorge getroffen, um den Kreisen ab dem 1. Juli 2012 die Kosten der Funktionalreform I gemäß dem vom Landtag noch

zu beschließenden Gesetz über die Zuordnung von Aufgaben im Rahmen der Landkreisneuordnung in Mecklenburg-Vorpommern im Wege der Mittelumsetzung zu erstatten. Zur Vorbereitung und Umsetzung der Landkreisneuordnung und der Funktionalreform werden in den Jahren 2011 und 2012 insgesamt nach dem Landkreisneuordnungsgesetz 36 Mio. € an die Kommunen gezahlt, davon 6 Mio. € in 2011.

Außerdem stellt das Land für die Landeshauptstadt Schwerin im Rahmen des Hauptstadtvertrages 2009 bis 2011 jeweils 1,5 Mio. € bereit.

4.2.3.2 Soziale Sicherung

Die nachfolgende Übersicht enthält die Entwicklung der unter dem Begriff „Soziale Sicherung“ zusammengefassten Ausgaben des Landes für die Jahre 2009 bis einschließlich 2013:

Soziale Sicherung	Haushaltsplan	Haushaltsplan-Entwurf	Haushaltsplan-Entwurf	Planungszeitraum	
	2009	2010	2011	2012	2013
	in Mio. €				
Zusatzversorgung	176,0	177,0	177,0	177,0	175,0
Sonderversorgung	95,4	89,1	90,0	90,9	91,9
Ausbildungsförder. (BAföG)	67,3	60,3	56,7	54,2	53,0
Unterhaltsvorschuss	23,1	25,2	25,2	25,2	25,2
Kindertagesstättenförderung*	90,8	97,5	99,4	101,3	103,2
Wohngeld	30,2	60,0	60,0	60,0	60,0
Sozialhilfe Asyl	20,5	16,0	15,5	15,5	15,5
Überörtliche Sozialhilfe	254,2	273,4	282,2	288,6	296,6
Pflegewohngeld	8,5	6,5	6,5	6,5	0,0
Ausführungsgesetz SGB II	285,7	254,6	254,5	254,5	254,5
nachr.: Ausführungsgesetz SGB II (inkl. Investitionen)	308,7	271,6	271,5	271,5	271,5
Sonstiges (u.a. Blindengeld)	55,8	56,8	59,4	59,7	62,1
Gesamtsumme					
Finanzplan 2009 - 2013	1.107,4	1.116,3	1.126,3	1.133,2	1.136,8
Finanzplan alt		1.085,7	1.092,8		
Differenz zur MFP alt		30,6	33,4		

* Zusätzlich werden bei den sonstigen Sach- und Fachausgaben 4,2 Mio. € in 2010 und 10,0 Mio. € ab 2011 zur Förderung von Kindern in sozialen Bedarfslagen bereitgestellt.

Die Ausgaben für die soziale Sicherung steigen im gesamten Finanzplanungszeitraum leicht von Jahr zu Jahr.

Die Ausgaben zur Förderung der Kindertagesstätten erreichen im Haushaltsjahr 2010 ein Volumen von 92,5 Mio. €, das sind 5 Mio. € zusätzlich für die höhere Inanspruchnahme. Der Gesamtbetrag wird jeweils im folgenden Haushaltsjahr um 2 % dynamisiert. Außerdem stehen in diesem Bereich jährlich 5 Mio. € zur Verbesserung der vorschulischen Bildung bereit. Zusätzlich werden im Rahmen der politischen Schwerpunktsetzung der Landesregierung für den Bereich Kita 4,2 Mio. € in 2010 und 10,0 Mio. € ab 2011 zur Förderung von Kindern in sozialen Bedarfslagen bereitgestellt.

Für die Sonderversorgung ist ab 2011 mit einem leichten Anstieg zu rechnen. Die Beteiligung des Bundes an den Kosten der Zusatzversorgung wird gemäß der Vereinbarung des Bundes mit den Ministerpräsidenten von Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern vom 29. November 2006 von 38 % in 2009 auf dann 40 % für die Jahre ab 2010 ansteigen. Die Aufwendungen im Landeshaushalt für die Zusatzversorgung werden so annähernd konstant gehalten.

Mit dem Rückgang der Schülerzahlen reduziert sich auch die Anzahl der Förderberechtigten auf Leistungen der Ausbildungsförderung nach dem BAföG, so dass diese Position in der Finanzplanperiode spürbar rückläufig ist.

Die Ausgabenansätze des Landes beim Wohngeld in den Haushaltsjahren 2010 und 2011 steigen gegenüber 2009 als Folge der Leistungserhöhungen durch die Novellierung des Wohngeldgesetzes sowie aufgrund veränderter wirtschaftlicher Verhältnisse auf jährlich 60 Mio. €.

Die Ausgaben im Bereich der Regelungen des Ausführungsgesetzes zum SGB II sind im Zeitraum 2010 bis 2013 konstant angenommen worden. Der Rückgang in 2010 gegenüber 2009 beruht auf niedrigeren Zahlungen des Bundes für die Kosten der Unterkunft und abgesenkten Zuweisungen an die Kommunen aufgrund geringerer Wohngeldeinsparungen.

Die Zuweisungsbeträge für die Wahrnehmung der Aufgaben der überörtlichen Sozialhilfe steigen im Finanzplanungszeitraum kontinuierlich an. Das Ausgabevolumen erhöht sich von 2009 mit 254,2 Mio. € auf 296,6 Mio. € im Jahr 2013. Die Ansätze der alten Finanzplanung werden deutlich überschritten.

4.2.3.3 Schuldendiensthilfen

Für Schuldendiensthilfen sind 2010 insgesamt 27,4 Mio. € und 25,9 Mio. € in 2011 im Haushaltsplan-Entwurf veranschlagt. Die Ansätze bewegen sich damit im Bereich der alten Finanzplanung. Für die Finanzplanjahre 2012 und 2013 sind Ausgaben von 24,6 Mio. € bzw. 29,9 Mio. € angesetzt.

Den Großteil der Ausgaben bilden die Schuldendiensthilfen bei der Krankenhausförderung mit 21,3 Mio. € jeweils in den Jahren 2010 bis 2012. Im folgenden Jahr steigen diese Schuldendiensthilfen auf eine Höhe von 28,1 Mio. €. Die Verbindungen im Bereich der Krankenhausförderung werden künftige Haushalte noch bis 2026 belasten.

Der finanzielle Umfang der Schuldendiensthilfen außerhalb der Krankenhausförderung sinkt im Finanzplanungszeitraum kontinuierlich von 6,1 Mio. € im Jahr 2010 auf noch rund 1,8 Mio. € im Jahr 2013. Die größten Einzelpositionen sind hier die Zinszuschüsse des Wohnraum-Modernisierungsprogramms 2000-2002 der Kreditanstalt für Wiederaufbau für die neuen Länder und Zinszuschüsse für Kapitalmarktdarlehen zur Umstrukturierung von landwirtschaftlichen Unternehmen.

4.2.3.4 Sächliche Verwaltungsausgaben

Sächliche Verwaltungsausgaben im Sinne der Haushaltssystematik beinhalten u. a. Ausgaben für den allgemeinen Geschäftsbedarf, Kommunikation, die Haltung von Kraftfahrzeugen, Mieten und Pachten, Bewirtschaftung von Grundstücken und Gebäuden, Dienstkleidung, Verbrauchsmittel oder Dienstreisen, aber auch Mittel zur Unterhaltung von baulichen Anlagen (Gebäude, Straßen und Brücken) und Ausgaben für Sachverständige, Gerichts- und ähnliche Kosten.

Die Entwicklung dieser Ausgaben ist aus der folgenden Tabelle ersichtlich:

Sächliche Verwaltungsausgaben	Haushalts- plan	Haushalts- plan- Entwurf	Haushalts- plan- Entwurf	Planungszeitraum	
	2009	2010	2011	2012	2013
	in Mio. €				
Finanzplan 2009 - 2013	367,8	379,8	385,7	378,7	376,2
Finanzplan alt		376,4	373,5		
Differenz zur MFP alt		3,4	12,2		

Die sächlichen Verwaltungsausgaben steigen gegenüber der alten Finanzplanung an. Diese Entwicklung hat insbesondere folgende Ursachen:

- Im politischen Schwerpunkt Schule werden für Qualitätsverbesserungen 4,2 Mio. € in 2010 und 10,0 Mio. € in 2011 im Bereich der sächlichen Verwaltungsausgaben zur Verfügung gestellt. Die aus rein veranschlagungstechnischen Gründen im Bereich der sächlichen Verwaltungsausgaben dargestellten Ausgaben für Qualitätsverbesserungen können daneben u. a. auch für zusätzliche Personalaufwendungen verwandt werden.
- Die Landesforschungsanstalt kann im Bereich der Agrar- und maritimen Forschung über zusätzliche drittmittelfinanzierte Ausgaben in Höhe von 4,9 Mio. € in 2010 und 2,7 Mio. € in 2011 verfügen.

Im Übrigen werden Mehrbedarfe, z. B. bei IT unter anderem aufgrund der Auslandsrentnerbesteuerung und der Durchführung des europaweiten Zensus sowie bei einer Vielzahl einzelner Titel, durch Minderausgaben für Auslagen in Rechtssachen ausgeglichen.

4.2.3.5 Sonstige Sach- und Fachausgaben

Die Höhe der sonstigen Sach- und Fachausgaben errechnet sich aus der Gesamtsumme der Sach- und Fachausgaben abzüglich

- der laufenden Ausgaben für den Kommunalen Finanzausgleich,
- der Ausgaben für die soziale Sicherung,
- der Schuldendiensthilfen und
- der sächlichen Verwaltungsausgaben.

Für den gesamten Finanzplanungszeitraum ergibt sich für die sonstigen Sach- und Fachausgaben des Landeshaushalts folgendes Bild:

Sonstige Sach- und Fachausgaben	Haushalts- plan	Haushalts- plan- Entwurf	Haushalts- plan- Entwurf	Planungszeitraum	
	2009	2010	2011	2012	2013
	in Mio. €				
Finanzplan 2009 - 2013	1.043,7	1.068,1	1.072,5	1.074,0	1.084,8
Finanzplan alt		1.026,1	1.012,2		
Differenz zur MFP alt		41,9	60,2		

Die sonstigen Sach- und Fachausgaben umfassen im Wesentlichen die laufenden Förderausgaben an Stellen außerhalb der Landesverwaltung. Darin enthalten sind auch die Zuwendungen an institutionell geförderte Zuwendungsempfänger sowie die Zuschüsse an die verschiedenen Landesbetriebe, Sondervermögen u. ä.

Als prägnante Beispiele lassen sich folgende Ausgabenbereiche aufführen:

- Zuschüsse an die Landtagsfraktionen,
- Kosten für die Unterhaltung von Gemeinschaftsunterkünften (Asyl),
- Sportförderung,
- Innovationsförderung,
- Arbeitsmarkt- und Ausbildungsförderprogramme,
- Kulturförderung,
- Unterstützung von Schulen in freier Trägerschaft,
- laufende Zuschüsse im Bereich der Universitäten, Hoch- und Fachschulen einschließlich der Universitätskliniken sowie für die Forschungsförderung,
- laufende Zuschüsse im Bereich der Landwirtschaft,

- Maßregelvollzug,
- Leistungen des Landes im SPNV und ÖPNV,
- laufende Zuschüsse an den BBL M-V, die Landesforstanstalt und an die Landesbetriebe.

Einen politischen Schwerpunkt der Landesregierung bildet neben der schulischen Bildung auch die Förderung der frühkindlichen Bildung. Dafür werden neben den gesetzlichen Ansprüchen aus dem Kindertagesförderungsgesetz auch Mittel für die Befreiung bedürftiger Eltern von den Kosten der Kindertagesbetreuung sowie von den Kosten der Mittagessenversorgung in Höhe von jährlich 14,5 Mio. € bereitgestellt. Zusätzlich fördert das Land Kinder aus sozialen Bedarfslagen beginnend ab 2010 mit 4,2 Mio. € und ab 2011 jährlich mit 10 Mio. €.

Die Veränderungen in 2010 und 2011 gegenüber der alten Finanzplanung ergeben sich u. a. aus

- höheren Ausgaben im Bereich des ELER und
- gestiegenen Zuschüssen an Universitäten, Hoch- und Fachschulen einschließlich der Universitätskliniken u. a. wegen Ost-West-Anpassungen und Tarifsteigerungen.

4.2.4 Globale Mehr- und Minderausgaben

Die veranschlagten Globalen Minderausgaben stellen sich wie folgt dar:

Globale Minderausgaben	Haushaltsplan	Haushaltsplan-Entwurf	Haushaltsplan-Entwurf	Planungszeitraum	
	2009	2010	2011	2012	2013
	in Mio. €				
Laufender Haushalt	-11,5	-5,0	-5,0	-5,0	-5,0
darunter:					
Sächliche Verwaltungsausgaben	-5,0	-5,0	-5,0	-5,0	-5,0
Gesamtsumme					
Finanzplan 2009 - 2013	-11,5	-5,0	-5,0	-5,0	-5,0
Finanzplan alt		-6,5	-6,5		
Differenz zur MFP alt		1,5	1,5		

Für alle Jahre des Finanzplanungszeitraums ist eine Globale Minderausgabe im Bereich der sächlichen Verwaltungsausgaben in Höhe von jeweils 5 Mio. € im Vollzug zu erwirtschaften.

4.2.5 Investitionsausgaben

Die Investitionsausgaben gliedern sich in

– Baumaßnahmen

- Hochbaumaßnahmen (z. B. Hochschulbau, durch den BBL M-V durchgeführte Landesbaumaßnahmen, Bau- und Sanierungsarbeiten an den Schlossanlagen Mecklenburg-Vorpommerns) und
- Tiefbaumaßnahmen (Straßenbau)

und

– sonstige Investitionen (z. B. Grunderwerbe, Zuweisungen für Investitionen an die Kommunen, Zuschüsse für Investitionen an Unternehmen, Gewährung von Darlehen im Bereich Wohraumbförderung)

Die Entwicklung der Investitionsausgaben im Zeitraum 2009 bis 2013 stellt sich wie nachfolgend aufgeführt dar:

Investitionsausgaben	Haushaltsplan	Haushaltsplan-Entwurf	Haushaltsplan-Entwurf	Planungszeitraum	
	2009	2010	2011	2012	2013
	in Mio. €				
Baumaßnahmen	224,6	252,2	255,3	224,0	216,6
davon: Hochbau	131,9	157,7	158,0	127,4	121,3
Tiefbau	92,6	94,5	97,3	96,6	95,3
Investitionen (ohne Kommunale Investitionsmittel)	752,5	897,2	824,2	776,2	735,1
Kommunale Investitionsmittel	158,0	151,1	143,8	143,5	145,6
Gesamtsumme					
Finanzplan 2009 - 2013	1.135,1	1.300,5	1.223,3	1.143,7	1.097,2
Finanzplan alt		1.113,3	1.096,5		
Differenz zur MFP alt		187,2	126,8		

Die Investitionsausgaben des Landes werden in der Mittelfristigen Finanzplanung bis zum Ende der Planungsperiode auf hohem Niveau gehalten. Maßgeblich für die erheblichen Steigerungen der Investitionsausgaben in den Planjahren 2010 und 2011 sind die verschiedenen Konjunkturprogramme des Bundes und des Landes Mecklenburg-Vorpommern, mit denen der Finanz- und Wirtschaftskrise entgegen gewirkt werden soll. Selbst in den Jahren 2012 und 2013 wird in etwa noch das Niveau des Haushaltsjahrs 2009 erreicht.

Neben den Konjunktur stützenden Programmen resultieren die hohen Investitionsausgaben im Wesentlichen auf Mehrausgaben

- für Baumaßnahmen an den Hochschulen des Landes und bei Landesbauten,
- in der Städtebauförderung durch die erstmalige Veranschlagung eines neuen Bund-Länder-Programms für die UNESCO-Welterbestätten in Wismar und Stralsund sowie durch die Fortführung des Programms zur energetischen Erneuerung von Schulen, Kindertagesstätten und öffentlichen Gebäuden im Rahmen des Investitionspakts und
- bei der Polizei durch die Umstellung von Leasing auf Kauf von Polizeifahrzeugen.

Dagegen stehen geringere Investitionsausgaben u. a.

- für Beschaffungen für den Netzaufbau BOS-Digitalfunk, der bis 2011 abgeschlossen sein soll und
- wegen des Rückgangs bei der Krankenhauseinzelförderung (ohne Zukunftsinvestitionsprogramm Mecklenburg-Vorpommern) um rund 4,6 Mio. € gegenüber 2009.

Insgesamt ergeben sich daraus Mehrausgaben bei den Investitionen von rund 389 Mio. € gegenüber der alten Mittelfristigen Finanzplanung von 2010 bis einschließlich 2012. Auch bei Bereinigung um die die Konjunktur stützenden Programme des Bundes und des Landes Mecklenburg-Vorpommern wären in allen Jahren Steigerungen bei den Investitionen gegenüber der alten Finanzplanung zu verzeichnen.

Bei einem Ländervergleich der Ist-Ergebnisse 2008 zeigt sich, dass die Investitionsleistungen des Landes Mecklenburg-Vorpommern mit 725 € je Einwohner mehr als doppelt so hoch sind wie in den westlichen Bundesländern mit rund 340 € je Einwohner. In absoluter Größe beliefen sich die Mehrausgaben bei den Investitionen in Mecklenburg-Vorpommern gegenüber den westlichen Flächenländern auf rund 650 Mio. €.

Die Landesregierung hält daran fest, Bundes- und EU-Mittel insbesondere für Investitionen vollständig an das Land zu binden. Wegfallende Mittel Dritter können aber nicht durch Landesmittel ersetzt werden.

Die Investitionsplanung für den Zeitraum 2009 bis 2013 ist Bestandteil der Mittelfristigen Finanzplanung 2009 bis 2013 und bildet zusammen mit ihr eine sachliche Einheit. Die Investitionsansätze im Einzelnen (Zahlenwerk) ergeben sich aus Band 2 dieses Finanzplans.

4.2.6 Besondere Finanzierungsausgaben

Zu den besonderen Finanzierungsausgaben gehören neben den bereits unter Ziffer 3.1.1 erläuterten Netto-Tilgungen auch die Zuführungen an Rücklagen und die haushaltstechnischen Verrechnungen. In der Finanzplanung sind, wie aus der folgenden Übersicht ersichtlich, veranschlagt:

Besondere Finanzierungsausgaben	Haushalts- plan	Haushalts- plan- Entwurf	Haushalts- plan- Entwurf	Planungszeitraum	
	2009	2010	2011	2012	2013
	in Mio. €				
Finanzplan 2009 - 2013	72,9	3,8	5,3	6,3	7,3
Finanzplan alt		7,0	8,0		
Differenz zur MFP alt		-3,2	-2,6		

4.2.6.1 Haushaltstechnische Verrechnungen

Hierbei handelt es sich um die Gegenposition zu den bei den Einnahmen bereits erläuterten Verrechnungen (vgl. Ziffer 4.1.6.1).

4.2.6.2 Zuführungen an Rücklagen

Die Zuführungen an Rücklagen in den Jahren 2010 bis 2013 setzen sich zusammen aus den jeweils geplanten Zuführungen an den Versorgungsfonds. Die Zuführungen sollen 2010 eine Höhe von 2,5 Mio. € und 2011 einen Umfang von 4,0 Mio. € erreichen. In den folgenden Jahren erhöhen sich die Zuführungsbeträge um jährlich eine Million €.

Die 2009 noch deutlich höheren Zuführungen im Vergleich zu den Ansätzen des Haushaltsplan-Entwurfs resultieren im Wesentlichen aus einer geplanten Zuführung an die Ausgleichsrücklage in Höhe von 50 Mio. € und einer Sonderabführung an den Versorgungsfonds mit einem Umfang von rund 17,6 Mio. €.

4.2.7 Verpflichtungsermächtigungen

Verpflichtungsermächtigungen schaffen die Ermächtigung, insbesondere zur Finanzierung von größeren über mehrere Jahre laufenden Investitionsvorhaben, Verpflichtungen zulasten künftiger Haushaltsjahre einzugehen. Unbeschadet des Jährlichkeitsprinzips des Haushalts, wird so die Kontinuität des Verwaltungshandelns sichergestellt.

Der Veranschlagung von Verpflichtungsermächtigungen kommt eine besondere Bedeutung zu, da sie die finanziellen Gestaltungsmöglichkeiten zukünftiger Haushaltsjahre erheblich einschränken können.

Im Haushaltsplan-Entwurf 2010/2011 sind Verpflichtungsermächtigungen in Höhe von insgesamt

1.402,7 Mio. € im Jahr 2010

und in Höhe von

975,5 Mio. € im Jahr 2011

veranschlagt.

Die Fälligkeit der Verpflichtungsermächtigungen (VE) wird in folgender Tabelle dargestellt:

Fälligkeiten der VE	2011	2012	2013	2014	2015
	in Mio. €				
VE aus 2010	559,8	350,0	327,6	165,3	
VE aus 2011		465,1	283,5	174,8	52,1
Gesamt	559,8	815,2	611,1	340,1	52,1

5. Entwicklung des Stellenbestands

5.1 Umsetzung des Personalkonzepts 2004

Die Landesregierung verfolgt das Ziel, die Stellenausstattung an den Durchschnitt der westlichen Flächenländer anzupassen (vgl. Tz. 333 der Koalitionsvereinbarung). Mit dem von der Landesregierung am 28. Januar 2005 beschlossenen Personalkonzept 2004 für die Landesverwaltung Mecklenburg-Vorpommern ist ein wichtiger Schritt zur Angleichung der Stellenausstattung an die der westlichen Länder sowie für eine zielgerichtete Reform der Personalstruktur in der Landesverwaltung Mecklenburg-Vorpommern eingeleitet worden.

Gemäß Personalkonzept 2004 sollten im Ergebnis mehr als 10.000 Stellen abgebaut werden. Davon sind mit dem Stellenplan-Entwurf 2010/2011 in der Landesverwaltung einschließlich Ministerien bisher bereits etwa 8.700 Stellen eingespart, spezifiziert bzw. in die Maßnahmegruppe 96 „Disponibler Überhang“ übertragen worden. Dies entspricht etwa 21 % des Stellenbestandes vom Januar 2004 bzw. etwa 87 % der Einsparvorgabe des Personalkonzepts 2004. Die in die Maßnahmegruppe 96 „Disponibler Überhang“ übertragenen Stellen sollen im Laufe der ersten Hälfte des nächsten Jahrzehnts abgebaut werden, sei es durch Vermittlung in den Kernstellenbereich, durch Altersabgang oder durch sonstige sozialverträgliche Maßnahmen, mit denen den Beschäftigten das freiwillige Ausscheiden aus der Landesverwaltung erleichtert wird.

5.2 Stellenplan-Entwurf 2010/2011

Der Entwurf des Stellenplans 2010/2011 basiert auf dem Stellenplan 2009 einschließlich der fast vollständigen Umsetzung der Einsparvorgaben des Personalkonzepts 2004. Insbesondere haben die letzten Spezifizierungen der Einsparvorgaben gemäß Stufe 3 für den nachgeordneten Bereich der Landesverwaltung Anfang 2008 bzw. gemäß Stufe 2 für die Ministerien / Staatskanzlei Anfang 2009 erheblich zum Stellenabbau beigetragen.

Ausgangsbasis für die nachfolgenden vergleichenden Betrachtungen ist der Stellenplan 2009 in der Landesverwaltung im engeren Sinne. Ende 2010 wären ohne weitere Eingriffe in den Stellenplan 32.130 Stellen und 32.103 Stellen Ende 2011 erreicht worden.

Die nunmehr spezifizierten Veränderungen nach dem Stellenplan-Entwurf 2010/2011 führen mittelfristig gegenüber dem Stellenplan 2009 zu folgenden Stellenzahlen:

Landesverwaltung im engeren Sinne (Regelbereich) *	2010	2011	2012	2013	nach 2013	ohne Termin
Aktueller Stellenplan 2009						
1 Stellenzahl Jahresende	32.130	32.103	32.004	31.899	31.683	31.416
Entwurf 2010/2011						
2 Stellenzahl Jahresanfang	32.302	31.888	31.598	31.411	31.318	31.225
3 Stellenzahl Jahresende	31.913	31.598	31.411	31.318	31.225	30.847
4 mehr (+) minder (-) ggü. Haushalt 2009 (Zeile 3 minus Zeile 1)	-217	-505	-593	-581	-458	-569

* Außerhalb des Regelbereichs sind Ende 2010 insgesamt 1.657 Stellen in der MG95 „Nachwuchs“ und 463 in der MG96 „disponibler Überhang“ ausgewiesen.

Trotz 227 neuer Stellen für die Auslandsrentnerbesteuerung im Kapitel 0503 „Finanzämter“ und 529 neuer Stellen in den Schulkapiteln zur Abdeckung der Unterrichtsversorgung liegen die Stellenzahlen der Landesverwaltung im engeren Sinne für den Regelbereich Ende 2010 um 217 und Ende 2011 um 505 unter den vergleichbaren Zahlen des Stellenplans 2009. Die 529 neuen Stellen in den Schulkapiteln basieren auf einem Mehrbedarf aufgrund veränderter Schülerzahlprognosen. Davon sind jedoch nur 131 Stellen ein Aufwuchs gegenüber der derzeitigen Stellenausstattung 2009. Die restlichen 398 Stellen werden als Ersatz für weggefallene Stellen ausgebracht, weil entsprechende kw-Vermerke sich nicht haben realisieren lassen.

Für 2012/2013 werden per Jahresultimo fast 600 Stellen weniger ausgewiesen als mit dem Stellenplan 2009 für denselben Zeitraum vorgesehen waren.

Dieses Ergebnis ist begünstigt worden durch die Umwandlung des Instituts für Ostseeforschung in eine Stiftung (104 Stellen) und die Übertragung von 392 Stellen in die Maßnahmegruppe 96 „Disponibler Überhang“.

Mit dem Stellenplan-Entwurf 2010/2011 wird Ende 2010 für die Landesverwaltung im engeren Sinne somit eine Stellenausstattung je 1.000 Einwohner (TEW) in Höhe von etwa 19,5 erreicht. Der tatsächliche Personalbestand führt zu einem höheren Wert, weil die Nachwuchsstellen und der gesondert geführte Personalüberhang unberücksichtigt bleiben.

Der im Stellenplan-Entwurf 2010/2011 bisher spezifizierte Stellenabbau genügt jedoch nicht mehr, den Bevölkerungsrückgang im Hinblick auf die Stellenausstattung je TEW zu kompensieren. Ende 2013 würde wegen des Bevölkerungsrückgangs die Stellenausstattung je TEW ohne weitere Eingriffe wieder ein Niveau von 19,7 erreichen und danach weiter steigen. Die durchschnittliche Stellenausstattung der westlichen Flächenländer beträgt derzeit – bereinigt um die Bereiche Nachwuchs und Forst – etwa 18,1 Stellen je TEW. Gemäß Ziffer 333 des Koalitionsvertrages hat das Finanzministerium im Jahr 2009 eine Überprüfung vorgenommen, in welchem Umfang eine Fortschreibung des Personalkonzepts erforderlich ist. Im Ergebnis dieser Analyse hat das Finanzministerium dem Kabinett das Personalkonzept 2010 zur Entscheidung vorgelegt (vgl. hierzu auch Ziffer 2.4.5).

6. Erläuterungen zu einzelnen Politikbereichen

6.1 Wirtschaftsförderung

Die Förderzwecke nach den Regeln der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ (GAW) bilden 2010 und 2011 den entscheidenden Schwerpunkt der Wirtschaftsförderung. Das vom Bund, dem Land und der Europäischen Union im Rahmen des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) und des Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER) für diesen Zweck bereitgestellte Mittelvolumen beträgt in 2010 und 2011 jeweils rund 230 Mio. €. In den Finanzplanjahren 2011 und 2012 ist derzeit davon auszugehen, dass künftig Mittel in Höhe von rund 210 Mio. € für die Wirtschaftsförderung zur Verfügung stehen werden.

Einen Schwerpunkt außerhalb der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ bildet die Technologie- und Innovationsförderung, die mit Beginn der neuen Förderperiode ab 2007 erheblich mit Mitteln des EFRE aufgestockt wird (2010: 19,1 Mio. €, 2011: 17,3 Mio. €). Darüber hinaus stehen Mittel in Höhe von rund 25 Mio. € jährlich aus dem Europäischen Sozialfonds für die stärkere Vernetzung zwischen Hochschulen, Forschungseinrichtungen und Unternehmen sowie zur Forschungs- und Entwicklungsförderung außerhalb der gewerblichen Wirtschaft zur Verfügung.

6.2 Arbeitsmarktpolitik und berufliche Ausbildung

Das Gesamtvolumen der bereitgestellten Mittel für struktur- und arbeitsmarktpolitische Maßnahmen beläuft sich in den Jahren 2010 und 2011 auf rund 125 Mio. €.

Darunter sind in der laufenden ESF-Förderperiode von 2007 bis 2013 für die Arbeitsmarktförderung in den Jahren 2010 und 2011 jeweils rund 29 Mio. € vorgesehen. Weitere ESF-Mittel werden für Ausbildungssonderprogramme, Technologie- und Innovationsförderung, für die vollzeitschulische Berufsausbildung sowie für die überbetriebliche landwirtschaftliche Ausbildung eingesetzt.

Neben der Förderung der Verbundausbildung sowie der überbetrieblichen Lehrlingsunterweisung beteiligt sich das Land weiterhin an Bund-Länder-Programmen zur Schaffung außerbetrieblicher Ausbildungsplätze. Insgesamt werden für berufliche Ausbildungszwecke in der Wirtschaft aus Mitteln des Landes, des Bundes und des ESF im Jahr 2010 rund 26 Mio. € und noch einmal 15,7 Mio. € im Jahr 2011 bereitgestellt. Mittelfristig werden die Ausgaben entsprechend dem Bedarf zurückgehen.

Unter Beteiligung des ESF wird die Förderung der Landesinitiative „Jugend- und Schulsozialarbeit“ im Haushalt in Höhe von 7 Mio. € jährlich für 2010/2011 und die Folgejahre festgeschrieben.

6.3 Förderung einer wettbewerbsfähigen Land-, Forst- und Fischereiwirtschaft

Mehrere Förderbereiche der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ (GAK) und Schwerpunkte des Entwicklungsprogramms für den ländlichen Raum Mecklenburg-Vorpommern (EPLR M-V) bilden die Grundlage für die Förderung der Land- und Forstwirtschaft. Insgesamt stehen in 2010 und 2011 jährlich Mittel mit einem Umfang von rund 130 Mio. € zur Verfügung. In den Jahren 2012 und 2013 sind Ausgaben in etwa gleicher Größenordnung vorgesehen. Die Mittel setzen sich aus Bundesmitteln im Rahmen der GAK, aus Mitteln des Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER), den ab 2010 zusätzlich von der EU zur Verfügung gestellten Modulationsmitteln und der Kofinanzierung des Landes zusammen.

Für die Förderung der Fischereiwirtschaft aus dem Europäischen Fischereifonds (EFF) stehen in den Jahren 2010 bis 2013 Landes- und EU-Mittel in einem Umfang von jährlich 11,3 Mio. € zur Verfügung.

6.4 Entwicklung einer modernen Verkehrsinfrastruktur

Für die Gewährleistung und Verbesserung des ÖPNV und des SPNV werden 246 Mio. € im Jahr 2010, 249 Mio. € im Jahr 2011, 253 Mio. € im Jahr 2012 und 256 Mio. € im Jahr 2013 eingesetzt.

Für die Verbesserung des kommunalen Straßenbaus sind – wie in den vergangenen Jahren – in den Jahren 2010 und 2011 ff jeweils 17,5 Mio. € an Zuweisungen des Bundes in den Landeshaushalt eingestellt worden. In den kommenden Jahren sind für den Bau von Bundes- und Landesstraßen jährlich rund 71 Mio. € investive Mittel vorgesehen. Mit diesen Mitteln werden die laufenden Straßenbauprojekte fortgeführt. Einige wichtige neue Maßnahmen kommen hinzu, z. B.

- der Bau der Brücke über die Peene bei Jarmen,
- Ersatzneubau der Loitzer Brücke über die Peene und
- der Bau der Brücke über die Gleiswege der DB AG in Grevesmühlen.

Darüber hinaus stehen in 2010 rund 3 Mio. € zusätzlich für die planerische Umsetzung des Konjunkturprogramms II im Bundesfernstraßen-/BAB-Bau zur Verfügung.

Für die vier Häfen Wismar, Rostock, Stralsund und Sassnitz / Mukran wird ein jährliches Wachstum von bis zu 5 % bis zum Jahr 2025 vorhergesagt. Um dieses Wachstum auch bewältigen und im ostseeinternen Hafenwettbewerb nachhaltig bestehen zu können, müssen die Häfen in erheblichem Umfang in den Ausbau der Hafeninfrastruktur investieren. Vor diesem Hintergrund werden

neben den im Haushaltsplan-Entwurf veranschlagten Mitteln aus dem EFRE (lfd. Förderperiode 37,5 Mio. €) und dem Hafenlastenfonds des Bundes (jährlich rund 2,6 Mio. €) auch weiterhin Landesmittel für den weiteren Ausbau der Hafeninfrastruktur eingesetzt. Darüber hinaus werden im Jahr 2010 aus dem Zukunftsinvestitionsprogramm Mecklenburg-Vorpommern 2,8 Mio. € für die Hafeninfrastruktur bereit gestellt.

6.5 Wohnungs- und Städtebauförderung

Die Städtebauförderung und der Stadtumbau Ost werden mittelfristig auf stabilem und hohem Niveau fortgesetzt. Neben den gemeinsamen Bund-Länder-Programmen wird 2010 und 2011 das landeseigene Städtebauförderungsprogramm verstärkt fortgesetzt. Neu sind zum einen die Beteiligung des Landes am Programm zur energetischen Erneuerung der sozialen Infrastruktur im Rahmen des Investitionspaktes und zum anderen die Aufnahme des Programms für die Förderung der UNESCO-Welterbestätten Wismar und Stralsund. Nachhaltige Effekte werden durch den zusätzlichen Einsatz von EFRE-Mitteln zur Förderung einer zukunftsorientierten Stadtentwicklung durch städtebauliche Maßnahmen in Sanierungs-, Entwicklungs- und Fördergebieten erwartet. Im Mittelpunkt stehen Maßnahmen zur Entwicklung und Stärkung der Innenstädte, zur Anbindung von historischen Stadtkernen an nahe gelegene Häfen und Wasserkanten und zur Entwicklung von Brachenflächen.

Die Wohnraumförderung ist im Rahmen der Föderalismusreform ab 2007 in die alleinige Zuständigkeit der Länder übergegangen. Das Land stellt jährlich ein Wohnraumförderungsprogramm in Höhe von 11,5 Mio. € auf. Damit soll vorrangig die Modernisierung und Instandsetzung des Bestandes und die Schaffung altengerechter Wohnungen bei gleichzeitiger Verbesserung der Wohnqualität durch zinsgünstige Darlehen gefördert werden. Die Rückflüsse aus den Wohnraumförderdarlehen fließen ab 2007 in das neu geschaffene Sondervermögen „Wohnraumförderung Mecklenburg-Vorpommern“ und bilden damit die künftige Finanzierungsgrundlage einer eigenständigen Wohnraumförderung des Landes.

Für investive Maßnahmen der Wohnungs- und Städtebauförderung sind im Finanzplan für die Jahre 2010 bis 2013 insgesamt 428,3 Mio. € berücksichtigt.

6.6 Wasserversorgungs- und Abwasseranlagen

Für Maßnahmen im Bereich der Wasserversorgungs- und Abwasseranlagen sowie der Wasserwirtschaft sind in 2010 insgesamt rund 31,3 Mio. € veranschlagt. Dieses Volumen beinhaltet Mittel aus der GAK, aus EU-Mitteln (ELER und EFRE) und aus der Abwasserabgabe. Im Haushaltsjahr 2011 wird ein Fördervolumen von 41,7 Mio. € erreicht. Der Anstieg der Mittel von 2010 zu

2011 begründet sich durch zusätzlich von der EU zur Verfügung gestellte Mittel (Modulationsmittel).

6.7 Natur- und Umweltschutz sowie Klimaschutz

Für die Förderung von Naturschutzmaßnahmen sind in 2008 rund 22,1 Mio. € und in 2009 rund 23,0 Mio. € berücksichtigt worden, u. a. wird das Großschutzprojekt „Nordvorpommersche Waldlandschaft“ finanziell durch das Land abgesichert.

Zur Umsetzung des Moorschutzkonzeptes und der Seesanieung werden Landes- und EU-Mittel (ELER) in Höhe von 7,6 Mio. € pro Jahr bereitgestellt.

Für Maßnahmen im Bereich des Klimaschutzes steht ein Fördervolumen von jährlich 3,8 Mio. € zur Verfügung.

6.8 Gesundheitspolitik

Im Bereich der Krankenhausförderung sind in den Jahren 2010 und 2011 pauschale Fördermittel in Höhe von 22,8 Mio. € vorgesehen. Die Höhe des Fördervolumens wird mittelfristig fortgeschrieben. Dies ermöglicht den Trägern von Krankenhäusern die Wiederbeschaffung von Anlagegütern sowie die Erhaltung, Wiederherstellung und Verbesserung von Einrichtungs- und Ausstattungsgegenständen mit einer durchschnittlichen Nutzungsdauer von mehr als drei bis zu 15 Jahren.

Für die Krankenhauseinzelförderung ohne Zukunftsinvestitionsgesetz Mecklenburg-Vorpommern (ZIP M-V) stehen von 2010 bis 2013 insgesamt rund 173,6 Mio. € zur Verfügung. Der überwiegende Teil dient der Ausfinanzierung bereits existierender Verpflichtungen. Zusätzlich werden für diesen Bereich Mittel aus dem ZIP M-V in Höhe von insgesamt 33,4 Mio. € zur Verfügung gestellt, davon 29,5 Mio. € in 2010 und 4,0 Mio. € in 2011. Im Bereich der Einzelförderung wurden in 2010 Verpflichtungsermächtigungen in Höhe von insgesamt 10,5 Mio. € und in 2011 in Höhe von 28,1 Mio. € ausgebracht. Die Ermächtigungen sind vorgesehen für die Finanzierung von Maßnahmen an den Krankenhausstandorten Bützow, Greifswald, Neubrandenburg, Ueckermünde und Waren.

Für das öffentliche Gesundheitswesen im Übrigen sind für das Jahr 2010 insgesamt 22,5 Mio. € veranschlagt. In den Folgejahren steigen die Ausgaben im Wesentlichen bedingt durch höhere Kosten im Bereich des Maßregelvollzugs weiter an. Ein Teil der Mittel für das öffentliche Gesundheitswesen dient der Bekämpfung von Drogen, Sucht und AIDS, die in den Jahren 2010 und 2011 jeweils mit 2,6 Mio. € unterstützt wird. Dieses Niveau wird im weiteren Finanzplanungszeitraum nahezu beibehalten.

6.9 Familie und Erziehung

Das Land beteiligt sich an den allgemeinen Kosten der Förderung von Kindern in Kindertageseinrichtungen und Tagespflege im Haushaltsjahr 2010 mit 92,5 Mio. €, das sind 5 Mio. € zusätzlich für die höhere Inanspruchnahme. Der Gesamtbetrag wird jeweils im folgenden Haushaltsjahr um 2 % dynamisiert.

Darüber hinaus werden für die Befreiung bedürftiger Eltern von den Kosten der Kindertagesbetreuung sowie von den Kosten der Mittagessenversorgung weiterhin jährlich 14,5 Mio. € zur Verfügung gestellt. Für die Förderung von Kindern in besonderen Bedarfslagen stehen in 2010 insgesamt 4,2 Mio. € und ab 2011 jährlich 10,0 Mio. € zur Verfügung.

Daneben reicht das Land im Jahr 2010 Bundesmittel in Höhe von 6,6 Mio. € und im Jahr 2011 im Umfang von 6,4 Mio. € für Investitionen im Bereich der Kindertagesstätten an die Kommunen weiter. Dieser Betrag ist vollständig durch Einnahmen vom Bund gedeckt und ist mittelfristig leicht rückläufig.

6.10 Demokratie und Toleranz

In Umsetzung des Landesprogramms „Demokratie und Toleranz – gemeinsam stärken“ werden die fünf Regionalzentren für Demokratie und Toleranz auch in 2010 und 2011 sowie mittelfristig finanziert. Weiterhin werden Bundesprogramme gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit kofinanziert.

Die Bereitstellung der Mittel erfolgt aus dem Zukunftsfonds, aus dem ESF sowie durch den Bund.

6.11 Schulen

Aufgrund der prognostizierten Schülerzahlentwicklung erfolgt ab dem 1. Januar 2010 die Ausbringung von 227 neuen Stellen. Ab dem 1. Januar 2011 sind mit dem prognostizierten Anstieg der Schülerzahlen im allgemein bildenden Schulbereich weitere 59 Stellen erforderlich. Mittelfristig ist weiter mit einem leichten Anstieg der Schülerzahlen zu rechnen. In Verbindung mit der vereinbarten moderaten Anpassung der Schüler/Lehrer-Relationen an die Quote anderer Flächenländer bedeutet dies mittelfristig in etwa gleichbleibende Stellenzahlen.

Von den für den gesamten Schulbereich vorgesehenen jährlichen Mehrausgaben von 15 Mio. € sind 5 Mio. € pro Jahr für Mehrbedarfe aufgrund des Schüleranstiegs vorgesehen. Darüber hinaus werden für Qualitätsverbesserungen im gesamten Schulbereich (beginnend ab Schuljahr 2010/2011) jährlich 10 Mio. € (für 2010 anteilig) eingesetzt.

Ab dem 1. Januar 2010 werden im beruflichen Schulbereich 302 Stellen neu ausgebracht. 196 Stellen fallen ab dem 1. August 2010 weg. Aufgrund des

prognostizierten Schülerrückganges entfallen ab dem 1. August 2011 nochmals 204 Stellen im beruflichen Bereich. Mittelfristig ist mit einem weiteren Rückgang der Schülerzahlen zu rechnen.

6.12 Hochschulen und Wissenschaft

Die Zuschüsse des Landes für die Hochschulen und die Medizinischen Fakultäten erfahren in den Jahren 2010 bis 2013 eine jährliche Zuwachswachstumsrate. Dabei sind in den Jahren 2010 und 2011 die Personalkostensteigerungen infolge der Tarifverträge vollständig im Hochschulkorridor berücksichtigt. Der Mittelaufwuchs in diesen Haushaltsjahren beträgt 7,6 % in 2010 bzw. 2,1 % in 2011. Ab dem Jahr 2012 soll der Hochschulkorridor um jährlich 1,5 % gesteigert werden. Darauf sind die kw-Vermerke aus den weiteren ausstehenden Abbauraten gemäß Personalkonzept 2004 in Höhe von rund 300 Stellen noch anzurechnen.

Mit dem Pakt für Forschung und Innovation erhalten die Organisationen der gemeinsam von Bund und Länder geförderten Forschungseinrichtungen (Fraunhofer-Gesellschaft, Helmholtz-Gemeinschaft, Max-Planck-Gesellschaft und Leibniz-Gemeinschaft) sowie die Deutsche Forschungsgemeinschaft als Förderorganisation finanzielle Planungssicherheit. Ihre Zuschüsse sollen unter Berücksichtigung der finanziellen Möglichkeiten des Landes von 42,3 Mio. € im Jahr 2009 auf 53,0 Mio. € im Jahr 2014 steigen. Darüber hinaus sind im Haushaltsplan 2010/2011 weitere Mittel für Institutsneu- und Erweiterungsbauten sowie für die Finanzierung von Ersatzbauten für zwei Forschungsschiffe veranschlagt.

Der bis zum Jahr 2020 von Bund und den Ländern konzipierte Hochschulpakt erhält für seine zweite Phase bis Ende 2015 zusätzliche Mittel, um den zu erwartenden 275.000 zusätzlichen Studienanfängern in Deutschland die Chance für die Aufnahme eines Studiums zu eröffnen. Um für die Zeit erhöhten Studienplatzbedarfes vorhandene Kapazitäten in den neuen Ländern nicht abbauen und in den alten Bundesländern temporär wieder aufbauen zu müssen, werden die neuen Länder am Hochschulpakt durch Vorabpauschalen von Bund und Ländern sowie durch Absenkung ihrer Referenzlinien beteiligt. Die Hochschulen des Landes können in den Jahren 2011 bis 2015 im günstigen Fall bis zu 37,2 Mio. €, d. h. etwa 7,4 Mio. € pro Jahr an Bundesmitteln einwerben.

Die bislang im Rahmen des Zukunftsfonds Mecklenburg-Vorpommern erfolgte Förderung von exzellenten Forschungsschwerpunkten an Hochschulen wird aufgrund der erzielten Erfolge im Rahmen eines Forschungsfonds fortgeführt. Hierfür werden in den Jahren 2010 bis 2014 insgesamt bis zu 15 Mio. €, davon EFRE- und ESF-Mittel in Höhe von insgesamt 12,0 Mio. € für wirtschaftsnahe Forschung und ergänzend 3,0 Mio. € Landesmittel, zur Verfügung gestellt.

6.13 Kultur, Denkmalpflege und Sport

Die Förderung von Kultur und Denkmalpflege einschließlich der im KFA enthaltenen Theaterförderung erfolgt wie in den vergangenen Jahren weiterhin auf hohem Niveau. In den Haushaltsjahren 2010 und 2011 stehen hierzu 53,0 Mio. € bzw. 52,7 Mio. € bereit. Die geringe Absenkung ist u. a. auf das Auslaufen des Zukunftsfonds ab 2011 zurückzuführen.

Für allgemeine Sportfördermaßnahmen sind wie in den Vorjahren 8,2 Mio. € eingeplant. Die Mittel für Baumaßnahmen im Sportstättenbau und der Investitionszuschuss an den Landessportbund werden auf dem Niveau des Haushaltsjahres 2009 fortgeführt. Bei Vorliegen der Voraussetzungen zur Förderung von Sportstättenbaumaßnahmen aus Mitteln des ELER stehen in der Förderperiode 2007 bis 2013 jährlich weitere 1,4 Mio. € zur Verfügung.

6.14 Zukunftsfonds

Für den Zeitraum 2006 bis 2010 wurde ein Sondervermögen „Zukunftsfonds“ geschaffen, das sich an dem Ziel einer nachhaltigen Entwicklung von Mecklenburg-Vorpommern orientiert. Dieser Fonds ist mit insgesamt 30 Mio. € ausgestattet. Er wurde gespeist aus Erlösen der Veräußerung der Nord/LB-Anteile des Landes. 2010 werden 7,5 Mio. € für Ausgaben des neuen Zukunftsfonds eingeplant. Da in den vergangenen Jahren die Mittel nicht vollständig in der geplanten Höhe abgeflossen sind, kommen im Jahr 2011 noch Restmittel in Höhe von rund 6,6 Mio. € zur Auszahlung. Die inhaltliche Ausrichtung ist durch folgende drei Hauptbereiche gekennzeichnet:

- Wirtschaftsnaher Förderung, insbesondere in zukunftsweisenden Technologiesektoren,
- Förderung von exzellenten Forschungsschwerpunkten an Hochschulen,
- Förderung kulturell bedeutsamer Projekte.

6.15 Zukunftsinvestitionsgesetz Mecklenburg-Vorpommern (ZIP M-V)

Mecklenburg-Vorpommern erhält aus dem Zukunftsinvestitionsprogramm des Bundes einen Anteil von rund 237 Mio. Euro. Land und Kommunen steuern hierzu eine Kofinanzierung von zusammen rund 79 Mio. € bei. Für Investitionen im Rahmen des ZIP M-V stehen damit insgesamt fast 316 Mio. € zur Verfügung. Davon wurde den Kommunen ein Bewilligungsrahmen in Höhe von 130,6 Mio. € pauschal zugewiesen.

Die Abwicklung des Investitionsprogramms wurde im Jahr 2009 begonnen und wird in den 2010 und 2011 fortgesetzt. Mit dem ZIP M-V werden umfangreiche Investitionsmaßnahmen u. a. in den Schulen, Hochschulen, Forschungseinrich-

tungen, Krankenhäusern und Häfen in Mecklenburg-Vorpommern ermöglicht. Auch die touristische und kommunale Infrastruktur wird von dem Investitionsprogramm profitieren.

Insgesamt sind 2009 im Rahmen des ZIP M-V Investitionen und Investitionszuweisungen von rund 105,6 Mio. € geplant, im Haushaltsplan-Entwurf erreicht das Investitionsvolumen für das Jahr 2010 rund 124,4 Mio. € und 2011 einen Umfang von annähernd 62,5 Mio. €. Die Differenz der vorgenannten Werte zum Gesamtvolumen von 316 Mio. € resultiert aus den nicht im Landeshaushaltsplan abgebildeten kommunalen Kofinanzierungsmitteln in Höhe von rund 23,5 Mio. €.

6.16 Gesetzliche Sozialleistungen

Die Leistungen des Landes zur Wahrnehmung der Aufgaben der überörtlichen Sozialhilfe müssen im Rahmen der anstehenden Novellierung des Sozialhilfefinanzierungsgesetzes neu festgesetzt werden. Anhand einer vorläufigen Hochrechnung werden 261,7 Mio. € in 2010 sowie 269,7 Mio. € in 2011 veranschlagt.

Für die Gewährung von Pflegegeld nach dem Landespflegegesetz stehen in den Jahren 2010, 2011 und 2012 jeweils rund 6,4 Mio. € zur Verfügung.

Die Ausgaben des Landes beim Wohngeld erhöhen sich als Folge der Leistungserhöhungen durch die Wohngeldnovelle 2009 auf jeweils 60,0 Mio. € in den Haushaltsjahren 2010 und 2011.

Im Zusammenhang mit der Umsetzung des Vierten Gesetzes für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt erhalten sowohl die Empfänger von Arbeitslosengeld II als integrierte Leistung der Grundsicherung, als auch die verbleibenden Sozialhilfeempfänger, direkt die Kosten für Unterkunft und Heizung von den zuständigen Trägern. Nach § 6 Abs. 1 Landesausführungsgesetz SGB II erhalten die kommunalen Träger vom Land Zuweisungen, die sich zusammensetzen

- aus den Mecklenburg-Vorpommern zustehenden BEZ zum Ausgleich von Sonderlasten durch die strukturelle Arbeitslosigkeit (netto 107 Mio. € jährlich) und
- dem Landesanteil an den Einsparungen beim Wohngeld in Höhe von netto rund 42,6 Mio. €⁷ pro Jahr.

⁷ Einsparungen beim Wohngeld betragen in 2010 und 2011 brutto rund 48,4 Mio. €. Davon sind abzuziehen die Einsparungen für die Bedarfsgemeinschaften, für die das Land den kommunalen Trägern die Kosten nach dem Flüchtlingsaufnahmegesetz (2,9 Mio. €) erstattet und die Mehrbedarfe in der überörtlichen Sozialhilfe (3,0 Mio. €).

In 2010 und 2011 sind demnach jeweils rund 149,6 Mio. € an die Kommunen weiterzuleiten. Dabei sind 40 % der Nettoeinsparungen des Landes beim Wohngeld investiv zu binden, d. h. in 2010 und 2011 jeweils rund 17,0 Mio. €

Daneben leitet das Land nach § 7 Abs. 1 Landesausführungsgesetz SGB II den kommunalen Trägern den vom Bund zu tragenden Anteil an den Leistungen für Unterkunft und Heizung weiter, abzüglich der Leistungen, für die das Land den kommunalen Trägern bereits nach dem Flüchtlingsaufnahmegesetz die Kosten erstattet. Dies sind ab 2010 rund 122,0 Mio. € pro Jahr.

Die Ausgaben des Landes für die Sonder- und Zusatzversorgungssysteme der ehemaligen DDR verbleiben über den gesamten Finanzplanungszeitraum auf einem hohen Niveau. Steigende Fallzahlen werden durch die mit dem Bund vereinbarte schrittweise Verringerung des Finanzierungsanteils der neuen Länder bei der Zusatzversorgung weitgehend kompensiert. In den Haushaltsjahren 2010 und 2011 sind in diesem Bereich Ausgaben von 265,9 Mio. € bzw. 266,8 Mio. € veranschlagt.

In Umsetzung des Dritten Gesetzes zur Verbesserung rehabilitierungsrechtlicher Vorschriften für Opfer der politischen Verfolgung in der ehemaligen DDR leistet das Land Ausgaben in Höhe von jeweils rund 13 Mio. €. Die Kostenbeteiligung des Bundes beträgt 65 %.

Die Ausgaben für Leistungen der Ausbildungsförderung nach dem BAföG reduzieren sich durch den Rückgang der Schülerzahlen von 81,9 Mio. € in 2010 auf 78,0 Mio. € im Haushaltsjahr 2011.

6.17 Opferhilfe-Beratung

Mit dem Haushaltsplanentwurf 2010/2011 wurde dem Justizministerium die Zuständigkeit für die Opferhilfeberatung übertragen, die bislang beim Ministerium für Soziales und Gesundheit lag. Nach Aufstockung der umgesetzten Mitteln in Höhe von 0,1 Mio. € stehen mittelfristig nunmehr jährlich 0,2 Mio. € für Zuschüsse an Vereine und Verbände sowie an soziale oder ähnliche Einrichtungen zur Förderung von Opferhilfe-Beratung zur Verfügung.

6.18 Landesbau

Der Hochschulbau ist ein wesentlicher Schwerpunkt der Bautätigkeit des Landes. Ziel ist es, die angestrebten Strukturen zügig aufzubauen. Die für den Hochschulbau und die Ersteinrichtungen zur Verfügung stehenden Mittel steigen von 75 Mio. € in 2009 auf 112 Mio. € in 2010 und 106 Mio. € in 2011. Darin enthalten sind in 2010 und 2011 rund 57 Mio. € für Baumaßnahmen und Ersteinrichtungen im Hochschulbau im Rahmen des Zukunftsinvestitionsprogramms. Außerdem wurden in Anpassung an den Baufortschritt gegenüber den Vorjahren höhere EFRE-Raten zu Grunde gelegt.

Als Maßnahmen im Bereich des Hochschulbaus sind hervorzuheben: weiterer Ausbau der Universitätsklinik in Rostock und in Greifswald, der Forschungsbau Life, Light, Matter (LLM) der Universität Rostock, der Neubau von Laboren für die Agrar- und Umweltwissenschaftliche Fakultät in Rostock, die Umsetzung des Standortentwicklungskonzeptes Loefflerstraße, die Grundsanierung der Wollweberstraße 1 sowie die Nachnutzung der Soldmannstraße in Greifswald. Der Hochschulbau wird auch in den Jahren 2012 und 2013 auf hohem Niveau fortgeführt werden.

Auch in den übrigen Bereichen des Landesbaus erfolgte eine Aufstockung der Ausgaben gegenüber der alten Mittelfristigen Finanzplanung. Die für den Landesbau zur Verfügung stehenden Mittel steigen von 48 Mio. € in 2009 auf 51,7 Mio. € in 2010. Im Jahr 2011 stehen nochmals 47 Mio. € zur Verfügung. Aus diesem Volumen werden unter anderem die Polizeiliegenschaft Rostock Ulmenstraße beginnend ab dem Jahr 2010 im Umfang von rund 17 Mio. € sowie das Landesamt für Kultur und Denkmalpflege in der Stellingstraße in Schwerin beginnend ab dem Jahr 2011 im Umfang von rund 37,9 Mio. € hergerichtet. Darüber hinaus wurde ab dem Jahr 2013 finanzielle Vorsorge für künftige Strukturen insbesondere im Bereich der Justiz geschaffen.

Für Sanierungsmaßnahmen im Bereich des Schlosses Schwerin sind in 2010 4,5 Mio. € und in 2011 nochmals 4,2 Mio. € vorgesehen. Durch die Möglichkeit der Inanspruchnahme von Deckungsfähigkeiten können die Ausgabemittel für das Schweriner Schloss in 2010 um bis zu 2,5 Mio. € und in 2011 um bis zu 2,0 Mio. € aufgestockt werden. Mit jährlichen Raten von 3,6 Mio. € ab 2012 sind die Ausgaben mittelfristig auf einem gleichbleibend hohem Niveau veranschlagt.

6.19 Innere Sicherheit

In der Polizei sind die Investitionen (einschließlich IT) von 8,3 Mio. € in 2009 auf 16,5 Mio. € in 2010 und 15,4 Mio. € in 2011 aufgestockt worden. Es werden 236 Fahrzeuge in 2010 und 220 in 2011 beschafft. Der Investitionstitel für die Beschaffung von Körperschutzausstattung erhöht sich von 0,3 Mio. € in 2009 auf jeweils rund 1,2 Mio. € in 2010 und 2011.

Der Bund und die Länder verfolgen das Ziel, für die Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben (BOS) ein bundeseinheitliches digitales Sprach- und Datennetz aufzubauen. Das Netz soll in Mecklenburg-Vorpommern bis zum 31. Dezember 2010 errichtet werden und ab Mitte 2011 in den Wirkbetrieb gehen. Der Bund beteiligt sich an den auf Mecklenburg-Vorpommern entfallenden Gesamtkosten für Aufbau und Betrieb dieses Digitalfunknetzes in Höhe von ca. 54 %.

Ausgehend vom derzeitigen Sachstand ist für die Haushaltsjahre 2010 bis 2013 die notwendige Haushaltsvorsorge wie folgt getroffen worden:

- Netzaufbau in Höhe von 6,3 Mio. €
- Planung und Betrieb in Höhe von 19,4 Mio. € und
- Beschaffung von Endgeräten in Höhe von 2,3 Mio. €

6.20 eGovernment

Die Gesamtausgaben für Elektronische Datenverarbeitung und eGovernment werden von 67,3 Mio. € in 2009 auf jeweils 71,1 Mio. € in 2010 und 72,6 Mio. € in 2011 ansteigen. Die Mittel sind weitgehend für laufende IT-Anwendungen und deren planmäßige Weiterentwicklung gebunden. Für die Umsetzung von ressortübergreifenden IT-Infrastrukturen (u. a. CN LAVINE, zentrale Firewall, IP-Telefonie), eGovernment-Projekten (u. a. DOMEA und EPOS) und zentralen IT-Verfahren (u. a. Personalabrechnungsverfahren, Profiskal, Kosten- und Leistungsrechnung, Travelmanagementsystem) sind zusammen 24,8 Mio. € für 2010 und 26,3 Mio. € in 2011 vorgesehen.

Mit 1,6 Mio. € in 2010 und 2011 wird die Förderung von Projekten aus EFRE-Mitteln fortgeführt, die den Zugang und die Inanspruchnahme von Behördenleistungen für Unternehmen und Bürger über das Internet gestatten.

Der von der Landesregierung im Jahr 2006 beschlossene Umstellung von der herkömmlichen Telefonie hin zur IP-Telefonie (Voice over Internet Protokoll) ist für weite Teile der Landesverwaltung vollzogen worden. Die Einführung der IP-Telefonie soll 2012 abgeschlossen werden.

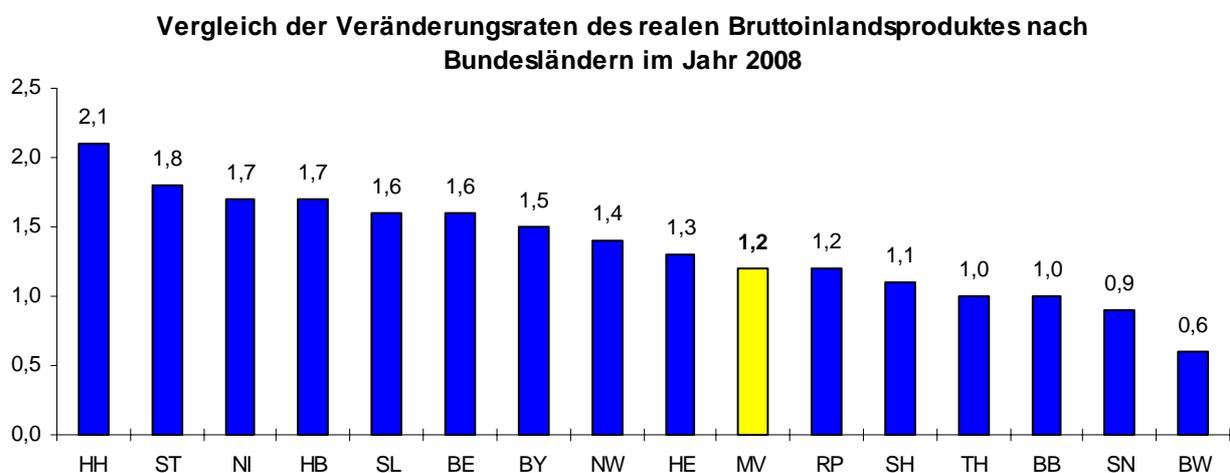
Anlage 1

Wirtschaftsdaten

1. Gesamtwirtschaftliche Ausgangslage 2008 in Deutschland, in den neuen Ländern und in Mecklenburg-Vorpommern

Im Jahr 2008 endete ein lang anhaltender Aufschwung der Weltwirtschaft. Nach einem guten Start in das Jahr 2008 machten sich die Folgen der nachlassenden Weltwirtschaft und der Finanzmarktkrise auch in Deutschland bemerkbar. Zu Jahresbeginn 2009 zeichnete sich ab, dass Ablauf und Ausmaß der Krise tiefer greifen als ursprünglich erwartet. Die Folge ist eine akute Anpassungskrise mit gravierenden Auswirkungen auf Nachfrage, Produktion und Beschäftigung.

Das Bruttoinlandsprodukt **Deutschlands** stieg im Jahr 2008 um 1,3 % an, nachdem in den Jahren 2006 und 2007 deutliche Anstiege von 3,0 % bzw. 2,5 % zu verzeichnen waren.



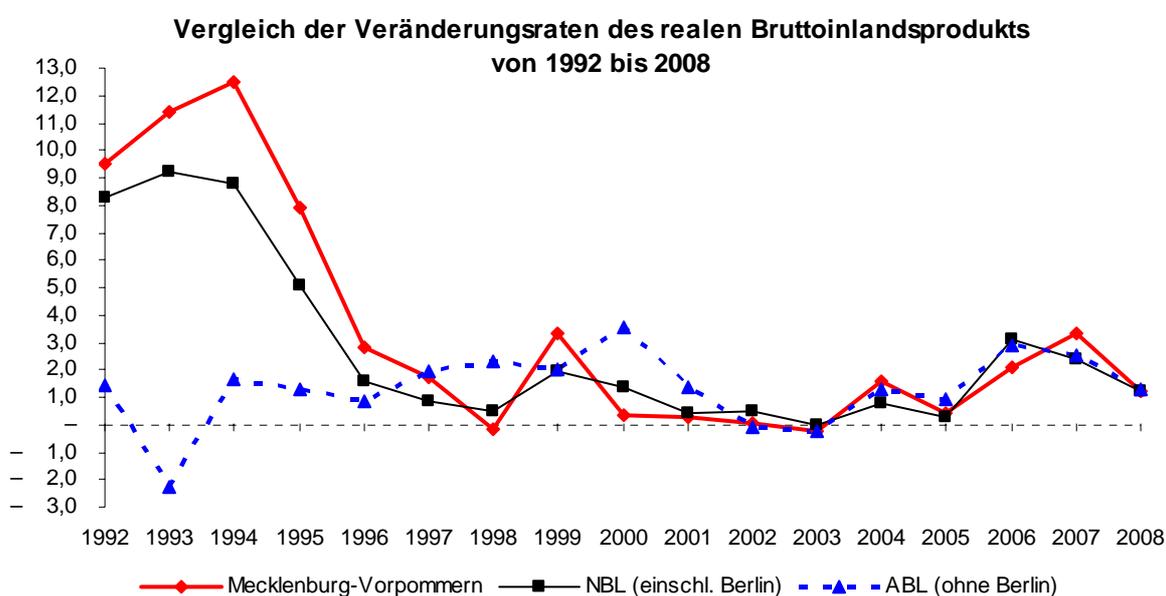
Die Auslandsnachfrage, der Wachstumsmotor der vergangenen Jahre, schwächte sich im Laufe des Jahres 2008 deutlich ab. Die deutschen Exporte stiegen 2008 nur noch um 3,9 %, nachdem sie im Jahr 2007 noch um 7,5 % und in 2006 sogar um 12,7 % gewachsen waren. Die deutliche Aufwertung des Euro-Wechselkurses gegenüber dem US-Dollar sowie der bis zur Jahresmitte 2008 drastisch angestiegene Rohölpreis trugen neben der Finanzmarktkrise zu einem abrupten Ende des Wirtschaftsaufschwungs bei. Diese Auswirkungen wurden insbesondere in Form eines weltweiten Nachfrage-rückgangs und verschärfter Kreditkonditionen spürbar.

2008 kamen die Wachstumsimpulse vorwiegend aus dem Inland. Die Ausrüstungs-investitionen und Bauinvestitionen legten zu. Die privaten Konsumausgaben blieben im Vergleich zum Vorjahr relativ unverändert. Die Bruttolöhne und -gehälter je Arbeit-nehmer stiegen deutschlandweit um 2,3%. Die Wirtschaftsleistung wurde im Jahres-durchschnitt 2008 von 40,3 Mio. Erwerbstätigen erbracht, das waren 562.000 Personen (+ 1,4%) mehr als ein Jahr zuvor. Damit wurde der höchste Beschäftigungsstand seit der Wiedervereinigung erreicht. Die Zahl der Arbeitslosen sank im Jahresdurchschnitt auf knapp 3,3 Mio. Personen. Das ist die niedrigste Arbeitslosenzahl seit 1993.

Der Preisauftrieb aus dem Jahr 2007 (+2,3 %) hat sich 2008 mit einer Steigerung um 2,7% fortgesetzt. Dies ist die höchste Jahresteuerrate seit 14 Jahren. Sie ist

wesentlich auf die relativ hohen Preissteigerungen in der ersten Jahreshälfte 2008 zurückzuführen. Der Anstieg der Verbraucherpreise hat im Verlauf des Jahres 2008 die Kaufkraft der privaten Haushalte belastet und damit zu einem stagnierenden realen privaten Konsum beigetragen.

Das Bruttoinlandsprodukt in den **neuen Bundesländern** (ohne Berlin) erhöhte sich im Jahr 2008 um 1,1 %, wozu wesentlich das Verarbeitende Gewerbe mit einem Zuwachs der Wertschöpfung um 3,8 % beitrug. Die Wettbewerbsfähigkeit der Industrie konnte sich damit weiter verbessern. In der Bauwirtschaft wurde mit einer Zunahme der Bruttowertschöpfung von 0,8 % ein positiver Wachstumsbeitrag erreicht. Die Dienstleistungsbereiche konnten eine Steigerung der Bruttowertschöpfung von 0,6 % erreichen. Dagegen hält im öffentlichen Dienstleistungssektor der Konsolidierungsprozess mit einem Rückgang von 0,8 % weiter an.



Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) in **Mecklenburg-Vorpommern** hat 2008 im Zuge der allgemeinen Abschwächung um +1,2 % gegenüber dem Vorjahr (2007: +3,3 %) zugenommen. Damit war der Anstieg höher als in den neuen Ländern (ohne Berlin) mit +1,1 % und nur knapp hinter dem der alten Länder (mit Berlin) und Deutschland insgesamt mit jeweils +1,3 %.

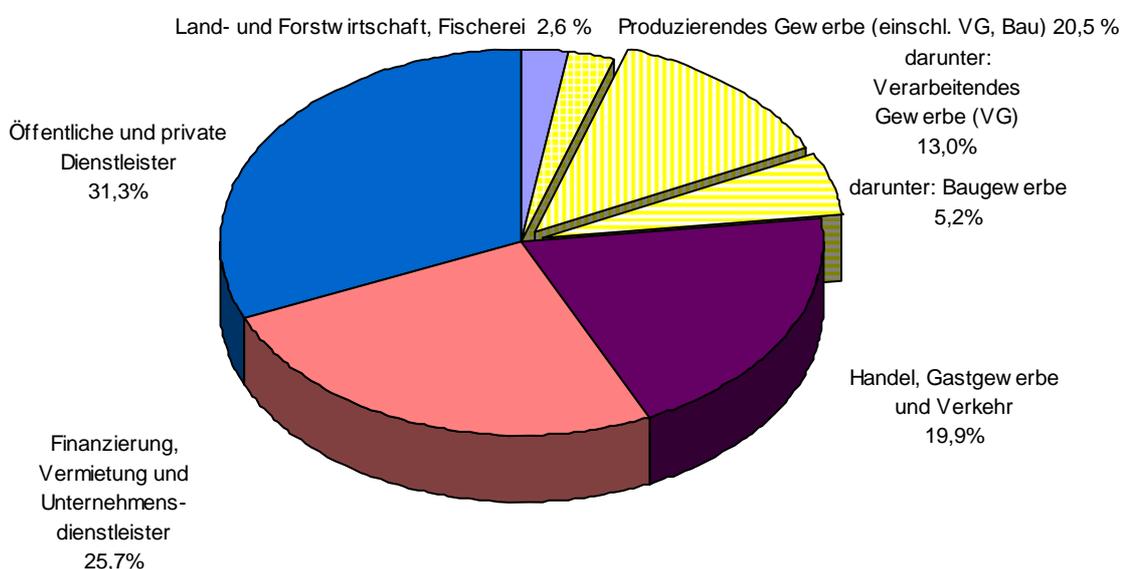
Ein starkes Wirtschaftswachstum erzielte 2008 vor allem das Verarbeitende Gewerbe in Mecklenburg-Vorpommern und bestätigt damit die positive Dynamik. In diesem Bereich stieg die Bruttowertschöpfung gegenüber 2007 um 5,7 % an (Vorjahr: +16,7 %), damit war das Wachstum im Verarbeitenden Gewerbe deutlich höher als im Durchschnitt der neuen Länder (einschl. Berlin; +3,4 %) und im Durchschnitt des früheren Bundesgebietes (ohne Berlin; +0,2 %) bzw. Deutschlands (+0,6 %). Es ist zugleich der Spitzenwert im deutschen Ländervergleich. Das Verarbeitende Gewerbe hat damit einen Anteil an der Wirtschaftsleistung des Landes von 13,0 % (2007: 12,6 %). Daneben leisteten auch die Wirtschaftsbereiche Land-, Forst- und Fischereiwirtschaft (+11,5 %), Handel, Gastgewerbe und Verkehr (+3,5 %), sowie Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister (+1,3 %) einen positiven Wachstumsbeitrag.

Dem gegenüber stehen die Strukturanpassungen in der Bauwirtschaft (Rückgang der Wertschöpfung um -8,2 %) und die erforderlichen Umgestaltungen im Bereich der öffentlichen und privaten Dienstleister (-1,1 %). Sie schmälern mit ihren negativen Wachstumsbeiträgen das gesamtwirtschaftliche Ergebnis in Mecklenburg-Vorpommern.

Mecklenburg-Vorpommern ist trotz der sich zum Jahresende 2008 verschlechterten Weltwirtschaftslage im Jahr 2008 ein gutes Stück vorangekommen. Das BIP je Einwohner erreichte in Mecklenburg-Vorpommern mit 21.439 € den höchsten absoluten Wert seit 1991 und mit 70,7 % (Vorjahr: 70,0 %) den höchsten Anpassungsstand an den deutschen Durchschnitt.

An der Bruttowertschöpfung im Land hatten die Wirtschaftsbereiche 2008 folgende nominalen Anteile:

Bruttowertschöpfung nach Wirtschaftsbereichen in MV im Jahr 2008



Der Bereich der öffentlichen und privaten Dienstleister hat mit 31,3 % den größten Anteil an der Bruttowertschöpfung des Landes (Vorjahr: 31,8 %; Bundesdurchschnitt 21,8 %). Der noch überdurchschnittliche Anteil verdeutlicht das Ausmaß des eingeleiteten Angleichungsprozesses an durchschnittliche gesamtdeutsche Verhältnisse, vor allem im Bereich der öffentlichen Verwaltung, was nicht ohne Auswirkungen auf die Wertschöpfung dieses Wirtschaftsbereiches vonstatten geht.

Auf den Bereich Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister entfällt mit 25,7 % (Vorjahr: 25,7 %; Bundesdurchschnitt 29,3 %) der zweitgrößte Anteil an der Bruttowertschöpfung in Mecklenburg-Vorpommern. Dieser Wirtschaftsbereich war neben dem Verarbeitenden Gewerbe 2008 ein Wachstumsmotor in Mecklenburg-Vorpommern.

Der Bereich Handel, Gastgewerbe und Verkehr konnte seinen Anteil an der Bruttowertschöpfung auf 19,9 % ausbauen (Vorjahr: 19,5 %; Bundesdurchschnitt 17,9 %), vor allem durch die Standortvorteile des Landes für logistische Dienstleistungen. Beispielsweise stieg der Hafenumschlag 2008 im Vergleich zum Vorjahr um +4,7 % auf 29,3 Mio. Tonnen, das ist das beste Ergebnis der letzten Jahre. Die Kaufzurückhaltung

der Verbraucher aufgrund der bis zur Jahresmitte stark gestiegenen Energiepreise (Öl, Gas, Strom und Kraftstoffe) hinterließ vor allem im Einzelhandel ihre Spuren. Die realen Umsätze gingen im Einzelhandel um -1,2 % zurück.

Der Tourismus konnte im Jahr 2008 wieder ein besonders gutes Ergebnis erreichen. Die Beherbergungsstätten mit neun und mehr Betten und die Campingplätze in Mecklenburg-Vorpommern meldeten insgesamt 27,5 Mio. Übernachtungen. Damit konnte das bisherige Rekordergebnis des Jahres 2007 noch um 4,5 % bzw. um 1,2 Mio. Übernachtungen gesteigert werden. Die Anzahl der Gästeankünfte stieg um 5,5 % auf insgesamt 6,6 Mio. an.

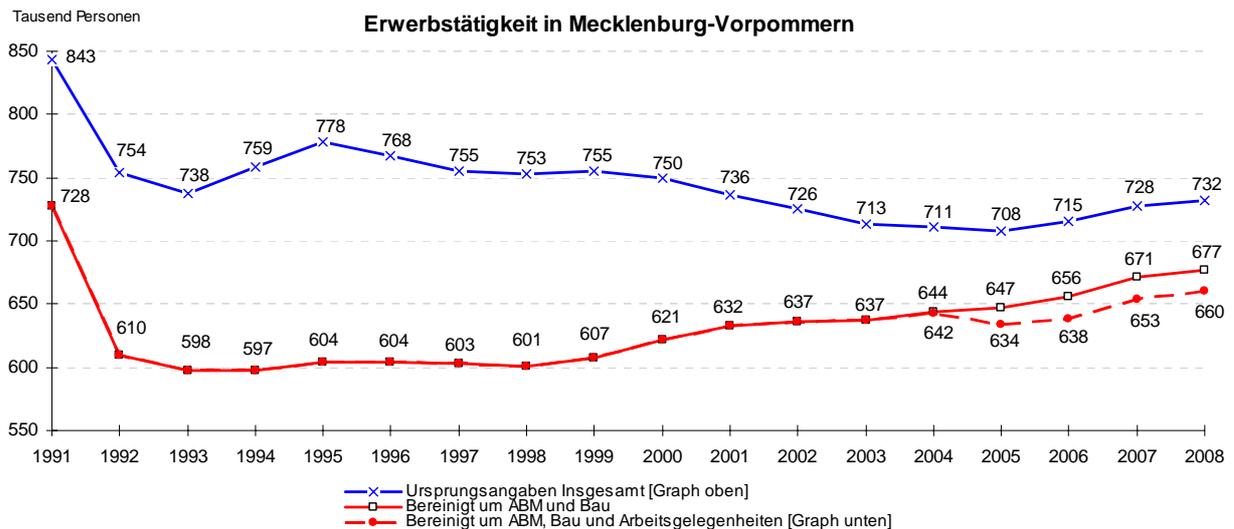
Das Produzierende Gewerbe hatte einen Anteil von 20,5 % an der Bruttowertschöpfung (Vorjahr: 20,4 %; Bundesdurchschnitt 30,1 %), darunter das Verarbeitende Gewerbe 13,0 % (Vorjahr: 12,6 %; die anderen neuen Länder zwischen 15,7 % in Brandenburg und 23,7 % in Thüringen, Deutschland 23,5 %) und die Bauwirtschaft 5,2 % (Vorjahr: 5,6 %; die anderen neuen Länder zwischen 5,3 % in Brandenburg und 6,1 % in Sachsen, Deutschland 4,2 %).

Auch 2008 waren die Industriebetriebe von Mecklenburg-Vorpommern in überwiegenderem Maße auf dem deutschen Binnenmarkt präsent. Das Verarbeitende Gewerbe in Mecklenburg-Vorpommern hatte 2008 mit einem Plus von +5,9 % ein deutliches Umsatzwachstum erzielt. Der Gesamtumsatz der Industriefirmen konnte auf 11,6 Mrd. € gesteigert werden. Als Entwicklungsmotor erwies sich dabei trotz der sich verschlechternden Weltwirtschaftslage der Auslandsumsatz, der gegenüber 2007 um +7,3 % zulegte und einen Anteil am Gesamtumsatz von 26,9 % (Vorjahr: 24,3 %) hatte.

Die gesamtwirtschaftliche Arbeitsproduktivität (Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen) stieg 2008 real um +0,6 % auf nominal 48.982 € und erreichte 79,3 % des gesamtdeutschen Niveaus (Vorjahr: 78,4 %). Das ist absolut der höchste Stand und zugleich der höchste Anpassungsstand an den deutschen Durchschnitt seit 1991. Die Arbeitsproduktivität der einzelnen Wirtschaftsbereiche ist in absoluter Höhe allerdings recht unterschiedlich, was auf den jeweiligen Charakter als per se hoch- oder niedrigproduktive Branche zurückzuführen ist. Die Arbeitsproduktivität der Wirtschaftsbereiche in Mecklenburg-Vorpommern erreicht zumeist Mittelwerte innerhalb der neuen Länder. Die Land-, Forst- und Fischereiwirtschaft liegt mit 127,7 % sogar über dem Bundesdurchschnitt und an der zweiten Stelle der deutschen Flächenländer.

An der gesamtwirtschaftlichen Wertschöpfung waren im Jahr 2008 jahresdurchschnittlich insgesamt 732.200 Erwerbstätige mit Arbeitsort in Mecklenburg-Vorpommern beteiligt. Das sind rund 4.200 Erwerbstätige (+0,6 %) mehr als im Vorjahr. Ausschlaggebend für den Anstieg der Erwerbstätigkeit war vor allem die Zunahme von sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung.

Bereinigt um die Zahl der Teilnehmer an arbeitsmarktentlastenden Maßnahmen, soweit diese als Erwerbstätigkeit zählen (ABM, Arbeitsgelegenheiten), sowie um die Erwerbstätigen in der Bauwirtschaft ergibt sich gegenüber dem Vorjahr ein Anstieg um rund 6.800 auf 660.000 Erwerbstätige (vgl. nachfolgende Grafik).



Die Zahl der Arbeitslosen ist in Mecklenburg-Vorpommern 2008 weiter zurückgegangen; Ende Dezember 2008 lag sie bei 118.300 Personen, das sind -15.500 Personen bzw. -11,6 % weniger als Ende Dezember 2007. Die Arbeitslosenquote – bezogen auf alle zivilen Erwerbspersonen – betrug zum Jahresende 2008 im Land 13,5 % (Ostdeutschland 12,2 %, Deutschland 7,4 %; Mecklenburg-Vorpommern im Vorjahr: 15,1 %). Weil der Umfang an arbeitsmarktpolitischen Entlastungsmaßnahmen (einschließlich Arbeitsgelegenheiten) um -3.500 ebenfalls gesunken ist, hat sich 2008 die Lage auf dem Arbeitsmarkt in Mecklenburg-Vorpommern insgesamt deutlich verbessert. Die Unterbeschäftigung (= die Summe von Arbeitslosigkeit und arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen) lag im Dezember 2008 nach eigenen Berechnungen¹ bei 155.000 Personen, das sind -10,9 % bzw. -19.000 Personen weniger als im Dezember 2007.

2. Beurteilung der ökonomischen Entwicklungsaussichten im Jahr 2009 und für den Zeitraum bis 2013

Die **Bundesregierung** sieht die Entwicklungsaussichten für Deutschland 2009 stark eingetrübt. Sie ging bereits in ihrem Jahreswirtschaftsbericht 2009 davon aus, dass die deutsche Wirtschaft im Jahr 2009 vor dem größten Belastungstest seit der Wiedervereinigung steht. Die deutsche Wirtschaft ist durch ihre starke Exportabhängigkeit besonders von der sinkenden Nachfrage im Welthandel und der Zuspitzung der Finanzmarktkrise betroffen. Die Außenwirtschaft, ein Wachstumsmotor der vergangenen Jahre, wird im Jahre 2009 nicht zum Wachstum beitragen können. Der private Konsum kann – nicht zuletzt wegen der fiskalpolitischen Impulse – die Entwicklung zwar stabilisieren, den dämpfenden Einfluss der Weltwirtschaft aber nicht völlig kompensieren. Dies wird auch den Arbeitsmarkt nicht unberührt lassen.

Die Bundesregierung hat in einem finanziellen Kraftakt eine Reihe von langfristig sinnvollen, kurzfristig umsetzbaren und rasch wirksamen Maßnahmen auf den Weg gebracht. Ziel ist es, Vertrauen wiederherzustellen, den Abschwung in seiner sich selbst

¹ Berechnungen des Ministeriums für Wirtschaft, Arbeit und Tourismus Mecklenburg-Vorpommern nach Ursprungsangaben der Bundesagentur für Arbeit, Stand: 30.04.2009

verstärkenden Dynamik zu bremsen, Arbeitsplätze zu sichern und die Wachstumskräfte zu stärken.

Für das Gesamtjahr 2009 erwartet die Bundesregierung einen Rückgang des Bruttoinlandsprodukts von real 6 %. Sie liegt damit im aktuellen Prognosespektrum nationaler und internationaler Organisationen (IWF: -5,6 %, OECD: -5,3 %) und Institute (Frühjahrgutachten: -6,0 %). Die Bundesregierung rechnet bei den Exporten mit einem deutlichen Rückgang von -18,8 % nach einem Wachstum von 2,7 % im Jahr 2008. Die Importe werden sich ebenfalls verringern (-10,6 %). Die Inlandsnachfrage wird mit -1,5 % leicht sinken. Für den privaten Konsum wird die Fortsetzung der Stagnation erwartet (-0,1 %). Die Verbraucherpreise dürften sich aufgrund der Normalisierung der Energiepreise im Jahr 2009 moderat entwickeln (+0,3 %). Für das Jahr 2010 hält die Bundesregierung ein reales Wachstum des Bruttoinlandsprodukts in Höhe von +0,5 % für erreichbar.

2009 dürfte die jahresdurchschnittliche Zahl der Erwerbstätigen in Deutschland um 500.000 Personen sinken. Für die Folgejahre geht die Bundesregierung von einem weiteren Rückgang um 1 Million aus.

Die Arbeitslosigkeit ist 2008 jahresdurchschnittlich auf 3,27 Mio. Personen gesunken. Die weltweite Wirtschaftskrise wird auch am Arbeitsmarkt nicht spurlos vorübergehen. Die Bundesregierung geht davon aus, dass im Jahresdurchschnitt 2009 etwa 450.000 Personen mehr als arbeitslos registriert sein werden als 2008. Die Arbeitslosenquote nimmt 2009 im Durchschnitt um 1,0 Prozentpunkte auf 8,8 % zu. Die Zahl der Kurzarbeiter dürfte kräftig zunehmen. Die Lage auf dem Arbeitsmarkt wird sich auch in den Folgejahren bundesweit nicht von der Weltwirtschaftsentwicklung abkoppeln können. Für 2010 wird eine nochmals steigende Arbeitslosigkeit um etwa 900.000 Personen auf rund 4,6 Mio. bzw. 10,8 % erwartet.

Die **Wirtschaftsforschungsinstitute** geben in ihrem Frühjahrgutachten 2009 unter anderem einen Überblick über die Entwicklung der Weltwirtschaft. Nach den derzeitigen Prognosen dürfte die Weltproduktion 2009 kräftig schrumpfen. Es wird bei der Entwicklung des Welthandels mit einem Rückgang von real 16,5 %. 2010 dürfte das globale Bruttoinlandsprodukt wieder leicht zunehmen. Mit einer Rate von rund 0,5 % fällt der Zuwachs allerdings im historischen Vergleich sehr niedrig aus, und auch der Welthandel steigt zunächst nur sehr verhalten. Für den Euroraum liegen die BIP-Prognosen für 2009 bei -4,5 % und für 2010 bei -0,6 %.

Im Frühjahr 2009 befindet sich die deutsche Wirtschaft in der tiefsten Rezession seit der Gründung der Bundesrepublik. Als Folge der Zuspitzung der internationalen Finanzkrise hat sich der globale Abschwung verschärft. Die weltweite Nachfrage nach Investitionsgütern ist eingebrochen und schwächt die deutsche Exportindustrie. In den ersten Monaten des Jahres 2009 verschärfte sich die Abwärtsbewegung im Verarbeitenden Gewerbe weiter. Auf Basis der vorliegenden Indikatoren erwarten die Institute zwar, dass die Abwärtsdynamik fortan nachlässt, sie rechnen aber nicht mit einer Stabilisierung vor Mitte 2010.

Dagegen wirkt der private Konsum in Deutschland zuletzt als stabilisierender Faktor. Zwar hatten Preiserhöhungen für Energie und für Lebensmittel in der ersten Hälfte des

Jahres 2008 die Kaufkraft geschmälert und die Konsumnachfrage ging zurück. Mit den rückläufigen Energiepreisen dämpfte sich der Preisauftrieb und stärkte die real verfügbaren Einkommen. Der private Konsum dürfte vom weiter nachlassenden Preisauftrieb profitieren, der die reale Kaufkraft stärkt. Zudem werden die Steuer- und Beitragsbelastung reduziert, die Renten zur Jahresmitte 2009 spürbar erhöht und andere Transfers ausgeweitet. Die Institute rechnen unter den gegebenen Bedingungen für den Jahresdurchschnitt 2009 noch mit einem leichten Anziehen der Verbraucherpreise um 0,4 %. Dagegen wird für das Jahr 2010 mit annähernd konstanten Verbraucherpreisen gerechnet.

Die schlechte konjunkturelle Grundtendenz dürfte im Jahresverlauf 2009 zu einem sich beschleunigenden Abbau der Beschäftigung führen. Die Arbeitslosigkeit dürfte im Jahresverlauf steigen und zum Jahresende die Marke von 4 Mio. überschreiten. Mit dem zunehmenden Arbeitsplatzrisiko dürfte sich die Konsumneigung verschlechtern, so dass der private Konsum bis Ende 2009 deutlich sinken könnte. Im Jahr 2010 wird sogar mit jahresdurchschnittlich rund 4,7 Mio. Arbeitslosen gerechnet. Die Arbeitslosenquote dürfte diesen Annahmen zufolge auf 8,6 % im Jahr 2009 und auf 10,8 % im Jahr 2010 steigen. Insgesamt dürfte auch die Erwerbstätigkeit 2009 um rund 510.000 Personen und 2010 um weitere 1,12 Mio. Personen abnehmen.

Für das Jahr 2009 lassen das unverändert schwierige weltwirtschaftliche Umfeld und die vorlaufenden Indikatoren auf eine weiter rückläufige Produktionstätigkeit schließen. Die konjunkturelle Grundtendenz bleibt abwärts gerichtet. Das Bruttoinlandsprodukt wird sich 2009 voraussichtlich um 6 % verringern. Für 2010 wird nicht mit einer durchgreifenden Erholung gerechnet. Zwar dürfte die EZB die Geldpolitik weiter lockern. Angesichts der gravierenden Probleme im Bankensektor werden die monetären Impulse jedoch nicht in vollem Umfang bei den Unternehmen ankommen. Aufgrund der sich weiter verschlechternden Arbeitsmarktlage dürfte auch der private Konsum spürbar zurückgehen. Alles in allem wird im Jahresdurchschnitt 2010 mit einem Rückgang des Bruttoinlandsprodukts um 0,5 % gerechnet.

Die Institute setzen ihre Mittelfristprojektion bis zum Jahr 2013 auf die Konjunkturprognose für 2009/2010 auf und erwarten, dass die gesamtwirtschaftliche Produktion das Produktionspotential auch am Ende des Projektionszeitraums noch beträchtlich unterschreiten wird. Nach dem starken Einbruch 2009 dürfte das reale Bruttoinlandsprodukt zwar wieder zulegen, im Jahr 2013 aber lediglich das Niveau des Jahres 2008 erreichen. Aufgrund des starken Rückgangs der Beschäftigung in Folge der Rezession dürfte die Zahl der Erwerbstätigen auch im Jahr 2013 noch um 3,5 % unter dem Niveau des Jahres 2008 liegen.

Die grundsätzlichen Einschätzungen zur wirtschaftlichen Entwicklung in **Ostdeutschland** unterscheiden sich in den Veröffentlichungen der wissenschaftlichen Forschungsinstitute, des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung und der Bundesregierung nur unwesentlich. Eigenständige, mit Zahlen unterlegte Prognosen, die die Einschätzung der zukünftigen Entwicklung in Ostdeutschland darstellen, liegen nur von den Wirtschaftsforschungsinstituten vor.

Nach deren Einschätzung gerät auch die ostdeutsche Wirtschaft zunehmend in den Sog der Weltrezession. Ende des Jahres 2008 hatte der Produktionsanstieg deutlich an

Dynamik eingebüßt. Das Bruttoinlandsprodukt stieg ebenfalls etwas geringer als in den alten Ländern. Die Wirtschaftsforschungsinstitute machen hierfür vor allem strukturelle Gründe verantwortlich. So wurde der nach wie vor überdimensionierte öffentliche Sektor weiter zurückgefahren; zudem dämpfte der anhaltende Rückgang der Einwohnerzahl den Anstieg der Kaufkraft und bremste so die Expansion in den konsumnahen Wirtschaftszweigen wie dem Handel. Das Verarbeitende Gewerbe expandierte nur noch halb so stark wie im Vorjahr. Der Rückgang der Industrieproduktion dürfte sich zunächst fortsetzen. Stabilisierend wirkt die gegenüber Produzenten aus den alten Ländern erneut verbesserte preisliche Wettbewerbsfähigkeit. Während die Lohnstückkosten im Osten zuletzt stagnierten, legten sie im Westen zu.

Im Sog der rückläufigen Produktion an Industriegütern werden die Leistungen des Verkehrsgewerbes und der wirtschaftsnahen Dienstleister weniger nachgefragt. Für das Jahr 2009 rechnen die Institute mit einem Rückgang des Bruttoinlandsprodukts in Ostdeutschland um -5 %. Im Jahr 2010 wird mit einem Rückgang des realen Bruttoinlandsprodukts in Ostdeutschland um -1,0 % gerechnet.

Auch der ostdeutsche Arbeitsmarkt wird in den nächsten beiden Jahren spürbar durch die Wirtschaftskrise belastet. Die Zahl der Erwerbstätigen dürfte im Jahr 2009 erstmals seit 2005 wieder sinken. Ein Rückgang von rund 60.000 Personen wird erwartet. Insgesamt könnte aber nach Ansicht der Institute die Beschäftigung in Ostdeutschland weniger stark sinken als in Westdeutschland, weil der Rückgang der Produktion in den neuen Ländern weniger ausgeprägt sein dürfte. Die registrierte Arbeitslosigkeit dürfte infolge des kräftigen Rückgangs des Erwerbspersonenpotentials sinken. Die Arbeitslosenquote wird mit 13,8 % allerdings immer noch deutlich höher sein als in Westdeutschland.

Die konjunkturell bedingte wirtschaftliche Abschwächung macht sich auch in **Mecklenburg-Vorpommern** bemerkbar. Sie wirkt sich unmittelbar auf die regionale Nachfrage nach Bauleistungen, Handwerksleistungen, das Verarbeitende Gewerbe und den Einzelhandel aus. Die Perspektiven für das Jahr 2009 bleiben zunächst stark eingetrübt. Für Investoren ist gegenwärtig neben dem Vertrauen in die wirtschaftliche Entwicklung besonders die Bereitschaft der Kreditinstitute entscheidend, die geplanten Investitionen zu finanzieren. Weil Fremdkapital teurer wird, müssen die Unternehmen auf Eigenkapital zurückgreifen. Aufgrund der geringen Eigenkapitaldecke stellt dies aber für Unternehmen in Mecklenburg-Vorpommern in der Regel keinen realistischen Ausweg dar; sie sind in der Mehrheit auf Fremdkapital angewiesen. Die Finanzierung über Bankkredite und Unternehmensanleihen dürfte schwieriger und teurer werden, insbesondere für Unternehmen mit schwacher Bonität. Die dramatischen Kurseinbrüche am Aktienmarkt und die unsicheren Aussichten könnten die Kauflust der privaten Haushalte weiter dämpfen.

Die konjunkturunterstützenden Maßnahmen der Bundesregierung, ergänzt um die Maßnahmen des Landes Mecklenburg-Vorpommern im 10-Punkte-Programm und im Zukunftsinvestitionsprogramm, werden dazu beitragen, die negativen Folgen des globalen Konjunkturabschwungs für die einheimische Wirtschaft abzumildern und Wertschöpfung und Beschäftigung zu stabilisieren. Darüber hinaus wirken auch die Geldpolitik der Europäischen Zentralbank und die derzeit rückläufigen Rohstoff- und Energiepreise stützend.

In Mecklenburg-Vorpommern vollzog sich die wirtschaftliche Entwicklung in den letzten Jahren im Sog der konjunkturellen Belebung in Deutschland insgesamt. Die Aussichten für Mecklenburg-Vorpommern dürften im Prognosespektrum für Ostdeutschland liegen.

3. Wirtschaftliche Entwicklung in Zahlen

a) Entwicklung des Bruttoinlandsproduktes

Die Entwicklung des Bruttoinlandsproduktes ist in Tabelle 1 dargestellt. Die Angaben der Jahre 1994 bis 2008 entsprechen den aktuellen Berechnungsständen der VGR. Die absoluten Werte für den Zeitraum 2009 bis 2013 wurden unter Verwendung der jährlichen Zuwachsraten für Deutschland aus der Projektion des BMWi berechnet.

Für Mecklenburg-Vorpommern und die neuen Länder werden für die Jahre 2009 bis 2013 keine eigenständigen Prognosen veröffentlicht.

Zur Darstellung des Einflusses der Bauwirtschaft auf die gesamtwirtschaftliche Entwicklung ist außerdem das nominale Wirtschaftswachstum für Mecklenburg-Vorpommern unter Herausrechnung der Bruttowertschöpfung des Baugewerbes dargestellt.

b) Entwicklung des Preisindexes

Die Preisentwicklung ist in Tabelle 2 dargestellt. Die Angaben für die Jahre 1992 bis 2008 entsprechen den aktuellen Berechnungsständen des Statistischen Amtes Mecklenburg-Vorpommern.

c) Entwicklung der Bruttolohn- und -gehaltssumme

Die Entwicklung der Bruttolohn- und -gehaltssumme für Mecklenburg-Vorpommern ist für die Jahre 1993 bis 2008 in der Tabelle 3 dargestellt. Für die Jahre 2009 bis 2013 wurden die gesamtdeutschen Prognosen des BMWi zugrunde gelegt.

d) Entwicklung der Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen

Die Entwicklung der Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen ist für Mecklenburg-Vorpommern von 1996 bis 2008 und Deutschland von 2002 bis 2008 dargestellt. Für die Zeit danach wird auf die Prognosen und Angaben des BMWi zurückgegriffen. Diese Daten sind in Tabelle 4 enthalten.

Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts (BIP) in Mecklenburg-Vorpommern und Prognosen für Deutschland

Jahr	Berechnungsstand	Veränderung gg. Vorjahr			BIP ohne Bruttowertschöpfung des Baugewerbes *	
		BIP		real	Veränderung gg. Vorjahr *	
		nominal	nominal		nominal	nominal
		Mrd. €	%		Mrd. €	%
Mecklenburg-Vorpommern						
1994	März 2009	25,01	+16,9	+12,5	21,63	+14,6
1995	März 2009	27,36	+9,4	+7,9	23,51	+8,7
1996	März 2009	28,37	+3,7	+2,8	24,71	+5,1
1997	März 2009	28,91	+1,9	+1,8	25,29	+2,3
1998	März 2009	28,99	+0,3	-0,2	25,95	+2,6
1999	März 2009	29,79	+2,8	+3,4	27,04	+4,2
2000	März 2009	30,06	+0,9	+0,4	27,67	+2,3
2001	März 2009	30,66	+2,0	+0,3	28,49	+2,9
2002	März 2009	30,88	+0,7	+0,1	28,83	+1,2
2003	März 2009	31,12	+0,8	-0,2	29,28	+1,5
2004	März 2009	31,84	+2,3	+1,6	30,15	+3,0
2005	März 2009	32,12	+0,9	+0,4	30,51	+1,2
2006	März 2009	32,96	+2,6	+2,1	31,35	+2,7
2007	März 2009	34,78	+5,5	+3,3	33,04	+5,4
2008	März 2009	35,87	+3,1	+1,2	34,21	+3,5
Deutschland						
2000	März 2009	2.062,50	+2,5	+3,2	1.966,29	+2,8
2001	März 2009	2.113,16	+2,5	+1,2	2.021,66	+2,8
2002	März 2009	2.143,18	+1,4	+0,0	2.054,39	+1,6
2003	März 2009	2.163,80	+1,0	-0,2	2.078,27	+1,2
2004	März 2009	2.210,90	+2,2	+1,2	2.127,64	+2,5
2005	März 2009	2.243,20	+1,5	+0,8	2.163,04	+1,7
2006	März 2009	2.321,50	+3,5	+3,0	2.241,15	+3,6
2007	März 2009	2.422,90	+4,4	+2,5	2.335,75	+4,2
2008	März 2009	2.492,00	+2,9	+1,3	2.398,18	+2,7
2009	<i>Prognose</i>	2.362,42	-5,2	-6,0	k.A.	k.A.
2010	<i>Prognose</i>	2.390,76	+1,2	+0,5	k.A.	k.A.
2011	<i>Prognose</i>	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.
2012	<i>Prognose</i>	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.
2013	<i>Prognose</i>	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.

Quelle:

1994 - 2008

Arbeitskreis "Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung der Länder"

2009-2013

Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie, Mai 2009, liegt noch nicht vor

*

Eigene Berechnungen des WM M-V mit Stand der Berechnung: Mai 2009

Entwicklung der Preise in Mecklenburg-Vorpommern

Jahr	Berechnungs- stand	Verbraucherpreisindex	Jahresteuerrate
		1995 = 100	%
1992	August 2002	85,2	+10,9
1993	August 2002	94,4	+9,2
1994	August 2002	97,9	+2,5
1995	August 2002	100,0	+2,1
1996	August 2002	101,8	+1,8
1997	August 2002	103,4	+1,6
1998	August 2002	104,8	+1,4
1999	August 2002	105,1	+0,3

Jahr	Berechnungs- stand	Verbraucherpreisindex	Jahresteuerrate
		2000 = 100	%
2000	Januar 2006	100,0	-
2001	Januar 2006	101,6	+1,6
2002	Januar 2006	102,1	+0,5
2003	Januar 2006	102,7	+0,6
2004	Januar 2006	104,2	+1,5

Jahr	Berechnungs- stand	Verbraucherpreisindex	Jahresteuerrate
		2005 = 100	%
2005	März 2009	100,0	+1,4
2006	März 2009	101,5	+1,5
2007	März 2009	104,5	+3,0
2008	März 2009	107,9	+3,3

Quelle: Statistisches Amt Mecklenburg-Vorpommern

Entwicklung der Brutto Lohn- und -gehaltssumme in Mecklenburg-Vorpommern und in Deutschland

Jahr	Berechnungs- stand	Brutto Lohn- und	Veränderung	je beschäftigtem	Veränderung
		-gehaltssumme (Inlandskonzept)	gegenüber dem Vorjahr	Arbeitnehmer	gegenüber dem Vorjahr
		Mrd. €	%	€	%
Mecklenburg-Vorpommern					
1993	März 2009	11,24	+11,5	16.306	
1994	März 2009	12,22	+8,7	17.347	+6,4
1995	März 2009	13,25	+8,4	18.344	+5,7
1996	März 2009	13,31	+0,5	18.707	+2,0
1997	März 2009	13,09	-1,7	18.725	+0,1
1998	März 2009	13,20	+0,9	18.948	+1,2
1999	März 2009	13,52	+2,4	19.344	+2,1
2000	März 2009	13,63	+0,8	19.662	+1,6
2001	März 2009	13,51	-0,8	19.961	+1,5
2002	März 2009	13,42	-0,7	20.202	+1,2
2003	März 2009	13,32	-0,7	20.509	+1,5
2004	März 2009	13,27	-0,4	20.596	+0,4
2005	März 2009	13,29	+0,2	20.858	+1,3
2006	März 2009	13,44	+1,2	20.970	+0,5
2007	März 2009	13,87	+3,2	21.242	+1,3
2008	März 2009	14,21	+2,5	21.631	+1,8
Deutschland					
2000	März 2009	884,52	+3,4	25.108	+1,4
2001	März 2009	903,20	+2,1	25.563	+1,8
2002	März 2009	909,05	+0,6	25.904	+1,3
2003	März 2009	908,99	-0,0	26.227	+1,3
2004	März 2009	914,93	+0,7	26.399	+0,6
2005	März 2009	912,95	-0,2	26.469	+0,3
2006	März 2009	926,75	+1,5	26.705	+0,9
2007	März 2009	957,97	+3,4	27.125	+1,6
2008	März 2009	995,40	+3,9	27.754	+2,3
2009	<i>Prognose</i>	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.
2010	<i>Prognose</i>	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.
2011	<i>Prognose</i>	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.
2012	<i>Prognose</i>	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.
2013	<i>Prognose</i>	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.

Quelle:

1993-2008 Arbeitskreis "Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung der Länder" Stand: März 2009

2009-2013 Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie, Mai 2009, liegt noch nicht vor

kursiv: Eigene Berechnungen auf Basis der Jahresraten für Deutschland insgesamt

Entwicklung der Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen

Jahr	Berechnungs- stand	absolut	Veränderung gegenüber dem Vorjahr
		Mrd. €	%
Mecklenburg-Vorpommern			
1996	April 2009	3,75	+6,0
1997	April 2009	3,96	+5,7
1998	April 2009	3,96	-0,2
1999	April 2009	3,83	-3,3
2000	April 2009	3,76	-1,7
2001	April 2009	4,07	+8,3
2002	April 2009	4,04	-0,8
2003	April 2009	4,09	+1,5
2004	April 2009	5,28	+28,8
2005	April 2009	5,49	+4,0
2006	April 2009	5,93	+8,0
2007	April 2009	6,31	+6,5
2008	April 2009	k.A.	k.A.
Deutschland			
2002	April 2009	447,80	+1,7
2003	April 2009	467,53	+4,4
2004	April 2009	535,17	+14,5
2005	April 2009	566,66	+5,9
2006	April 2009	616,10	+8,7
2007	April 2009	643,52	+4,5
2008	April 2009	654,32	+1,7
2009	<i>Prognose</i>	k.A.	k.A.
2010	<i>Prognose</i>	k.A.	k.A.
2011	<i>Prognose</i>	k.A.	k.A.
2012	<i>Prognose</i>	k.A.	k.A.
2013	<i>Prognose</i>	k.A.	k.A.

Quelle:

1996-2008 Statistisches Bundesamt bzw. Statistisches Amt

2009-2013 Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie, Mai 2009, liegt noch nicht vor

Anlage 2

Länderfinanzausgleich

Der Länderfinanzausgleich stellt sicher, dass jede staatliche Ebene eine ihren Aufgaben entsprechende angemessene Finanzausstattung erhält und Unterschiede in der Finanzkraft der Länder, die dem Grundsatz gleichwertiger Lebensverhältnisse widersprechen, weitgehend ausgeglichen werden. Insbesondere die neuen Bundesländer sind aufgrund ihrer unterdurchschnittlichen Steuereinnahmen sowie ihres hohen Nachholbedarfs bei den Infrastrukturinvestitionen und bei der Schaffung einer hinreichenden Wirtschaftsbasis nach wie vor auf solidarische Unterstützung angewiesen. So spielt die Verteilung der gesamten staatlichen Steuereinnahmen über den LFA auch für Mecklenburg-Vorpommern eine bedeutende Rolle.

Seit dem 1. Januar 2005 findet das neue Ausgleichssystem des LFA praktische Anwendung. Die rechtlichen Grundlagen des Finanzausgleichs bilden die Artikel 106 bis 107 des Grundgesetzes. Das Maßstäbengesetz konkretisiert diese Regelungen. Das Finanzausgleichsgesetz (Kernelement des Solidarpakfortführungsgesetzes) dient schließlich der Ableitung der konkreten jährlichen Zuteilungs- und Ausgleichsfolgen. Die Geltung des Maßstäbe- und Finanzausgleichsgesetzes ist bis Ende 2019 befristet.

Der bundesweite Finanzausgleich kann in vier Stufen, die aufeinander aufbauen, gegliedert werden:

1. Stufe Vertikale Steuerverteilung
Die Gemeinschaftssteuern, die sich in Steuern vom Einkommen und Umsatzsteuer gliedern, werden zwischen Bund, Ländern und Gemeinden verteilt.
2. Stufe Horizontale Steuerverteilung
Der nach der vertikalen Steuerverteilung den Ländern zustehende Teil an den Gemeinschaftssteuern und der Gewerbesteuerumlage wird den einzelnen Bundesländern zugeordnet.
3. Stufe Finanzausgleich (im engeren Sinne)
Auf dieser Stufe erfolgt ein Ausgleich zwischen den finanzstarken und den finanzschwachen Bundesländern.
4. Stufe Bundesergänzungszuweisungen (BEZ)
Auf der letzten Finanzausgleichstufe gewährt der Bund den leistungsschwachen Ländern Zuweisungen zur ergänzenden Deckung ihres Finanzbedarfs.

Die Einzelheiten des bundesweiten Finanzausgleichs werden in nachfolgenden Übersichten am Beispiel Mecklenburg-Vorpommerns für 2010 rechnerisch dargestellt.

Als Resultat entwickelt sich die Finanzkraft des Landes in nachfolgenden Schritten:

- Gemäß der Mai-Steuerschätzung 2009 weist Mecklenburg-Vorpommern 2010 vor Umsatzsteuerausgleich eine Steuerkraft von 43,9 % des Länderdurchschnitts auf.
- Nach der horizontalen Steuerverteilung erhöht sich die Steuerkraft Mecklenburg-Vorpommerns auf 92,2 % des Länderdurchschnitts.
- Mecklenburg-Vorpommern wird 2010 nach dem Finanzausgleich (im engeren Sinne) auf 94,6 % des Länderdurchschnitts gehoben.
- Die Finanzkraft Mecklenburg-Vorpommerns erreicht durch Fehlbetrags-BEZ 98,4 % des durchschnittlichen Länderniveaus.

Länderfinanzausgleich 2010

auf Basis Steuerschätzung Mai 2009

	Stufen des Länderfinanzausgleichs (LFA)		Gesamt	Länder	M-V
0.	Einwohner	Mio. Ew.		82,095	1,668
0.1	Einwohnerwertung Ländersteuern	Mio. Ew.		84,148	1,668
0.2.	Einwohnerwertung Gemeindesteuern	Mio. Ew.		84,355	1,752
1. Stufe	Vertikale Steuerverteilung				
1.1.	Steueraufkommen bundesweit	Mio. €	510.447,0		
1.2.	Umsatzsteuer (Aufkommen)	Mio. €	179.250,0		
1.3.	- Verbleib nach Vorwegabzug an Bund und Kommunen ((4,45 % für ALV, 5,05 % für RV) 2,2 % an Kommunen)	Mio. €	158.705,0		
1.4.	- Verbleib: Anteil der Länder nach Verteilung (50,3 % minus 2,3 Mrd. €)	Mio. €		78.908,6	
1.5.	Steuern vom Einkommen (Aufkommen)	Mio. €	177.702,0		1.340,4
2. Stufe	Horizontale Steuerverteilung unter den Ländern				
	Ermittlung Steuerkraft der Länder				
2.1.	Steuern vom Einkommen (Länderanteil von 1.5)	Mio. €		77.438,9	577,4
2.2.	Gewerbesteuerumlage (Länderanteil)	Mio. €		1.827,0	16,2
2.3.	Ländersteuern, Spielbankabgabe, Kraftfahrzeugsteuerersatzleistung des Bundes	Mio. €		21.112,7	297,6
2.4.	Steuern der Länder gesamt	Mio. €		100.378,6	894,6
2.5.	Steuerkraft je Einwohner	€ /Ew.		1.222,7	536,2
2.6.	Steuerkraft nach Verteilung Steuern vom Einkommen (2.5. M-V / 2.5. Länder)	%			43,9%
2.7.	Ermittlung Umsatzsteuer-Ergänzungsanteil - Differenz der Steuerkraft in % wird bis zu 95 % aufgefüllt				52,8%
2.8.	USt-Ergänzungsanteile (2.5. Länder * Ew. M-V * 2.7.)	Mio. €		10.709,9	1.077,5
2.9.	Umsatzsteuer - Verteilung nach Einwohnern (verbleibendes USt-Volumen der Länder)	€ /Ew.		830,7	
2.10.	USt-Anteile nach Einwohnern (2.9. * Ew. M-V)	Mio. €		68.198,7	1.386,1
2.11.	Umsatzsteuer nach Verteilung (2.8. + 2.10.)	Mio. €		78.908,6	2.463,6
2.12.	Steuern der Länder einschließlich Umsatzsteuer (2.4. + 2.11.)	Mio. €		179.287,2	3.358,2
2.13.	Steuern der Länder einschließlich Umsatzsteuer	€/Ew.		2.183,9	2.012,7
2.14.	Steuerkraft nach USt-Verteilung (2.13. M-V / 2.13. Länder)	%			92,2%

Länderfinanzausgleich 2010

auf Basis Steuerschätzung Mai 2009

	Stufen des Länderfinanzausgleichs (LFA)		Gesamt	Länder	M-V
3. Stufe	Länderfinanzausgleich (im eigentlichen Sinne)				
3.1.	Ermittlung Finanzkraftmesszahl				
3.2.	Steuern der Länder einschl. USt.	Mio. €		179.287,2	3.358,2
3.3.	Förderabgaben	Mio. €		747,0	0,5
3.4.	Summe Steuern der Länder im LFA	Mio. €		180.034,2	3.358,7
3.5.	Gemeindesteueransatz im LFA	Mio. €		44.592,6	447,9
3.6.	Finanzkraftmesszahl (FK-MZ)	Mio. €		224.626,8	3.806,6
3.7.	Ermittlung Ausgleichsmesszahl				
3.8.	Ländersteuern pro Einwohner (incl. Einwohnerwertung Stadtstaaten 135 %)	€/Ew.		2.139,5	2.013,0
3.9.	Gemeindesteuern pro Einwohner (incl. Einwohnerwertung z.B. M-V 105 %)	€/Ew.		528,6	255,7
3.10.	Ausgleichsmesszahl Ländersteuern (3.8. Länder * Ew. M-V)	Mio. €		180.034,2	3.569,7
3.11.	Ausgleichsmesszahl Gemeindesteuern (3.9. Länder * Ew. M-V *1,05)	Mio. €		44.592,6	926,1
3.12.	Ausgleichsmesszahl (AG-MZ)	Mio. €		224.626,8	4.495,8
3.13.	Verhältnis FK-MZ zu AG-MZ (3.6. / 3.12.)	%			84,7%
3.14.	Differenz FK-MZ zu AG-MZ	Mio. €			689,3
3.15.	Auffüllungsbetrag - bis zu 75 % stetig fallend bis 70 %	Mio. €			447,6
3.16.	Finanzkraftmesszahl nach LFA (3.6. + 3.15.)	Mio. €			4.254,2
3.17.	FK-MZ zu AG-MZ nach LFA (3.16 / 3.12.)	%			94,6%
4. Stufe	Bundesergänzungszuweisungen (BEZ)				
4.1.	Nicht aufgefüllter Betrag zu 99,5 % der AG-MZ	Mio. €			219,2
4.2.	Fehlbetrags-BEZ - Auffüllung zu 77,5 %	Mio. €			169,9
4.3.	Finanzkraftmesszahl nach LFA und Fehlbetrags-BEZ	Mio. €			4.424,0
4.4.	FK-MZ zu AG-MZ nach LFA-Fehlbetrags-BEZ	%			98,4%
4.5.	SoBEZ wegen teilungsbedingter Lasten	Mio. €			921,2
4.6.	BEZ wegen Kosten politischer Führung	Mio. €			61,4
4.7.	BEZ wegen struktureller Arbeitslosigkeit	Mio. €			128,0
4.8.	Finanzkraftmesszahl nach LFA und BEZ	Mio. €			5.534,6
4.9.	FK-MZ zu AG-MZ nach LFA und BEZ	%			123,1%
4.10.	Finanzkraftmesszahl Land nach LFA und BEZ (ohne Kommunen, abzüglich Abschlag für Bevölkerungsrückgang und Realsteuerkraft)	Mio. €			5.004,7

Anlage 3

Finanzpolitische Kennzahlen

Finanzpolitische Kennzahlen stellen ein geeignetes Mittel für Haushaltsanalysen dar. Bei Benchmarkings werden derartige Kennzahlen benutzt, um Argumente für politische Entscheidungen zu sammeln. In der aktuellen Diskussion zur Vermeidung von Haushaltsnotlagen in einzelnen Ländern wird intensiv darüber beraten, welche Haushaltskennziffern für ein frühzeitiges Erkennen von sich entwickelnden strukturellen Schieflagen geeignet sind.

Bei der Interpretation von Kennziffern sollten folgende Anmerkungen beachtet werden:

- Eine absolute Vergleichbarkeit von Kennzahlen setzt die vollständige Vergleichbarkeit seiner Basisdaten voraus. Dies ist trotz vielfältiger Anstrengungen bislang nicht vollständig gelungen. Seit einiger Zeit gibt es verstärkte Anstrengungen der Länder, unter Leitung der Zentralen Datenstelle der Landesfinanzminister die Vergleichbarkeit der Datengrundlagen zu verbessern.
- Überhöhte Haushalte, gerade bei Vergleichen zwischen neuen und alten Bundesländern, beeinflussen das Kennzahlenergebnis und bedürfen der Relativierung.
- Die Praxis zeigt immer wieder, dass eine Vergleichbarkeit ohne Bereinigungen vorzunehmen kaum möglich ist. Besonderer Schwerpunkt sind die Auslagerungen und Nettodarstellungen in den Haushaltsplänen.

Zu den nachfolgenden Kennzahlen sind in der nachfolgenden Übersicht die entsprechenden Werte für Mecklenburg-Vorpommern in Bezug auf den Durchschnitt der neuen und alten Flächenländer dargestellt:

- Gesamtdeckungsquote
- Kreditfinanzierungsquote
- Steuerdeckungsquote
- Personalausgabenquote
- Investitionsquote
- Zins-Ausgaben-Quote
- Zinslast-Quote

**Entwicklung von finanzpolitische Kennzahlen 2002 bis 2008
im Vergleich zum Durchschnitt
der Flächenländer (West) und (Ost)
und deren Entwicklung in M-V bis 2013**

2002 - 2008: Ist-Ergebnisse; 2009 Sollzahlen; 2010 - 2013 Haushaltsplan-Entwurf M-V und Mittelfristige Finanzplanung 2009 - 2013

	Jahr	M-V	Durchschnitt ABL	Durchschnitt NBL
Gesamtdeckungsquote Verhältnis der bereinigten Gesamteinnahmen zu den bereinigten Gesamtausgaben	2002	88,6%	89,4%	89,8%
	2003	87,4%	88,8%	91,4%
	2004	91,4%	90,7%	93,3%
	2005	94,8%	91,0%	94,5%
	2006	101,2%	93,1%	95,2%
	2007	105,8%	94,8%	96,6%
	2008	104,6%	99,1%	103,9%
	2009	103,1%		
	2010	96,5%		
	2011	97,1%		
Mittelfristige Entwicklung in M-V	2012	97,9%		
	2013	96,9%		
Kreditfinanzierungsquote Netto-Kreditaufnahme im Verhältnis zu den bereinigten Gesamtausgaben	2002	7,3%	8,3%	8,6%
	2003	14,4%	9,8%	7,9%
	2004	12,1%	9,5%	8,2%
	2005	4,8%	9,2%	6,3%
	2006	0,0%	6,8%	5,4%
	2007	0,0%	5,0%	3,7%
	2008	0,0%	0,0%	0,0%
	2009	0,0%		
	2010	0,0%		
	2011	0,0%		
Mittelfristige Entwicklung in M-V	2012	0,0%		
	2013	0,0%		
Steuerdeckungsquote Einnahmen aus Steuern im Verhältnis zu den bereinigten Gesamtausgaben (einschl. LFA und BEZ*) * BEZ bei den NBL bereinigt um BEZ zum Abbau teilungsbedingter Sonderlasten (Solidarpakt II) und Sonderbedarfs-BEZ zum Ausgleich von Sonderlasten durch die strukturelle Arbeitslosigkeit (Hartz IV)	2002	48,9%	71,1%	51,8%
	2003	49,5%	70,1%	51,9%
	2004	52,8%	71,6%	54,8%
	2005	50,6%	70,5%	53,4%
	2006	56,9%	72,6%	55,8%
	2007	64,8%	76,8%	58,1%
	2008	66,0%	81,2%	60,6%
	2009	63,7%		
	2010	56,8%		
	2011	58,4%		
Mittelfristige Entwicklung in M-V	2012	61,1%		
	2013	62,9%		
Personalausgabenquote Personalausgaben im Verhältnis zu den bereinigten Gesamtausgaben	2002	26,7%	40,5%	26,1%
	2003	27,0%	40,5%	26,0%
	2004	26,6%	41,1%	26,2%
	2005	25,7%	40,3%	24,9%
	2006	22,9%	39,9%	24,5%
	2007	22,9%	39,0%	23,8%
	2008	22,3%	37,8%	22,9%
	2009	23,0%		
	2010	24,0%		
	2011	24,5%		
Mittelfristige Entwicklung in M-V	2012	24,8%		
	2013	25,0%		

	Jahr	M-V	Durchschnitt ABL	Durchschnitt NBL
Investitionsquote Investitionsausgaben im Verhältnis zu den bereinigten Gesamtausgaben	2002	21,8%	10,3%	22,2%
	2003	20,8%	10,8%	22,7%
	2004	19,3%	9,5%	21,6%
	2005	18,6%	10,6%	20,2%
	2006	19,0%	9,7%	20,4%
	2007	16,6%	10,1%	20,8%
	2008	17,6%	11,1%	18,3%
	2009	16,7%		
	2010	18,6%		
	2011	17,6%		
	Mittelfristige Entwicklung in M-V	2012	16,5%	
	2013	15,7%		
Zins-Ausgaben-Quote Zinsausgaben im Verhältnis zu den bereinigten Gesamtausgaben	2002	6,4%	7,4%	6,2%
	2003	6,6%	7,6%	6,4%
	2004	6,8%	7,7%	6,6%
	2005	6,7%	7,6%	6,6%
	2006	6,7%	8,0%	7,0%
	2007	6,9%	7,6%	6,9%
	2008	6,3%	7,1%	6,5%
	2009	6,9%		
	2010	6,0%		
	2011	6,5%		
	Mittelfristige Entwicklung in M-V	2012	7,0%	
	2013	7,3%		
Zinslast-Quote Zinsausgaben im Verhältnis zu den bereinigten Gesamteinnahmen	2002	7,3%	8,3%	6,9%
	2003	7,5%	8,6%	7,0%
	2004	7,4%	8,5%	7,1%
	2005	7,0%	8,3%	7,0%
	2006	6,6%	8,6%	7,3%
	2007	6,5%	8,0%	7,2%
	2008	6,0%	7,2%	6,3%
	2009	6,7%		
	2010	6,2%		
	2011	6,7%		
	Mittelfristige Entwicklung in M-V	2012	7,2%	
	2013	7,6%		

Anlage 4

Haushaltsergebnis 2008

Haushaltsabschluss 2008

I. Gesamtüberblick

Jahr 2008		Endgültiger Haushaltsabschluss 2008						
Zeile /Sp.	Einnahme-/ Ausgabeart	Soll 2007 -Mio EUR-	Ist 2007 per 31.12. -Mio EUR-	Soll 2008 -Mio EUR-	Ist 2008 per 31.12. -Mio EUR-	Differenz Ist 08 - Soll 08 -Mio EUR-	Erfüllungs- grad in % zum Soll 2008	Entw. zum Ist per 31.12.07 -Prozent-
1	2	3	4	5	6	7	8	9
	Einnahmen							
1	Steuern, LFA, BEZ	5.263,9	5.543,5	5.438,8	5.732,0	293,2	105,4%	3,4%
2	davon Meckl.-Vorp. verbl. Steuern	(3.347,0)	(3.538,1)	(3.538,0)	(3.708,5)	(170,5)	(104,8%)	(4,8%)
3	Länderfinanzausgleich (LFA)	(458,0)	(525,8)	(443,0)	(550,5)	(107,5)	(124,3%)	(4,7%)
4	Bundesergänzungszuweisungen (BEZ)	(1.458,9)	(1.479,6)	(1.457,8)	(1.473,0)	(15,3)	(101,0%)	(-0,4%)
5	übrige laufende Einnahmen	1.052,2	1.041,4	1.020,2	1.000,4	-19,8	98,1%	-3,9%
6	davon Verwaltungseinnahmen	(288,0)	(316,0)	(260,5)	(298,1)	(37,6)	(114,4%)	(-5,7%)
7	aus Zuweisungen und Zuschüssen	(763,6)	(724,6)	(758,8)	(701,4)	(-57,4)	(92,4%)	(-3,2%)
8	steuerähnliche Abgaben (außer Spielbank)	(0,7)	(0,7)	(0,9)	(0,9)	(-0,0)	(98,6%)	(28,8%)
9	Globale Mehreinnahme	(0,0)	(0,0)	(0,0)	(0,0)	(0,0)	(0,0%)	()
10	Summe bereinigte laufende Einnahmen	6.316,2	6.584,9	6.459,0	6.732,3	273,4	104,2%	2,2%
11	Spezielle Investitionseinnahmen	585,6	511,0	585,9	471,1	-114,8	80,4%	-7,8%
12	Bereinigte Gesamteinnahmen	6.901,8	7.095,9	7.044,8	7.203,4	158,6	102,3%	1,5%
13	Haushaltstechnische Verrechnungen	14,1	9,9	2,9	2,4	-0,5	83,6%	-75,6%
14	Entnahmen aus Rücklagen	58,0	26,0	79,5	83,5	4,1	105,1%	221,9%
15	Einnahmen aus Überschüssen aus Vorjahren	0,0	0,0	10,7	10,7	0,0	100,0%	
16	Netto-Kreditaufnahme	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0%	
17	Gesamteinnahmen	6.973,9	7.131,7	7.137,9	7.300,1	162,2	102,3%	2,4%
	Ausgaben							
18	Personalausgaben	1.559,1	1.539,1	1.575,9	1.535,0	-40,9	97,4%	-0,3%
19	Zinsen	481,0	461,0	470,8	433,4	-37,4	92,1%	-6,0%
20	Sach- und Fachausgaben	3.718,3	3.596,7	3.741,7	3.705,3	-36,4	99,0%	3,0%
21	davon Kommunalen Finanzausgleich (laufend)	(1.096,1)	(1.094,0)	(1.160,2)	(1.178,0)	(17,8)	(101,5%)	(7,7%)
22	Soziale Sicherung	(1.091,6)	(1.076,7)	(1.100,4)	(1.082,3)	(-18,1)	(98,4%)	(0,5%)
23	Schuldendiensthilfen	(28,0)	(24,2)	(27,6)	(24,1)	(-3,4)	(87,5%)	(-0,2%)
24	sächliche Verwaltungsausgaben	(388,3)	(356,5)	(368,1)	(347,7)	(-20,4)	(94,5%)	(-2,5%)
25	sonstige Sach- und Fachausgaben	(1.114,3)	(1.045,4)	(1.085,4)	(1.073,1)	(-12,3)	(98,9%)	(2,7%)
26	globale Minderausgaben	0,0	0,0	0,6	0,0	-0,6	0,0%	
27	Summe bereinigte laufende Ausgaben	5.758,4	5.596,8	5.789,0	5.673,7	-115,3	98,0%	1,4%
28	Investitionsausgaben	1.179,6	1.110,4	1.170,1	1.213,6	43,4	103,7%	9,3%
29	davon Baumaßnahmen/einschl. BBL	(229,6)	(216,9)	(221,1)	(193,1)	(-28,0)	(87,3%)	(-11,0%)
30	sonst. Invest. (HGr.8 ohne Z. 31)	(796,7)	(737,4)	(787,5)	(860,0)	(72,5)	(109,2%)	(16,6%)
31	Kommunaler Finanzausgleich (investiv)	(153,3)	(156,0)	(161,5)	(160,4)	(-1,1)	(99,3%)	(2,8%)
32	Bereinigte Gesamtausgaben	6.938,0	6.707,2	6.959,1	6.887,2	-71,9	99,0%	2,7%
33	Haushaltstechnische Verrechnungen	14,1	9,9	2,9	2,4	-0,5	83,6%	-75,6%
34	Zuführungen an Rücklagen	21,8	174,7	75,9	310,5	234,6	409,1%	77,8%
35	Ausgaben zur Deckung von Fehlbeträgen aus Vorjahren	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0%	
36	Netto-Tilgungen	0,0	240,0	100,0	100,0	0,0	100,0%	-58,3%
37	Gesamtausgaben	6.973,9	7.131,7	7.137,9	7.300,1	162,2	102,3%	2,4%
38	Finanzierungssaldo	-36,2	388,7	85,7	316,2	230,5		
39	davon laufender Haushalt	557,8	988,1	670,0	1.058,7	388,7		
40	Investitionshaushalt	-594,0	-599,4	-584,2	-742,5	-158,2		

Abweichungen in den Summen durch Runden der Einzelwerte

II. Erläuterungen zu ausgewählten Haushaltspositionen (Vergleich zum Soll 2008)

1. Einnahmen aus Steuern, LFA und BEZ (+ 293,2 Mio. €)

Die Steuereinnahmen 2008 (einschließlich Länderfinanzausgleich und Bundesergänzungszuweisungen) betragen 5.732 Mio. Euro. Das waren insgesamt 293,2 Mio. Euro mehr als geplant und 188,5 Mio. Euro mehr als noch 2007. Auch die Entwicklung des eigenen Steueraufkommens ist im Jahr 2008 erneut positiv verlaufen: Es stieg um rund 220 Mio. Euro und lag damit um 9 % höher als im Jahr 2007. Jedoch waren bereits im letzten Quartal des Jahres erste spürbare Dämpfer bei den Einnahmen aufgrund der Wirtschafts- und Finanzmarktkrise zu verzeichnen. Diese Entwicklung wird sich 2009 fortsetzen und noch erheblich verstärken.

2. Verwaltungseinnahmen (+ 37,6 Mio. €)

Die Verwaltungseinnahmen erreichten 2008 eine Höhe von 298,1 Mio. € und übertrafen damit den Ansatz um 37,6 Mio. €. Hauptursachen sind höhere Rückflüsse und Zinsen aus ausgereichten Zuwendungen und Darlehen (+21 Mio. €) und höhere Erträge aus der Vermietung und Verpachtung bzw. Veräußerung von landeseigenen Flächen (+4 Mio. €).

- 3. Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen (- 57,4 Mio. €)**

Mit einem Gesamtumfang von 701,4 Mio. € blieben Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüsse um 57,4 Mio. € unter dem Planungswert. Hauptgrund für diese Entwicklung sind Mittel aus dem EU-Fonds ESF in Höhe von rund 52 Mio. €, die zwar im Jahr 2008 erwartet wurden, jedoch aufgrund der Abrechnungsmodalitäten mit der EU erst ab 2009 realisiert werden können. Mindereinnahmen in Höhe von rund 22 Mio. € waren zudem bei den Zuweisungen des Bundes für Kosten der Unterkunft aufgrund gesunkener Ausgaben zu verzeichnen.
- 4. Investitionseinnahmen (- 114,8 Mio. €)**

Die Investitionseinnahmen schlossen das Haushaltsjahr 2008 mit Mindereinnahmen von 114,8 Mio. € ab. Ähnlich den Entwicklungen bei den Zuweisungen und Zuschüssen sind die um rund 150 Mio. € niedrigeren investiven Einnahmen aus den EU-Fonds EFRE und ELER ebenfalls auf Abrechnungsmodalitäten mit der EU zurückzuführen. Diese Mittel werden dem Land ab 2009 zufließen. Höher als geplant fielen hingegen die Bundeszuweisungen im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ (+18 Mio. €) und im Rahmen des Ganztagschulprogramms (+24 Mio. €) aus.
- 5. Personalausgaben (- 40,9 Mio. €)**

Die Personalausgaben sind gegenüber dem Plan um 40,9 Mio. € geringer ausgefallen. Die Maßnahmen des Personalkonzepts 2004 wirkten spürbar und werden auch in Zukunft konsequent fortgesetzt. Das Land beschäftigte Ende 2008 im Vergleich zum Jahr 2004 etwa 6.500 Mitarbeiter weniger. Neben den Minderausgaben beim aktiven Personal waren auch geringere Ausgaben bei den Versorgungsbezügen von Beamten und deren Hinterbliebenen zu verzeichnen.
- 6. Zinsausgaben (- 37,4 Mio. €)**

Im Bereich der Zinsausgaben wurden Einsparungen in Höhe von 37,4 Mio. € erzielt. Möglich wurde diese Entwicklung durch die positiven Haushaltsabschlüsse der vergangenen Jahre und des dadurch niedrigeren Kreditbedarfs, durch ein vergleichsweise niedriges Zinsniveau sowie durch ein effizientes und aktives Zinsmanagement.
- 7. Kommunaler laufender und investiver Finanzausgleich (+ 16,7 Mio. €)**

Die Ausgaben für den kommunalen Finanzausgleich (laufend und investiv) überschritten das Haushaltssoll 2008 um 16,7 Mio. €. Damit kam das Land seiner Zusage nach, die Kommunen vorfristig bereits 2008 und damit zeitnah an den Steuermehreinnahmen des Landes im Jahr 2007 zu beteiligen.
- 8. Soziale Sicherung (- 18,1 Mio. €)**

Die Minderausgaben bei der sozialen Sicherung erreichten im Haushaltsjahr 2008 einen Umfang von 18,1 Mio. €. Den größten Anteil an dieser Entwicklung hatten die um rund 22 Mio. € niedrigeren Ausgaben im Bereich Kosten der Unterkunft. Höhere Ausgaben als veranschlagt waren u. a. bei den Ausgaben nach dem strafrechtlichen Rehabilitierungsgesetz in Höhe von rund 8 Mio. € zu verzeichnen.

9. Sächliche Verwaltungsausgaben (- 20,4 Mio. €)

Die sächlichen Verwaltungsausgaben schlossen das Jahr 2008 mit insgesamt 20,4 Mio. € niedrigeren Ausgaben ab als geplant. Die Minderausgaben wurden in vielen verschiedenen Bereichen erwirtschaftet, u. a. bei den Ausgaben für den laufenden Geschäftsbedarf, bei Mieten und Bewirtschaftung und bei Werkverträgen. Größte Einzelposition der Minderausgaben stellen die Auslagen in Rechtssachen bei den Gerichten / Staatsanwaltschaften dar, hier fielen die Ausgaben gegenüber der Veranschlagung um rund 8 Mio. € geringer aus.

10. Sonstige Sach- u. Fachausgaben (- 12,3 Mio. €)

Bei den sonstigen Sach- und Fachausgaben führten insbesondere niedrigere Ausgaben im Rahmen der Programme der EU-Fonds ESF, EFRE und ELER / EAGFL zu deutlichen Minderausgaben von über 35 Mio. €. Größere Mehrausgaben waren hingegen zu verzeichnen u. a. im Zusammenhang mit den Polizei-Einsatzkosten der verschiedenen Bundesländer beim G8-Gipfel in Heiligendamm 2007 (+14 Mio. €) und beim Zuschuss zum laufenden Betrieb an die Landesforstanstalt (+14 Mio. €).

11. Investitionsausgaben (+ 43,4 Mio. €)

Im Haushaltsjahr 2008 hat das Land Mecklenburg-Vorpommern Investitionen mit einem Umfang von mehr als 1,2 Mrd. € umgesetzt, insgesamt 43,4 Mio. € mehr als veranschlagt. So wurden z. B. höhere Ausgaben beim Ganztagsschulprogramm (+21 Mio. €), beim Krankenhausbau (+12 Mio. €), bei Investitionen im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ (+20 Mio. €) und bei der Darlehensvergabe an Unternehmen (+59 Mio. €) geleistet. Dem gegenüber stehen Minderausgaben z. B. bei Hochbaumaßnahmen (-26 Mio. €) sowie durch den im Jahr 2008 nicht erfolgten Erwerb von Investorbauten (-29 Mio. €).

Die Investitionsquote des Landes betrug rund 17,6 %. Das Investitionsniveau erreichte 2008 mit 725 € je Einwohner mehr als das Doppelte des Niveaus der westdeutschen Flächenländer (340 € je Einwohner).

12. Zuführungen an Rücklagen (+ 234,6 Mio. €)

Um für finanziell schwierige Situationen der zukünftigen Jahre Vorsorge zu schaffen, wurden der Ausgleichsrücklage überplanmäßig rund 208 Mio. € zugeführt.

III. Fazit:

Mecklenburg-Vorpommern hat im Jahr 2008 planmäßig 100 Mio. € Schulden netto getilgt und durch Rücklagenbildung ein zusätzliches Polster für die Zukunft geschaffen. Das positive Haushaltsergebnis wurde vor allem durch konsequente Haushaltskonsolidierung und zusätzliche Steuereinnahmen erreicht. Die bereinigten Gesamteinnahmen fielen insgesamt höher aus als erwartet, während sich die bereinigten Gesamtausgaben spürbar niedriger entwickelten.

Die Auswirkungen der globalen Wirtschafts- und Finanzkrise auf den Landeshaushalt Mecklenburg-Vorpommern waren 2008, gemessen an den für 2009 prognostizierten Entwicklungen, noch relativ überschaubar. Die mit der Krise einhergehenden Steuermindereinnahmen und steigenden Ausgaben werden jedoch die Haushalte der kommenden Jahre massiv belasten.

Anlage 5

Gesamtübersicht über den Finanzplan
2009 bis 2013

Gesamtübersicht über den Entwurf des Finanzplans 2009 - 2013

in Mio. €

	Einnahmeart / Ausgabeart	Ist 2008	Haushalts- plan 2009*	Haushalts- plan- Entwurf 2010	Differenz 5-4	Haushalts- plan- Entwurf 2011	Differenz 7-5	FPL 2012	FPL 2013
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
	Einnahmen								
1	Steuern, LFA, BEZ	5.732,0	5.445,3	5.004,7	-440,7	5.011,2	6,6	5.112,4	5.193,0
2	davon: - Mecklenburg-Vorpommern verbleibende Steuern	3.708,5	3.623,0	3.148,1	-474,9	3.219,1	71,0	3.372,1	3.502,1
3	- Einnahmen aus dem Länderfinanzausgleich (LFA)	550,5	432,0	416,0	-16,0	421,0	5,0	440,0	456,0
4	- Einnahmen aus Bundesergänzungszuweisungen (BEZ)	1.473,0	1.390,4	1.440,6	50,2	1.371,1	-69,4	1.300,3	1.234,9
5	Übrige laufende Einnahmen	1.000,4	984,3	1.035,5	51,2	989,0	-46,5	986,8	979,6
6	davon: - Verwaltungseinnahmen	298,1	257,5	273,8	16,2	257,1	-16,6	262,4	251,2
7	- aus Zuweisungen und Zuschüsse	701,4	726,1	761,0	34,9	730,9	-30,1	723,6	727,7
8	- steuerähnliche Abgaben (außer Spielbankenabgaben)	0,9	0,7	0,7	0,0	0,9	0,2	0,8	0,7
9	- Globale Mehreinnahme	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
10	Summe der bereinigten laufenden Einnahmen	6.732,3	6.429,6	6.040,1	-389,5	6.000,2	-39,9	6.099,2	6.172,6
11	Spezielle Investitionseinnahmen	471,1	597,3	713,5	116,3	741,4	27,9	690,1	603,3
12	Bereinigte Gesamteinnahmen	7.203,4	7.026,9	6.753,6	-273,3	6.741,6	-12,0	6.789,3	6.775,9
13	Haushaltstechnische Verrechnungen	2,4	2,2	1,3	-0,9	1,3	0,1	1,3	1,3
14	Entnahmen aus Rücklagen	83,5	6,4	246,2	239,8	207,3	-38,9	0,0	0,8
15	Einnahmen aus Überschüssen der Vorjahre	10,7	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
16	Netto-Kreditaufnahme	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
17	Gesamteinnahmen	7.300,1	7.035,5	7.001,1	-34,4	6.950,3	-50,9	6.790,6	6.778,1
	Ausgaben								
18	Personalausgaben	1.535,0	1.559,7	1.677,0	117,3	1.698,6	21,5	1.719,2	1.745,7
19	Zinsen	433,4	470,2	419,3	-50,9	454,5	35,2	487,1	511,6
20	Sach- und Fachausgaben	3.705,3	3.653,4	3.599,9	-53,5	3.568,0	-31,9	3.567,2	3.609,1
21	davon: - Kommunalen Finanzausgleich (laufende Mittel)	1.178,0	1.105,9	1.008,3	-97,6	957,7	-50,7	956,7	981,4
22	- Soziale Sicherung	1.082,3	1.107,4	1.116,3	8,9	1.126,3	9,9	1.133,2	1.136,8
23	- Schuldendiensthilfen	24,1	28,7	27,4	-1,3	25,9	-1,4	24,6	29,9
24	- sächliche Verwaltungsausgaben	347,7	367,8	379,8	12,0	385,7	5,8	378,7	376,2
25	- sonst. Sach- und Fachausgaben	1.073,1	1.043,7	1.068,1	24,4	1.072,5	4,4	1.074,0	1.084,8
26	Globale Mehr- / Minderausgabe	0,0	-5,9	0,6	6,5	0,6	0,0	19,8	30,7
27	Summe der bereinigten laufenden Ausgaben	5.673,7	5.677,4	5.696,9	19,4	5.721,7	24,8	5.793,3	5.897,1
28	Investitionsausgaben	1.213,6	1.135,1	1.300,5	165,4	1.223,3	-77,2	1.143,7	1.097,2
29	davon: - Baumaßnahmen	193,1	224,6	252,2	27,6	255,3	3,1	224,0	216,6
30	- Investitionen (HGr. 8 ohne Zeile 31)	860,0	752,5	897,2	144,7	824,2	-73,0	776,2	735,1
31	- Kommunalen Finanzausgleich (investive Mittel)	160,4	158,0	151,1	-6,9	143,8	-7,3	143,5	145,6
32	Bereinigte Gesamtausgaben	6.887,2	6.812,6	6.997,4	184,8	6.944,9	-52,4	6.937,0	6.994,4
33	Haushaltstechnische Verrechnungen	2,4	2,2	1,3	-0,9	1,3	0,1	1,3	1,3
34	Zuführungen an Rücklagen	310,5	70,7	2,5	-68,2	4,0	1,5	5,0	6,0
35	Ausgaben zur Deckung von Fehlbeträgen aus Vorjahren	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
36	Netto-Tilgungen	100,0	150,0	0,0	-150,0	0,0	0,0	0,0	0,0
37	Gesamtausgaben (vor Untersetzung Handlungsbedarf)	7.300,1	7.035,5	7.001,1	-34,4	6.950,3	-50,9	6.943,4	7.001,7
38	Handlungsbedarf			0,0		0,0		-152,7	-223,6
39	Finanzierungssaldo Zeile 12 - 32	316,2	214,4	-243,7	-458,1	-203,3	40,4	-147,7	-218,4
40	davon: -laufender Haushalt (Zeile 10 - 27)	1.058,7	752,2	343,2	-409,0	278,5	-64,7	305,9	275,5
41	-Investitionshaushalt (Zeile 11 - 28)	-742,5	-537,9	-587,0	-49,1	-481,8	105,1	-453,6	-493,9
	Zusammensetzung des Finanzierungssaldos								
42	Netto-Kreditaufnahme (Zeile 16)	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
43	Netto-Entnahme (/)-Zuführung (-) aus/an Rücklagen (Zeile 14 - 34)	-226,9	-64,4	243,7	308,1	203,3	-40,4	-5,0	-5,2
44	Überschuss (/) Fehlbetrag; Handlungsbedarf (-)	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	152,7	223,6
45	Kreditfinanzierungs-Quote	0,0%	0,0%	0,0%		0,0%		0,0%	0,0%
	nachrichtlich Kommunalen Finanzausgleich:								
46	Kommunale Sach- / Fachausgaben	1.178,0	1.105,9	1.008,3	-97,6	957,7	-50,7	956,7	981,4
47	Kommunale Investitionsmittel	160,4	158,0	151,1	-6,9	143,8	-7,3	143,5	145,6
48	Kommunalen Finanzausgleich gesamt	1.338,4	1.263,9	1.159,4	-104,5	1.101,5	-58,0	1.100,2	1.126,9

* Vergleichszahlen auf Basis der Haushaltsstruktur 2010/2011

Finanzwirtschaftliche Eckzahlen zum Entwurf des Finanzplans 2009 - 2013

1	Bezeichnung 2	Veränderungen					2013 zu 2012
		Ist 2008 zu Ist 2007	2009 zu 2008	2010 zu 2009	2011 zu 2010	2012 zu 2011	
		3	4	5	6	7	8
A. Änderungsraten							
1	Meckl.-Vorp. verbleibende Steuern, LFA, BEZ	3,4%	0,1%	-8,1%	0,1%	2,0%	1,6%
	davon:						
2	- Meckl.-Vorp. verbleibende Steuern	4,8%	2,3%	-13,1%	2,3%	4,8%	3,9%
3	- Einnahmen aus dem Länderfinanzausgleich	4,7%	-2,5%	-3,7%	1,2%	4,5%	3,6%
4	- Einnahmen aus Bundesergänzungszuweisungen (BEZ)	-0,4%	-4,4%	3,6%	-4,8%	-5,2%	-5,0%
5	Übrige laufende Einnahmen	-3,9%	-4,0%	5,2%	-4,5%	-0,2%	-0,7%
6	Bereinigte laufende Einnahmen	2,2%	-0,5%	-6,1%	-0,7%	1,6%	1,2%
7	Spezielle Investitionseinnahmen	-7,8%	4,8%	19,5%	3,9%	-6,9%	-12,6%
8	Bereinigte Gesamteinnahmen	1,5%	-0,1%	-3,9%	-0,2%	0,7%	-0,2%
9	Personalausgaben	-0,3%	-0,9%	7,5%	1,3%	1,2%	1,5%
10	Schuldendienst und Schuldendiensthilfen (ohne Tilgung von Kreditmarktmitteln)	-5,7%	0,1%	-10,5%	7,6%	6,5%	5,8%
11	Sach- und Fachausgaben	3,0%	-2,2%	-1,5%	-0,9%	0,0%	1,2%
	davon:						
12	- Kommunalen Finanzausgleich	7,7%	-4,7%	-8,8%	-5,0%	-0,1%	2,6%
13	- Soziale Sicherung	0,5%	1,3%	0,8%	0,9%	0,6%	0,3%
14	- Sächliche Verwaltungsausgaben	-2,5%	-0,2%	3,3%	1,5%	-1,8%	-0,7%
15	- sonstige Sach- und Fachausgaben	2,7%	-3,9%	2,3%	0,4%	0,1%	1,0%
16	Bereinigte laufende Ausgaben	1,4%	-1,8%	0,3%	0,4%	1,3%	1,8%
17	Investitionsausgaben	9,3%	0,9%	14,6%	-5,9%	-6,5%	-4,1%
18	Bereinigte Gesamtausgaben	2,7%	-1,3%	2,7%	-0,7%	-0,1%	0,8%
19	Gesamtausgaben (vor Erfüllung Handlungsbedarf)	2,4%	-0,9%	-0,5%	-0,7%	-0,1%	0,8%
B. Quoten		Ist 2008	2009	2010	2011	2012	2013
20	Steuerdeckungsquote I Meckl.-Vorp. verbl. Steuern im Verhältnis zu den bereinigten Gesamtausgaben (einschl. Einnahmen aus dem Länderfinanzausgleich und Zuweisungen vom Bund zum Ausgleich weggefallener Einnahmen aus der KfZ-Steuer und LKW-Maut)	61,8%	59,5%	53,3%	54,8%	57,3%	58,9%
21	Steuerdeckungsquote II Meckl.-Vorp. verbl. Steuern im Verhältnis zu den bereinigten Gesamtausgaben (einschl. Einnahmen aus dem Länderfinanzausgleich, Fehlbetrags-BEZ und Zuweisungen vom Bund zum Ausgleich weggefallener Einnahmen aus der KfZ-Steuer und LKW-Maut)	64,8%	62,4%	55,7%	57,3%	59,9%	61,7%
22	Kreditfinanzierungsquote Netto-Kreditaufnahme im Verhältnis zu den bereinigten Gesamtausgaben	0,0%	0,0%	0,0%	0,0%	0,0%	0,0%
23	Finanzierungsdefizitquote Finanzierungsdefizite im Verhältnis zu den bereinigten Gesamtausgaben	-4,6%	-3,1%	3,5%	2,9%	2,1%	3,1%
24	Investitionsquote Investitionen im Verhältnis zu den bereinigten Gesamtausgaben	17,6%	16,7%	18,6%	17,6%	16,5%	15,7%
25	Personalausgabenquote Personalausgaben im Verhältnis zu den bereinigten Gesamtausgaben	22,3%	22,9%	24,0%	24,5%	24,8%	25,0%
26	Sach- und Fachausgabenquote Sach- und Fachausgaben im Verhältnis zu den bereinigten Gesamtausgaben	53,8%	53,6%	51,4%	51,4%	51,4%	51,6%
27	Zins-Steuer-Quote Zinsausgaben im Verhältnis zu den Meckl.-Vorp. verbleibenden Steuern (einschl. Einnahmen aus Länderfinanzausgleich)	10,2%	11,6%	11,8%	12,5%	12,8%	12,9%
28	Zins-Ausgaben-Quote Zinsausgaben im Verhältnis zu den bereinigten Gesamtausgaben	6,3%	6,9%	6,0%	6,5%	7,0%	7,3%
29	Netto-Tilgungsquote Netto-Tilgungen im Verhältnis zu den bereinigten Gesamtausgaben	1,5%	2,2%	0,0%	0,0%	0,0%	0,0%

Teil II

Finanzierungsübersicht

in Mio. €

Bezeichnung	Ist	Haushalts-	Haushalts-	Haushalts-	FPL	FPL
	2008	plan	plan-	plan-	2012	2013
1	2	3	4	5	6	7
1. Bereinigte Gesamteinnahmen						
1.1 Gesamteinnahmen abzüglich	7.300,1	7.035,5	7.001,1	6.950,3	6.790,6	6.778,1
1.2 Haushaltstechnische Verrechnungen	2,4	2,2	1,3	1,3	1,3	1,3
1.3 Entnahmen aus Rücklagen, Fonds, Stöcke u.a.	83,5	6,4	246,2	207,3	0,0	0,8
1.4 Einnahmen aus Überschüssen der Vorjahre	10,7	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
1.5 Einnahmen vom Kreditmarkt (netto)	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
1.6 Bereinigte Gesamteinnahmen	7.203,4	7.026,9	6.753,6	6.741,6	6.789,3	6.775,9
2. Bereinigte Gesamtausgaben						
2.1 Gesamtausgaben (vor Untersetzung Handlungsbedarf) abzüglich	7.300,1	7.035,5	7.001,1	6.950,3	6.943,4	7.001,7
2.2 Haushaltstechnische Verrechnungen	2,4	2,2	1,3	1,3	1,3	1,3
2.3 Zuführung an Rücklagen, Fonds, Stöcke u.a.	310,5	70,7	2,5	4,0	5,0	6,0
2.4 Deckung von Vorjahresfehlbeträgen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
2.5 Netto-Tilgungen	100,0	150,0	0,0	0,0	0,0	0,0
2.6 Bereinigte Gesamtausgaben	6.887,2	6.812,6	6.997,4	6.944,9	6.937,0	6.994,4
3. Finanzierungssaldo Zeile 1.6 ./.. Zeile 2.6 nachrichtlich:	316,2	214,4	-243,7	-203,3	-147,7	-218,4
4. Finanzierungssaldo bei laufenden Ausgaben	1.058,7	752,2	343,2	278,5	305,9	275,5

Teil III

Kreditfinanzierungsplan

Bezeichnung	Ist	Haushalts-	Haushalts-	Haushalts-	FPL	FPL
	2008	plan	plan-	plan-	2012	2013
1	2	3	4	5	6	7
1. Kredite am Kreditmarkt						
1.1 Aufnahme von Kreditmarktmitteln	1.487,5	1.373,4	1.355,3	1.024,3	1.025,7	1.253,4
1.2 Tilgung von Kreditmarktmitteln(Anschlussfinanzierung)	1.587,5	1.523,4	1.355,3	1.024,3	1.025,7	1.253,4
1.3 Netto-Tilgungen	100,0	150,0	0,0	0,0	0,0	0,0
1.4 Netto-Kreditaufnahme am Kreditmarkt	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0

Anlage 6

Schwerpunktbereiche

Wesentliche Entwicklungen im Finanzplanzeitraum 2009 - 2013

Ifd. Nr.	Schwerpunkt	- in Mio. € -				
		HPL 2009	HPL-E 2010	HPL-E 2011	FPL 2012	FPL 2013
1	2	3	4	5	6	7
	Ministerpräsident - Staatskanzlei -					
1	Frauen- und Mädchenhäuser/Beratungs- u. Interventionsstellen	1,9	1,9	1,9	1,9	1,9
2	Kampagne "M-V tut gut"	1,6	2,0	2,0	0,2	0,2
	Innenministerium					
3	Durchführung von Wahlen	2,9	0,0	1,5	0,0	1,4
4	Fernmeldegebühren für zentrale Verfahren des Landes	6,7	6,0	6,4	6,6	6,6
5	Förderung des Brandschutzes	3,3	4,2	4,2	4,4	4,3
6	Erstattung von Versorgungsbezügen an den Bund (Polizeirenten)	95,4	89,1	90,0	90,9	91,9
7	Polizeiinvestitionen (einschl. LAPIS)	9,0	16,7	15,7	12,4	11,5
8	Betreuung und Unterbringung von Asylbewerbern und ausländischen Flüchtlingen	37,8	30,3	29,5	29,5	29,5
9	Sportförderung einschl. ELER	12,5	12,0	12,0	12,0	12,0
10	BOS-Digitalfunk	17,3	9,3	2,3	1,4	1,4
	Finanzministerium					
11	Gemeinsames Rechenzentrum Steuern (Dataport)	4,5	6,1	6,2	6,3	6,3
	Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Tourismus					
12	Wirtschaftsförderung im Rahmen Gemeinschaftsaufgabe(GA) Regionale Wirtschaftsförderung und des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE)	202,5	206,8	205,9	197,4	202,3
13	EU-Programme außerhalb der Strukturfonds	7,1	7,4	7,7	7,9	8,2
14	Klimaschutz	3,8	3,8	3,8	3,8	3,8
15	Struktur-/ Wirtschafts- und Arbeitsmarktentwicklung darunter: Berufliche Erstausbildung	104,5 34,8	81,9 25,1	62,6 15,7	54,7 7,6	51,2 4,3
16	Wirtschaftsförderung für spezielle Zwecke (z.B. Standortoffensive, Messen, Ausstellungen, Gesundheitswirtschaft)	20,2	20,9	20,5	20,9	20,8
17	Technologie-/ Forschungsförderung für Unternehmen und Hochschulen bzw. für außeruniversitäre Forschungseinrichtungen	27,7	30,4	28,4	22,7	32,4
	Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur					
18	Kulturförderung/Denkmalpflege (brutto)	17,5	17,2	16,9	17,0	17,0
davon:	- Kulturförderung einschl. Zukunftsfonds	11,4	11,6	11,2	11,4	11,4
	- Denkmalpflege (ELER)	6,2	5,7	5,7	5,7	5,7
19	Finanzhilfen an private Schulen	48,0	51,2	50,9	51,8	53,1
20	Erwachsenenbildung	4,2	4,2	4,2	4,2	4,2
21	Förderung nach dem Bildungsfreistellungsgesetz	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2
22	Vorschulische Bildung im Rahmen des KiföG	5,0	5,0	5,0	5,0	5,0
23	BAföG (Schüler und Studenten, Meisterausbildung) (netto)	27,6	24,3	23,0	22,1	21,7
24	Hochschulkorridor (Hochschulen und Med. Fakultäten)	286,3	304,1	315,1	317,8	320,6
25	überregionale und regionale Forschungsförderung darunter: Forschungsförderung aus EFRE-Mitteln	77,8 5,6	80,1 3,8	79,8 3,8	81,9 3,8	84,2 3,8
26	Maßnahmen zur Vertiefung und Förderung der politischen Bildung	1,3	1,3	1,3	1,3	1,3

Ifd. Nr.	Schwerpunkt	- in Mio. € -				
		HPL 2009	HPL-E 2010	HPL-E 2011	FPL 2012	FPL 2013
1	2	3	4	5	6	7
	Ministerium für Landwirtschaft, Umwelt und Verbraucherschutz					
27	Förderung der Landwirtschaft im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe "Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes" und des Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raumes (ELER)	121,9	129,0	128,5	129,1	116,7
28	Landwirtschl. Förderung für spezielle Zwecke (einschl. ELER)	34,3	48,7	58,0	63,2	75,4
29	Förderung der Fischwirtschaft aus Mitteln des Finanzinstruments für die Ausrichtung der Fischerei (EFF)	11,4	11,3	11,3	11,3	11,3
30	Küstenschutz im Rahmen der GA	14,6	19,8	22,0	21,9	20,6
31	Tierseuchenbekämpfung	1,3	1,1	1,1	1,1	1,1
32	Forstverwaltung (Zuschuss an die Landesforstanstalt)	38,2	35,7	36,9	32,6	32,1
33	Wasserversorgungs- und Abwasseranlagen, Gewässergüte	19,5	21,1	21,8	21,8	21,5
34	Umsetzung des Moorschutzkonzeptes und Seensanierung einschl. ELER	7,3	6,6	6,6	6,6	6,6
35	Altlasten	2,3	2,3	2,3	2,3	2,3
36	Förderung von Naturschutzmaßnahmen	16,8	18,8	17,4	17,9	17,9
	Justizministerium					
37	Informationstechnik	5,8	6,5	6,5	6,3	5,5
38	Opferrenten nach dem strafrechtlichen Rehabilitierungsgesetz	6,5	13,0	12,9	12,8	12,8
39	Projektförderung zur Vermeidung von Ersatzfreiheitsstrafen durch freie gemeinnützige Arbeit (Projekt Ausweg)	0,4	0,4	0,4	0,4	0,4
40	Auslagen in Rechtssachen	71,6	64,9	65,0	65,0	65,1
41	Arbeitsentgelte, Ausbildungsbeihilfen, Arbeitslosenversicherungsbeiträge für Gefangene	2,8	2,4	2,5	2,6	2,6
	Ministerium für Soziales und Gesundheit					
42	Unterbringung psych., drogen- und alkoholkranker Straftäter	22,3	22,5	22,9	23,2	23,2
43	Psychiatrische Versorgung	0,4	0,4	0,4	0,4	0,4
44	Drogen, Sucht und AIDS	2,4	2,6	2,6	2,6	2,6
45	Leistungen nach dem Opferentschädigungsgesetz	4,5	4,8	5,2	5,6	6,0
46	Beiträge für die gesetzliche Unfallversicherung	9,8	7,5	7,6	7,6	9,6
47	Landesblindengeld	22,0	15,9	15,9	15,9	15,9
48	Zuschüsse an Verbände der freien Wohlfahrtspflege	3,9	3,9	3,9	3,9	3,9
49	Zuweisungen an die Kommunen gem. Ausführungsgesetz zum Zweiten Buch Sozialgesetzbuch (Hartz IV)	310,6	272,6	272,6	272,6	272,6
50	Grundsicherung	6,5	9,4	11,3	11,3	11,3
51	Überörtliche Sozialhilfe	254,2	273,5	282,3	288,6	296,6
52	Leistungen nach dem Landespflegegesetz	10,0	8,1	8,0	7,7	0,0
53	Krankenhausfinanzierung	73,0	68,7	69,1	66,3	60,8
davon:	- Pauschalförderung	22,8	22,8	22,8	22,8	22,8
	- Einzelförderung	50,2	45,9	46,3	43,4	38,0
54	Familienförderung	1,2	1,6	1,6	1,6	1,6
55	Schuldner- und Verbraucherinsolvenzberatung	1,6	1,7	1,7	1,7	1,7
56	Schwangerschaftsberatung	2,7	3,0	3,0	3,0	3,0
57	Integration von Migrantinnen und Migranten	0,5	0,5	0,5	0,5	0,5
58	Leistungen nach dem Unterhaltsvorschussgesetz	23,1	25,2	25,2	25,2	25,2
59	Jugendförderung	8,7	7,2	7,0	6,8	6,7
60	Leistungen nach dem KiföG	86,0	96,9	104,6	106,5	108,4
61	Investitionen in Kindertagesstätten aus Bundesmitteln	6,7	6,6	6,4	6,3	6,2
62	Entlastung der Eltern von den Kosten der Kindertagesbetreuung	14,5	14,5	14,5	14,5	14,5

Ifd. Nr.	Schwerpunkt	- in Mio. € -				
		HPL 2009	HPL-E 2010	HPL-E 2011	FPL 2012	FPL 2013
1	2	3	4	5	6	7
	Allgemeine Finanzverwaltung					
63	Kommunaler Finanzausgleich einschl. Infrastrukturpauschale	1.263,9	1.159,4	1.101,5	1.100,2	1.126,9
davon:	- KFA-Mittel für investive Zwecke	158,0	151,1	143,8	143,5	145,6
	- KFA-Mittel für Ifd. Zwecke	1.105,9	1.008,3	957,7	956,7	981,4
	° darunter: Theaterförderung	35,8	35,8	35,8	35,8	35,8
64	Anpassungshilfen im Rahmen der Landkreisneuordnung	0,0	0,0	6,0	30,0	0,0
65	Zukunftsfonds	6,4	7,5	6,6	0,0	0,0
66	Hauptstadtvertrag	1,5	1,5	1,5	1,5	1,5
67	Zusatzversorgungssysteme	176,0	177,0	177,0	177,0	175,0
68	Zinsausgaben	470,2	419,3	454,5	487,1	511,6
69	Versorgungsfonds	19,6	2,5	4,0	5,0	6,0
	Hochbaumaßnahmen des Landes					
70	Landesbaumaßnahmen (Verwaltungsbau)	63,1	66,7	61,7	57,3	51,2
71	Hochschulbaumaßnahmen	68,8	74,0	74,0	70,0	70,0
72	Hochschulbau Ersteinrichtungen/ Grunderwerb	5,6	7,8	6,1	6,7	10,8
	Ministerium für Verkehr, Bau und Landesentwicklung					
73	Straßenbau (Investitionen)	75,9	73,6	70,2	69,7	69,7
74	Förderung des SPNV/ÖPNV aus Regionalisierungsmitteln	224,9	228,3	231,7	235,2	238,7
75	Straßenbau und ÖPNV nach dem Entflechtungsgesetz	35,0	35,0	35,0	35,0	35,0
76	Maßnahmen des Seeverkehrs (Investitionen)	11,2	8,7	6,1	10,7	7,1
77	Städtebauförderung	70,4	73,0	77,4	77,1	68,3
	dar.: Stadtentwicklungsmaßnahmen Stadtumbau Ost	14,8	15,5	16,9	17,5	18,2
78	Rückbau- und Aufwertungsmaßnahmen Stadtumbau Ost	11,3	10,6	10,8	10,9	10,9
79	Wohnungsbauförderung	23,2	23,0	22,6	22,1	21,4
80	Wohngeld	30,2	60,0	60,0	60,0	60,0
81	Personalausgaben	1.559,7	1.677,0	1.698,6	1.719,2	1.745,7
82	Zukunftsinvestitionsprogramm Mecklenburg-Vorpommern (ohne kommunale Kofinanzierungsmittel - 2009 -2011: 29,5 Mio.€) (2009: Bereitstellung der Mittel im Rahmen der Bewirtschaftung)	103,8	121,0	61,7	0,0	0,0
83	Ausgaben für IT und e-government	65,3	70,9	72,5	72,4	72,7

Anlage 7

Zusammenstellung der Bundeseinnahmen

Zusammenstellung der laufenden Einnahmen vom Bund

Summen:	1.918.208,8	1.978.954,2	1.897.502,0	1.819.109,2	1.756.847,1
Laufende Einnahmen vom Bund	- Beträge in TEUR -				

EPL	KAP	MG	Titel	Zweckbestimmung	HPL 2009	HPL 2010	HPL 2011	FPL 2012	FPL 2013
04	0401		231 02	Erstattung der Kosten der Bundestagswahl durch den Bund	1.400,0	0,0	0,0	0,0	1.400,0
04	0401		231 03	Erstattung der Kosten der Europawahl durch den Bund	1.400,0	0,0	0,0	0,0	0,0
04	0401		231 04	Erstattungen des Bundes nach dem Gräbergesetz	801,1	701,1	701,1	701,1	701,1
04	0401		231 05	Erstattungen des Bundes für die Pflege der verwaisten jüdischen Friedhöfe	56,0	57,0	57,0	58,0	58,0
04	0401	04	231 07	Zuweisungen des Bundes für den Weltwirtschaftsgipfel	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
04	0404		231 01	Erstattung von Verwaltungsausgaben vom Bund	60,0	60,0	60,0	60,0	60,0
04	0405		231 01	Anteil des Bundes an den Kosten der Beseitigung und Vernichtung von Kampfmitteln	1.100,0	1.100,0	1.100,0	1.100,0	1.100,0
04	0405		231 02	Anteil des Bundes an den Kosten für den Feuerschutz auf der Ostsee	188,1	200,7	200,7	200,7	200,7
04	0406		231 04	Erstattung Verwaltungsausgaben durch Bund	0,0	19,0	19,0	19,0	19,0
04	0406	66	231 66	Erstattung der Kostenanteile des Bundes für den BOS-Digitalfunk	0,0	1.891,2	1.963,6	1.963,6	1.963,6
04	0407		231 01	Erstattung des Bundes für Grenzünterhaltung	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
04	0407		231 02	Zuschuss des Bundes nach der Richtlinie zur Begabtenförderung berufliche Bildung	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
04	0407		231 03	Zuweisungen des Bundes für die Durchführung des europaweiten Zensus	0,0	0,0	3.884,0	0,0	0,0
04	0408		231 01	Erstattung des Bundes für vom Land bei der Durchführung des Atomgesetzes und des Strahlenschutzvorsorgegesetzes geleistete Ausgaben	150,0	150,0	150,0	150,0	150,0
04	0411		231 01	Zuwendung des Bundes nach der Richtlinie zur Begabtenförderung berufliche Bildung	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
06	0608		231 03	Zuweisungen des Bundes für die Lehrstelleninitiativen 2004 bis 2009	10.017,4	7.047,8	3.585,2	1.236,0	0,0
07	0702	01	231 04	Bundesanteil an der Ausbildungsförderung für Zuschüsse an Studierende	17.901,8	16.323,4	16.216,2	16.023,1	15.958,8
07	0702	01	231 05	Bundesanteil an der Ausbildungsförderung für Zuschüsse an Schüler	23.675,0	20.592,0	18.298,8	16.941,6	16.192,8
07	0702	02	231 01	Bundesanteil an der Fortbildungsförderung für Zuschüsse an Fortzubildende	1.240,2	1.348,8	1.399,3	1.409,9	1.409,9
07	0719		231 01	Zuwendungen des Bundes für die Einrichtung einer Dauerausstellung im Schloss Ludwigslust	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
07	0750		231 01	Kompensationszahlungen des Bundes	54,8	147,9	147,9	147,9	147,9
07	0750		231 02	Erstattungen des Bundes für Sonderzahlungen an im Ausland beschäftigter Lehrkräfte	44,0	35,8	35,8	35,8	35,8
07	0750		231 03	Zuweisungen des Bundes für Projektförderung	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
07	0750		231 04	Zuweisungen des Bundes gemäß Entflechtungsgesetz	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
07	0770		231 02	Zuweisungen des Bundes für Forschungseinrichtungen der Wissenschaftsgemeinschaft Gottfried Wilhelm Leibniz (WGL)	11.364,3	13.188,6	13.841,1	13.918,1	14.114,5

Laufende Einnahmen vom Bund

- Beträge in TEUR -

EPL	KAP	MG	Titel	Zweckbestimmung	HPL 2009	HPL 2010	HPL 2011	FPL 2012	FPL 2013
07	0770		231 04	Zuweisungen des Bundes für Modellversuche	241,2	147,9	147,9	147,9	147,9
07	0770		231 05	Zuweisungen des Bundes für die Integration von Forschergruppen in das Leibniz-Institut für Katalyse e.V.	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
07	0770		231 06	Hochschulpakt 2020	3.414,0	4.856,0	1.326,9	1.953,9	3.069,4
07	0779		231 01	Zuweisungen des Bundes für Forschungseinrichtungen der WGL	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
07	0779		231 02	Zuweisungen des Bundesministeriums für Verkehr zum Ostseemonitoring	2.474,7	0,0	0,0	0,0	0,0
07	0779		231 03	Zuweisungen des Bundes für besondere Forschungsvorhaben	89,0	0,0	0,0	0,0	0,0
08	0802		231 20	Zuweisungen des Bundes zur Mitfinanzierung der Vernetzungsstelle Schulverpflegung	0,0	65,0	62,8	58,6	54,3
08	0802		231 63	Zuweisungen des Bundes für das Förderprogramm "Rückbaumaßnahmen in M-V"	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
08	0802	73	231 73	Zuschuss des Bundes für laufende Zwecke an das "Leibniz-Institut für Nutztierbiologie"	7.785,2	7.732,7	7.964,7	8.203,6	8.449,7
08	0803		231 12	Zuweisungen des Bundes für Vorarbeiten des Küstenschutzes im Rahmen der GAK	1.463,4	1.911,0	1.911,0	1.911,0	1.911,0
08	0803	01	231 01	Für einzelbetriebliche Förderungsmaßnahmen	5.857,6	6.979,3	6.312,5	5.916,5	5.555,0
08	0803	01	231 02	Für Maßnahmen der Marktstrukturverbesserung	180,0	150,0	123,0	150,0	123,0
08	0803	01	231 03	Für sonstige agrarstrukturelle Maßnahmen	996,0	1.044,0	1.044,0	1.032,0	1.032,0
08	0803	01	231 04	Für forstliche Maßnahmen	1.170,0	1.170,0	1.170,0	1.230,0	1.230,0
08	0803	01	231 05	Zuweisungen für Agrarstrukturelle Entwicklungsplanung	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
08	0803	01	231 07	Zuweisungen für Regionales Management	132,0	120,0	120,0	120,0	120,0
08	0803	01	231 11	Zuweisungen des Bundes für wasserwirtschaftliche Vorarbeiten im Rahmen der GAK	402,0	847,2	852,0	852,0	852,0
08	0806	60	231 60	Erstattungen für die Beteiligung an Forschungs- u.a. Projekten, die in Trägerschaft des Bundes durchgeführt werden	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
08	0813		231 01	Zuwendungen des Bundes für Forschungsprojekte	47,5	459,2	276,2	0,0	0,0
08	0817		231 01	Zuschüsse für Projekte der Umweltbeobachtung und Effizienzkontrolle der Nationalparkämter und der Ämter für Biosphärenreservate	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
09	0901		231 03	Zuweisungen des Bundes für strafrechtliche Rehabilitierung nach dem 1. SED-Unrechtsbereinigungsgesetz einschl. besonderer Zuwendungen für Haftopfer	4.154,0	8.385,0	8.320,0	8.255,0	8.255,0
09	0901		231 04	Zuweisungen des Bundes nach dem 2. SED-Unrechtsbereinigungsgesetz	54,0	60,0	60,0	60,0	60,0
09	0903		231 01	Erstattung von Vollzugskosten durch den Bund	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
10	1002		231 01	Erstattungen vom Bund für die Kosten der Verletztenversorgung auf See	72,3	72,5	72,5	72,5	72,5
10	1003		231 04	Vom Bund für Leistungen nach dem Strafrechtlichen Rehabilitierungsgesetz	185,6	219,8	219,8	219,8	219,8

Laufende Einnahmen vom Bund

- Beträge in TEUR -

EPL	KAP	MG	Titel	Zweckbestimmung	HPL 2009	HPL 2010	HPL 2011	FPL 2012	FPL 2013
10	1003		231 05	Vom Bund für Leistungen nach dem Verwaltungsrechtlichen Rehabilitierungsgesetz	27,3	32,8	32,8	32,8	32,8
10	1003		231 06	Erstattungen für die Leistungen nach dem Anti-D-Hilfegesetz	349,4	349,4	349,4	349,4	349,4
10	1003	01	231 01	Erstattungen vom Bund - OEG -	692,0	994,3	1.080,2	1.167,2	1.256,1
10	1003	01	231 02	Erstattungen vom Bund - OEG - (Zinsen)	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
10	1003	02	231 03	Erstattungen vom Bund - SGB IX -	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
10	1005		231 01	Vom Bund für Leistungen nach dem SGB XII - Grundsicherung	6.548,1	9.350,0	11.300,0	11.300,0	11.300,0
10	1005		231 02	Zuweisungen vom Bund für die Kosten der Unterkunft gemäß § 46 Abs. 5 des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch	146.158,2	123.000,0	123.000,0	123.000,0	123.000,0
10	1005		231 03	Bundesmittle für "Freiwilligendienst aller Generationen"	0,0	103,5	103,5	0,0	0,0
10	1017	02	231 02	Vom Bund für Leistungen nach § 80 SVG und § 47 ZDG (Darlehen)	2,5	2,5	2,5	2,5	2,5
10	1017	02	231 03	Vom Bund für Leistungen der Kriegspferfürsorge (Darlehen)	8,0	4,4	4,4	4,4	4,4
10	1017	02	231 04	Vom Bund für Leistungen der Kriegspferfürsorge (sonstige Hilfen)	144,0	88,0	88,0	88,0	88,0
10	1017	02	231 07	Vom Bund für Leistungen nach § 80 SVG und § 47 ZDG (sonstige Hilfen)	680,0	678,0	678,0	678,0	678,0
10	1017	03	231 01	Vom Bund für Leistungen - OEG -	68,0	70,4	72,6	72,6	72,6
10	1017	03	231 08	Vom Bund für Leistungen nach dem OEG (Darlehen)	2,0	0,4	0,4	0,4	0,4
10	1017	05	231 05	Vom Bund für sonstige Hilfen - StrRehaG -	4,6	4,6	4,6	4,6	4,6
10	1017	05	231 09	Vom Bund für Darlehen - StrRehaG -	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
10	1025		231 04	Bundesmittle für internationalen Jugendaustausch	0,5	0,5	0,5	0,5	0,5
10	1025		231 05	Bundesmittle für Maßnahmen für Demokratie und Toleranz	300,0	250,0	0,0	0,0	0,0
10	1026		231 01	Erstattungen des Bundes im Rahmen des Unterhaltsvorschussgesetzes	8.011,9	8.714,7	8.714,7	8.714,7	8.714,7
11	1102		211 01	Sonderbedarfs-BEZ zum Ausgleich von Sonderlasten durch die strukturelle Arbeitslosigkeit	128.000,0	128.000,0	128.000,0	128.000,0	128.000,0
11	1102		211 02	Fehlbetrags-BEZ	195.000,0	167.000,0	173.000,0	183.000,0	193.000,0
11	1102		211 03	BEZ zum Abbau teilungsbedingter Lasten	1.002.012,0	921.205,0	845.785,0	764.977,0	689.557,0
11	1102		211 04	BEZ wegen Kosten der politischen Führung	61.355,0	61.355,0	61.355,0	61.355,0	61.355,0
11	1102		211 05	Länderanteil am Mautaufkommen nach dem Gesetz zur Änderung KFZ-steuerlicher und autobahnmautrechtlicher Vorschriften	4.000,0	0,0	0,0	0,0	0,0
11	1102		211 06	Zuweisungen vom Bund zum Ausgleich der weggefallenen Einnahmen aus der Kraftfahrzeugsteuer und der LKW-Maut	0,0	162.994,6	162.994,6	162.994,6	162.994,6
11	1102		231 01	Erstattungen vom Bund gem. § 18a Finanzverwaltungsgesetz	0,0	3.081,6	3.081,6	3.081,6	3.081,6
11	1105		231 01	Anteilmäßige Erstattung von Versorgungslasten durch den Bund	1.080,0	1.194,9	1.262,3	1.311,8	1.336,6
11	1107		231 01	Anteilmäßige Erstattung von Versorgungslasten durch den Bund für Fälle gem. § 3 Abs. 1 VersFondsG M-V	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
11	1111	01	231 14	Erstattungen vom Bund für Schadensersatzforderungen aus Anlass von Unfällen (Bereitschaftspolizei)	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
12	1216	01	231 02	Zuweisungen vom Bund für die Durchführung von Bundesbauaufgaben	18.750,0	26.197,0	15.712,0	13.000,0	12.000,0
15	1504	01	231 01	Erstattung des Anteils des Bundes am Wohngeld	15.100,0	30.000,0	30.000,0	30.000,0	30.000,0

Laufende Einnahmen vom Bund

- Beträge in TEUR -

EPL	KAP	MG	Titel	Zweckbestimmung	HPL 2009	HPL 2010	HPL 2011	FPL 2012	FPL 2013
15	1504	11	171 02	Einnahmen aus Kompensationszahlungen zur Abdeckung von Rückflüssen des Bundes an den Landeshaushalt aus vorfinanzierten Altprogrammen	611,5	416,0	110,4	0,0	0,0
15	1506		231 01	Beitrag des Bundes zu den Kosten der Entwurfsbearbeitung und Bauüberwachung für Bundesfernstraßen und Bundesautobahnen	2.599,0	4.500,0	3.375,0	2.599,0	2.599,0
15	1506	61	231 11	Erstattungen des Bundes im Rahmen der gemeinsamen Straßenunterhaltung	13.603,6	13.985,6	14.029,0	14.029,0	14.029,0
15	1506	61	231 12	Erstattungen des Bundes für Abrechnungsbeträge aus Vorjahren im Rahmen der gemeinsamen Straßenunterhaltung	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
15	1507		231 01	Zuweisungen des Bundes im Rahmen der Regionalisierung des SPNV/ÖPNV	214.900,0	218.298,1	221.722,5	225.198,5	228.726,6
15	1507		231 02	Zuweisungen des Bundes für Ausgleichsleistungen an nichtbundeseigene öffentliche Eisenbahnen	30,0	0,0	0,0	0,0	0,0

Zusammenstellung der investiven Einnahmen vom Bund

Summen:	271.753,1	280.950,6	283.033,3	275.071,8	268.454,4
Investive Einnahmen vom Bund	- Beträge in TEUR -				

EPL	KAP	MG	Titel	Zweckbestimmung	HPL 2009	HPL 2010	HPL 2011	FPL 2012	FPL 2013
04	0410		331 01	Zuweisungen des Bundes für den Bau von Sportstätten	240,0	240,0	240,0	240,0	240,0
06	0603		331 06	Erstattung vom Bund für Infrastrukturmaßnahmen und betriebliche Investitionen	70.320,0	71.589,6	71.901,8	65.320,0	65.320,0
07	0702	01	331 01	Bundesanteil an der Ausbildungsförderung für Darlehen an Studierende	17.901,8	16.323,4	16.216,2	16.023,1	15.958,8
07	0718		331 04	Zuweisungen des Bundes im Rahmen des Programms "Investitionen für nationale Kultureinrichtungen in Ostdeutschland"	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
07	0750		331 03	Zuweisungen des Bundes für Ganztagschulen aus dem Investitionsprogramm "Zukunft, Bildung und Betreuung" (IZBB)	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
07	0770		331 02	Zuweisungen des Bundes für Forschungseinrichtungen der WGL	2.696,0	2.871,0	2.875,0	3.038,0	3.348,9
07	0770		331 03	Zuweisung des Bundes für Erwerb und Umbau eines Forschungsschiffs	1.285,0	1.965,0	0,0	0,0	0,0
07	0770		331 04	Zuweisungen der Deutschen Forschungsgemeinschaft für die Förderung von Großgeräten gemäß § 8 Ausführungsvereinbarung Forschungsbauten an Hochschulen einschl. Großgeräten (AV-FuG)	346,0	345,5	0,0	0,0	0,0
07	0770		331 05	Zuweisungen des Bundes für Hochschul- und Klinikinvestitionen nach Art. 143c GG	2.700,0	3.200,0	3.700,0	4.100,0	4.100,0
07	0770		331 08	Zuweisungen des Bundes für den Ergänzungsbau für das Leibniz-Institut für Katalyse infolge der Ansiedlung des Bereiches Angewandte Chemie Berlin-Adlershof	1.272,5	0,0	0,0	0,0	0,0
07	0770		331 09	Zuweisung des Bundes für den Ergänzungsbau für das Leibniz-Institut für Plasmaforschung und Technologie e.V. Greifswald (INP)	0,0	828,0	0,0	0,0	0,0
07	0779		331 02	Zuweisungen des Bundes für Forschungseinrichtungen der WGL	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
07	0779		331 03	Zuweisung des Bundes zum Ersatzbau des Forschungsschiffes Prof. A. Penck	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
08	0802	73	331 73	Zuschuss des Bundes für Investitionen an das "Leibniz-Institut für Nutztierbiologie"	1.000,0	1.550,0	1.550,0	350,0	550,0
08	0803		331 04	Zuweisungen des Bundes zur Förderung der Breitbandversorgung	0,0	786,0	0,0	0,0	0,0
08	0803		331 12	Zuweisungen des Bundes für Küstenschutzmaßnahmen im Rahmen der GAK	8.750,0	8.750,0	8.680,0	8.680,0	8.680,0
08	0803		331 13	Zuweisungen des Bundes für den Sonderrahmenplan Küstenschutz	0,0	3.100,0	3.200,0	3.100,0	2.200,0
08	0803	01	331 01	Zuweisungen für Investitionen für Maßnahmen der Dorferneuerung	4.843,6	9.037,6	7.601,0	7.443,8	7.748,0
08	0803	01	331 02	Zuweisungen für Investitionen für einzelbetriebliche Fördermaßnahmen	2.235,0	2.447,8	2.447,8	2.684,0	2.921,8
08	0803	01	331 03	Zuweisungen für Investitionen für Maßnahmen der Marktstrukturverbesserung	3.087,0	1.518,3	1.668,3	1.709,9	1.578,4
08	0803	01	331 06	Zuweisungen für Investitionen des ländlichen Wegebbaus	439,7	439,6	439,7	439,7	439,7
08	0803	01	331 07	Zuweisungen für Investitionen für forstliche Maßnahmen	2.220,0	2.430,0	2.430,0	2.430,0	2.430,0

Investive Einnahmen vom Bund

- Beträge in TEUR -

EPL	KAP	MG	Titel	Zweckbestimmung	HPL 2009	HPL 2010	HPL 2011	FPL 2012	FPL 2013
08	0803	01	331 08	Zuweisungen für Investitionen für sonstige agrarstrukturelle Maßnahmen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
08	0803	01	331 09	Für Maßnahmen der Flurbereinigung	10.366,1	9.304,9	9.722,8	9.818,2	9.912,2
08	0803	01	331 11	Zuweisungen des Bundes für wasserwirtschaftliche Maßnahmen im Rahmen der GAK	5.495,6	5.338,3	6.965,9	7.070,9	6.954,9
08	0804		331 03	Zuweisung der Bundesfernstraßenverwaltung für das EU-LIFE-Projekt "Naturraumsanierung Galenbecker See für prioritäre Arten"	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
10	1027		331 01	Zuweisungen des Bundes im Rahmen des Investitionsprogramms "Kinderbetreuungsfinanzierung"	6.710,0	6.576,0	6.444,0	6.315,0	6.191,5
12	1201		331 11	Zuweisungen des Bundes aus dem Programm "Investitionen für nationale Kultureinrichtungen Ostdeutschlands" (Blaubuch-Förderung)	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
12	1207		331 02	Zuweisung des Bundes für Bauunterhaltung und Baumaßnahmen des Institutes für Ostseeforschung	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
12	1208		331 03	Erstattungen des Bundes für die Investitionsmaßnahme - Unterbringung der Fachagentur für nachwachsende Rohstoffe	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
12	1212		331 01	Zuweisungen des Bundes für Hochschul- und Klinikinvestitionen nach Artikel 143 c GG	21.358,0	20.858,0	20.358,0	19.958,0	19.958,0
12	1212		331 03	Zuweisungen des Bundes für Forschungsbauten an den Hochschulen des Landes nach Artikel 91 b GG	1.000,0	2.450,0	4.100,0	4.778,0	3.500,0
15	1501	70	331 70	Zuweisungen des Bundes im Rahmen einer Verwaltungsvereinbarung zwischen Bund und Ländern zur Abgeltung von Hafentlasten	2.556,0	2.556,0	2.556,0	2.556,0	2.556,0
15	1504	07	331 01	Finanzhilfen des Bundes für Zuschüsse für Sanierungs- und Entwicklungsmaßnahmen in Städten und Dörfern	9.906,6	8.188,0	7.093,0	6.548,0	6.284,0
15	1504	07	331 03	Finanzhilfen des Bundes für den städtebaulichen Denkmalschutz	10.524,8	10.276,0	10.002,0	9.855,0	9.740,0
15	1504	07	331 06	Finanzhilfen des Bundes Soziale Stadt	2.342,0	2.318,4	2.352,0	2.364,0	2.411,0
15	1504	07	331 19	Finanzhilfen des Bundes für Aufwertungsmaßnahmen im Rahmen des Stadtumbaus Ost	6.623,8	6.751,4	7.328,0	7.646,0	7.916,0
15	1504	07	331 21	Finanzhilfen des Bundes für Maßnahmen zur Rückführung der städtischen Infrastruktur im Rahmen des Stadtumbau Ost	990,0	1.064,0	1.108,0	1.122,0	1.166,0
15	1504	07	331 26	Finanzhilfen des Bundes für die Modernisierung/ Instandsetzung und energetische Erneuerung von Schulen, Kindertagesstätten und öffentlichen Gebäuden im Rahmen des Investitionspaktes	1.950,0	3.859,0	5.579,0	4.972,0	2.755,0
15	1504	07	331 27	Finanzhilfen des Bundes zur Förderung von Investitionen in nationale UNESCO-Welterbestätten	0,0	1.474,0	2.948,0	2.948,0	0,0
15	1504	08	331 20	Finanzhilfen des Bundes für Maßnahmen des Rückbaus im Rahmen des Stadtumbaus Ost	5.652,8	5.313,5	5.393,0	5.436,0	5.468,0
15	1504	08	331 22	Finanzhilfen des Bundes zur Förderung der Wohneigentumsbildung im Rahmen des Stadtumbaus Ost	235,0	235,0	118,0	0,0	0,0

Investive Einnahmen vom Bund

- Beträge in TEUR -

EPL	KAP	MG	Titel	Zweckbestimmung	HPL 2009	HPL 2010	HPL 2011	FPL 2012	FPL 2013
15	1504	11	331 24	Zweckgebundene Einnahmen für investive Maßnahmen der Wohnraumförderung aus dem Sondermögen "Wohnraumförderung Mecklenburg-Vorpommern"	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
15	1504	11	331 25	Zweckgebundene Zuweisungen für investive Maßnahmen der Wohnraumförderung aus Kompensationszahlungen des Bundes 2007 bis 2013	20.709,5	20.905,0	21.210,6	21.321,0	21.321,0
15	1504	11	331 99	Zweckgebundene Zuweisungen für investive Maßnahmen der Wohnraumförderung aus Kompensationszahlungen des Bundes ab 2014	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
15	1506	61	331 11	Erstattungen des Bundes für Investitionen im Rahmen der gemeinsamen Straßenunterhaltung	1.039,3	1.094,0	1.837,9	1.837,9	1.837,9
15	1507		331 01	Zuweisungen des Bundes für kommunale Straßenbaumaßnahmen	17.478,5	17.478,5	17.478,5	17.478,5	17.478,5
15	1507		331 02	Zuweisungen des Bundes zur Verbesserung des Öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV)	17.478,5	17.478,5	17.478,5	17.478,5	17.478,5
15	1507		331 03	Zuweisungen des Bundes für Investitionen im Rahmen der Regionalisierung des SPNV/ÖPNV	10.000,0	10.010,3	10.010,3	10.010,3	10.010,3

Anlage 8

Zusammenstellung der EU-Einnahmen

Zusammenstellung der laufenden Einnahmen von der EU

Summen:	126.424,0	121.603,5	104.010,2	102.631,3	104.851,3
Laufende Einnahmen von der EU	- Beträge in TEUR -				

EPL	KAP	MG	Titel	Zweckbestimmung	HPL 2009	HPL 2010	HPL 2011	FPL 2012	FPL 2013
03	0301	03	272 02	Zuschüsse der Europäischen Gemeinschaft für Informationsmaßnahmen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
04	0406		272 01	Zuschuss der Europäischen Union für eine Fachtagung	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
04	0407		271 01	Erstattungen der Europäischen Union	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
06	0601		272 01	Zuschüsse der EU für die Teilnahme an Partnerschaftsprojekten zur Vorbereitung der Bewerberländer auf den Beitritt zur EU (Twinning)	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
06	0602		271 02	Erstattungen des EFRE für das Land Mecklenburg- Vorpommern - Förderzeitraum 2007-2013	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
06	0602	77	271 99	Für Maßnahmen aus dem EFRE 2014 - 2020	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
06	0608		272 20	Erstattungen des ESF für das Land MV 2000 bis 2006	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
06	0608		272 21	Erstattungen des ESF für das Land MV 2004 bis 2006 (aus Bundesanteilen)	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
06	0608		272 60	Erstattungen des ESF für das Land MV 2007 bis 2013	89.137,6	70.675,6	54.917,7	49.384,4	47.147,1
06	0608		272 61	Erstattungen des ESF für das Land MV 2007 bis 2013 (aus Bundesanteilen)	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
06	0608	77	272 99	Für Maßnahmen des ESF 2014 - 2020	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
07	0750		272 01	Sonstige Zuschüsse der EU	0,0	220,0	220,0	220,0	140,0
08	0801		271 01	Erstattungen der EU im Rahmen des Programms "Phare/Twinningprojekt" für Pauschalentschädigungen nicht erfasster Aufwendungen beim Einsatz von Landesexperten	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
08	0801		271 03	Einnahmen aus der Technischen Hilfe zur Umsetzung des Operationellen Programms und der EU-Gemeinschaftsinitiative "LEADER+" 2000-2006	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
08	0801		271 04	Erstattungen der EU im Rahmen des Programms "Phare" für Vergütungen u.a. von entsandten Landesbediensteten	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
08	0801		271 05	Einnahmen aus der Technischen Hilfe im Rahmen des Entwicklungsprogramms für den ländlichen Raum M-V 2007-2013 (EPLR) und des "Europäischen Fischereifonds 2007-2013 (EFF)"	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
08	0802		271 07	Erstattungen der EU für spezifische Veterinärmaßnahmen, Kontrollmaßnahmen im Veterinärbereich und für Programme zur Tilgung und Überwachung von Tierseuchen	50,0	300,0	100,0	50,0	50,0
08	0802		271 12	Einnahmen aus der Erhebungskostenpauschale für den EGFL	0,0	100,0	100,0	100,0	100,0
08	0802		272 08	Zuschüsse von der EU für forstliches Monitoring	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
08	0802		272 15	Erstattungen aus dem EGFL für Maßnahmen zur Verbesserung der Erzeugung und Vermarktung von Honig	41,7	51,7	51,7	51,7	51,7
08	0802		272 16	Zuschüsse der EU für Interreg IV C	250,0	0,0	0,0	0,0	0,0

Laufende Einnahmen von der EU

- Beträge in TEUR -

EPL	KAP	MG	Titel	Zweckbestimmung	HPL 2009	HPL 2010	HPL 2011	FPL 2012	FPL 2013
08	0802		272 30	Zuschüsse der EU im Rahmen von Interreg IV C für die teilnehmenden Partnerländer	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
08	0802		272 32	Erstattungen für das Projekt "Parks & Benefits" im Rahmen des Baltic Sea Region Programmes (Europäische territoriale Zusammenarbeit, INTERREG)	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
08	0802		272 34	Erstattungen der Ausgaben des Lead Partners für das Projekt "LIVEABLE GARDENS" im Rahmen von INTERREG IV B CENTRAL EUROPE	0,0	90,0	0,0	0,0	90,0
08	0802		272 35	Erstattungen der Projektmanagerkosten für das Projekt "LIVEABLE GARDENS" im Rahmen von INTERREG IV B CENTRAL EUROPE	0,0	240,0	0,0	0,0	0,0
08	0802		272 36	Erstattungen von der EU für das Projekt "COHIBA" im Rahmen des INTERREG III B	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
08	0802	06	272 05	Für nicht investive Maßnahmen "LEADER+" (EAGFL, Abt. Ausrichtung)	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
08	0802	06	272 17	Für Maßnahmen der Technischen Hilfe "LEADER+" (EAGFL, Abt. Ausrichtung)	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
08	0802	07	272 01	Für Maßnahmen der Technischen Hilfe (EAGFL, Abt. Ausrichtung)	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
08	0802	07	272 02	Für Maßnahmen zur Weiterbildung von Landwirten und in der Landwirtschaft Tätigen (EAGFL, Abt. Ausrichtung)	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
08	0802	07	272 03	Für Maßnahmen zur Sachkostenförderung der Projekte zur Landschaftspflege (EAGFL, Abt. Ausrichtung)	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
08	0802	07	272 18	Für Maßnahmen zur Aufrechterhaltung und Verbesserung der ökologischen Stabilität von Wäldern (EAGFL, Abt. Ausrichtung)	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
08	0802	07	272 19	Für Aufträge an Dritte zur Feststellung und Neuordnung von Eigentumsverhältnissen entsprechend §§ 53 und 62 Landwirtschaftsanpassungsgesetz (EAGFL, Abt. Ausrichtung)	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
08	0802	09	272 04	Aufträge an Dritte zur Feststellung und Neuordnung von Eigentumsverhältnissen nach dem 8. Abschnitt des LwAnpG aus dem ELER, SP I	3.529,5	3.216,9	2.964,9	1.956,3	1.452,3
08	0802	09	272 07	Für Maßnahmen der Technischen Hilfe aus dem ELER	900,0	900,0	1.140,0	1.140,0	1.020,0
08	0802	09	272 09	Für Maßnahmen zur Förderung von Berufs- und Informationsmaßnahmen im ländlichen Raum aus dem ELER, SP I	600,0	375,0	375,0	375,0	375,0
08	0802	09	272 11	Für Maßnahmen zur Zusammenarbeit bei der Entwicklung neuer Produkte, Verfahren und Technologien in der Forstwirtschaft aus dem ELER, SP I	90,0	187,5	187,5	187,5	187,5
08	0802	09	272 12	Für Maßnahmen zur Aufrechterhaltung und Verbesserung der ökologischen Stabilität von Wäldern aus dem ELER, SP II	328,8	345,6	417,6	734,4	652,8
08	0802	09	272 13	Für Maßnahmen der integrierten Obst- und Gemüseproduktion aus dem ELER, SP II	800,0	560,0	600,0	600,0	600,0

Laufende Einnahmen von der EU

- Beträge in TEUR -

EPL	KAP	MG	Titel		Zweckbestimmung	HPL 2009	HPL 2010	HPL 2011	FPL 2012	FPL 2013
08	0802	09	272	14	Für Maßnahmen der integrierten Obst- und Gemüseproduktion (Altverpflichtungen) aus dem ELER, SP II	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
08	0802	09	272	22	Für Maßnahmen im Rahmen von LEADER zur Förderung des Managements aus dem ELER, SP IV	932,0	950,0	962,0	972,0	982,0
08	0802	09	272	23	Für Maßnahmen der naturschutzgerechten Grünlandnutzung und Rastplatzprogramm aus dem ELER, SP II (Altverpflichtungen)	2.800,0	1.290,0	40,0	0,0	0,0
08	0802	09	272	24	Für Maßnahmen des Vertragsnaturschutzes auf Grünlandflächen aus dem ELER, SP II	3.619,6	8.880,0	9.520,0	9.670,4	9.930,0
08	0802	09	272	25	Für Maßnahmen für nichtproduktive Investitionen zur Erhaltung und Verpflichtung im Rahmen von AUM aus dem ELER, SP II	20,0	20,0	20,0	20,0	20,0
08	0802	09	272	26	Für Maßnahmen zur Förderung von Bewirtschaftungsplänen und Sensibilisierungsmaßnahmen in NATURA 2000-Gebieten aus dem ELER, SP III	1.152,0	1.152,0	1.152,0	1.152,0	1.152,0
08	0802	09	272	27	Für Maßnahmen zur Kompetenzentwicklung und Sensibilisierung im Hinblick auf die Ausarbeitung und Umsetzung lokaler Agenden aus dem ELER, SP III	225,0	0,0	0,0	0,0	0,0
08	0802	09	272	28	Für Maßnahmen der Sachkostenförderung der Projekte der Landschaftspflege aus dem ELER, SP III	69,0	69,0	69,0	69,0	69,0
08	0802	09	272	29	Für Maßnahmen der Landesforstanstalt zur FFH-Managementplanung im Wald aus dem ELER, SP III	1.080,0	750,0	270,0	195,0	0,0
08	0802	09	272	31	Für Maßnahmen der naturschutzgerechten Bewirtschaftung von Flächen in Teilen von NATURA-2000-Gebieten aus dem ELER, SP II	1.520,0	0,0	0,0	0,0	0,0
08	0802	09	272	33	Für Maßnahmen zur Zusammenarbeit bei der Entwicklung innovativer Produkte, Verfahren und Technologien in der Land- und Ernährungswirtschaft aus dem ELER, SP I	0,0	30,0	30,0	30,0	30,0
08	0803	12	272	06	Für Evaluierung AFP/Marktstruktur (EAGFL, Abt. Ausrichtung) im Rahmen der Technischen Hilfe	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
08	0803	15	272	04	Für Maßnahmen ökologischer Anbauverfahren aus dem ELER, SP II	10.050,8	10.802,0	10.920,0	11.480,0	12.190,0
08	0803	15	272	07	Für Maßnahmen ökologischer Anbauverfahren aus dem ELER, SP II (Altverpflichtungen)	1.469,2	1.279,2	0,0	0,0	0,0
08	0803	15	272	09	Für Maßnahmen der umwelt- und tierartgerechten Haltungsverfahren aus dem ELER, SP II	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
08	0803	15	272	10	Für Maßnahmen der Ausgleichszulage in benachteiligten Gebieten aus dem ELER, SP II	4.220,0	5.900,0	5.900,0	5.900,0	5.900,0
08	0803	15	272	11	Für Maßnahmen der Flurbereinigung aus dem ELER, SP I	2.401,2	0,0	0,0	0,0	0,0
08	0803	16	272	01	Für Maßnahmen der umwelt- und tiergerechten Haltungsverfahren	0,0	6.403,7	7.237,5	10.347,3	13.526,6
08	0803	16	272	02	Für Maßnahmen des erosionsmindernden Ackerfütterbaus	0,0	2.500,0	2.500,0	2.500,0	2.500,0
08	0803	16	272	03	Für Maßnahmen der Winterbegrünung sowie der Mulch- und Direktsaatverfahren	0,0	3.200,0	3.200,0	3.200,0	3.200,0
08	0803	16	272	05	Für Maßnahmen der Blühflächen und Blühstreifen	0,0	500,0	500,0	500,0	500,0

Laufende Einnahmen von der EU

- Beträge in TEUR -

EPL	KAP	MG	Titel	Zweckbestimmung	HPL 2009	HPL 2010	HPL 2011	FPL 2012	FPL 2013
08	0803	16	272 12	Verstärkung AFP/A	0,0	0,0	0,0	1.181,0	2.370,0
08	0811		271 01	Erstattung der EU für spezifische Veterinärmaßnahmen, Kontrollmaßnahmen im Veterinärbereich und für Programme zur Tilgung und Überwachung von Tierseuchen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
08	0811		271 03	Erstattung EU Programm TSE-Untersuchung	660,0	275,0	275,0	275,0	275,0
08	0813		272 01	Einnahmen aus Zahlung der Einheitlichen Betriebsprämie der EU	35,0	29,8	29,8	29,8	29,8
08	0817		271 01	Erstattung von der EU für das Projekt "Tourism in the Baltic Sea Region" im Rahmen INTERREG IV C des Nationalparkamtes Müritz und des Amtes für das Biosphärenreservat Südost-Rügen	105,1	0,0	0,0	0,0	0,0
08	0817		271 02	Einnahmen von der EU für das Projekt "Parks & Benefits" für die Projektpartner Nationalpark Müritz und Biosphärenreservat Südost-Rügen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
15	1501	40	272 44	Zuweisungen der EU für Projekte der transnationalen Zusammenarbeit zur Regionalentwicklung	337,5	310,5	310,5	310,5	310,5
15	1504	08	272 44	Zuweisungen der EU für INTERREG III B-Projekte im Wohnungswesen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
15	1507		271 01	Erstattungen der EU aus dem Programm VIKING	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0

Zusammenstellung der investiven Einnahmen von der EU

Summen:	280.957,3	288.188,9	364.782,9	372.762,1	293.415,5
Investive Einnahmen von der EU	- Beträge in TEUR -				

EPL	KAP	MG	Titel	Zweckbestimmung	HPL 2009	HPL 2010	HPL 2011	FPL 2012	FPL 2013
06	0602		346 01	Erstattungen des EFRE für das Land Mecklenburg-Vorpommern - Förderzeitraum 2007-2013	176.586,8	180.118,5	183.720,9	185.395,3	178.559,8
06	0602		346 04	Erstattung der EU aus dem Programm INTERREG - Förderzeitraum 1995 - 1999	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
06	0602		346 05	Erstattung der EU aus dem Programm INTERREG III A - Förderzeitraum 2000 - 2006	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
06	0602		346 06	Erstattung der EU aus dem Programm URBAN II - Förderzeitraum 2001 - 2006	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
06	0602		346 07	Erstattung der EU aus dem Programm INTERREG IV A - Förderzeitraum 2007 - 2013	6.697,1	6.963,0	7.236,8	7.472,9	7.715,7
06	0602	77	346 99	Für Maßnahmen aus dem EFRE 2014 - 2020	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
06	0603		346 05	Erstattung des EFRE für das Land Mecklenburg-Vorpommern - Förderzeitraum 2000 - 2006	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
08	0802		346 07	Zuweisung von EU-Mitteln für das Operationelle Programm FIAF 2000-2006 zur Förderung der See-, Küsten- und Binnenfischerei, der Fischereihäfen, der Aquakultur und der Fischwirtschaft	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
08	0802		346 22	Zuweisungen aus dem Europäischen Fischereifonds für die Förderperiode 2007-2013 (EFF)	9.284,8	9.291,8	9.295,3	9.295,2	9.291,3
08	0802	06	346 16	Für investive Maßnahmen "LEADER+" (EAGFL, Abt. Ausrichtung)	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
08	0802	07	346 08	Für Maßnahmen im ländlichen Raum, die nicht über die Gemeinschaftsaufgabe "Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes" gefördert werden (EAGFL, Abt. Ausrichtung)	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
08	0802	07	346 14	Für Maßnahmen der Diversifizierung im ländlichen Raum, die nicht im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe gefördert werden (EAGFL, Abt. Ausrichtung)	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
08	0802	07	346 15	Für Maßnahmen des Tourismus im ländlichen Raum, die nicht im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe gefördert werden (EAGFL, Abt. Ausrichtung)	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
08	0802	07	346 18	Für Maßnahmen zur Waldbrandvorbeugung im Land M-V (EAGFL, Abt. Ausrichtung)	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
08	0802	09	346 01	Für Maßnahmen zur Erhöhung der Wertschöpfung forstwirtschaftlicher Erzeugnisse aus dem ELER, SP I	375,0	37,5	37,5	37,5	37,5
08	0802	09	346 02	Für Maßnahmen zur Waldbrand- und Kalamitätsvorbeugung im Land M-V aus dem ELER, SP II	240,0	396,0	456,0	428,0	564,0
08	0802	09	346 03	Für Maßnahmen zur Waldmehrung auf landwirtschaftlichen und nichtlandwirtschaftlichen Flächen der Landesforstanstalt aus dem ELER, SP II	80,0	20,0	20,0	20,0	20,0

Investive Einnahmen von der EU

- Beträge in TEUR -

EPL	KAP	MG	Titel	Zweckbestimmung	HPL 2009	HPL 2010	HPL 2011	FPL 2012	FPL 2013
08	0802	09	346 05	Für Maßnahmen zum Ausbau der Erholungsinfrastruktur im Wald aus dem ELER, SP II	40,0	100,0	100,0	100,0	100,0
08	0802	09	346 06	Für nichtproduktive Investitionen auf Flächen der Landesforstanstalt aus dem ELER, SP II	2.074,0	2.680,0	3.020,0	3.048,0	2.912,0
08	0802	09	346 09	Für Maßnahmen des Tourismus im ländlichen Raum, die nicht im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe gefördert werden (ELER, SP III)	1.800,0	1.800,0	1.800,0	1.800,0	1.800,0
08	0802	09	346 10	Für Maßnahmen zur Förderung des Aufbaus von Dienstleistungseinrichtungen aus dem ELER, SP III	1.500,0	1.500,0	1.500,0	1.500,0	1.500,0
08	0802	09	346 11	Für Maßnahmen der Dorferneuerung, die nicht im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe gefördert werden (ELER, SP III)	2.968,8	2.658,6	2.550,6	2.075,4	2.197,8
08	0802	09	346 12	Für Maßnahmen zur Förderung von Sportstätten durch das Innenministerium aus dem ELER, SP III	1.440,0	1.440,0	1.440,0	1.440,0	1.440,0
08	0802	09	346 13	Für Maßnahmen der Denkmalpflege durch das Bildungsministerium aus dem ELER, SP III	3.126,0	2.615,6	2.615,6	2.615,6	2.618,6
08	0802	09	346 25	Für Maßnahmen zur Förderung der Sanierung von Schlossanlagen - Redefin- aus dem ELER, SP III	975,0	975,0	1.176,0	975,0	975,0
08	0802	09	346 26	Für Maßnahmen im Rahmen von LEADER aus dem ELER, SP IV	5.000,0	5.000,0	7.448,0	8.465,2	14.537,6
08	0802	09	346 27	Für Maßnahmen für nichtproduktive Investitionen zur Steigerung des öffentlichen Wertes von NATURA 2000 Gebieten oder anderer Gebiete von hohem Naturwert aus dem ELER, SP II	278,0	278,0	278,0	278,0	278,0
08	0802	09	346 28	Für Maßnahmen zur nachhaltigen Entwicklung von Gewässern und Feuchtlebensräumen aus dem ELER, SP III (u.a. Moorschutz)	3.858,0	3.160,2	3.160,2	3.160,2	3.160,2
08	0802	09	346 29	Für Maßnahmen zur Förderung von Kleinkläranlagen aus dem ELER, SP III	3.000,0	3.000,0	3.000,0	3.000,0	3.000,0
08	0802	09	346 30	Für Maßnahmen zur nachhaltigen Entwicklung von Gewässern und Feuchtlebensräumen aus dem ELER, SP III (Seensanierung)	1.071,0	1.071,0	1.071,0	1.071,0	1.068,0
08	0802	09	346 31	Für Maßnahmen zur Förderung der Sanierung von Schlossanlagen aus dem ELER, SP III	5.190,0	6.321,5	6.321,5	6.321,5	5.190,4
08	0802	09	346 32	Für Maßnahmen des Moorschutzes aus dem ELER, SP III	0,0	697,8	697,8	697,8	697,8
08	0802	77	346 98	Für Maßnahmen aus dem ELER-Nachfolgeprogramm	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
08	0802	77	346 99	Für Maßnahmen aus dem EFF-Nachfolgeprogramm	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
08	0803		346 26	Erstattungen der EU für Maßnahmen im Rahmen des EAGFL / Abt. Ausrichtung (OP 2000-2006)	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
08	0803	12	346 03	Für Maßnahmen der einzelbetrieblichen Förderung (EAGFL, Abt. Ausrichtung) im Rahmen des Operationellen Programms 2000 bis 2006	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
08	0803	12	346 06	Für Maßnahmen der Flurbereinigung (EAGFL, Abt. Ausrichtung) im Rahmen des Operationellen Programms 2000 bis 2006	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
08	0803	12	346 07	Für Maßnahmen des Wegebaus (EAGFL, Abt. Ausrichtung) im Rahmen des Operationellen Programms 2000 bis 2006	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0

Investive Einnahmen von der EU

- Beträge in TEUR -

EPL	KAP	MG	Titel		Zweckbestimmung	HPL 2009	HPL 2010	HPL 2011	FPL 2012	FPL 2013
08	0803	12	346	12	Für Maßnahmen der Dorferneuerung (EAGFL, Abt. Ausrichtung) im Rahmen des Operationellen Programms 2000 bis 2006	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
08	0803	12	346	13	Für Maßnahmen der Marktstrukturentwicklung (EAGFL, Abt. Ausrichtung) im Rahmen des Operationellen Programms 2000 bis 2006	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
08	0803	12	346	15	Für Maßnahmen im ländlichen Raum (EAGFL, Abt. Ausrichtung) im Rahmen des Operationellen Programms 2000 bis 2006	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
08	0803	15	346	04	Für Maßnahmen zur Marktstrukturverbesserung aus dem ELER, SP I	4.591,8	4.591,8	4.591,8	4.784,7	4.891,6
08	0803	15	346	05	Für Maßnahmen des Wegebbaus außerhalb der Flurbereinigung aus dem ELER, SP I	2.198,4	2.198,4	2.198,1	2.198,1	2.198,1
08	0803	15	346	08	Für Maßnahmen des Wegebbaus innerhalb der Flurbereinigung aus dem ELER, SP I	12.900,0	11.263,4	12.924,0	13.125,0	1.225,0
08	0803	15	346	09	Für Maßnahmen des Agrarinvestitionsprogramms Teil A aus dem ELER, SP I	11.435,5	11.435,5	11.435,5	11.435,5	11.104,6
08	0803	15	346	10	Für Maßnahmen des Agrarinvestitionsprogramms Teil B -Diversifizierung- aus dem ELER, SP III	803,4	803,4	803,4	803,4	804,6
08	0803	15	346	11	Für Maßnahmen zur Förderung ländlicher Abwasseranlagen aus dem ELER, SP III	7.259,7	8.266,2	9.787,2	10.312,5	9.732,3
08	0803	15	346	16	Für Maßnahmen zur Förderung von Schutzpflanzungen aus dem ELER, SP III	300,0	300,0	300,0	300,0	300,0
08	0803	15	346	17	Für Maßnahmen zur Unternehmensgründung und -entwicklung im ländlichen Raum aus dem ELER, SP III	7.140,0	7.140,0	7.140,0	7.140,0	7.140,0
08	0803	15	346	18	Für Maßnahmen des Tourismus im ländlichen Raum, die durch das Wirtschaftsministerium gefördert werden aus dem ELER, SP III	6.600,0	7.110,4	7.110,4	7.110,4	7.110,4
08	0803	15	346	20	Für Maßnahmen zur nachhaltigen Entwicklung von Gewässern und Feuchtlebensräumen aus dem ELER, SP III (Gewässerausbau)	2.142,0	2.142,0	2.142,0	2.142,0	2.142,0
08	0803	15	346	21	Für Maßnahmen der Flurbereinigung aus dem ELER, SP I	0,0	2.451,3	2.403,3	2.211,9	2.101,2
08	0803	16	346	01	Für Maßnahmen an Binnengewässern I. Ordnung	0,0	360,0	5.000,0	5.000,0	5.000,0
08	0803	16	346	02	Für Investitionen naturnaher Gewässerausbau an II. Ordnung	0,0	0,0	2.000,0	2.000,0	2.000,0
08	0803	77	346	98	Für Maßnahmen aus dem ELER-Nachfolgeprogramm	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
08	0803	77	346	99	Für Maßnahmen aus dem Modulationsnachfolgeprogramm	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
08	0804	62	346	62	Zuwendungen für EU-finanzierte Projekte in Trägerschaft der StÄUN	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
08	0811		346	01	Erstattungen der EU zu den Kontrollkosten für die Erhaltung und Bewirtschaftung der Fischereiressourcen	2,0	2,0	2,0	2,0	2,0
11	1111		346	01	EU-Einnahmen aus der Förderperiode 2000 - 2006	0,0	0,0	60.000,0	65.000,0	0,0

Anlage 9

Kommunaler Finanzausgleich

Finanzausgleichsleistungen im Finanzplanungszeitraum bis 2013 auf Grundlage der Steuerschätzung Mai 2009

		2009	2009	2010	2011	2012	2013
		Haushalt	Steuerschätzung Mai 2009				
	in Mio. €						
1.	Ausgangsdaten						
1.1	Steuern Gemeinden	678,0	669,0	649,0	674,0	718,0	760,0
1.2	Land: Summe Steuern, LFA, BEZ lt. FAG	4.980,8	4.822,9	4.548,9	4.568,0	4.682,9	4.775,2
1.3	Einnahmen insgesamt	5.658,8	5.491,9	5.197,9	5.242,0	5.400,9	5.535,2
2.	Finanzverteilung gemäß § 5 Abs. 2 FAG, ab 2010 gemäß § 7 Abs. 3 Entwurf FAG M-V						
2.1	relativer Anteil der Kommunen (an Zeile 1.3) in %	33,92	33,92	33,99*	33,99	33,99	33,99
2.2	Anteil Kommunen (an Zeile 1.3)	1.919,5	1.862,9	1.766,8	1.781,8	1.835,8	1.881,4
2.3	davon KFA (Basiswert, Zeile 2.2 minus Zeile 1.1)	1.241,5	1.193,9	1.117,8	1.107,8	1.117,8	1.121,4
2.4	Aufstockungsbetrag Familienleistungsausgleich	2,4	2,9	3,1	3,7	4,6	5,5
2.5	Infrastrukturpauschale bzw. Aufstockungsbetrag FAG	20,0	20,0	15,0	10,0	5,0	0,0
2.6	Finanzausgleichsleistungen einschl. Aufstockungsbeträge	1.263,9	1.216,8	1.135,9	1.121,5	1.127,4	1.126,9
2.7	Abrechnungen aus Vorjahren **	64,0	64,0	23,5	-20,0	-27,2	0,0
3.	Finanzausgleichsleistungen einschl. Aufstockungs- und Abrechnungsbeträge	1.327,9	1.280,8	1.159,4	1.101,5	1.100,2	1.126,9
3.1	<i>nachrichtlich: Gesamtfinanzausstattung (Summe Finanzausgleichsleistungen und Steuern der Gemeinden)</i>	1.996,9 ***	1.949,8	1.808,4	1.775,5	1.818,2	1.886,9

* Anstieg wegen Integration des Pauschalbetrags von 1,9 Mio. € für Konnexitätsaltfälle im Zeitraum vom 20.04.2000-20.03.2002 in die Finanzausgleichsleistungen und der Herausnahme der Feuerschutzsteuer aus den Verbundgrundlagen

** 2009: zusätzlich zu Haushalt Rest aus Abrechnung 2007 (42,0 Mio. €) sowie Teilbetrag des Ist 2008 von 22,0 Mio. €, Σ 64 Mio. €
 2010: verbleibender Teilbetrag aus Abrechnung Ist 2008 von 23,5 Mio. €; (Abrechnung Ist 2008 insgesamt: 45,5 Mio. €)
 2011: Teilbetrag aus Abrechnung V-Ist 2009 (minus 47,2 Mio. €) von minus 20,0 Mio. €
 2012: verbleibender Teilbetrag aus Abrechnung V-Ist 2009 von minus 27,2 Mio. €

*** Summe aus gezahlten Finanzausgleichsleistungen 2009 und Gemeindesteuern gemäß Steuerschätzung Mai 2009

Anlage 10

Stellenentwicklung

Übersicht über Stellenänderungen

1. Ressortübergreifende Darstellung

Ziel der Koalitionspartner ist nach Ziffer 333 der Koalitionsvereinbarung die Anpassung der Stellenausstattung an die der westlichen Flächenländer. Das am 28. Januar 2005 beschlossene Personalkonzept 2004 für die Landesverwaltung Mecklenburg-Vorpommern ist fast vollständig umgesetzt worden. Von den insgesamt etwa 10.000 einzusparenden Stellen sind bisher etwa 8.700 Stellen eingespart oder spezifiziert worden. Die mittelfristigen Einsparungen im Stellenplan-Entwurf 2010/2011 genügen aufgrund des anhaltenden Bevölkerungsrückgangs jedoch nicht mehr, um die in der Koalitionsvereinbarung verankerte anzustrebende Stellenausstattung zu erreichen (vgl. hierzu Tabellen 1 bis 3; Zeile A2). Vor diesem Hintergrund hat das Finanzministerium eine Fortschreibung des Personalkonzepts dem Kabinett zur Beschlussfassung vorgelegt (Personalkonzept 2010).

Die nachfolgend beschriebenen Änderungen des Stellenplans beziehen sich auf den Stand der Kabinettsvorlage zum Entwurf des Doppelhaushalts 2010/2011 ohne Schlussfolgerungen aus dem Personalkonzept 2010.

1.1 Haushaltsjahr 2010

Anfang 2010 wird der Stellenbestand im Regelbereich mit 32.302 Stellen nach dem Vollzug aller für 2009 ausgewiesenen kw-Vermerke sowie weiterer Maßnahmen im Saldo um **48** Stellen unter der lt. Stellenplan 2009 für Anfang 2010 erwarteten Stellenzahl (32.350) liegen. Diese geringere Stellenzahl zu Jahresbeginn 2010 ist eine Folge von 384 Stellenübertragungen, darunter 383 in die Maßnahmegruppe 96 „Disponibler Überhang“, 495 Einsparungen sowie 831 neuen Stellen, darunter 265 neue drittfinanzierte Stellen.

Durch Wegfall von 389 Stellen (kw mit Termin in 2010) wird für Ende 2010 eine Stellenzahl von 31.913 erreicht.

1.2 Haushaltsjahr 2011

Anfang 2011 wird sich die Stellenzahl infolge von 85 Einsparungen und 60 neu ausgebrachten Stellen saldiert um **25** auf 31.888 Stellen verringern.

Ende 2011 wird nach Vollzug der 290 kw-Vermerke im Jahr 2011 die Stellenzahl mit 31.598 um insgesamt 505 Stellen unter der für denselben Zeitpunkt vorgesehenen Zahl aus dem Stellenplan 2009 liegen.

1.3 Mittelfristiger Zeitraum bis 2013

Im Ergebnis aller mit dem Stellenplan-Entwurf 2010/2011 vorgenommenen Veränderungen werden Ende 2013 insgesamt 31.318 Stellen ausgewiesen, dies sind 581 Stellen weniger als mit dem Stellenplan 2009 für diesen Zeitpunkt vorgesehen waren. Dieses Ergebnis ist Anfang 2010 begünstigt worden durch die Umwandlung des Instituts für Ostseeforschung in eine Stiftung (104 Stellen) und die Übertragung von 383 Stellen in die Maßnahmegruppe 96 „Disponibler Überhang“.

2. Erläuterungen

Die wesentlichen Veränderungen des Stellenplans für den Zeitraum bis 2013 werden in der folgenden Übersicht erläutert (Mehrbedarf +, Minderbedarf -, in Stellen):

2010

2011

- a) neutrale Bewegungen (Kategorie II)
Im Zusammenhang mit dem Übergang von Aufgaben auf andere Kapitel sind einige Stellenübertragungen vorgenommen worden, die in sich neutral sind.

Darüber hinaus sind einige unabweisbare Mehrbedarfe veranschlagt, die an anderer Stelle im jeweiligen Einzelplan gedeckt werden. Die Deckung erfolgt nicht in allen Fällen stellenzahlneutral, weil

- die Wertigkeiten unterschiedlich sind,
- Deckung z.B. für Hebungen auch durch Herabgruppierungen oder Einsparungen möglich ist und
- Deckung durch neue kw-Vermerke gebracht werden kann.

In 2010 sind aufgrund der genannten Faktoren saldiert

7 Stellen mehr eingespart worden.

37 Einsparungen der Kategorie II/10 stehen in 2010 insgesamt

30 neue Stellen gegenüber.

In 2011 sind in der Kategorie II/11

1 neue Stelle und

13 Einsparungen vorgesehen

(vgl. Anlage 9, Tabellen 1 und 2, Spalten 12 und 13).

Somit verändern sich die Stellenzahlen um:

- 7

- 12

- b) im Stellenplan ausgewiesene drittfinanzierte Stellen (Kategorie 0)

In 2010 sind in der Kategorie 0/10 folgende Stellen ausgebracht:

2 Stellen im Kapitel 0501 (Finanzministerium) und

225 Stellen in Kapitel 0503 (Finanzämter) zur Absicherung der Auslandsrentnerbesteuerung,

30 Stellen im Einzelplan 08 (LU) zur Begleitung von EU-Programmen bzw. von Maßnahmen zur Erhaltung und Verbesserung der Gewässergüte nach dem Abwasserabwassergesetz. Weitere

9 drittmittelfinanzierte Stellen verteilen sich auf die übrigen Ressorts. Insgesamt sind

14 drittmittelfinanzierte Stellen eingespart worden.

Für 2011 sind keine drittfinanzierten Stellen ausgebracht worden

(vgl. Anlage 9, Tabellen 1 und 2, Spalten 11 und 14):

+ 252

0

- c) neue Stellen, die im Einzelplan nicht gedeckt werden konnten (Kategorie I)

Für 2010 sind in der Kategorie I/10 Stellen wie folgt ausgebracht:

6 Stellen im Kapitel 0101 (Landtag),

	2010	2011
<p>529 Stellen in den Schulkapiteln zur Absicherung der Unterrichtsverpflichtung infolge höherer Schülerzahlen, darunter 21 Stellen für Förderschulen (-22), 206 Stellen für Gymnasien (-149) sowie 302 Stellen für berufliche Schulen (-227). Die Angaben in Klammern beziehen sich auf den Vollzug von kw-Vermerken in 2009. Insofern werden 398 neue Stellen als Ersatz für weggefallene Stellen ausgebracht, der Stellenbestand in den Schulkapiteln erhöht sich daher per Saldo nur um 131 Stellen.</p>		
<p>Für 2011 werden 59 neue Stellen in den Schulkapiteln zur Absicherung der Unterrichtsverpflichtung ausgebracht, darunter 13 Stellen für Grundschulen, 12 Stellen für Gesamtschulen, 20 Stellen für Regionale Schulen, 14 Stellen für Gymnasien. (vgl. Anlage 9, Tabellen 1 und 2, Spalte 15). Insgesamt verändern sich die Stellenzahlen um:</p>	+ 535	+ 59
<p>d) gemäß Haushaltsgesetz neu ausgebrachte Stellen</p> <p>Auf Grundlage haushaltsgesetzlicher Vorschriften sind in 2010 bzw. 2011 keine neu ausgebrachten Stellen zu berücksichtigen (vgl. Anlage 9, Tabellen 1 und 2, Spalte 15):</p>	+ 0	0
<p>Summe aus a) bis d) (vgl. Anlage 9, Tab. 1 u.2, Sp. 12-15)</p>	+ 780	+47
<p>e) Übertragungen an die MG 96 „Disponibler Überhang“</p> <p>Infolge Spezifizierung der Einsparvorgaben aus dem Personalkonzept 2004 sind über alle Einzelpläne 383 Stellen in die MG 96 „Disponibler Überhang“ übertragen worden (vgl. Anlage 9, Tabelle 1, Spalte 7):</p>	- 383	0
<p>f) Einsparungen und sonstige Übertragungen</p> <p>In 2010 sind überwiegend in Umsetzung des Personalkonzepts 2004 über alle Einzelpläne</p> <p>444 Stellen eingespart bzw. kw-Vermerke vorfristig vollzogen worden. Darüber hinaus ergibt sich 1 Stellenabgang aus der Übertragung einer Stelle in das Landgestüt Redefin (Landesbetrieb). In 2011 werden in Umsetzung des Personalkonzepts 2004 72 Stellen eingespart (vgl. Anlage 9, Tabelle 1 und 2, Spalten 9 und 10):</p>	- 445	- 72

g) Saldo der dargestellten Veränderungen	2010	2011
Summe aus a) bis d)	+ 780	+ 47
Summe e) und f)	- 828	- 72
	- 48	- 25
	=====	=====

k) Mittelfristige Stellenentwicklung

Die mit dem Stellenplan-Entwurf 2010/2011 prognostizierte mittelfristige Stellenentwicklung ist insgesamt in Anlage 9, Tabelle 3, dargestellt. Einen Vergleich mit dem Stellenplan 2009 zeigt folgende Tabelle:

Landesverwaltung im engeren Sinne (Regelbereich) *)	2010	2011	2012	2013	nach 2013	ohne Termin
Aktueller Stellenplan 2009						
Stellensoll 2009	33.017					
alte planmäß. kw-Vermerke 2009	-667					
Stellenzahl Jahresbeginn	32.350	32.130	32.103	32.004		
kw-Vermerke	-220	-27	-99	-105	-216	-267
1 Stellenzahl Jahresende	32.130	32.103	32.004	31.899	31.683	31.416
Entwurf 2010/2011						
Stellensoll 2009 (Basis)	33.017					
alte planmäß. kw-Vermerke 2009	-667					
neue Stellen	831	60				
Einsparungen	-495	-85				
Saldo Übertragungen	-384	0				
2 Stellenzahl Jahresanfang	32.302	31.888	31.598	31.411	31.318	31.225
kw-Vermerke	-389	-290	-187	-93	-93	-378
3 Stellenzahl Jahresende	31.913	31.598	31.411	31.318	31.225	30.847
4 mehr (+) minder (-) vs. HH 2009 (Zeile 3 minus Zeile 1)	-217	-505	-593	-581	-458	-569
*) Außerhalb des Regelbereichs sind Ende 2010 insgesamt 1.657 Stellen in der MG95 "Nachwuchs" und 463 Stellen in der MG96 "disponibler Überhang" ausgewiesen.						

Wie bereits in Abschnitt 1.3 dargestellt werden im Ergebnis aller mit dem Stellenplan-Entwurf 2010/2011 vorgenommenen Veränderungen Ende 2013 insgesamt 31.318 Stellen ausgewiesen, dies sind 581 Stellen weniger als mit dem Stellenplan 2009 für diesen Zeitpunkt vorgesehen waren. Dieses Ergebnis ist einerseits begünstigt worden durch die bereits genannte Umwandlung des Instituts für Ostseeforschung in eine Stiftung (104 Stellen) und die Übertragung von 383 Stellen in die Maßnahmegruppe 96 „Disponibler Überhang“. Andererseits werden die neu ausgebrachten Stellen für allgemein bildende Schulen (+227 Stellen in 2010 und +59 Stellen in 2011) sowie für berufliche Schulen (+302 Stellen in 2010) durch neue kw-Vermerke im Kapitel 0756 „Berufliche Schulen“ (-196 Stellen in 2010; -204 Stellen in 2011; -31 Stellen in 2012) fast kompensiert.

h) Hebungen / Herabgruppierungen

Der Stellenplan-Entwurf 2010/2011 weist für 2010 insgesamt 189 Hebungen (darunter 44 Hebungen zur weiteren qualitativen Aufwertung des Personalbestands im Polizeivollzug gemäß Fortschreibung des Personalentwicklungskonzepts der Polizei und 36 Hebungen in den Finanzämtern gegenüber 115 Herabgruppierungen aus.

Für 2011 sind insgesamt 32 Hebungen ausgewiesen (darunter 31 in den Finanzämtern), denen 8 Herabgruppierungen gegenüber stehen.

Die Hebungen sind durch Drittmittel, Einsparungen von Stellen und Herabgruppierungen im Einzelplan gedeckt worden.

Stellenentwicklung der Landesverwaltung im engeren Sinne bis Ende 2010

EPL	KAP		Stellenplan 2009			Stellenplan-Entwurf 2010												
			SOLL-Stellenzahl JAN 09	Vollzug kw-Vermerk in 2009	Stellenzahl Ende 2009 Zwischen-summe	Übertragungen -384			Einsparungen -495			neue Stellen +831			SOLL-Stellenzahl JAN 2010	Vollzug kw-Vermerk in 2010	SOLL-Stellenzahl Ende 2010	
						Übertragung von / an MG 96 Dispon. Überhang	Übertragung von / an BBL	Übertragung/Umsetzung von / an übrige	Einsparungen + kw-Vollzug (auch vorfrist.)	Dritt-mittel-finanz. Stellen Abgang 0/10	Änderung gegen Deckung Abgang Zugang II/ 10	Dritt-mittel-finanz. Stellen Zugang 0/10	neue Stellen gemäß Haushalts-gesetz und I/10					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	
01			146		146									+6	152		152	
02			96		96						-1				95	-1	94	
03			139		139			-1	-1			+1			138	-1	137	
04	restl. Kapitel		1.023	-4	1.019	-36		-3	-37		-2				941	-13	928	
04	06	Polizei	6.202	-74	6.128			-1	-4						6.123	-99	6.024	
04	gesamt		7.225	-78	7.147	-36	+0	-4	-41	+0	-2	+0	+0	+0	7.064	-112	6.952	
05	restl. Kapitel		627	-22	605	-1		+17	-11		-15	+12	+2		609	-10	599	
05	03	Finanzämter	2.311	-54	2.257			-1	-4		-9		+225		2.468		2.468	
05	gesamt		2.938	-76	2.862	-1	+0	+16	-15	+0	-24	+12	+227	+0	3.077	-10	3.067	
06			331		331	-4		-2	-37				+1		289		289	
07	restl. Kapitel		662	-13	649	-19		+7	-14			+9			632	-10	622	
07	51-57	Schulen	10.403	-398	10.005				-3					+529	10.531	-196	10.335	
07	71/73/75/76/77/78/79	HS, FHS, IOW	3.306	-4	3.302	-21		+0	-219	-5		+1	+3		3.061		3.061	
07	gesamt		14.371	-415	13.956	-40	+0	+7	-236	-5	+0	+10	+3	+529	14.224	-206	14.018	
08			2.122	-38	2.084	-155		-8	-69	-8	-4	+3	+30		1.873	-19	1.854	
09	restl. Kapitel		494	-1	493	-9		+15	-9			+3			493		493	
09	02	Gerichte, StA	2.159	-18	2.141	-113		-15	-9		-2				2.002		2.002	
09	03	JVA	840	-8	832	-14		-3	-11		-3				801		801	
09	gesamt		3.493	-27	3.466	-136	+0	-3	-29	+0	-5	+3	+0	+0	3.296	+0	3.296	
10			780	-33	747			-3	-13	-1	-1		+4		733	-34	699	
14			1		1										1		1	
15	restl. Kapitel		227		227	-11		-3	-2				+1		212	-5	207	
15	06	Straßenbau	1.148		1.148				-1			+1			1.148	-1	1.147	
15	gesamt		1.375	+0	1.375	-11	+0	-3	-3	+0	+0	+1	+1	+0	1.360	-6	1.354	
Zeile	Summe		33.017	-667	32.350	-383	+0	-1	-444	-14	-37	+30	+266	+535	32.302	-389	31.913	
A1	4. Landesprog. Bev.-entw. M-V bis 2020				1.649.982												1.634.459	
A2	Stellen pro 1000 Einwohner				19,6												19,5	
B1	Summe Nachwuchs MG 95 alle EPL				1.634				-127					+150	1.657		1.657	
B2	Summe inkl. MG 95 alle EPL				33.984										33.959	-389	33.570	
B3	Stellen pro 1000 Einwohner				20,6												20,5	
C1	Summe Disp. Überhang MG 96 alle EPL				211	+383			-136					+5	463		463	
C2	Summe inkl. MG95/MG96 alle EPL				34.195										34.422	-389	34.033	
C3	Stellen pro 1000 Einwohner				20,7												20,8	

Stellenentwicklung der Landesverwaltung im engeren Sinne bis Ende 2011

EPL	KAP		Stellenplan-Entw. 2010			Stellenplan-Entwurf 2011												
			SOLL-Stellenzahl JAN 10	Vollzug kw-Vermerk in 2010	Stellenzahl Ende 2010 Zwischen-summe	Übertragungen +0			Einsparungen -85		neue Stellen +60			SOLL-Stellenzahl JAN 2011	Vollzug kw-Vermerk in 2011	SOLL-Stellenzahl Ende 2011		
						Übertragung an MG 96 Dispon. Überhang	Übertragung von / an BBL	Übertragung/Umsetzung von / an übrige	Einsparungen + kw-Vollzug (auch vorfrist.)	Dritt-mittel-finanz. Stellen Abgang 0/11	Ände rung ge gen Deck ung Abgang Zugang II/ 11	Dritt-mittel-finanz. Stellen Zugang 0/11	neue Stellen gemäß Haushalts-gesetz und I/11					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	
01			152		152										152		152	
02			95	-1	94										94		94	
03			138	-1	137										137	-1	136	
04	restl. Kapitel		941	-13	928										928	-22	906	
04	06	Polizei	6.123	-99	6.024										6.024	-8	6.016	
04	gesamt		7.064	-112	6.952		+0	+0	+0	+0	+0	+0	+0	+0	6.952	-30	6.922	
05	restl. Kapitel		609	-10	599				-71						528	-5	523	
05	03	Finanzämter	2.468		2.468				-1		-9				2.458		2.458	
05	gesamt		3.077	-10	3.067		+0	+0	+0	-72	+0	-9	+0	+0	2.986	-5	2.981	
06			289		289										289	-4	285	
07	restl. Kapitel		632	-10	622										622	-8	614	
07	51-57	Schulen	10.531	-196	10.335									+59	10.394	-204	10.190	
07	71/73/75/76/77/78	HS, FHS	3.061		3.061										3.061		3.061	
07	gesamt		14.224	-206	14.018		+0	+0	+0	+0	+0	+0	+0	+59	14.077	-212	13.865	
08			1.873	-19	1.854						-4	+1			1.851	-17	1.834	
09	restl. Kapitel		493		493										493		493	
09	02	Gerichte, StA	2.002		2.002										2.002		2.002	
09	03	JVA	801		801										801		801	
09	gesamt		3.296	+0	3.296		+0	+0	+0	+0	+0	+0	+0	+0	3.296	+0	3.296	
10			733	-34	699										699	-17	682	
14			1		1										1		1	
15	restl. Kapitel		212	-5	207										207	-4	203	
15	06	Straßenbau	1.148	-1	1.147										1.147		1.147	
15	gesamt		1.360	-6	1.354		+0	+0	+0	+0	+0	+0	+0	+0	1.354	-4	1.350	
Zeile	Summe		32.302	-389	31.913		+0	+0	+0	-72	+0	-13	+1	+0	31.888	-290	31.598	
A1	4. Landesprog. Bev.-entw. M-V bis 2020				1.634.459												1.618.678	
A2	Stellen pro 1000 Einwohner				19,5												19,5	
B1	Summe Nachwuchs MG 95 alle EPL		1.657		1.657									+17	1.674		1.674	
B2	Summe inkl. MG 95 alle EPL		33.959	-389	33.570										33.562	-290	33.272	
B3	Stellen pro 1000 Einwohner				20,5												20,6	
C1	Summe Disp. Überhang MG 96 alle EPL		463		463				-15					+45	493		493	
C2	Summe inkl. MG95/MG96 alle EPL		34.422	-389	34.033										34.055	-290	33.765	
C3	Stellen pro 1000 Einwohner				20,8												20,9	

Anlage 10 Tabelle 2

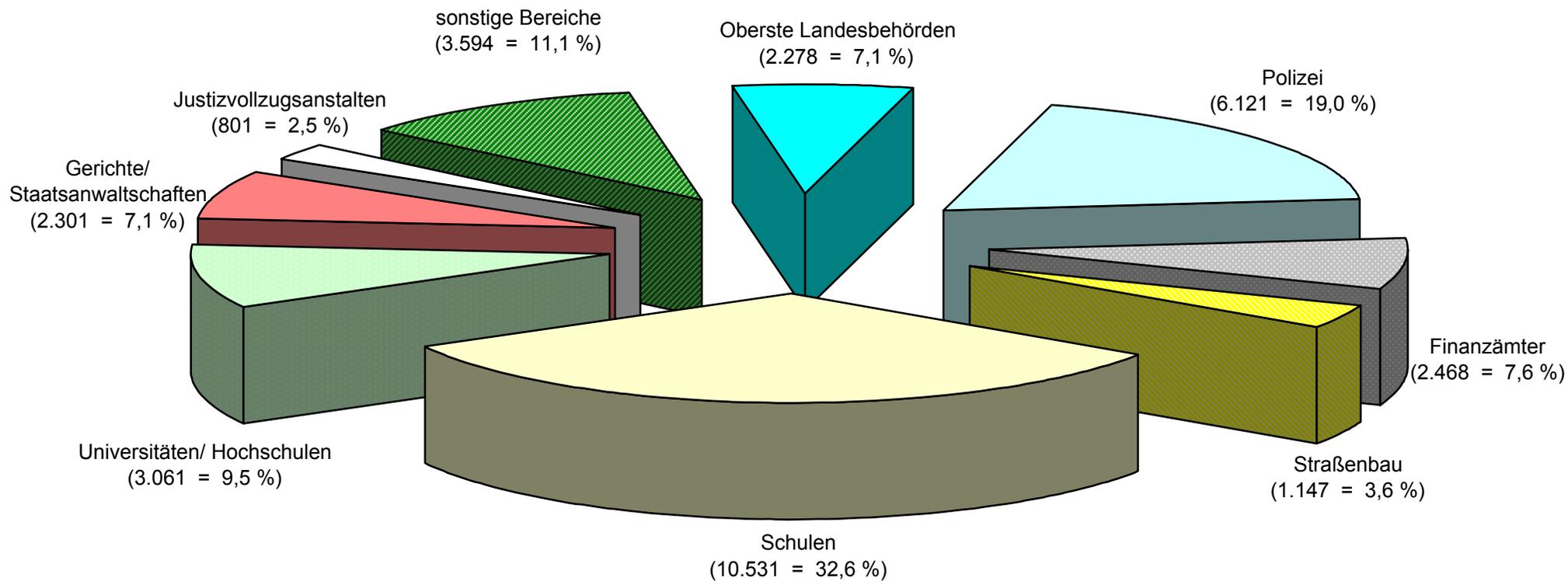
Mittelfristige Stellenentwicklung der Landesverwaltung im engeren Sinne

EPL	KAP		Mittelfristig												
			2011	2012		2013		2014		> 2014		ohne Termin			
			SOLL- Stellen- zahl Ende 2011	Saldo aus kw- Vermerken - alt - neu - löschen - schieben	Stand Ende Dezember	Saldo aus kw- Vermerken - alt - neu - löschen - schieben	Stand Ende Dezember	Saldo aus kw- Vermerken - alt - neu - löschen - schieben	Stand Ende Dezember	Saldo aus kw- Vermerken - alt - neu - löschen - schieben	Stand Ende Dezember	Saldo aus kw- Vermerken - alt - neu - löschen - schieben	Stand Ende Dezember		
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14		
01			152		152		152		152		-1	151		-7	144
02			94		94		94		94			94		-1	93
03			136	-7	129	-1	128		128			128		-2	126
04	restl. Kapitel		906	-11	895	-8	887		887		-4	883		-4	879
04	06	Polizei	6.016	-5	6.011	-1	6.010	-1	6.009	-11	5.998		-2	5.996	
	04 gesamt		6.922	-16	6.906	-9	6.897	-1	6.896	-15	6.881		-6	6.875	
05	restl. Kapitel		523	-1	522	-6	516	-1	515			515		-24	491
05	03	Finanzämter	2.458		2.458		2.458		2.458			2.458		-226	2.232
	05 gesamt		2.981	-1	2.980	-6	2.974	-1	2.973	+0	2.973		-250	2.723	
06			285	-10	275		275	-4	271	-29	242		-5	237	
07	restl. Kapitel		614	-8	606	-5	601	-3	598	-2	596		-2	594	
07	51-57	Schulen	10.190	-122	10.068	-52	10.016		10.016			10.016			
07	71/73/75/76/77/78	HS, FHS	3.061		3.061		3.061		3.061			3.061		-40	3.021
	07 gesamt		13.865	-130	13.735	-57	13.678	-3	13.675	-2	13.673		-42	13.631	
08			1.834	-7	1.827	-4	1.823	-3	1.820	-17	1.803		-16	1.787	
09	restl. Kapitel		493	-2	491		491		491			491		491	
09	02	Gerichte, StA	2.002		2.002		2.002		2.002			2.002		-4	1.998
09	03	JVA	801		801		801		801			801			
	09 gesamt		3.296	-2	3.294	+0	3.294	+0	3.294	+0	3.294		-4	3.290	
10			682	-8	674	-13	661	-12	649			649		-2	647
14			1		1		1		1			1		1	
15	restl. Kapitel		203	-6	197	-3	194	-2	192	-2	190			190	
15	06	Straßenbau	1.147		1.147		1.147		1.147			1.147		-43	1.104
	15 gesamt		1.350	-6	1.344	-3	1.341	-2	1.339	-2	1.337		-43	1.294	
	Zeile	Summe	31.598	-187	31.411	-93	31.318	-26	31.292	-66	31.226		-378	30.848	
A1	4. Landesprog. Bev.-entw. M-V bis 2020		1.618,678		1.603,127		1.589,054		1.578,242		1.570,661			1.540,185	
A2	Stellen pro 1000 Einwohner		19,5		19,6		19,7		19,8		19,9			20,0	
B1	Summe Nachwuchs MG 95 alle EPL		1.674		1.674		1.674		1.674		1.674			1.674	
B2	Summe inkl. MG 95 alle EPL		33.272		33.085		32.992		32.966		32.900			32.522	
B3	Stellen pro 1000 Einwohner		20,6		20,6		20,8		20,9		20,9			21,1	
C1	Summe Disp. Überhang MG 96 alle EPL		493		493		493		493		493			493	
C2	Summe inkl. MG95/MG96 alle EPL		33.765		33.578		33.485		33.459		33.393			33.015	
C3	Stellen pro 1000 Einwohner		20,9		20,9		21,1		21,2		21,3			21,4	

Anlage 10 Tabelle 3

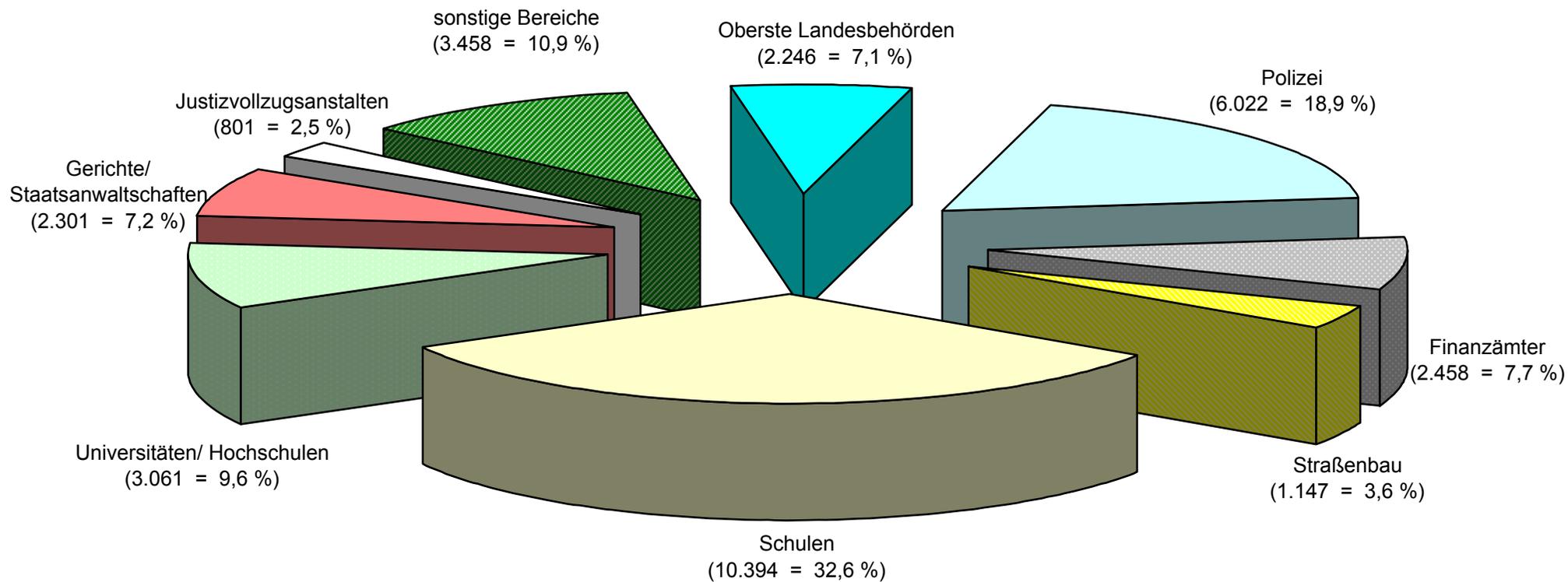
**Stellenverteilung in der Landesverwaltung nach Schwerpunktbereichen
(nur Regelbereich)
HH-Entwurf 2010/2011**

Gesamtstellenzahl: 32.302
Anfang 2010



**Stellenverteilung in der Landesverwaltung nach Schwerpunktbereichen
(nur Regelbereich)
HH-Entwurf 2010/2011**

Gesamtstellenzahl: 31.888
Anfang 2011



Anlage 11

Übersicht der Subventionen im
Finanzplanungszeitraum 2009 bis 2013

Finanzhilfen der Länder

Klassifizierung entsprechend dem Subventionsbericht des Bundes

Bereich	Funktion	Gruppierungs-Nr.
Ernährung, Landwirtschaft, Forsten	Funktion 52 Verbesserung der Agrarstruktur	623/627/633/637 661/662/663 671/682/683/686 853/857 861/862/863 883/887 891/892/893/894
	Funktion 53 Einkommenstabilisierende Maßnahmen	663 671/682/683/686 863 893/894
	Funktion 54 Sonstige Bereiche	623/627/633/637 661/662/663 671/682/683/686 853/857 861/862/863 883/887 891/892/893/894
Gewerbliche Wirtschaft (ohne Verkehr)	Funktion 16/17 Wissenschaft, Forschung etc. außerh. d. Hochschulen	682/683 891/892
	Funktion 33/34 Umwelt- und Naturschutz/ Reaktorsicherheit und Strahlenschutz	661/662 682/683 861/862 891/892
	Funktion 62 (ohne 625) Energie- und Wasserwirtschaft, Kulturbau (ohne Küstenschutz)	661/662 682/683 861/862 891/892
	Funktion 63 Bergbau, verarbeitendes Gewerbe und Baugewerbe	661/662 671/682/683/686 697/698 861/862 891/892
	Funktion 64 Handel	661/662 671/682/683/686 861/862 891/892

Bereich	Funktion	Gruppierungs-Nr.
Gewerbliche Wirtschaft (ohne Verkehr)	Funktion 65 Fremdenverkehr	661/662 671/682/683/686 861/862 891/892
	Funktion 68 Sonstige Wirtschaftsförderung	661/662 671/682/683/686 697/698 861/862 891/892
	Funktion 69 Regionale Förderungsmaßnahmen	623/627 633/637 661/662/663 671/682/683/686 853/857 861/862/863 883/887 891/892/893/894
Verkehr	Funktion 145 Schülerbeförderung	633/671/681
	Funktion 74 Schienenverkehr (ohne Bundesmittel gem. Regionalisierungsgesetz)	633/637 671/682/683
	Funktion 759 Sonstige Luftfahrt	671/682/683/686 883/887 891/892
	Funktion 79 Sonstige Bereiche	671/682/683/686 891/892
Wohnungswesen	Funktion 146 Studentenwohnraumförderung	684 893/894
	Funktion 411 Förderung des Wohnungsbaus	661/662/663 681 853 861/862/863 883 891/892/893/894
Städtebau	Funktion 44 Städtebauförderung	633 671 683/684 861/862/863 883 891/892/893/894

Übersicht der Subventionen im Finanzplanzeitraum 2009 bis 2013

Summen: 534.939,0 606.238,2 594.858,9 558.643,3 559.717,4

Subventionen im Finanzplanzeitraum 2009 bis 2013

- Beträge in TEUR -

EPL	KAP	MG	FKT	Titel	Zweckbestimmung	HPL 2009	HPL 2010	HPL 2011	FPL 2012	FPL 2013
06	0602		681	683 01	Erstattung von Verwaltungsausgaben an das Landesförderinstitut	4.950,0	5.200,0	5.200,0	5.200,0	5.200,0
06	0602		691	683 06	Wirtschaftliche Filmförderung	0,0	0,0	0,0	400,0	400,0
06	0602	01	681	682 07	Zuschuss zum Verlustausgleich an die Invest in Mecklenburg-Vorpommern GmbH	1.860,0	1.870,0	1.870,0	1.870,0	1.870,0
06	0602	04	692	883 04	Kommunales Infrastrukturprogramm aus Mitteln des EFRE	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
06	0602	04	692	883 05	Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände für Maßnahmen der Standortkonversion aus Mitteln des EFRE	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
06	0602	05	699	682 05	An öffentliche Unternehmen für projektvorbereitende und -begleitende Tätigkeiten (Technische Hilfe)	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
06	0602	05	699	682 08	An öffentliche Unternehmen für projektvorbereitende und -begleitende Tätigkeiten aus Mitteln des EFRE (Technische Hilfe)	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
06	0602	05	699	683 12	Zuschüsse zur Verbesserung des Management und der Organisationsstrukturen in kleinen und mittleren Unternehmen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
06	0602	05	699	683 14	Zuschüsse zur Verbesserung des Management und der Organisationsstrukturen in kleinen und mittleren Unternehmen aus Mitteln des EFRE	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
06	0602	05	642	683 16	Messe- und Ausstellungsförderung für kleine und mittlere Unternehmen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
06	0602	05	642	683 17	Messe- und Ausstellungsförderung für kleine und mittlere Unternehmen aus Mitteln des EFRE	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
06	0602	05	169	683 31	Technologie- und Innovationsförderung (TIF)	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
06	0602	05	169	683 32	Technologie- und Innovationsförderung aus Mitteln des EFRE (TIF)	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
06	0602	05	692	862 21	Darlehen für den Existenzgründerfonds	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
06	0602	05	692	862 22	Darlehen für den Existenzgründerfonds aus Mitteln des EFRE	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
06	0602	05	692	883 21	Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände für Infrastrukturmaßnahmen außerhalb der Gemeinschaftsaufgabe	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
06	0602	05	692	883 22	Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände für Infrastrukturmaßnahmen außerhalb der Gemeinschaftsaufgabe aus Mitteln des EFRE	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
06	0602	05	171	892 11	Förderung von zukunftssträchtigen Energietechniken	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
06	0602	05	171	892 12	Förderung von zukunftssträchtigen Energietechniken aus Mitteln des EFRE	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
06	0602	50	699	683 50	Ausgaben zur Umsetzung der Wirtschaftsförderung	2.333,3	2.258,3	2.258,3	2.258,3	2.258,2
06	0602	56	692	883 56	Förderung von Maßnahmen der touristischen Infrastruktur im Rahmen des Zukunftsinvestitionsprogramms M-V	0,0	2.400,0	2.405,0	0,0	0,0
06	0602	60	169	683 60	Erhöhung der technologischen Leistungsfähigkeit und Innovationskraft des Unternehmenssektors	17.359,4	19.185,7	17.285,7	11.485,7	21.176,4
06	0602	60	642	683 61	Stärkung unternehmerischer Potenziale	4.399,9	4.399,9	4.400,0	4.400,0	4.400,3

Subventionen im Finanzplanzeitraum 2009 bis 2013

- Beträge in TEUR -

EPL	KAP	MG	FKT	Titel	Zweckbestimmung	HPL 2009	HPL 2010	HPL 2011	FPL 2012	FPL 2013
06	0602	60	692	883 61	Bedarfsorientierte Verbesserung der wirtschaftsnahen Infrastruktur	15.728,5	15.428,5	15.428,5	15.728,5	5.728,9
06	0602	60	691	892 60	Unterstützung zukunftsgerichteter Investitionen	46.167,3	46.167,3	46.167,3	46.167,3	56.167,5
06	0602	76	699	683 99	Kofinanzierung des EFRE 2014 - 2020	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
06	0602	77	692	883 99	Für Maßnahmen aus dem EFRE 2014 - 2020	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
06	0602	83	692	633 83	Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände - Programm INTERREG III A	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
06	0602	83	692	682 83	Zuschüsse an öffentliche Unternehmen - Programm INTERREG III A	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
06	0602	83	692	683 83	Zuschüsse an private Unternehmen - Programm INTERREG III A	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
06	0602	83	692	686 83	Zuschüsse an Sonstige im Inland - Programm INTERREG III A	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
06	0602	83	692	883 83	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände - Programm INTERREG III A	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
06	0602	83	692	887 83	Zuweisungen für Investitionen an Zweckverbände - Programm INTERREG III A	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
06	0602	83	692	891 83	Zuschüsse für Investitionen - Programm INTERREG III A	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
06	0602	83	692	894 83	Zuschüsse für Investitionen an Sonstige - Programm INTERREG III A	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
06	0602	85	692	633 85	Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände - Programm URBAN II -	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
06	0602	85	692	883 85	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände - Programm URBAN II	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
06	0602	87	692	633 87	Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände - INTERREG IV A	3.147,6	3.227,2	3.401,0	3.512,0	3.626,3
06	0602	87	692	883 87	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände - INTERREG IV A	3.147,7	3.318,0	3.401,6	3.512,6	3.626,4
06	0602	87	692	894 04	Kofinanzierung des Landes für Vorhaben im Rahmen der Gemeinschaftsinitiative INTERREG IV A	333,1	330,8	326,4	323,5	320,4
06	0603	02	692	883 02	Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände für Infrastrukturmaßnahmen im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe	56.256,0	57.271,7	57.521,4	52.256,0	52.256,0
06	0603	02	691	892 02	Zuschüsse an private Unternehmen für Investitionen im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe	79.384,0	84.907,5	85.282,2	77.384,0	77.384,0
06	0603	02	692	893 02	Zuschüsse an Sonstige für Infrastrukturmaßnahmen im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
06	0603	05	692	883 05	Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände für Infrastrukturmaßnahmen aus Mitteln des EFRE - Förderzeitraum 2000 - 2006	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
06	0603	05	692	887 05	Zuweisungen an Zweckverbände für Infrastrukturmaßnahmen aus Mitteln des EFRE - Förderzeitraum 2000 - 2006	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
06	0603	05	692	891 05	Zuschüsse an öffentliche Unternehmen für Infrastrukturmaßnahmen aus Mitteln des EFRE - Förderzeitraum 2000 - 2006	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
06	0603	05	691	892 05	Zuschüsse an private Unternehmen für Investitionen aus Mitteln des EFRE - Förderzeitraum 2000 - 2006	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0

Subventionen im Finanzplanzeitraum 2009 bis 2013

- Beträge in TEUR -

EPL	KAP	MG	FKT	Titel	Zweckbestimmung	HPL 2009	HPL 2010	HPL 2011	FPL 2012	FPL 2013
06	0603	05	692	893 05	Zuschüsse an Sonstige für Infrastrukturmaßnahmen aus Mitteln des EFRE - Förderzeitraum 2000 - 2006	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
06	0607	01	332	682 11	Zuweisungen für Vorhaben des Klimaschutzes	20,0	20,0	20,0	20,0	20,0
07	0770	04	178	683 03	Erstattung an Landesförderinstitut/Projekträger für die Begleitung von Forschungsvorhaben	240,0	240,0	240,0	240,0	240,0
08	0802		529	633 06	Ausgaben der EU für Interreg IV C	250,0	0,0	0,0	0,0	0,0
08	0802		549	663 01	Zins- und Tilgungszuschüsse des Landes	0,0	66,8	66,8	66,8	66,8
08	0802		539	683 02	Zuschüsse für Maßnahmen zur Verbesserung der Absatzförderung	785,0	700,0	680,0	650,0	650,0
08	0802		529	683 03	Aufwendungen für externe Dienstleister für die EU-Forschungs- und Technologieförderung	50,0	0,0	0,0	0,0	0,0
08	0802		549	683 08	Zuschuss an den Landesverband der Imker für Maßnahmen zur Erhaltung der Bienenvölker	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
08	0802		549	683 10	Zuschüsse für Maßnahmen zur Erhaltung der Bienenvölker	36,5	36,5	36,5	36,5	36,5
08	0802		549	683 11	Zuschuss an die regionale Stelle im Rahmen des HIT	300,0	290,0	290,0	290,0	290,0
08	0802		528	683 12	Erstattung von Verwaltungsausgaben an das Landesförderinstitut für Aufgaben der Förderung im Bereich ELER, EFF und Landesprogramme	0,0	637,7	616,2	630,8	618,2
08	0802		531	683 15	Zuschüsse für Maßnahmen zur Verbesserung der Erzeugung und Vermarktung von Honig aus dem EGFL	41,7	51,7	51,7	51,7	51,7
08	0802		531	683 17	Landeszuschuss für Maßnahmen zur Verbesserung der Erzeugung und Vermarktung von Honig	51,7	51,7	51,7	51,7	51,7
08	0802		549	686 09	Ausgaben für jagdliche Zwecke (Jagdabgabe)	210,0	176,6	396,6	216,6	176,6
08	0802		549	686 10	Ausgaben zur Förderung der Fischerei aus der Fischereiabgabe	327,4	393,5	393,5	393,5	393,5
08	0802		622	862 02	Darlehen zur Errichtung des Landesinformations- und Demonstrationszentrums für erneuerbare Energien	0,0	450,0	0,0	0,0	0,0
08	0802		692	883 02	Förderung von Investitionen in Abwasseranlagen (2007-2013 EFRE)	2.857,1	2.857,1	2.857,2	2.857,2	2.857,2
08	0802		549	892 01	Zuschüsse an Kleingartenvereine sowie deren Landesverbände für Maßnahmen zur Entwicklung des Kleingartenwesens	90,0	90,0	90,0	90,0	90,0
08	0802		549	893 05	Zuschuss an den Tierschutzverband e.V. und andere Tierschutzorganisationen zur Förderung der Errichtung von Tierheimen	75,5	75,5	75,5	75,5	75,5
08	0802		542	893 31	Ausgaben aus dem Europäischen Fischereifonds für die Förderperiode 2007-2013 (EFF)	9.284,8	9.291,8	9.295,3	9.295,2	9.291,3
08	0802		542	893 32	Landesanteil zur Kofinanzierung der Ausgaben aus dem Europäischen Fischereifonds für die Förderperiode 2007-2013	2.117,0	2.031,1	2.035,0	2.035,0	2.031,0
08	0802	02	549	671 01	Erstattung an die Tierseuchenkasse für gezahlte Entschädigungen bei Tierverlusten und Härtefällen	400,0	200,0	200,0	200,0	200,0
08	0802	02	549	671 03	Erstattungen an die Tierseuchenkasse für gezahlte Beihilfen bei vorbeugenden Maßnahmen gegen einzelne Tierseuchen	800,0	800,0	800,0	800,0	800,0
08	0802	02	549	671 05	Beteiligung an der Maul- und Klauenseuche- Vakzinebank	75,0	75,0	75,0	75,0	75,0
08	0802	02	549	671 07	Beteiligung an der Einrichtung eines Mobilen Bekämpfungszentrums	15,0	15,0	15,0	15,0	15,0

Subventionen im Finanzplanzeitraum 2009 bis 2013

- Beträge in TEUR -

EPL	KAP	MG	FKT	Titel		Zweckbestimmung	HPL 2009	HPL 2010	HPL 2011	FPL 2012	FPL 2013
08	0802	09	528	633	01	Für Maßnahmen zur Kompetenzentwicklung und Sensibilisierung im Hinblick auf die Ausarbeitung und Umsetzung lokaler Agenden aus dem ELER, SP III	225,0	0,0	0,0	0,0	0,0
08	0802	09	528	633	04	Kofinanzierungsmittel Land für Maßnahmen zur Kompetenzentwicklung und Sensibilisierung im Hinblick auf die Ausarbeitung und Umsetzung lokaler Agenden	75,0	0,0	0,0	0,0	0,0
08	0802	09	528	683	01	Für Maßnahmen der naturschutzgerechten Grünlandnutzung und Rastplatzprogramm aus dem ELER, SP II (Altverpflichtungen)	2.800,0	1.290,0	40,0	0,0	0,0
08	0802	09	528	683	04	Kofinanzierungsmittel Land für Maßnahmen der naturschutzgerechten Grünlandnutzung und Rastplatzprogramm (Altverpflichtungen)	700,0	322,5	10,0	0,0	0,0
08	0802	09	528	683	05	Für Maßnahmen des Vertragsnaturschutzes auf Grünlandflächen aus dem ELER, SP II	3.619,6	8.880,0	9.520,0	9.670,4	9.930,0
08	0802	09	528	683	06	Kofinanzierungsmittel Land für Maßnahmen des Vertragsnaturschutzes auf Grünlandflächen	904,9	2.220,0	2.380,0	2.417,6	2.482,5
08	0802	09	528	683	07	Für Maßnahmen für nichtproduktive Investitionen zur Erhaltung und Verpflichtung im Rahmen von Agrarumweltmaßnahmen (AUM) aus dem ELER, SP II	20,0	20,0	20,0	20,0	20,0
08	0802	09	528	683	09	Kofinanzierungsmittel Land für Maßnahmen für nichtproduktive Investitionen zur Erhaltung und Verpflichtung im Rahmen von Agrarumweltmaßnahmen (AUM)	5,0	5,0	5,0	5,0	5,0
08	0802	09	528	683	18	Für Maßnahmen der integrierten Obst- und Gemüseproduktion aus dem ELER, SP II	800,0	560,0	600,0	600,0	600,0
08	0802	09	528	683	19	Kofinanzierungsmittel Land für Maßnahmen der integrierten Obst- und Gemüseproduktion	200,0	140,0	150,0	150,0	150,0
08	0802	09	332	683	22	Für Maßnahmen der naturschutzgerechten Bewirtschaftung von Flächen in Teilen von Natura-2000-Gebieten aus dem ELER, SP II	1.520,0	0,0	0,0	0,0	0,0
08	0802	09	332	683	23	Kofinanzierungsmittel Land für Maßnahmen der naturschutzgerechten Bewirtschaftung von Flächen in Teilen von Natura-2000-Gebieten	380,0	0,0	0,0	0,0	0,0
08	0802	09	528	686	27	Für Maßnahmen im Rahmen von LEADER zur Förderung des Managements aus dem ELER, SP IV	932,0	950,0	962,0	972,0	982,0
08	0802	09	528	686	28	Kofinanzierungsmittel Kommunen und anderer für Maßnahmen im Rahmen von LEADER zur Förderung des Managements	233,0	237,5	240,5	243,0	245,5
08	0802	09	528	686	30	Für Maßnahmen zur Förderung von Berufs- und Informationsmaßnahmen im ländlichen Raum aus dem ELER, SP I	600,0	375,0	375,0	375,0	375,0
08	0802	09	528	686	31	Kofinanzierungsmittel Land für Maßnahmen zur Förderung von Berufs- und Informationsmaßnahmen im ländlichen Raum	200,0	125,0	125,0	125,0	125,0
08	0802	09	528	893	18	Für Maßnahmen des Tourismus im ländlichen Raum, die nicht im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe gefördert werden (ELER, SP III)	1.800,0	1.800,0	1.800,0	1.800,0	1.800,0
08	0802	09	528	893	19	Kofinanzierungsmittel Land/Kommunen und anderer für Maßnahmen des Tourismus im ländlichen Raum, die nicht im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe gefördert werden	600,0	600,0	600,0	600,0	600,0

Subventionen im Finanzplanzeitraum 2009 bis 2013

- Beträge in TEUR -

EPL	KAP	MG	FKT	Titel		Zweckbestimmung	HPL 2009	HPL 2010	HPL 2011	FPL 2012	FPL 2013
08	0802	09	528	893	20	Für Maßnahmen zur Förderung des Aufbaus von Dienstleistungseinrichtungen aus dem ELER, SP III	1.500,0	1.500,0	1.500,0	1.500,0	1.500,0
08	0802	09	528	893	21	Kofinanzierungsmittel Land/Kommunen und anderer für Maßnahmen zur Förderung des Aufbaus von Dienstleistungseinrichtungen	500,0	500,0	500,0	500,0	500,0
08	0802	09	528	893	22	Für Maßnahmen der Dorferneuerung, die nicht im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe gefördert werden (ELER, SP III)	2.968,8	2.658,6	2.550,6	2.075,4	2.197,8
08	0802	09	528	893	23	Kofinanzierungsmittel Land/Kommunen und anderer für Maßnahmen der Dorferneuerung, die nicht im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe gefördert werden	989,6	886,2	850,2	691,8	732,6
08	0802	09	528	893	39	Für Maßnahmen im Rahmen von LEADER aus dem ELER, SP IV	5.000,0	5.000,0	7.448,0	8.465,2	14.537,6
08	0802	09	528	893	40	Kofinanzierungsmittel Kommunen und anderer für Maßnahmen im Rahmen von LEADER	1.250,0	1.250,0	1.862,0	2.116,3	3.634,4
08	0802	09	528	893	45	Für Maßnahmen des Moorschutzes aus dem ELER, SP III	0,0	697,8	697,8	697,8	697,8
08	0802	26	332	892	66	Förderung der Altlastensicherung und -sanierung	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
08	0802	40	332	892	40	Zuschüsse für die Sanierung von Gewässer- und Bodenverunreinigungen und für die Sicherung der Trinkwasserversorgung	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
08	0802	72	549	682	72	Zuschuss für laufende Zwecke an das Landgestüt Redefin	1.345,4	1.286,5	1.131,8	1.048,9	890,7
08	0802	72	549	891	72	Zuschuss für Investitionen an das Landgestüt Redefin	598,9	1.348,5	1.750,4	1.352,2	678,3
08	0802	74	164	891	74	Zuschuss für Investitionen an das "Leibniz-Institut für Nutztierbiologie"	2.000,0	3.100,0	3.100,0	700,0	1.100,0
08	0802	76	549	891	76	Zuschuss für Investitionen an die LMS	0,0	0,0	0,0	5,0	5,0
08	0802	77	529	893	96	Für Maßnahmen aus dem ELER-Nachfolgeprogramm	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
08	0802	77	529	893	97	Kofinanzierungsmittel Land für Maßnahmen aus dem ELER-Nachfolgeprogramm	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
08	0802	77	542	893	98	Für Maßnahmen aus dem EFF-Nachfolgeprogramm	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
08	0802	77	542	893	99	Kofinanzierungsmittel Land für Maßnahmen aus dem EFF-Nachfolgeprogramm	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
08	0802	78	549	891	78	Zuschuss für Investitionen an das Bienenzuchtzentrum, Bantin	0,0	20,0	0,0	20,0	0,0
08	0802	79	164	891	79	Investitionszuschuss für das IPK Gatersleben, Außenstelle Nord	28,0	214,9	18,8	15,0	15,2
08	0803		521	883	14	Zuschüsse zur Förderung der Breitbandversorgung im ländlichen Raum	0,0	1.310,0	0,0	0,0	0,0
08	0803	02	521	883	08	Zuschüsse für Maßnahmen des Wegebaus (innerhalb der Flurbereinigung)	4.300,0	3.754,5	4.308,0	4.375,0	3.300,0
08	0803	02	521	883	10	Zuschüsse für Maßnahmen der öffentlichen Dorferneuerung (innerhalb der Flurbereinigung)	7.500,0	6.600,0	6.600,0	7.300,0	7.300,0
08	0803	02	521	893	01	Zuschüsse zur Förderung der Flurbereinigung	576,9	817,2	801,2	737,4	700,4
08	0803	02	521	893	02	Zuschüsse für Schutzpflanzungen	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
08	0803	02	521	893	03	Zuschüsse für Maßnahmen der privaten Dorferneuerung (innerhalb der Flurbereinigung)	4.800,0	4.236,5	4.395,5	3.851,2	5.120,0
08	0803	03	521	662	02	Zinszuschüsse für Kapitalmarktdarlehen zur Förderung der Wiedereinrichtung und Modernisierung bäuerlicher Betriebe	200,0	0,0	0,0	0,0	0,0

Subventionen im Finanzplanzeitraum 2009 bis 2013

- Beträge in TEUR -

EPL	KAP	MG	FKT	Titel		Zweckbestimmung	HPL 2009	HPL 2010	HPL 2011	FPL 2012	FPL 2013
08	0803	03	521	662	03	Zinszuschüsse für Kapitalmarktdarlehen zur Umstrukturierung von landwirtschaftlichen Unternehmen	4.237,6	3.600,0	3.200,0	2.400,0	1.620,0
08	0803	03	521	662	05	Zinszuschüsse für Kapitalmarktdarlehen im Rahmen des Agrarinvestitionsförderungsprogramms	750,0	421,0	0,0	0,0	0,0
08	0803	03	521	683	15	Ausgleichszulage in benachteiligten Gebieten	1.475,0	1.475,0	1.475,0	1.475,0	1.475,0
08	0803	03	521	683	18	Zuschüsse für markt- und standortangepasste Landbewirtschaftung	3.100,0	3.020,3	2.730,0	2.870,0	3.047,5
08	0803	03	521	683	19	Zuschüsse für besonders umwelt- und tiergerechte Haltungsformen bei Nutztieren	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
08	0803	03	521	892	02	Gewährung von Zuschüssen im Rahmen des Agrarinvestitionsförderungsprogramms	3.465,0	3.811,9	3.811,9	3.811,9	3.811,9
08	0803	03	521	892	37	Gewährung von Zuschüssen im Rahmen des Agrarinvestitionsprogramms für Diversifizierung (Teil B)	260,0	267,8	267,8	267,8	267,8
08	0803	04	521	683	07	Zuschüsse zu den Verwaltungskosten gemäß Marktstrukturgesetz	100,0	60,0	50,0	50,0	50,0
08	0803	04	521	683	08	Zuschüsse zu den Organisationskosten für die Vermarktung nach besonderen Regeln erzeugter landwirtschaftlicher Produkte	150,0	140,0	105,0	150,0	105,0
08	0803	04	521	683	16	Vermarktung von Qualitätsprodukten	50,0	50,0	50,0	50,0	50,0
08	0803	04	521	892	10	Zuschüsse zur Verbesserung der Verarbeitungs- u. Vermarktungsstruktur der Fischwirtschaft	1.000,0	1.000,0	1.250,0	1.250,0	1.000,0
08	0803	04	521	892	14	Investitionen zur Marktstrukturverbesserung	4.145,0	1.530,5	1.530,5	1.599,9	1.630,6
08	0803	04	521	892	33	Zuschüsse für Investitionen (Saat- und Pflanzgut)	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
08	0803	04	521	892	35	Zuschüsse für Investitionen nachwachsender Rohstoffe	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
08	0803	05	521	883	03	Zuschüsse an Kreise für den ländlichen Wegebau	732,8	732,7	732,8	732,8	732,8
08	0803	06	521	683	11	Erstaufforstungsprämie	1.700,0	1.700,0	1.700,0	1.800,0	1.800,0
08	0803	06	521	683	14	Zuschüsse an forstwirtschaftliche Zusammenschlüsse - Verwaltungskosten -	250,0	250,0	250,0	250,0	250,0
08	0803	06	521	887	01	Zuweisungen zur Förderung des forstwirtschaftlichen Wegebaus	300,0	500,0	500,0	500,0	500,0
08	0803	06	521	892	03	Zuschüsse für waldbauliche und sonstige forstliche Maßnahmen	3.350,0	3.500,0	3.500,0	3.500,0	3.500,0
08	0803	06	521	892	08	Zuschüsse an forstwirtschaftliche Zusammenschlüsse - Investitionen -	50,0	50,0	50,0	50,0	50,0
08	0803	07	521	683	13	Zuweisungen zur Förderung von Leistungsprüfungen und Kontrollringen	1.620,0	1.620,0	1.620,0	1.620,0	1.620,0
08	0803	07	521	683	17	Förderung Erhalt genetischer Ressourcen	0,0	100,0	100,0	100,0	100,0
08	0803	08	521	683	01	Zuschüsse für besonders umwelt- und tiergerechte Haltungsformen bei Nutztieren	0,0	1.565,8	1.565,8	1.565,8	1.565,8
08	0803	08	521	683	02	Zuschüsse für erosionsmindernden Ackerfutterbau	0,0	625,0	625,0	625,0	625,0
08	0803	08	521	683	03	Zuschüsse für Winterbegrünung sowie Mulch- und Direktsaatverfahren	0,0	800,0	800,0	800,0	800,0
08	0803	08	521	683	04	Zuschüsse für Blühflächen und Blühstreifen	0,0	125,0	125,0	125,0	125,0
08	0803	08	521	683	23	Verstärkung AFP/A	0,0	0,0	0,0	393,7	790,0
08	0803	10	521	883	11	Zuschüsse für Maßnahmen für die Dorferneuerung für Kreise und Gemeinden	5.080,0	10.619,4	8.668,4	8.406,3	8.913,4
08	0803	10	521	893	04	Maßnahmen für die Dorferneuerung an Sonstige	2.992,7	4.443,3	4.000,0	4.000,0	4.000,0
08	0803	15	528	683	05	Für Maßnahmen ökologischer Anbauverfahren aus dem ELER, SP II	10.050,8	10.802,0	10.920,0	11.480,0	12.190,0

Subventionen im Finanzplanzeitraum 2009 bis 2013

- Beträge in TEUR -

EPL	KAP	MG	FKT	Titel		Zweckbestimmung	HPL 2009	HPL 2010	HPL 2011	FPL 2012	FPL 2013
08	0803	15	528	683	06	Für Maßnahmen ökologischer Anbauverfahren aus dem ELER, SP II (Altverpflichtungen)	1.469,2	1.279,2	0,0	0,0	0,0
08	0803	15	528	683	10	Für Maßnahmen der Ausgleichszulage in benachteiligten Gebieten aus dem ELER, SP II	4.220,0	5.900,0	5.900,0	5.900,0	5.900,0
08	0803	15	528	883	16	Für Maßnahmen des Wegebaus innerhalb der Flurbereinigung aus dem ELER, SP I	12.900,0	11.263,4	12.924,0	13.125,0	1.225,0
08	0803	15	528	883	17	Für Maßnahmen des Wegebaus außerhalb der Flurbereinigung aus dem ELER, SP I	2.198,4	2.198,4	2.198,1	2.198,1	2.198,1
08	0803	15	528	883	21	Für Maßnahmen des Tourismus im ländlichen Raum, die durch das Wirtschaftsministerium gefördert werden, aus dem ELER, SP III	6.600,0	7.110,4	7.110,4	7.110,4	7.110,4
08	0803	15	528	892	01	Für Maßnahmen des Agrarinvestitionsprogramms Teil A aus dem ELER, SP I	11.435,5	11.435,5	11.435,5	11.435,5	11.104,6
08	0803	15	528	892	09	Für Maßnahmen zur Marktstrukturverbesserung aus dem ELER, SP I	4.591,8	4.591,8	4.591,8	4.784,7	4.891,6
08	0803	15	528	892	13	Für Maßnahmen des Agrarinvestitionsprogramms Teil B -Diversifizierung- aus dem ELER, SP III	803,4	803,4	803,4	803,4	804,6
08	0803	15	528	892	18	Für Maßnahmen zur Unternehmensgründung und -entwicklung im ländlichen Raum aus dem ELER, SP III	7.140,0	7.140,0	7.140,0	7.140,0	7.140,0
08	0803	15	528	893	05	Für Maßnahmen der Flurbereinigung aus dem ELER, SP I	2.401,2	2.451,3	2.403,3	2.211,9	2.101,2
08	0803	16	528	683	12	Für Maßnahmen der umwelt- und tiergerechten Haltungsformen	0,0	6.403,7	7.237,5	10.347,3	13.526,6
08	0803	16	528	683	20	Für Maßnahmen des erosionsmindernden Ackerfutterbaus	0,0	2.500,0	2.500,0	2.500,0	2.500,0
08	0803	16	528	683	21	Für Maßnahmen der Winterbegrünung sowie Mulch- und Direktsaatverfahren	0,0	3.200,0	3.200,0	3.200,0	3.200,0
08	0803	16	528	683	22	Für Blühflächen und Blühstreifen	0,0	500,0	500,0	500,0	500,0
08	0803	16	528	683	24	Verstärkung AFP/A	0,0	0,0	0,0	1.181,0	2.370,0
08	0803	16	528	887	04	Für Investitionen zum naturnahen Gewässerausbau an Gewässern II. Ordnung	0,0	0,0	2.000,0	2.000,0	2.000,0
08	0803	77	529	892	98	Für Maßnahmen aus dem ELER-Nachfolgeprogramm	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
08	0803	77	529	892	99	Für Maßnahmen aus dem Modulationsnachfolgeprogramm	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
11	1102	01	145	633	11	Zuweisungen an die Träger der Schülerbeförderung in den Landkreisen	11.000,0	11.000,0	11.000,0	11.000,0	11.000,0
11	1102	01	741	633	12	Zuweisungen an die Träger des öffentlichen Personennahverkehrs	18.000,0	18.000,0	18.000,0	18.000,0	18.000,0
11	1102	56	692	883	21	Zuweisungen an Kommunen für Bildungsinfrastrukturmaßnahmen im Rahmen des ZIP M-V	0,0	25.500,0	17.510,0	0,0	0,0
11	1102	56	692	883	22	Zuweisungen an Kommunen für Infrastrukturmaßnahmen im Rahmen des ZIP M-V	0,0	4.250,0	0,0	0,0	0,0
15	1504	07	441	883	01	Zuschüsse für Sanierungs- und Entwicklungsmaßnahmen in Städten und Dörfern aus Finanzhilfen des Bundes	9.906,6	8.188,0	7.093,0	6.548,0	6.284,0
15	1504	07	441	883	02	Zuschüsse des Landes für Sanierungs- und Entwicklungsmaßnahmen in Städten und Dörfern	9.906,6	8.188,0	7.093,0	6.548,0	6.284,0
15	1504	07	441	883	03	Zuschüsse des Landes zur Förderung städtebaulicher Sanierungs- und Entwicklungsmaßnahmen (Landesprogramm)	3.827,5	4.561,5	5.233,2	6.270,5	5.816,6

Subventionen im Finanzplanzeitraum 2009 bis 2013

- Beträge in TEUR -

EPL	KAP	MG	FKT	Titel	Zweckbestimmung	HPL 2009	HPL 2010	HPL 2011	FPL 2012	FPL 2013
15	1504	07	441	883 05	Zuschüsse zur Förderung von Maßnahmen des städtebaulichen Denkmalschutzes aus Finanzhilfen des Bundes	10.524,8	10.276,0	10.002,0	9.855,0	9.740,0
15	1504	07	441	883 06	Zuschüsse zur Förderung von Maßnahmen des städtebaulichen Denkmalschutzes aus Mitteln des Landes	10.524,8	10.276,0	10.002,0	9.855,0	9.740,0
15	1504	07	441	883 09	Zuschüsse für das Programm "Soziale Stadt" aus Finanzhilfen des Bundes	2.342,0	2.318,4	2.352,0	2.364,0	2.411,0
15	1504	07	441	883 10	Zuschüsse für das Programm "Soziale Stadt" aus Mitteln des Landes	2.342,0	2.318,4	2.352,0	2.364,0	2.411,0
15	1504	07	441	883 11	Zuschüsse für Aufwertungsmaßnahmen im Rahmen des Stadtumbaus Ost aus Finanzhilfen des Bundes	6.623,8	6.751,4	7.328,0	7.646,0	7.916,0
15	1504	07	441	883 12	Zuschüsse des Landes für Aufwertungsmaßnahmen im Rahmen des Stadtumbaus Ost	6.390,8	6.751,4	7.328,0	7.646,0	7.916,0
15	1504	07	441	883 22	Zuschüsse aus EFRE-Mitteln zur Förderung einer nachhaltigen Stadtentwicklung durch städtebauliche Maßnahmen in Sanierungs-, Entwicklungs- und Fördergebieten (Förderperiode 2007-2013)	4.285,7	4.285,7	4.285,7	4.285,7	4.285,7
15	1504	07	441	883 23	Zuschüsse aus EFRE-Mitteln für städtebauliche Maßnahmen in Vorbereitung der Bundesgartenschau 2009 in Schwerin	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
15	1504	07	441	883 24	Zuschüsse für Maßnahmen zur Rückführung der Städtischen Infrastruktur im Rahmen des Stadtumbau Ost aus Finanzhilfen des Bundes	990,0	1.064,0	1.108,0	1.122,0	1.166,0
15	1504	07	441	883 25	Zuschüsse für Maßnahmen zur Rückführung der Städtischen Infrastruktur im Rahmen des Stadtumbau Ost aus Mitteln des Landes	757,0	889,0	1.108,0	1.122,0	1.166,0
15	1504	07	441	883 26	Zuschüsse für die Modernisierung/Instandsetzung und energetische Erneuerung von Schulen, Kindertagesstätten und öffentl. Gebäuden im Rahmen des Investitionspaktes aus Finanzhilfen des Bundes	1.950,0	3.859,0	5.579,0	4.972,0	2.755,0
15	1504	07	441	883 27	Zuschüsse für die Modernisierung/Instandsetzung und energetische Erneuerung von Schulen, Kindertagesstätten und öffentlichen Gebäuden im Rahmen des Investitionspaktes aus Landesmitteln	0,0	314,0	630,0	578,0	368,0
15	1504	07	441	883 29	Zuschüsse zur Förderung von Investitionen in die nationalen UNESCO-Welterbestätten Wismar und Stralsund aus Finanzhilfen des Bundes	0,0	1.474,0	2.948,0	2.948,0	0,0
15	1504	07	441	883 30	Zuschüsse zur Förderung von Investitionen in die nationalen UNESCO-Welterbestätten Wismar und Stralsund aus Mitteln des Landes	0,0	1.474,0	2.948,0	2.948,0	0,0
15	1504	08	411	661 02	Zuschüsse des Landes zur Förderung der Erstellung und Anwendung von Betriebskosten- und Mietspiegeln	0,0	20,0	20,0	10,0	0,0
15	1504	08	411	883 14	Zuschüsse für Maßnahmen des Rückbaus im Rahmen des Stadtumbaus Ost aus Finanzhilfen des Bundes	5.652,8	5.313,5	5.393,0	5.436,0	5.468,0
15	1504	08	411	883 15	Zuschüsse des Landes für Maßnahmen des Rückbaus im Rahmen des Stadtumbaus Ost	5.652,8	5.313,5	5.393,0	5.436,0	5.468,0
15	1504	08	441	893 02	Zuschüsse zur Förderung der Wohneigentumsbildung im Rahmen des Stadtumbaus Ost aus Finanzhilfen des Bundes	235,0	235,0	118,0	0,0	0,0
15	1504	08	441	893 04	Zuschüsse des Landes zur Förderung der Wohneigentumsbildung im Rahmen des Stadtumbaus Ost	433,3	235,0	118,0	0,0	0,0

Subventionen im Finanzplanzeitraum 2009 bis 2013

- Beträge in TEUR -

EPL	KAP	MG	FKT	Titel	Zweckbestimmung	HPL 2009	HPL 2010	HPL 2011	FPL 2012	FPL 2013
15	1504	11	411	661 01	Zinszuschüsse im Rahmen des Wohnraum-Modernisierungsprogramms 2000-2002 der Kreditanstalt für Wiederaufbau für die neuen Länder	1.700,0	1.600,0	1.200,0	800,0	100,0
15	1504	11	411	863 02	Modernisierungsdarlehen zur Schaffung von betreuten Altenwohnungen im Bestand aus Kompensationszahlungen des Bundes (Programme bis 2006)	169,2	0,0	0,0	0,0	0,0
15	1504	11	411	863 07	Aufwendungsdarlehen im 2. Förderungsweg gemäß § 88 II. WOBAUG aus Kompensationszahlungen des Bundes (Programm 1993)	106,0	0,0	0,0	0,0	0,0
15	1504	11	411	863 10	Aufwendungs- und Baudarlehen aus Kompensationszahlungen des Bundes (Programm 1997)	188,0	134,0	107,0	75,0	48,0
15	1504	11	411	863 20	Aufwendungsdarlehen im 2. Förderungsweg gemäß § 88 d II. WOBAUG aus Kompensationszahlungen des Bundes (Programm 1995)	217,2	101,4	5,0	0,0	0,0
15	1504	11	411	863 25	Aufwendungsdarlehen im 2. Förderungsweg gem. § 88 d II. WOBAUG aus Kompensationszahlungen des Bundes (Programm 1996)	268,0	214,8	98,0	6,0	0,0
15	1504	11	411	863 27	Aufwendungs- und Baudarlehen aus Kompensationszahlungen des Bundes (Programm 1998)	550,0	440,0	350,0	220,0	110,0
15	1504	11	411	863 29	Aufwendungs- und Baudarlehen aus Kompensationszahlungen des Bundes (Programm 1999)	900,0	750,0	560,0	466,0	170,0
15	1504	11	411	863 31	Aufwendungs- und Baudarlehen aus Kompensationszahlungen des Bundes (Programm 2000)	200,0	160,0	133,0	100,0	83,0
15	1504	11	411	863 33	Aufwendungs- und Baudarlehen aus Kompensationszahlungen des Bundes (Programm 2001)	880,0	750,0	628,0	502,0	377,0
15	1504	11	411	863 41	Modernisierungs- und Baudarlehen aus Kompensationszahlungen des Bundes (Programm 2005)	1.962,0	0,0	0,0	0,0	0,0
15	1504	11	411	863 43	Modernisierungs- und Baudarlehen aus Kompensationszahlungen des Bundes (Programm 2006)	2.118,0	2.118,0	0,0	0,0	0,0
15	1504	11	411	863 46	Modernisierungs- und Baudarlehen für die Wohnraumförderung aus Kompensationszahlungen des Bundes (Programm 2007)	4.025,0	2.300,0	0,0	0,0	0,0
15	1504	11	411	863 47	Modernisierungs- und Baudarlehen für die Wohnraumförderung aus Kompensationszahlungen des Bundes (Programm 2008)	4.025,0	4.025,0	2.300,0	0,0	0,0
15	1504	11	411	863 48	Modernisierungs- und Baudarlehen für die Wohnraumförderung aus Kompensationszahlungen des Bundes (Programm 2009)	1.150,0	4.025,0	4.025,0	2.300,0	0,0
15	1504	11	411	863 49	Modernisierungs- und Baudarlehen für die Wohnraumförderung aus Kompensationszahlungen des Bundes (Programm 2010)	0,0	1.150,0	4.025,0	4.025,0	2.300,0
15	1504	11	411	863 50	Modernisierungs- und Baudarlehen für die Wohnraumförderung aus Kompensationszahlungen des Bundes (Programm 2011)	0,0	0,0	1.150,0	4.025,0	4.025,0
15	1504	11	411	863 99	Modernisierungs- und Baudarlehen für die Wohnraumförderung aus Kompensationszahlungen des Bundes (Folgeprogramme 2012 - 2014)	0,0	0,0	0,0	1.150,0	4.925,0

Subventionen im Finanzplanzeitraum 2009 bis 2013

- Beträge in TEUR -

EPL	KAP	MG	FKT	Titel		Zweckbestimmung	HPL 2009	HPL 2010	HPL 2011	FPL 2012	FPL 2013
15	1504	11	411	893	01	Zuführungen aus Kompensationszahlungen des Bundes an das zweckgebundene Sondervermögen "Wohnraumförderung Mecklenburg-Vorpommern"	3.762,2	4.575,0	7.738,4	8.381,2	9.232,6
15	1504	11	411	893	06	Aufwendungszuschüsse zur Schaffung von betreuten Altenwohnungen im Bestand aus Kompensationszahlungen des Bundes (Programme bis 2006)	188,9	161,8	91,2	70,8	50,4
15	1504	11	411	893	08	Förderung der Schaffung von eigengenutztem Wohneigentum für Mitarbeiter im Landesdienst durch zinsgünstige Vorfinanzierung von Bausparverträgen	100,0	30,0	0,0	0,0	0,0
15	1504	56	441	883	56	Förderung von Maßnahmen des Städtebaus im Rahmen des Zukunftsinvestitionsprogramms M-V	0,0	3.800,0	120,0	0,0	0,0
15	1507	70	749	682	70	Ausgleichszahlungen an nichtbundeseigene öffentliche Eisenbahnen zur Abgeltung betriebsfremder Lasten	35,0	0,0	0,0	0,0	0,0
15	1507	70	749	682	80	Ausgleichszahlungen an öffentliche Unternehmen für die Erhaltung und den Betrieb von höhengleichen Kreuzungen mit Bundesstraßen	15,0	0,0	0,0	0,0	0,0
15	1507	70	749	683	70	Ausgleichszahlungen an nichtbundeseigene private Eisenbahnen zur Abgeltung betriebsfremder Lasten	35,0	140,0	140,0	140,0	140,0
15	1507	70	749	683	80	Ausgleichszahlungen an private Unternehmen für die Erhaltung und den Betrieb von höhengleichen Kreuzungen mit Bundesstraßen	15,0	0,0	0,0	0,0	0,0

Anlage 12

Finanzplan 2009 bis 2013 nach dem
gemeinsamen Schema des
Finanzplanungsrats

Einnahmen	Gruppierungsziffer Bund/Länder	2009	2010	2011	2012	2013
1 Einnahmen der laufenden Rechnung		6.367,2	5.975,9	5.936,1	6.026,3	6.108,4
11 Steuern und EU-Eigenmittel	011-069	3.620,0	3.145,9	3.216,9	3.369,9	3.499,9
12 Steuerähnliche Abgaben	09	3,7	2,9	3,1	3,0	2,9
13 Einnahmen aus wirtschaftlicher Tätigkeit	12	36,3	34,9	35,2	35,2	34,7
14 Zinseinnahmen		27,7	24,6	24,1	23,5	23,0
141 vom öffentlichen Bereich		--	--	--	--	--
1411 von Ländern	152	--	--	--	--	--
1412 von Gemeinden (Gemeindeverbänden)	153	--	--	--	--	--
1413 von Zweckverbänden	157	--	--	--	--	--
1414 vom sonstigen öffentlichen Bereich	151,154,156	--	--	--	--	--
142 von anderen Bereichen	16	27,7	24,6	24,1	23,5	23,0
15 Laufende Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Schuldendienst)		2.568,6	2.637,3	2.542,8	2.483,7	2.438,3
151 vom öffentlichen Bereich		2.414,5	2.490,2	2.413,1	2.355,2	2.307,5
1511 vom Bund	211,231	1.917,6	1.978,5	1.897,4	1.819,1	1.756,8
1512 Länderfinanzausgleich	212	432,0	416,0	421,0	440,0	456,0
1513 sonstige von Ländern	232	11,3	32,0	31,1	31,4	31,5

Einnahmen	Gruppierungsziffer Bund/Länder	2009	2010	2011	2012	2013
1514 von Gemeinden (Gemeindeverbänden)	213,233	7,6	8,2	9,0	9,6	9,5
1515 von Zweckverbänden	217,237	0,2	5,5	3,2	2,8	0,3
1516 von Sozialversicherungen	216,235,236	0,6	1,5	1,2	1,1	1,0
1517 vom sonstigen öffentlichen Bereich	214,234	45,2	48,5	50,3	51,3	52,3
152 von anderen Bereichen	112,27,28	154,1	147,1	129,7	128,5	130,9
16 Schuldendiensthilfen und Erstattungen von Verwaltungsausgaben		0,7	0,7	0,7	0,7	0,7
161 Schuldendiensthilfen vom öffentlichen Bereich		--	--	--	--	--
1611 vom Bund	221	--	--	--	--	--
1612 von Ländern	222	--	--	--	--	--
1613 vom sonstigen öffentlichen Bereich	223-227	--	--	--	--	--
162 Schuldendiensthilfen und Erst. von Verwaltungsausgaben von anderen Bereichen	26	0,7	0,7	0,7	0,7	0,7
17 Sonstige Einnahmen der laufenden Rechnung		110,2	129,6	113,2	110,3	108,9
171 Gebühren und sonstige Entgelte	111	94,4	100,9	99,6	97,3	96,3
172 Sonstige Einnahmen	119	15,8	28,7	13,6	13,0	12,7
2 Einnahmen der Kapitalrechnung (Ziff. 21-25)		659,7	777,7	805,6	763,0	667,5
21 Veräußerung von Sachvermögen	131,132	4,4	4,7	4,4	3,8	3,2

Einnahmen	Gruppierungsziffer Bund/Länder	2009	2010	2011	2012	2013
22 Vermögensübertragungen		597,3	713,5	741,4	690,1	603,3
221 Zuweisungen für Investitionen vom öffentlichen Bereich		300,2	409,2	360,6	301,4	294,2
2211 vom Bund	331	271,8	281,0	283,0	275,1	268,5
2212 von Ländern	332	--	--	--	--	--
2213 von Gemeinden (Gemeindeverbänden)	333	27,2	28,7	27,0	25,3	24,7
2214 von Sozialversicherungen	336	--	--	--	--	--
2215 vom sonstigen öffentlichen Bereich	334,337	1,2	99,5	50,6	1,0	1,0
222 Zuschüsse für Investitionen von anderen Bereichen	34	297,1	304,4	380,8	388,7	309,2
223 Sonstige Vermögensübertragungen	29	--	--	--	--	--
23 Darlehensrückflüsse		58,1	59,5	59,7	69,1	60,9
231 vom öffentlichen Bereich		0,6	0,4	0,1	--	--
2311 von Ländern	172	--	--	--	--	--
2312 von Gemeinden (Gemeindeverbänden)	173	--	--	--	--	--
2313 von Zweckverbänden	177	--	--	--	--	--
2314 vom sonstigen öffentlichen Bereich	171,174,176	0,6	0,4	0,1	--	--
232 von anderen Bereichen		57,5	59,0	59,6	69,1	60,9

Einnahmen	Gruppierungsziffer Bund/Länder	2009	2010	2011	2012	2013
2321 von Sonstigen im Inland	141,181,182	57,5	59,0	59,6	69,1	60,9
2322 vom Ausland	146,186	--	--	--	--	--
24 Veräußerung von Beteiligungen und dergleichen	133,134	--	--	--	--	--
25 Schuldenaufnahme beim öffentlichen Bereich		--	--	--	--	--
251 vom Bund	311	--	--	--	--	--
252 von Ländern	312	--	--	--	--	--
253 von Gemeinden (Gemeindeverbänden)	313	--	--	--	--	--
254 vom sonstigen öffentlichen Bereich	314,317	--	--	--	--	--
3 Globale Mindereinnahmen	37	--	--	--	--	--
4 Summe 1,2,3 Gesamteinnahmen, Einnahmen ohne besondere Finanzierungsvorgänge		7.026,9	6.753,7	6.741,6	6.789,3	6.775,9
5 Besondere Finanzierungsvorgänge		6,4	246,2	207,3	--	0,8
51 Schuldenaufnahme am Kreditmarkt	32	--	--	--	--	--
52 Entnahme aus Rücklagen	35	6,4	246,2	207,3	--	0,8
53 Überschüsse aus Vorjahren	36	--	--	--	--	--
6 Zu- und Absetzungen		2,2	1,3	1,4	1,4	1,4
64 Haushaltstechnische Verrechnungen	38	2,2	1,3	1,4	1,4	1,4

Einnahmen	Gruppierungsziffer Bund/Länder	2009	2010	2011	2012	2013
7 Summe 1,2,3,5,6 Abschluss der Haushalte		7.035,5	7.001,1	6.950,3	6.790,6	6.778,1

Ausgaben	Gruppierungsziffer Bund/Länder	2009	2010	2011	2012	2013
1 Ausgaben der laufenden Rechnung (Ziff. 11-15)		5.683,3	5.696,3	5.721,1	5.773,5	5.866,4
11 Personalausgaben	4	1.559,7	1.677,0	1.698,6	1.719,2	1.745,7
12 Laufender Sachaufwand		416,6	424,9	431,6	425,3	422,8
121 Sächliche Verwaltungsausgaben	51-54	367,8	379,8	385,7	378,7	376,2
123 Erstattungen an andere Bereiche	67	29,6	30,7	31,6	32,0	32,1
124 Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke	686	19,2	14,4	14,3	14,6	14,4
13 Zinsausgaben		470,2	419,3	454,5	487,1	511,6
131 an öffentlichen Bereich		--	--	--	--	--
1311 an den Bund	561	--	--	--	--	--
1312 an Sondervermögen	564	--	--	--	--	--
1313 an sonstigen öffentlichen Bereich	562,563,567	--	--	--	--	--
132 an andere Bereiche		470,2	419,3	454,5	487,1	511,6
1321 für Ausgleichsforderungen	573	--	--	--	--	--
1322 für Kreditmarktmittel	571,575,576	470,2	419,3	454,5	487,1	511,6
1323 an Sozialversicherungsträger	572	--	--	--	--	--
14 Laufende Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Schuldendiensthilfen)		3.208,2	3.147,6	3.110,5	3.117,4	3.156,5

Ausgaben	Gruppierungsziffer Bund/Länder	2009	2010	2011	2012	2013
141 an öffentlichen Bereich		2.189,8	2.077,0	2.048,5	2.063,0	2.086,5
1411 an den Bund	611,631	281,3	276,3	277,2	276,4	275,4
1412 Länderfinanzausgleich	612	--	--	--	--	--
1413 sonstige an Länder	632	3,3	4,0	4,0	2,8	2,9
1414 Allgemeine Finanzausweisungen an Gemeinden (Gemeindeverbände)	613	974,3	929,0	878,3	889,4	902,0
1415 sonstige an Gemeinden (Gemeindeverbände)	633	875,5	808,0	828,0	833,5	843,6
1416 an Sondervermögen	614,634	43,9	46,2	46,5	48,2	50,1
1417 an Zweckverbände	617,637	9,5	11,8	12,8	11,0	10,8
1418 an Sozialversicherungsträger	616,636	2,0	1,8	1,8	1,8	1,8
142 an andere Bereiche		1.018,4	1.070,6	1.062,0	1.054,3	1.069,9
1422 sonstige an Unternehmen und öffentliche Einrichtungen	682,683,685	780,1	800,9	795,7	789,1	810,0
1423 Renten, Unterstützungen u.a.	681	135,4	160,9	157,7	155,8	150,5
1424 an soziale und ähnliche Einrichtungen	684	102,8	108,8	108,5	109,4	109,3
1425 an Ausland	687,688	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
15 Schuldendiensthilfen		28,7	27,4	25,9	24,6	29,9
151 an öffentlichen Bereich		4,3	0,4	0,2	0,1	0,0

Ausgaben	Gruppierungsziffer Bund/Länder	2009	2010	2011	2012	2013
1511 an Länder	622	--	--	--	--	--
1512 an Gemeinden (Gemeindeverbände)	623	4,3	0,4	0,2	0,1	0,0
1513 an sonstigen öffentlichen Bereich	621,624,627,626	--	--	--	--	--
152 an andere Bereiche		24,4	27,0	25,7	24,5	29,8
1521 an Unternehmen	661,662,664	6,9	5,6	4,4	3,2	1,7
1522 an Sonstige im Inland	663	17,5	21,3	21,3	21,3	28,1
1523 an Ausland	666	--	--	--	--	--
2 Ausgaben der Kapitalrechnung (Ziff. 21-25)		1.135,1	1.300,5	1.223,3	1.143,7	1.097,2
21 Sachinvestitionen		280,4	345,8	321,0	274,0	270,0
211 Baumaßnahmen	7	224,6	252,2	255,3	224,0	216,6
212 Erwerb von unbeweglichen Sachen	82	5,2	9,9	2,1	2,1	2,2
213 Erwerb von beweglichen Sachen	81	50,7	83,6	63,6	47,9	51,2
22 Vermögensübertragungen		800,4	880,9	833,4	797,3	750,9
221 Zuweisungen für Investitionen an öffentlichen Bereich		452,0	490,3	473,1	461,9	409,7
2211 an Länder	882	--	--	--	--	--
2212 an Gemeinden (Gemeindeverbände)	883	445,5	480,7	462,8	452,1	400,1

Ausgaben	Gruppierungsziffer Bund/Länder	2009	2010	2011	2012	2013
2213 an Zweckverbände	887	3,0	3,2	5,9	5,9	5,9
2214 an sonstigen öffentlichen Bereich	881,884,886	3,6	6,4	4,3	3,9	3,7
222 Zuschüsse für Investitionen an andere Bereiche	89	348,3	390,5	360,4	335,4	341,3
223 Sonstige Vermögensübertragungen	69	--	--	--	--	--
23 Darlehen		54,3	73,8	68,9	72,4	76,3
231 an öffentlichen Bereich		--	--	--	--	--
2311 an Länder	852	--	--	--	--	--
2312 an Gemeinden (Gemeindeverbände)	853	--	--	--	--	--
2313 an Zweckverbände	857	--	--	--	--	--
2314 an sonstigen öffentlichen Bereich	851,854,856	--	--	--	--	--
232 an andere Bereiche	86, ohne 868,87	54,3	73,8	68,9	72,4	76,3
24 Erwerb von Beteiligungen u.ä.	83	--	0,1	--	--	--
25 Schuldentilgung an öffentlichen Bereich		--	--	--	--	--
251 an den Bund	581	--	--	--	--	--
252 an Sondervermögen	584	--	--	--	--	--
253 an sonstigen öffentlichen Bereich	582,583,587	--	--	--	--	--

Ausgaben	Gruppierungsziffer Bund/Länder	2009	2010	2011	2012	2013
3 Globale Mehr-/Minderausgaben	97	-5,9	0,6	0,6	-132,9	-192,9
4 Summe 1,2,3 Gesamtausgaben, Ausgaben ohne besondere Finanzierungsvorgänge		6.812,6	6.997,4	6.944,9	6.784,3	6.770,7
5 Besondere Finanzierungsvorgänge		220,7	2,5	4,0	5,0	6,0
51 Tilgungsausgaben an Kreditmarkt		150,0	--	--	--	--
511 für Kreditmarktmittel	595	150,0	--	--	--	--
512 für Ausgleichsforderungen	593	--	--	--	--	--
513 an Sozialversicherungsträger	592	--	--	--	--	--
514 an Sonstige	591,596	--	--	--	--	--
52 Zuführungen an Rücklagen	91	70,7	2,5	4,0	5,0	6,0
53 Deckung von Vorjahresfehlbeträgen	96	--	--	--	--	--
6 Zu- und Absetzungen		2,2	1,3	1,4	1,4	1,4
64 Verrechnungen u.ä.	98	2,2	1,3	1,4	1,4	1,4
7 Summe 1,2,3,5,6 Abschluss der Haushalte		7.035,5	7.001,1	6.950,3	6.790,6	6.778,1

Anlage 13

Gruppierungsübersicht

Gruppierungsübersicht

Einnahmen

Gruppierungsnummer	Bezeichnung	Finanzplan				
		2009	2010	2011	2012	2013
1	2	3	4	3	4	5
0	Einnahmen aus Steuern und steuerähnlichen Abgaben sowie EU-Eigenmittel	3.623.700,0	3.148.810,0	3.220.030,0	3.372.850,0	3.502.810,0
01	Gemeinschaftssteuern und Gewerbesteuerumlage	3.326.970,0	3.013.000,0	3.081.000,0	3.233.000,0	3.363.000,0
011	Lohnsteuer	564.000,0	498.000,0	511.000,0	539.000,0	567.000,0
012	Veranlagte Einkommenssteuer	-17.000,0	17.000,0	33.000,0	52.000,0	68.000,0
013	Nicht veranlagte Steuern vom Ertrag (ohne Zinsabschlag)	31.000,0	26.000,0	26.000,0	31.000,0	34.000,0
014	Körperschaftsteuer	46.000,0	22.000,0	29.000,0	38.000,0	47.000,0
015	Umsatzsteuer	2.665.970,0	2.417.000,0	2.448.000,0	2.536.000,0	2.609.000,0
016	Einfuhrumsatzsteuer	--	--	--	--	--
017	Gewerbesteuerumlage	14.000,0	16.000,0	17.000,0	19.000,0	20.000,0
018	Zinsabschlag	23.000,0	17.000,0	17.000,0	18.000,0	18.000,0
05-06	Landessteuern	293.000,0	132.900,0	135.900,0	136.900,0	136.900,0
051	Vermögenssteuer	--	--	--	--	--
052	Erbschaftsteuer	8.000,0	10.000,0	11.000,0	11.000,0	11.000,0
053	Grunderwerbsteuer	79.000,0	73.000,0	76.000,0	76.000,0	76.000,0
054	Kraftfahrzeugsteuer	154.000,0	--	--	--	--
055	Totalisatorsteuer	--	--	--	--	--
056	Andere Rennwettsteuern	--	--	--	--	--
057	Lotteriesteuer	22.000,0	22.000,0	21.000,0	22.000,0	22.000,0
058	Sportwettsteuer	--	--	--	--	--
059	Feuerschutzsteuer	5.000,0	5.900,0	5.900,0	5.900,0	5.900,0
061	Biersteuer	25.000,0	22.000,0	22.000,0	22.000,0	22.000,0
069	Sonstige	--	--	--	--	--
09	Steuerähnliche Abgaben	3.730,0	2.910,0	3.130,0	2.950,0	2.910,0
093	Abgaben von Spielbanken	3.000,0	2.200,0	2.200,0	2.200,0	2.200,0
099	Sonstige	730,0	710,0	930,0	750,0	710,0
1	Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.	257.516,2	273.760,9	257.140,1	262.414,4	251.221,3
11	Verwaltungseinnahmen	131.027,1	150.063,6	133.647,3	130.764,9	129.392,6
111	Gebühren, sonstige Entgelte	94.448,5	100.927,6	99.609,4	97.327,9	96.265,1
112	Geldstrafen und Geldbußen	20.815,3	20.451,5	20.451,5	20.451,5	20.451,5
119	Sonstige	15.763,3	28.684,5	13.586,4	12.985,5	12.676,0
12	Einnahmen aus wirtschaftlicher Tätigkeit und aus Vermögen (ohne Zinsen)	36.335,8	34.943,3	35.237,7	35.192,3	34.680,6
121	Gewinne aus Unternehmen und Beteiligungen	764,0	593,4	593,4	593,4	93,4
122	Konzessionsabgaben	840,0	550,0	550,0	550,0	550,0
123	Einnahmen aus Lotterie, Lotto und Toto	24.410,5	21.648,6	21.940,3	21.948,8	21.964,8

Gruppierungsübersicht

Einnahmen

Gruppierungsnummer	Bezeichnung	Finanzplan				
		2009	2010	2011	2012	2013
1	2	3	4	3	4	5
124	Mieten und Pachten	8.117,8	9.729,8	9.828,7	9.811,3	9.811,8
125	Erlöse aus der Veräußerung von bewegl. Sachen u. Diensten aus wirtsch. Tät.	2.057,5	2.264,5	2.168,3	2.131,8	2.103,6
129	Sonstige	146,0	157,0	157,0	157,0	157,0
13	Erlöse aus der Veräußerung von Gegenständen, Kapitalrückzahlungen	4.369,7	4.715,2	4.400,5	3.783,0	3.240,9
131	Erlöse aus der Veräußerung von unbeweglichen Sachen	3.870,0	4.296,9	3.659,9	3.209,9	2.709,9
132	Erlöse aus der Veräußerung von beweglichen Sachen	499,7	418,3	740,6	573,1	531,0
133	Erlöse aus der Veräußerung von Beteiligungen und sonstigem Kapitalvermögen	--	--	--	--	--
134	Kapitalrückzahlungen	--	--	--	--	--
14	Einnahmen aus der Inanspruchnahme von Gewährleistungen	--	600,0	600,0	600,0	600,0
141	Einnahmen aus der Inanspruchnahme von Gewährleistungen aus dem Inland	--	600,0	600,0	600,0	600,0
146	Einnahmen aus der Inanspruchnahme von Gewährleistungen aus dem Ausland	--	--	--	--	--
15	Zinseinnahmen aus dem öffentlichen Bereich	--	--	--	--	--
151	von Bund	--	--	--	--	--
152	von Ländern	--	--	--	--	--
153	von Gemeinden und Gemeindeverbänden	--	--	--	--	--
154	von Sondervermögen	--	--	--	--	--
156	von Sozialversicherungsträgern sowie von der Bundesagentur für Arbeit	--	--	--	--	--
157	von Zweckverbänden	--	--	--	--	--
16	Zinseinnahmen aus sonstigen Bereichen	27.705,5	24.578,3	24.110,7	23.542,3	22.963,5
161	Zinseinnahmen von öffentlichen Unternehmen und Einrichtungen	95,0	45,0	45,0	45,0	45,0
162	Sonstige Zinseinnahmen aus dem Inland	27.610,5	24.533,3	24.065,7	23.497,3	22.918,5
166	Zinseinnahmen aus dem Ausland	--	--	--	--	--
17	Darlehensrückflüsse aus dem öffentlichen Bereich	611,5	416,0	110,4	--	--
171	von Bund	611,5	416,0	110,4	--	--
172	von Ländern	--	--	--	--	--
173	von Gemeinden und Gemeindeverbänden	--	--	--	--	--
174	von Sondervermögen	--	--	--	--	--
176	von Sozialversicherungsträgern sowie von der Bundesagentur für Arbeit	--	--	--	--	--
177	von Zweckverbänden	--	--	--	--	--

Gruppierungsübersicht

Einnahmen

Gruppierungsnummer	Bezeichnung	Finanzplan				
		2009	2010	2011	2012	2013
1	2	3	4	3	4	5
18	Darlehensrückflüsse aus sonstigen Bereichen	57.466,6	58.444,5	59.033,5	68.531,9	60.343,7
181	Darlehensrückflüsse aus öffentlichen Unternehmen und Einrichtungen	--	--	--	--	--
182	Sonstige Darlehensrückflüsse aus dem Inland	57.466,6	58.444,5	59.033,5	68.531,9	60.343,7
186	Darlehensrückflüsse aus dem Ausland	--	--	--	--	--
2	Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	2.548.418,7	2.617.538,6	2.523.044,9	2.463.943,3	2.418.596,4
21	Allgemeine (nicht zweckgebundene) Zuweisungen aus dem öffentlichen Bereich	1.822.367,0	1.856.554,6	1.792.134,6	1.740.326,6	1.690.906,6
211	vom Bund	1.390.367,0	1.440.554,6	1.371.134,6	1.300.326,6	1.234.906,6
212	von Ländern	432.000,0	416.000,0	421.000,0	440.000,0	456.000,0
213	von Gemeinden und Gemeindeverbänden	--	--	--	--	--
214	von Sondervermögen	--	--	--	--	--
216	von Sozialversicherungsträgern sowie von der Bundesagentur für Arbeit	--	--	--	--	--
217	von Zweckverbänden	--	--	--	--	--
22	Schuldendiensthilfen aus dem öffentlichen Bereich	--	--	--	--	--
221	vom Bund	--	--	--	--	--
222	von Ländern	--	--	--	--	--
223	von Gemeinden und Gemeindeverbänden	--	--	--	--	--
224	von Sondervermögen	--	--	--	--	--
226	von Sozialversicherungsträgern sowie von der Bundesagentur für Arbeit	--	--	--	--	--
227	von Zweckverbänden	--	--	--	--	--
23	Sonstige (zweckgebundene) Zuweisungen aus dem öffentlichen Bereich	592.151,2	633.627,3	621.012,7	614.876,9	616.547,3
231	vom Bund	527.230,3	537.983,6	526.257,0	518.782,6	521.940,5
232	von Ländern	11.287,8	32.036,5	31.127,9	31.361,4	31.481,5
233	von Gemeinden und Gemeindeverbänden	7.607,5	8.209,8	8.954,7	9.632,2	9.534,7
234	von Sondervermögen	45.202,5	48.465,3	50.288,6	51.288,6	52.288,6
235	von Sozialversicherungsträgern sowie von der Bundesagentur für Arbeit	--	--	--	--	--
236	Erstattungen v.Sozialversicherungsträgern sowie v.der Bundesagentur f.Arbeit	648,1	1.452,3	1.204,5	1.058,4	1.049,0
237	von Zweckverbänden	175,0	5.479,8	3.180,0	2.753,7	253,0
26	Schuldendiensthilfen u.Erstattungen v.Verwaltungsausgaben aus sonst.Bereichen	653,4	679,3	688,5	715,5	715,5

Gruppierungsübersicht

Einnahmen

Gruppierungsnummer	Bezeichnung	Finanzplan				
		2009	2010	2011	2012	2013
1	2	3	4	3	4	5
261	aus dem Inland	653,4	679,3	688,5	715,5	715,5
266	aus dem Ausland	--	--	--	--	--
27	Zuschüsse von der EU	126.424,0	121.603,5	104.010,2	102.631,3	104.851,3
271	Erstattungen von der EU	815,1	675,0	475,0	425,0	425,0
272	Sonstige Zuschüsse von der EU	125.608,9	120.928,5	103.535,2	102.206,3	104.426,3
28	Sonstige Zuschüsse aus sonstigen Bereichen	6.823,1	5.073,9	5.198,9	5.393,0	5.575,7
281	Sonstige Erstattungen aus dem Inland	5.134,9	3.486,6	3.615,6	3.809,7	3.992,4
282	Sonstige Zuschüsse aus dem Inland	1.688,2	1.587,3	1.583,3	1.583,3	1.583,3
286	Sonstige Erstattungen aus dem Ausland (soweit nicht von der EU)	--	--	--	--	--
287	Sonstige Zuschüsse aus dem Ausland (soweit nicht von der EU)	--	--	--	--	--
29	Vermögensübertragungen, soweit nicht für Investitionen	--	--	--	--	--
291	vom Bund, soweit nicht Investitionszuweisungen	--	--	--	--	--
292	von Ländern, soweit nicht Investitionszuweisungen	--	--	--	--	--
293	von Gemeinden und Gemeindeverbänden, soweit nicht Investitionszuweisungen	--	--	--	--	--
297	von Unternehmen, soweit nicht Investitionszuschüsse	--	--	--	--	--
298	von Sonstigen aus dem Inland, soweit nicht Investitionszuschüsse	--	--	--	--	--
299	aus dem Ausland, soweit nicht Investitionszuschüsse	--	--	--	--	--
3	Einnahmen aus Schuldenaufn., Zuweisungen f. Invest., bes. Finanzierungsein.	605.873,6	961.030,4	950.072,9	691.440,4	605.457,5
31	Schuldenaufn. bei Gebietskörpersch., Sonderverm. u. gebietskörp. Zusammen.	--	--	--	--	--
311	beim Bund	--	--	--	--	--
312	bei Ländern	--	--	--	--	--
313	bei Gemeinden und Gemeindeverbänden	--	--	--	--	--
314	bei Sondervermögen	--	--	--	--	--
317	bei Zweckverbänden	--	--	--	--	--
32	Schuldenaufnahme am Kreditmarkt	--	--	--	--	--
321	Schuldenaufnahme bei öffentlichen Unternehmen und Einrichtungen	--	--	--	--	--
322	Schuldenaufnahme bei Sozialversicherungsträgern und der BAfA	--	--	--	--	--
325	Schuldenaufnahmen auf dem sonstigen inländischen Kreditmarkt	--	--	--	--	--

Gruppierungsübersicht

Einnahmen

Gruppierungsnummer	Bezeichnung	Finanzplan				
		2009	2010	2011	2012	2013
1	2	3	4	3	4	5
326	Schuldenaufnahmen im Ausland	--	--	--	--	--
33	Zuweisungen für Investitionen aus dem öffentlichen Bereich	300.184,7	409.172,7	360.596,3	301.435,9	294.149,6
331	vom Bund	271.753,1	280.950,6	283.033,3	275.071,8	268.454,4
332	von Ländern	--	--	--	--	--
333	von Gemeinden und Gemeindeverbänden	27.246,3	28.695,9	27.006,7	25.328,8	24.659,9
334	von Sondervermögen	1.185,3	99.526,2	50.556,3	1.035,3	1.035,3
336	von Sozialversicherungsträgern sowie der Bundesagentur für Arbeit	--	--	--	--	--
337	von Zweckverbänden	--	--	--	--	--
34	Beiträge und sonstige Zuschüsse für Investitionen	297.089,9	304.367,5	380.825,5	388.654,7	309.158,1
341	Beiträge	16.122,6	15.972,6	15.822,6	15.672,6	15.522,6
342	Sonstige Zuschüsse für Investitionen aus dem Inland	10,0	206,0	220,0	220,0	220,0
346	Zuschüsse für Investitionen von der EU	280.957,3	288.188,9	364.782,9	372.762,1	293.415,5
347	Sonstige Zuschüsse für Investitionen aus dem Ausland (soweit nicht v.d. EU)	--	--	--	--	--
35	Entnahmen aus Rücklagen, Fonds und Stöcken	6.375,0	246.215,4	207.301,3	--	800,0
351	aus der Ausgleichsrücklage	--	227.765,4	200.006,4	--	--
352	aus der Betriebsmittelrücklage	--	--	--	--	--
354	aus der Bürgschaftssicherungs- und Schuldendienstrücklage	--	--	--	--	--
355	aus der Konjunkturausgleichsrücklage	--	--	--	--	--
356	aus Fonds und Stöcken	--	10.500,0	740,0	--	--
359	Sonstige	6.375,0	7.950,0	6.554,9	--	800,0
36	Einnahmen aus Überschüssen der Vorjahre	--	--	--	--	--
37	Globale Mehr- und Mindereinnahmen	--	--	--	--	--
371	Globale Mehreinnahmen	--	--	--	--	--
372	Globale Mindereinnahmen	--	--	--	--	--
38	Haushaltstechnische Verrechnungen	2.224,0	1.274,8	1.349,8	1.349,8	1.349,8
381	Verrechnungen zwischen Kapiteln	2.224,0	1.274,8	1.349,8	1.349,8	1.349,8
382	Durchlaufende Posten	--	--	--	--	--
389	Sonstige	--	--	--	--	--
	Gesamteinnahmen	7.035.508,5	7.001.139,9	6.950.287,9	6.790.648,1	6.778.085,2

Gruppierungsübersicht

Ausgaben

Gruppierungsnummer	Bezeichnung	Finanzplan				
		2009	2010	2011	2012	2013
1	2	3	4	3	4	5
4	Personalausgaben	1.559.688,4	1.677.038,4	1.698.555,8	1.719.155,8	1.745.679,3
41	Aufwendungen für Abgeordnete und ehrenamtlich Tätige	10.940,7	11.594,0	12.504,8	11.823,0	11.989,2
411	Aufwendungen für Abgeordnete	10.053,1	10.698,4	11.607,2	10.925,4	11.091,6
412	Aufwendungen für ehrenamtlich Tätige	887,6	895,6	897,6	897,6	897,6
42	Bezüge und Nebenleistungen	1.457.504,4	1.573.002,2	1.555.552,1	1.563.564,1	1.568.867,9
421	Bezüge des Ministerpräsidenten, Minister und sonstiger Amtsträger	1.157,1	1.379,4	1.382,3	1.382,3	1.382,3
422	Bezüge und Nebenleistungen der Beamten und Richter	519.210,6	541.235,1	541.943,2	547.409,7	549.812,8
424	Zuführungen an die Versorgungsrücklage	3.232,0	3.654,0	3.686,7	4.947,1	6.200,6
425	Vergütungen der Angestellten	--	--	--	--	--
426	Löhne der Arbeiter	--	--	--	--	--
427	Beschäftigungsentg., Aufwendungen für nebenamtl. und nebenberufl. Tätige	2.880,7	3.185,8	3.705,8	2.796,0	2.489,2
428	Entgelte für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	927.450,5	1.017.892,7	1.002.916,7	1.004.728,0	1.005.837,1
429	Nicht aufteilbare Personalausgaben	3.573,5	5.655,2	1.917,4	2.301,0	3.145,9
43	Versorgungsbezüge und dgl.	56.833,7	60.350,0	71.131,2	81.969,1	91.695,6
431	Versorgungsbezüge des Ministerpräsidenten, der Minister u. sonst. Amtsträger	--	992,4	1.216,4	1.835,9	1.557,2
432	Versorgungsbezüge der Beamten und Richter	55.881,5	57.941,9	68.036,0	77.600,0	87.150,0
434	Zuführungen an die Versorgungsrücklage	911,9	1.374,4	1.836,9	2.490,6	2.945,2
435	Versorgungsbezüge der Angestellten	40,3	41,3	41,9	42,6	43,2
436	Versorgungsbezüge der Arbeiter	--	--	--	--	--
437	Versorgungsbezüge nach G 131	--	--	--	--	--
439	Sonstige	--	--	--	--	--
44	Beihilfen, Unterstützungen und dgl.	29.993,8	32.736,9	33.586,4	34.133,3	34.341,5
441	Beihilfen, soweit nicht für Versorgungsempfänger	15.873,0	16.266,0	16.065,5	15.864,0	15.864,0
443	Fürsorgeleistungen und Unterstützungen	10.088,5	10.302,9	10.537,1	10.771,3	10.979,5
446	Beihilfen für Versorgungsempfänger und dgl.	4.032,3	6.168,0	6.983,8	7.498,0	7.498,0
45	Sonstige personalbezogene Sachausgaben	6.688,9	6.250,4	6.421,5	6.370,3	6.386,7
451	Zuschüsse zur Gemeinschaftsverpflegung u. zu Gemeinschaftsveranstaltungen	--	--	--	--	--
452	Personalbezogene Zahlungen an die Sozialversicherungsträger	442,0	482,0	522,0	562,0	617,0

Gruppierungsübersicht

Ausgaben

Gruppierungsnummer	Bezeichnung	Finanzplan				
		2009	2010	2011	2012	2013
1	2	3	4	3	4	5
453	Trennungsgeld, Umzugskostenvergütung	1.256,7	1.226,3	1.357,4	1.306,2	1.267,6
459	Sonstiges	4.990,2	4.542,1	4.542,1	4.502,1	4.502,1
46	Globale Mehr- und Minderausgaben für Personalausgaben	-2.273,1	-6.895,1	19.359,8	21.296,0	32.398,4
461	Globale Mehrausgaben für Personalausgaben	24.726,9	19.854,9	50.609,8	69.801,2	99.426,6
462	Globale Minderausgaben für Personalausgaben	-27.000,0	-26.750,0	-31.250,0	-48.505,2	-67.028,2
5	Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	987.994,9	799.133,5	840.183,4	865.835,1	887.828,9
51-54	Sächliche Verwaltungsausgaben	367.794,9	379.833,5	385.683,4	378.735,1	376.228,9
511	Geschäftsbedarf, Kommunikation, Geräte-, Ausstattungs-, Ausrüstungsgegenstände	42.793,1	42.814,0	43.821,4	42.761,1	42.577,3
514	Verbrauchsmittel, Haltung von Fahrzeugen und dgl.	20.176,7	23.583,4	23.610,7	23.370,9	23.591,4
517	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	33.096,8	34.690,0	35.517,1	35.456,4	35.474,4
518	Mieten und Pachten	74.990,2	75.797,2	75.848,5	75.062,6	75.017,1
519	Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen	1.971,5	2.447,4	2.461,4	2.461,4	2.461,4
521	Unterhaltung des sonstigen unbeweglichen Vermögens	9.114,7	8.073,9	7.808,7	7.079,6	7.213,4
523	Kunst- und wissenschaftliche Sammlungen und Bibliotheken	398,0	396,1	386,2	396,1	386,2
525	Aus- und Fortbildung	4.379,5	4.422,1	4.260,3	4.237,8	4.210,8
526	Sachverständige, Gerichts- und ähnliche Kosten	83.056,9	75.900,8	76.583,0	78.014,5	76.385,1
527	Dienstreisen	4.670,4	5.926,7	5.805,8	5.836,9	5.798,2
529	Verfügungsmittel	89,3	89,8	89,8	89,8	89,8
531-546	Sonstiges	88.545,6	97.793,4	103.923,4	99.321,0	100.596,9
547	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsaufgaben	2.152,2	7.198,7	4.967,1	4.447,0	2.226,9
548	Globale Mehrausgaben für sächliche Verwaltungsausgaben	7.360,0	5.700,0	5.600,0	5.200,0	5.200,0
549	Globale Minderausgaben für sächliche Verwaltungsausgaben	-5.000,0	-5.000,0	-5.000,0	-5.000,0	-5.000,0
56	Zinsausgaben an Gebietskörperschaften, Sondervermögen u. gebiets. Zus.schl.	--	--	--	--	--
561	an Bund	--	--	--	--	--
562	an Länder	--	--	--	--	--
563	an Gemeinden und Gemeindeverbände	--	--	--	--	--
564	an Sondervermögen	--	--	--	--	--
567	an Zweckverbände	--	--	--	--	--

Gruppierungsübersicht

Ausgaben

Gruppierungsnummer	Bezeichnung	Finanzplan				
		2009	2010	2011	2012	2013
1	2	3	4	3	4	5
57	Zinsausgaben an Kreditmarkt	470.200,0	419.300,0	454.500,0	487.100,0	511.600,0
571	an öffentliche Unternehmen und Einrichtungen	--	--	--	--	--
572	an Sozialversicherungsträger sowie an die Bundesagentur für Arbeit	--	--	--	--	--
573	für Ausgleichsforderungen	--	--	--	--	--
575	an sonstigen inländischen Kreditmarkt	470.200,0	419.300,0	454.500,0	487.100,0	511.600,0
576	an Ausland	--	--	--	--	--
58	Tilgungsausgaben an Gebietskörperschaften, Sondervermögen u. gebiets. Zus.	--	--	--	--	--
581	an Bund	--	--	--	--	--
582	an Länder	--	--	--	--	--
583	an Gemeinden und Gemeindeverbände	--	--	--	--	--
584	an Sondervermögen	--	--	--	--	--
587	an Zweckverbände	--	--	--	--	--
59	Tilgungsausgaben an Kreditmarkt	150.000,0	--	--	--	--
591	an öffentliche Unternehmen und Einrichtungen	--	--	--	--	--
592	an Sozialversicherungsträger sowie an die Bundesagentur für Arbeit	--	--	--	--	--
593	für Ausgleichsforderungen	--	--	--	--	--
595	an sonstigen inländischen Kreditmarkt	150.000,0	--	--	--	--
596	Tilgungsausgaben an Ausland	--	--	--	--	--
6	Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	3.285.650,1	3.220.091,1	3.182.332,5	3.188.509,3	3.232.882,8
61	Allgemeine (nicht zweckgebundene) Zuweisungen an öffentlichen Bereich	974.266,0	928.962,1	878.294,0	889.367,0	901.999,8
611	an Bund	--	--	--	--	--
612	an Länder	--	--	--	--	--
613	an Gemeinden und Gemeindeverbände	974.266,0	928.962,1	878.294,0	889.367,0	901.999,8
614	an Sondervermögen	--	--	--	--	--
616	an Sozialversicherungsträger sowie an die Bundesagentur für Arbeit	--	--	--	--	--
617	an Zweckverbände	--	--	--	--	--
62	Schuldendiensthilfen an öffentlichen Bereich	4.292,9	372,0	200,0	60,0	21,0
621	an Bund	--	--	--	--	--
622	an Länder	--	--	--	--	--
623	an Gemeinden und Gemeindeverbände	4.292,9	372,0	200,0	60,0	21,0
624	an Sondervermögen	--	--	--	--	--
626	an Sozialversicherungsträger sowie an die Bundesagentur für Arbeit	--	--	--	--	--

Gruppierungsübersicht

Ausgaben

Gruppierungsnummer	Bezeichnung	Finanzplan				
		2009	2010	2011	2012	2013
1	2	3	4	3	4	5
627	an Zweckverbände	--	--	--	--	--
63	Sonstige (zweckgebundene) Zuweisungen an öffentlichen Bereich	1.215.538,5	1.148.033,8	1.170.217,8	1.173.651,3	1.184.545,4
631	an Bund	281.273,6	276.305,4	277.199,9	276.351,9	275.352,7
632	an Länder	3.346,7	4.008,5	3.949,8	2.759,0	2.870,2
633	an Gemeinden und Gemeindeverbände	875.496,8	807.959,1	827.979,5	833.547,4	843.583,9
634	an Sondervermögen	43.894,4	46.174,4	46.520,0	48.212,6	50.148,6
636	an Sozialversicherungsträger sowie an die Bundesagentur für Arbeit	2.041,8	1.796,5	1.802,7	1.802,7	1.802,7
637	an Zweckverbände	9.485,2	11.789,9	12.765,9	10.977,7	10.787,3
66	Schuldendiensthilfen an sonstige Bereiche	24.366,2	26.980,1	25.741,9	24.531,9	29.838,3
661	an öffentliche Unternehmen	1.700,0	1.620,0	1.220,0	810,0	100,0
662	an private Unternehmen	5.187,6	4.021,0	3.200,0	2.400,0	1.620,0
663	an Sonstige im Inland	17.478,6	21.339,1	21.321,9	21.321,9	28.118,3
664	an öffentliche Einrichtungen	--	--	--	--	--
666	an Ausland	--	--	--	--	--
67	Erstattungen an sonstige Bereiche	29.557,3	30.694,4	31.554,6	31.995,7	32.100,1
671	an Inland	29.557,3	30.694,4	31.554,6	31.995,7	32.100,1
676	an Ausland	--	--	--	--	--
68	Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke an sonstige Bereiche	1.037.629,2	1.085.048,7	1.076.324,2	1.068.903,4	1.084.378,2
681	Renten, Unterstützungen u. sonstige Geldleistungen an natürliche Personen	135.433,5	160.860,7	157.708,2	155.820,0	150.523,0
682	Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Unternehmen	291.975,0	310.654,7	320.963,2	321.391,0	323.815,7
683	Zuschüsse für laufende Zwecke an private Unternehmen	330.619,5	342.471,2	332.867,3	335.903,6	355.985,0
684	Zuschüsse für laufende Zwecke an soziale oder ähnliche Einrichtungen	102.816,9	108.803,9	108.541,8	109.397,6	109.318,2
685	Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Einrichtungen	157.504,5	147.794,6	141.855,3	131.774,1	130.248,7
686	Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke im Inland	19.236,9	14.419,0	14.343,5	14.572,0	14.442,5
687	Zuschüsse für laufende Zwecke im Ausland (soweit nicht an die EU)	42,9	44,6	44,9	45,1	45,1
688	Abführung der Eigenmittel an die EU	--	--	--	--	--
69	Vermögensübertragung soweit nicht für Investitionen	--	--	--	--	--
691	Vermögensübertragung an Bund, soweit nicht Investitionszuweisungen	--	--	--	--	--
692	Vermögensübertragung an Länder, soweit nicht Investitionszuweisungen	--	--	--	--	--
693	Vermögensübertr.an Gemeinden u.Gemeindeverbände, soweit n. Investitionszuw.	--	--	--	--	--

Gruppierungsübersicht

Ausgaben

Gruppierungsnummer	Bezeichnung	Finanzplan				
		2009	2010	2011	2012	2013
1	2	3	4	3	4	5
697	Vermögensübertragungen an Unternehmen, soweit nicht Investitionszuschüsse	--	--	--	--	--
698	Vermögensübertragungen an Sonstige im Inland, soweit nicht Investitionszu.	--	--	--	--	--
699	Vermögensübertragung an Ausland, soweit nicht Investitionszuschüsse	--	--	--	--	--
7	Baumaßnahmen	224.563,9	252.208,6	255.292,6	223.950,4	216.573,7
71-74	Hochbau	131.943,6	157.721,0	158.015,2	127.357,8	121.266,9
75-79	Tiefbau	92.620,3	94.487,6	97.277,4	96.592,6	95.306,8
8	Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	910.562,1	1.048.293,5	967.973,8	919.737,8	880.668,8
81	Erwerb von beweglichen Sachen	50.703,5	83.613,1	63.578,4	47.915,1	51.224,3
811	Erwerb von Fahrzeugen	4.878,3	13.554,2	13.226,7	10.564,9	10.479,0
812	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	45.825,2	70.058,9	50.351,7	37.350,2	40.745,3
82	Erwerb von unbeweglichen Sachen	5.179,1	9.934,8	2.094,8	2.124,8	2.153,8
83	Erwerb von Beteiligungen und dergleichen	--	100,0	--	--	--
831	Erwerb von Beteiligungen und dergleichen im Inland	--	100,0	--	--	--
836	Erwerb von Beteiligungen und dergleichen im Ausland	--	--	--	--	--
85	Darlehen an öffentlichen Bereich	--	--	--	--	--
851	an Bund	--	--	--	--	--
852	an Länder	--	--	--	--	--
853	an Gemeinden und Gemeindeverbände	--	--	--	--	--
854	an Sondervermögen	--	--	--	--	--
856	an Sozialversicherungsträger sowie an die Bundesagentur für Arbeit	--	--	--	--	--
857	an Zweckverbände	--	--	--	--	--
86	Darlehen an sonstige Bereiche	44.322,2	43.758,2	38.862,7	42.424,1	46.348,0
861	an öffentliche Unternehmen und Einrichtungen	--	--	--	--	--
862	an private Unternehmen	--	2.457,0	513,7	4.884,1	9.738,0
863	an Sonstige im Inland	44.322,2	41.301,2	38.349,0	37.540,0	36.610,0
866	an Ausland	--	--	--	--	--
87	Inanspruchnahme aus Gewährleistungen	10.000,0	30.000,0	30.000,0	30.000,0	30.000,0

Gruppierungsübersicht

Ausgaben

Gruppierungsnummer	Bezeichnung	Finanzplan				
		2009	2010	2011	2012	2013
1	2	3	4	3	4	5
88	Zuweisungen für Investitionen an öffentlichen Bereich	452.039,7	490.338,0	473.060,7	461.876,1	409.670,1
881	an Bund	650,0	600,0	600,0	600,0	600,0
882	an Länder	--	--	--	--	--
883	an Gemeinden und Gemeindeverbände	445.469,4	480.678,7	462.835,7	452.066,1	400.120,1
884	an Sondervermögen	2.931,0	5.845,3	3.744,3	3.329,3	3.069,3
886	an Sozialversicherungsträger sowie an die Bundesagentur für Arbeit	--	--	--	--	--
887	an Zweckverbände	2.989,3	3.214,0	5.880,7	5.880,7	5.880,7
89	Zuschüsse für Investitionen an sonstigen Bereich	348.317,6	390.549,4	360.377,2	335.397,7	341.272,6
891	an öffentliche Unternehmen	31.896,3	33.670,4	34.479,7	31.208,3	30.857,7
892	an private Unternehmen	211.200,1	245.545,3	219.732,3	205.138,9	202.459,9
893	an Sonstige im Inland	101.361,1	106.803,4	101.204,3	94.057,5	103.135,1
894	an öffentliche Einrichtungen	3.860,1	4.530,3	4.960,9	4.993,0	4.819,9
896	an Ausland	--	--	--	--	--
9	Besondere Finanzierungsausgaben	67.049,1	4.374,8	5.949,8	-126.540,3	-185.548,3
91	Zuführung an Rücklagen, Fonds und Stöcke	70.725,1	2.500,0	4.000,0	5.000,0	6.000,0
911	an Ausgleichsrücklage	50.000,0	--	--	--	--
912	an Betriebsmittellrücklage	--	--	--	--	--
914	an Bürgschaftssicherungs- und Schuldendienstrücklage	--	--	--	--	--
915	an Konjunkturausgleichsrücklage	--	--	--	--	--
916	an Fonds und Stöcke	1.000,0	--	--	--	--
919	an Sonstige	19.725,1	2.500,0	4.000,0	5.000,0	6.000,0
96	Ausgaben zur Deckung von Fehlbeträgen aus Vorjahren	--	--	--	--	--
97	Globale Mehr- und Minderausgaben	-5.900,0	600,0	600,0	-132.890,1	-192.898,1
971	Globale Mehrausgaben	3.600,0	3.600,0	3.600,0	22.820,0	33.720,0
972	Globale Minderausgaben	-9.500,0	-3.000,0	-3.000,0	-155.710,1	-226.618,1
98	Haushaltstechnische Verrechnungen	2.224,0	1.274,8	1.349,8	1.349,8	1.349,8
981	Verrechnungen zwischen Kapiteln	2.224,0	1.274,8	1.349,8	1.349,8	1.349,8
982	Durchlaufende Posten	--	--	--	--	--
989	Sonstiges	--	--	--	--	--
	Gesamtausgaben	7.035.508,5	7.001.139,9	6.950.287,9	6.790.648,1	6.778.085,2

Anlage 14

Funktionenübersicht

Funktionenübersicht

Einnahmen

Funktion	Funktion / Aufgabenbereiche	F i n a n z p l a n				
		2009	2010	2011	2012	2013
1	2	3	4	3	4	5
0	Allgemeine Dienste	167.750,0	196.387,5	191.040,6	193.641,5	185.470,7
01	Politische Führung und zentrale Verwaltung	76.144,6	83.340,9	77.189,1	70.663,4	71.318,2
011	Politische Führung	5.514,3	1.736,1	1.407,4	1.182,4	2.521,3
012	Innere Verwaltung	107,1	262,4	291,5	236,1	238,1
013	Informationswesen	--	--	--	--	--
014	Statistischer Dienst	100,0	100,0	3.984,0	100,0	100,0
015	Zivildienst	--	--	--	--	--
016	Hochbauverwaltung	61.952,5	72.162,3	62.000,6	59.288,6	58.288,6
018	Versorgung einschließlich Beihilfen für Versorgungsempfänger	8.454,3	9.062,6	9.489,6	9.840,8	10.154,7
019	Sonstige allgemeine Staatsaufgaben	16,4	17,5	16,0	15,5	15,5
02	Auswärtige Angelegenheiten	--	--	--	--	--
021	Auslandsvertretungen	--	--	--	--	--
022	Internationale Organisationen	--	--	--	--	--
023	Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung	--	--	--	--	--
024	Auslandsschulwesen und kulturelle Angelegenheiten im Ausland	--	--	--	--	--
029	Sonstiges	--	--	--	--	--
04	Öffentliche Sicherheit und Ordnung	10.441,1	11.593,5	12.834,9	13.567,9	13.559,9
042	Polizei	8.882,9	10.040,7	11.282,1	12.043,1	12.007,1
044	Brandschutz	285,2	297,8	297,8	269,8	297,8
045	Katastrophenschutz	20,0	25,0	25,0	25,0	25,0
048	Versorgung einschließlich Beihilfen für Versorgungsempfänger	--	--	--	--	--
049	Sonstiges	1.253,0	1.230,0	1.230,0	1.230,0	1.230,0
05	Rechtsschutz	69.195,5	68.503,8	67.999,3	67.499,8	67.517,3
051	Verfassungsgerichte	0,6	0,6	0,6	0,6	0,6
052	Ordentliche Gerichte und Staatsanwaltschaften	65.065,7	64.522,6	64.019,1	63.519,6	63.524,1
053	Verwaltungsgerichte	1.803,3	1.504,2	1.503,2	1.503,2	1.503,2
054	Arbeits- und Sozialgerichte	1.525,5	1.556,8	1.556,8	1.556,8	1.566,8
055	Finanzgerichte	300,7	300,9	300,9	300,9	300,9
056	Justizvollzugsanstalten	499,7	618,7	618,7	618,7	621,7
058	Versorgung einschließlich Beihilfen für Versorgungsempfänger	--	--	--	--	--
059	Sonstige Rechtsschutzaufgaben	--	--	--	--	--
06	Finanzverwaltung	11.968,8	32.949,3	33.017,3	41.910,4	33.075,3
061	Steuer- und Zollverwaltung, Vermögensverwaltung	10.477,3	31.438,3	31.458,3	40.303,4	31.468,3
062	Schuldenverwaltung und sonstige Finanzverwaltung	1.491,5	1.511,0	1.559,0	1.607,0	1.607,0
068	Versorgung einschließlich Beihilfen für Versorgungsempfänger	--	--	--	--	--

Funktionenübersicht

Ausgaben

Funk- tion	Funktion / Aufgabenbereiche	F i n a n z p l a n				
		2009	2010	2011	2012	2013
1	2	3	4	3	4	5
0	Allgemeine Dienste	1.201.302,7	1.240.630,0	1.244.105,5	1.248.937,4	1.265.883,5
01	Politische Führung und zentrale Verwaltung	353.645,1	381.272,5	386.316,6	388.608,5	397.272,2
011	Politische Führung	196.102,3	209.364,6	218.935,0	225.714,9	236.433,1
012	Innere Verwaltung	29.687,6	29.833,0	30.487,8	30.145,0	30.203,9
013	Informationswesen	1.382,7	1.329,8	1.333,2	1.314,5	1.322,4
014	Statistischer Dienst	3.449,2	4.157,8	9.642,6	3.878,4	3.491,0
015	Zivildienst	--	--	--	--	--
016	Hochbauverwaltung	105.818,5	115.490,1	102.589,7	101.603,8	98.140,2
018	Versorgung einschließlich Beihilfen für Versorgungsempfänger	16.596,8	20.589,2	22.920,3	25.543,9	27.273,6
019	Sonstige allgemeine Staatsaufgaben	608,0	508,0	408,0	408,0	408,0
02	Auswärtige Angelegenheiten	873,1	965,0	965,3	965,5	965,5
021	Auslandsvertretungen	--	--	--	--	--
022	Internationale Organisationen	--	--	--	--	--
023	Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung	83,5	81,8	81,8	81,8	81,8
024	Auslandsschulwesen und kulturelle Angelegenheiten im Ausland	644,4	736,4	736,4	736,4	736,4
029	Sonstiges	145,2	146,8	147,1	147,3	147,3
04	Öffentliche Sicherheit und Ordnung	453.744,9	457.591,2	453.867,6	455.154,8	461.572,3
042	Polizei	322.858,9	334.350,8	323.379,0	318.724,4	318.166,1
044	Brandschutz	5.686,8	6.533,4	6.533,9	6.504,0	6.528,6
045	Katastrophenschutz	1.552,6	1.857,0	2.059,8	1.632,6	2.177,6
048	Versorgung einschließlich Beihilfen für Versorgungsempfänger	121.195,9	112.188,1	119.194,5	125.543,9	131.993,9
049	Sonstiges	2.450,7	2.661,9	2.700,4	2.749,9	2.706,1
05	Rechtsschutz	275.833,3	273.719,9	274.082,7	274.806,9	275.411,4
051	Verfassungsgerichte	186,5	183,0	187,0	187,0	187,4
052	Ordentliche Gerichte und Staatsanwaltschaften	197.640,7	194.187,1	193.411,2	192.788,5	192.536,9
053	Verwaltungsgerichte	6.412,6	6.782,4	6.758,5	6.758,5	6.761,2
054	Arbeits- und Sozialgerichte	13.239,1	14.190,6	14.344,7	14.395,2	14.435,2
055	Finanzgerichte	1.059,1	980,7	984,8	972,8	972,8
056	Justizvollzugsanstalten	49.194,1	48.954,8	49.027,8	49.416,2	49.309,2
058	Versorgung einschließlich Beihilfen für Versorgungsempfänger	8.008,5	8.381,5	9.330,5	10.250,5	11.170,5
059	Sonstige Rechtsschutzaufgaben	92,7	59,8	38,2	38,2	38,2
06	Finanzverwaltung	117.206,3	127.081,4	128.873,3	129.401,7	130.662,1
061	Steuer- und Zollverwaltung, Vermögensverwaltung	107.071,9	114.958,6	115.738,5	116.057,7	116.957,6
062	Schuldenverwaltung und sonstige Finanzverwaltung	8.629,8	10.153,9	11.022,8	11.105,0	11.338,5
068	Versorgung einschließlich Beihilfen für Versorgungsempfänger	1.504,6	1.968,9	2.112,0	2.239,0	2.366,0

Funktionenübersicht

Einnahmen

Funktion	Funktion / Aufgabenbereiche	F i n a n z p l a n				
		2009	2010	2011	2012	2013
1	2	3	4	3	4	5
1	Bildungswesen, Wissenschaft, Forschung, kulturelle Angelegenheiten	144.995,8	148.444,5	139.583,1	137.377,4	133.501,0
11-12	Allgemeinbildende und berufliche Schulen	4.273,0	3.596,6	3.606,6	3.606,6	3.526,6
111	Unterrichtsverwaltung	--	--	--	--	--
112	Grundschulen	--	--	--	--	--
113	Hauptschulen	--	--	--	--	--
114	Kombinierte Grund- und Hauptschulen	--	--	--	--	--
115	Kombinierte Haupt- und Realschulen	--	--	--	--	--
116	Realschulen	--	--	--	--	--
117	Gymnasien, Kollegs	--	--	--	--	--
118	Versorgung einschließlich Beihilfen für Versorgungsempfänger	--	--	--	--	--
119	Gesamtschulen (integrierte und additive)	--	--	--	--	--
121	Schulformunabhängige Orientierungsstufe	--	--	--	--	--
123	Freie Waldorfschulen	--	--	--	--	--
124	Sonderschulen	--	--	--	--	--
127	Berufliche Schulen	3.850,2	2.896,4	2.896,4	2.896,4	2.896,4
129	Sonstige schulische Aufgaben	422,8	700,2	710,2	710,2	630,2
13	Hochschulen	29.604,4	32.578,4	30.380,1	31.640,3	31.477,8
131	Universitäten	28.818,0	31.709,5	29.484,9	30.789,9	30.627,4
132	Hochschulkliniken	--	--	--	--	--
133	Verwaltungsfachhochschulen	545,2	721,0	747,3	702,5	702,5
135	Kunsthochschulen	--	--	--	--	--
136	Fachhochschulen	--	--	--	--	--
137	Deutsche Forschungsgemeinschaft	--	--	--	--	--
138	Versorgung einschließlich Beihilfen für Versorgungsempfänger	--	--	--	--	--
139	Sonstige Hochschulaufgaben	241,2	147,9	147,9	147,9	147,9
14	Förderung von Schülern, Studenten und dgl.	67.198,7	61.073,2	58.572,4	56.715,3	55.847,9
141	Fördermaßnahmen für Schüler	25.507,1	22.596,8	20.329,2	18.933,1	18.184,3
142	Fördermaßnahmen für Studierende	41.691,6	38.476,4	38.243,2	37.782,2	37.663,6
143	Fördermaßnahmen für den wissenschaftlichen Nachwuchs	--	--	--	--	--
145	Schülerbeförderung	--	--	--	--	--
146	Studentenwohnraumförderung	--	--	--	--	--
15	Sonstiges Bildungswesen	46,8	42,8	42,8	42,8	42,8
151	Förderung der Weiterbildung	20,3	20,3	20,3	20,3	20,3
152	Volkshochschulen	--	--	--	--	--
153	Andere Einrichtungen der Weiterbildung	--	--	--	--	--
154	Einrichtungen der Lehrerbildung	--	--	--	--	--

Funktionenübersicht

Ausgaben

Funktion	Funktion / Aufgabenbereiche	F i n a n z p l a n				
		2009	2010	2011	2012	2013
1	2	3	4	3	4	5
1	Bildungswesen, Wissenschaft, Forschung, kulturelle Angelegenheiten	1.411.130,6	1.571.879,1	1.551.115,9	1.510.728,6	1.530.495,2
11-12	Allgemeinbildende und berufliche Schulen	689.120,2	764.294,0	753.370,9	751.675,7	749.362,8
111	Unterrichtsverwaltung	7.479,8	8.748,0	8.854,4	8.608,4	8.608,4
112	Grundschulen	111.337,7	131.830,7	132.422,3	132.422,3	132.422,3
113	Hauptschulen	--	--	--	--	--
114	Kombinierte Grund- und Hauptschulen	--	--	--	--	--
115	Kombinierte Haupt- und Realschulen	7.494,6	7.555,4	7.272,4	7.132,0	7.158,6
116	Realschulen	182.994,0	163.336,7	164.256,0	164.289,9	164.289,9
117	Gymnasien, Kollegs	91.473,1	132.119,9	133.803,0	133.939,1	134.041,1
118	Versorgung einschließlich Beihilfen für Versorgungsempfänger	329,4	498,4	616,1	714,1	812,1
119	Gesamtschulen (integrierte und additive)	52.005,0	60.620,1	61.036,7	61.036,7	61.036,7
121	Schulformunabhängige Orientierungsstufe	--	--	--	--	--
123	Freie Waldorfschulen	33.302,8	36.292,5	35.780,7	36.568,4	37.744,4
124	Sonderschulen	88.820,6	100.650,3	99.534,3	97.834,3	97.834,3
127	Berufliche Schulen	94.184,0	94.505,1	82.344,1	82.301,6	82.356,1
129	Sonstige schulische Aufgaben	19.699,2	28.136,9	27.450,9	26.828,9	23.058,9
13	Hochschulen	408.756,3	479.041,9	479.778,8	447.927,8	457.510,1
131	Universitäten	216.359,3	253.034,4	259.616,8	227.455,4	228.305,1
132	Hochschulkliniken	87.652,0	110.568,5	100.253,8	98.319,5	104.004,1
133	Verwaltungsfachhochschulen	15.645,1	18.301,6	18.833,4	18.830,6	18.652,8
135	Kunsthochschulen	4.654,0	5.495,0	5.724,5	5.700,7	5.786,2
136	Fachhochschulen	43.833,3	46.652,9	48.270,4	48.446,0	49.452,1
137	Deutsche Forschungsgemeinschaft	13.373,1	13.774,3	14.463,0	15.186,2	15.945,5
138	Versorgung einschließlich Beihilfen für Versorgungsempfänger	4.321,4	5.082,9	5.839,5	6.872,5	7.902,5
139	Sonstige Hochschulaufgaben	22.918,1	26.132,3	26.777,4	27.116,9	27.461,8
14	Förderung von Schülern, Studenten und dgl.	111.157,5	101.797,6	97.963,9	95.205,1	93.856,9
141	Fördermaßnahmen für Schüler	38.581,8	34.031,5	30.557,3	28.456,0	27.304,0
142	Fördermaßnahmen für Studierende	61.575,7	56.766,1	56.406,6	55.749,1	55.552,9
143	Fördermaßnahmen für den wissenschaftlichen Nachwuchs	--	--	--	--	--
145	Schülerbeförderung	11.000,0	11.000,0	11.000,0	11.000,0	11.000,0
146	Studentenwohnraumförderung	--	--	--	--	--
15	Sonstiges Bildungswesen	11.527,8	17.424,9	23.002,2	22.977,7	22.977,7
151	Förderung der Weiterbildung	2.383,3	2.450,1	2.454,6	2.454,1	2.454,1
152	Volkshochschulen	4.233,1	4.233,1	4.233,1	4.233,1	4.233,1
153	Andere Einrichtungen der Weiterbildung	41,6	41,6	41,6	41,6	41,6
154	Einrichtungen der Lehrerbildung	48,9	19,8	23,3	23,3	23,3

Funktionenübersicht

Einnahmen

Funktion	Funktion / Aufgabenbereiche	F i n a n z p l a n				
		2009	2010	2011	2012	2013
1	2	3	4	3	4	5
155	Einrichtungen der Lehrerfortbildung	26,5	22,5	22,5	22,5	22,5
156	Berufsakademien	--	--	--	--	--
16-17	Wissenschaft, Forschung, Entwicklung außerhalb der Hochschulen	30.470,9	36.911,1	32.537,8	31.236,0	29.688,7
162	Wissenschaftliche Bibliotheken, Archive, Fachinformationszentrum	182,2	182,2	182,2	182,2	182,2
163	Wissenschaftliche Museen	--	--	--	--	--
164	Gemeinsame Forschungsförderung von Bund und Ländern	29.940,4	30.658,0	28.767,5	28.169,7	29.123,1
165	Andere Einrichtungen für Wissenschaft und Forschung	255,8	299,9	299,9	298,4	298,4
167	Zuschüsse an internat.wiss. Organisationen u. zwischenstaatl.Forschungseinr.	--	--	--	--	--
168	Forschung und experimentelle Entwicklung zur Weltraumerkundung u. -nutzung	--	--	--	--	--
169	Forschung und exp. Entw. zur industriellen Produktivität u. Technologie	--	--	--	--	--
171	Forschung und exp. Entw. z. Erzeugung, Verteilung u. rat. Nutzung d. Energie	--	--	--	--	--
172	Forschung und exp. Entw. z. Schutz und zur Förderung der menschl. Gesundheit	--	--	--	--	--
173	Forschung und experimentelle Entwicklung zum Umweltschutz	--	--	--	--	--
174	Forschung und exp. Entw. z. landwirtschaftlichen Produktivität u.Technologie	92,5	5.771,0	3.288,2	2.585,7	85,0
175	Forschung und exp. Entw. zu gesellschaftlichen Strukturen und Beziehungen	--	--	--	--	--
176	Forschung und exp. Entw. zu Infrastrukturmaßnahmen und Raumgesamtplanung	--	--	--	--	--
177	Forschung und exp. Entw. zur Erkundung und Nutzung der irdischen Umwelt	--	--	--	--	--
178	Nicht zielorient. Forschung u. Maßn. z. Förd. d. Wissensch.u. ziv. Forschung	--	--	--	--	--
18	Kultureinrichtungen (einschließlich Kulturverwaltung)	1.503,9	1.651,1	1.651,1	1.545,1	1.545,1
181	Theater	--	--	--	--	--
182	Einrichtungen der Musikpflege	--	--	--	--	--
183	Museen, Sammlungen, Ausstellungen	1.323,9	1.471,4	1.471,4	1.471,4	1.471,4

Funktionenübersicht

Ausgaben

Funktion	Funktion / Aufgabenbereiche	F i n a n z p l a n				
		2009	2010	2011	2012	2013
1	2	3	4	3	4	5
155	Einrichtungen der Lehrerfortbildung	4.820,9	10.680,3	16.249,6	16.225,6	16.225,6
156	Berufsakademien	--	--	--	--	--
16-17	Wissenschaft, Forschung, Entwicklung außerhalb der Hochschulen	103.897,3	116.916,5	105.651,4	102.822,8	117.347,1
162	Wissenschaftliche Bibliotheken, Archive, Fachinformationszentrum	593,8	608,0	604,8	604,8	604,8
163	Wissenschaftliche Museen	--	--	--	--	--
164	Gemeinsame Forschungsförderung von Bund und Ländern	62.708,9	68.250,9	63.928,9	62.979,3	65.185,2
165	Andere Einrichtungen für Wissenschaft und Forschung	6.936,4	8.292,6	6.991,4	7.000,3	7.011,6
167	Zuschüsse an internat.wiss. Organisationen u. zwischenstaatl.Forschungseinr.	--	--	--	--	--
168	Forschung und experimentelle Entwicklung zur Weltraumerkundung u. -nutzung	--	--	--	--	--
169	Forschung und exp. Entw. zur industriellen Produktivität u. Technologie	27.389,3	27.840,6	24.447,3	23.017,7	37.563,9
171	Forschung und exp. Entw. z. Erzeugung, Verteilung u. rat. Nutzung d. Energie	5.270,0	4.747,0	4.984,4	5.233,6	5.495,2
172	Forschung und exp. Entw. z. Schutz und zur Förderung der menschl. Gesundheit	--	--	--	--	--
173	Forschung und experimentelle Entwicklung zum Umweltschutz	--	--	--	--	--
174	Forschung und exp. Entw. z. landwirtschaftlichen Produktivität u.Technologie	92,5	5.771,0	3.288,2	2.585,7	85,0
175	Forschung und exp. Entw. zu gesellschaftlichen Strukturen und Beziehungen	--	--	--	--	--
176	Forschung und exp. Entw. zu Infrastrukturmaßnahmen und Raumgesamtplanung	--	--	--	--	--
177	Forschung und exp. Entw. zur Erkundung und Nutzung der irdischen Umwelt	--	--	--	--	--
178	Nicht zielorient. Forschung u. Maßn. z. Förd. d. Wissensch.u. ziv. Forschung	906,4	1.406,4	1.406,4	1.401,4	1.401,4
18	Kultureinrichtungen (einschließlich Kulturverwaltung)	53.101,5	54.844,3	55.065,4	54.983,6	54.879,2
181	Theater	35.800,0	35.800,0	35.800,0	35.800,0	35.800,0
182	Einrichtungen der Musikpflege	--	--	--	--	--
183	Museen, Sammlungen, Ausstellungen	8.179,5	8.859,1	9.180,7	9.108,9	9.004,5

Funktionenübersicht

Einnahmen

Funktion	Funktion / Aufgabenbereiche	F i n a n z p l a n				
		2009	2010	2011	2012	2013
1	2	3	4	3	4	5
184	Zoologische und botanische Gärten	--	--	--	--	--
185	Musikschulen	--	--	--	--	--
186	Nichtwissenschaftliche Bibliotheken	--	--	--	--	--
187	Sonstige Kultureinrichtungen	--	--	--	--	--
188	Verwaltung für kulturelle Angelegenheiten	180,0	179,7	179,7	73,7	73,7
19	Kulturförderung, Denkmalschutz, kirchliche Angelegenheiten	11.898,1	12.591,3	12.792,3	12.591,3	11.372,1
191	Einzelmaßnahmen im Bereich Theater und Musikpflege	--	--	--	--	--
192	Einzelmaßnahmen im Bereich Museen und Ausstellungen	--	150,0	150,0	150,0	150,0
193	Andere Einzelmaßnahmen der Kulturpflege	--	--	--	--	--
195	Denkmalschutz und -pflege	11.898,1	12.441,3	12.642,3	12.441,3	11.222,1
199	Kirchliche Angelegenheiten	--	--	--	--	--
2	Soziale Sicherung, soziale Kriegsfolgeaufgaben, Wiedergutmachung	295.302,8	289.915,0	257.242,2	248.632,8	244.923,4
21	Verwaltung	21,2	15,7	14,9	14,9	14,9
211	Versicherungsbehörden	--	--	--	--	--
212	Sozialamt, Sozialhilfeverband, Landeswohlfahrtsverband	--	--	--	--	--
213	Jugendämter	3,5	3,5	3,5	3,5	3,5
214	Versorgungsämter	16,7	11,4	11,4	11,4	11,4
215	Lastenausgleichsverwaltung	--	--	--	--	--
216	Wiedergutmachungsbehörden	1,0	0,8	--	--	--
219	Sonstige Behörden	--	--	--	--	--
22	Sozialversicherung einschließlich Arbeitslosenversicherung	267,9	527,6	533,0	533,0	529,0
221	Rentenversicherung der Angestellten und Arbeiter	--	--	--	--	--
222	Knappschaftsversicherung	--	--	--	--	--
223	Unfallversicherung	--	--	--	--	--
224	Krankenversicherung	267,9	527,6	533,0	533,0	529,0
225	Arbeitslosenversicherung	--	--	--	--	--
226	Alterssicherung der Landwirte	--	--	--	--	--
227	Pflegeversicherung	--	--	--	--	--
229	Sonstige Sozialversicherungen	--	--	--	--	--
23	Familien- und Sozialhilfe, Förderung der Wohlfahrtspflege u.ä.	27.400,0	43.372,4	43.220,4	43.020,4	42.920,4
231	Kindergeld	--	--	--	--	--
232	Elterngeld, Erziehungsgeld und Mutterschutz	--	--	--	--	--
233	Wohngeld	15.100,0	30.000,0	30.000,0	30.000,0	30.000,0
234	Leistungen nach dem Sozialgesetzbuch XII und dem Asylbewerberleistungsgesetz	1.105,0	1.205,0	1.005,0	805,0	705,0

Funktionenübersicht

Ausgaben

Funkt- tion	Funktion / Aufgabenbereiche	F i n a n z p l a n				
		2009	2010	2011	2012	2013
1	2	3	4	3	4	5
184	Zoologische und botanische Gärten	--	--	--	--	--
185	Musikschulen	--	--	--	--	--
186	Nichtwissenschaftliche Bibliotheken	--	--	--	--	--
187	Sonstige Kultureinrichtungen	--	--	--	--	--
188	Verwaltung für kulturelle Angelegenheiten	9.122,0	10.185,2	10.084,7	10.074,7	10.074,7
19	Kulturförderung, Denkmalschutz, kirchliche Angelegenheiten	33.570,0	37.559,9	36.283,3	35.135,9	34.561,4
191	Einzelmaßnahmen im Bereich Theater und Musikipflege	--	--	--	--	--
192	Einzelmaßnahmen im Bereich Museen und Ausstellungen	32,7	1.935,7	1.035,7	35,7	35,7
193	Andere Einzelmaßnahmen der Kulturpflege	10.630,4	10.877,9	10.571,1	10.771,7	10.631,7
195	Denkmalschutz und -pflege	9.476,4	9.955,3	9.933,3	9.655,3	9.290,8
199	Kirchliche Angelegenheiten	13.430,5	14.791,0	14.743,2	14.673,2	14.603,2
2	Soziale Sicherung, soziale Kriegsfolgeaufgaben, Wiedergutmachung	1.173.032,9	1.171.509,1	1.162.388,1	1.159.616,6	1.158.508,5
21	Verwaltung	35.143,2	34.178,9	30.144,4	29.788,1	29.834,8
211	Versicherungsbehörden	180,9	352,5	358,2	357,1	353,1
212	Sozialamt, Sozialhilfeverband, Landeswohlfahrtsverband	--	--	--	--	--
213	Jugendämter	20,4	21,1	21,1	21,1	21,1
214	Versorgungsämter	30.349,0	30.598,9	29.765,1	29.409,9	29.460,6
215	Lastenausgleichsverwaltung	--	--	--	--	--
216	Wiedergutmachungsbehörden	4.592,9	3.206,4	--	--	--
219	Sonstige Behörden	--	--	--	--	--
22	Sozialversicherung einschließlich Arbeitslosenversicherung	186.976,4	185.712,9	185.897,9	185.897,9	185.897,9
221	Rentenversicherung der Angestellten und Arbeiter	--	--	--	--	--
222	Knappschaftsversicherung	--	--	--	--	--
223	Unfallversicherung	9.844,8	7.464,8	7.649,8	7.649,8	9.649,8
224	Krankenversicherung	1.114,6	1.232,0	1.232,0	1.232,0	1.232,0
225	Arbeitslosenversicherung	--	--	--	--	--
226	Alterssicherung der Landwirte	--	--	--	--	--
227	Pflegeversicherung	--	--	--	--	--
229	Sonstige Sozialversicherungen	176.017,0	177.016,1	177.016,1	177.016,1	175.016,1
23	Familien- und Sozialhilfe, Förderung der Wohlfahrtspflege u.ä.	362.171,1	403.541,6	411.407,4	417.348,8	417.639,5
231	Kindergeld	--	--	--	--	--
232	Elterngeld, Erziehungsgeld und Mutterschutz	--	--	--	--	--
233	Wohngeld	30.200,0	60.000,0	60.000,0	60.000,0	60.000,0
234	Leistungen nach dem Sozialgesetzbuch XII und dem Asylbewerberleistungsgesetz	291.060,8	302.900,7	310.829,0	317.150,4	325.131,1

Funktionenübersicht

Einnahmen

Funktion	Funktion / Aufgabenbereiche	F i n a n z p l a n				
		2009	2010	2011	2012	2013
1	2	3	4	3	4	5
235	Soziale Einrichtungen	186,1	145,0	145,0	145,0	145,0
236	Förderung der Wohlfahrtspflege	--	--	--	--	--
237	Leistungen nach dem Unterhaltsvorschussgesetz	11.008,9	12.022,4	12.070,4	12.070,4	12.070,4
24	Soziale Leistungen für Folgen von Krieg und politischen Ereignissen	5.949,9	10.020,4	9.957,0	9.893,6	9.894,2
241	Leistungen der Kriegsopferversorgung und gleichartige Leistungen	--	--	--	--	--
242	Einrichtungen der Kriegsopferversorgung	--	--	--	--	--
243	Lastenausgleich	--	--	--	--	--
244	Wiedergutmachung	4.243,0	8.480,0	8.415,0	8.350,0	8.350,0
246	Vertriebene und Spätaussiedler	--	--	--	--	--
247	Kriegsopferfürsorge	849,8	782,3	783,9	784,5	785,1
249	Sonstiges	857,1	758,1	758,1	759,1	759,1
25	Arbeitsmarktpolitik und Arbeitsschutz	245.855,8	216.686,0	182.465,5	174.413,0	170.839,7
251	Grundsicherung für Arbeitslose	146.158,2	138.000,0	123.000,0	123.000,0	123.000,0
252	Hilfen für die Berufsausbildung, Fortbildung und Umschulung	99.155,0	77.723,4	58.502,9	50.620,4	47.147,1
253	Sonstige Anpassungsmaßnahmen und produktive Arbeitsförderung	100,0	570,0	570,0	400,0	300,0
254	Arbeitsschutz	442,6	392,6	392,6	392,6	392,6
26	Jugendhilfe nach dem SGB VIII	6.749,4	6.689,8	6.557,8	6.428,8	6.305,3
261	Jugendarbeit und Jugendverbandsarbeit	26,6	101,0	101,0	101,0	101,0
262	Jugendsozialarbeit und erzieherischer Kinder- und Jugendschutz	--	--	--	--	--
263	Förderung der Erziehung in der Familie	--	--	--	--	--
264	Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und in Tagespflege	6.710,0	6.576,0	6.444,0	6.315,0	6.191,5
265	Hilfen zur Erziehung und Eingliederungshilfen	12,8	12,8	12,8	12,8	12,8
266	Andere Aufgaben der Jugendhilfe	--	--	--	--	--
27	Einrichtungen der Jugendhilfe	--	300,0	150,0	--	--
271	Einrichtungen der Jugendarbeit und Jugendverbandsarbeit	--	--	--	--	--
272	Einrichtungen d. Jugendsozialarbeit u.d. erzieher. Kinder- u. Jugendschutzes	--	--	--	--	--
273	Einrichtungen der Familienförderung	--	--	--	--	--
274	Tageseinrichtungen für Kinder	--	300,0	150,0	--	--
275	Einrichtungen für Hilfen zur Erziehung und Eingliederungshilfen	--	--	--	--	--
276	Einrichtungen für andere Aufgaben der Jugendhilfe	--	--	--	--	--

Funktionenübersicht

Ausgaben

Funktion	Funktion / Aufgabenbereiche	F i n a n z p l a n				
		2009	2010	2011	2012	2013
1	2	3	4	3	4	5
235	Soziale Einrichtungen	13.664,2	11.325,0	11.245,0	10.865,0	3.175,0
236	Förderung der Wohlfahrtspflege	4.123,8	4.147,8	4.147,8	4.147,8	4.147,8
237	Leistungen nach dem Unterhaltsvorschussgesetz	23.122,3	25.168,1	25.185,6	25.185,6	25.185,6
24	Soziale Leistungen für Folgen von Krieg und politischen Ereignissen	8.426,3	14.767,0	14.668,4	14.570,9	14.571,5
241	Leistungen der Kriegsoferversorgung und gleichartige Leistungen	--	--	--	--	--
242	Einrichtungen der Kriegsoferversorgung	--	--	--	--	--
243	Lastenausgleich	--	--	--	--	--
244	Wiedergutmachung	6.480,0	13.000,0	12.900,0	12.800,0	12.800,0
246	Vertriebene und Spätaussiedler	--	--	--	--	--
247	Kriegsoferversorgung	995,6	914,3	915,7	916,2	916,8
249	Sonstiges	950,7	852,7	852,7	854,7	854,7
25	Arbeitsmarktpolitik und Arbeitsschutz	415.106,1	355.005,5	335.677,1	327.536,2	323.994,0
251	Grundsicherung für Arbeitslose	308.695,7	271.586,7	271.511,7	271.511,7	271.511,7
252	Hilfen für die Berufsausbildung, Fortbildung und Umschulung	103.215,9	81.894,1	62.611,0	54.704,5	51.231,2
253	Sonstige Anpassungsmaßnahmen und produktive Arbeitsförderung	2.032,0	445,0	420,0	180,0	150,0
254	Arbeitsschutz	1.162,5	1.079,7	1.134,4	1.140,0	1.101,1
26	Jugendhilfe nach dem SGB VIII	119.644,2	129.679,0	137.039,8	138.639,1	140.275,4
261	Jugendarbeit und Jugendverbandsarbeit	5.010,8	4.549,6	4.383,8	4.233,1	4.067,9
262	Jugendsozialarbeit und erzieherischer Kinder- und Jugendschutz	70,0	70,0	70,0	70,0	70,0
263	Förderung der Erziehung in der Familie	--	--	--	--	--
264	Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und in Tagespflege	112.208,0	122.990,0	130.508,3	132.266,6	134.068,1
265	Hilfen zur Erziehung und Eingliederungshilfen	2.350,9	2.064,9	2.064,9	2.064,9	2.064,9
266	Andere Aufgaben der Jugendhilfe	4,5	4,5	12,8	4,5	4,5
27	Einrichtungen der Jugendhilfe	800,5	6.039,9	2.535,3	557,9	558,9
271	Einrichtungen der Jugendarbeit und Jugendverbandsarbeit	--	--	--	--	--
272	Einrichtungen d. Jugendsozialarbeit u.d. erzieher. Kinder- u. Jugendschutzes	13,3	17,7	17,7	17,7	17,7
273	Einrichtungen der Familienförderung	--	--	--	--	--
274	Tageseinrichtungen für Kinder	--	2.000,0	1.000,0	--	--
275	Einrichtungen für Hilfen zur Erziehung und Eingliederungshilfen	--	--	--	--	--
276	Einrichtungen für andere Aufgaben der Jugendhilfe	787,2	4.022,2	1.517,6	540,2	541,2

Funktionenübersicht

Einnahmen

Funktion	Funktion / Aufgabenbereiche	F i n a n z p l a n				
		2009	2010	2011	2012	2013
1	2	3	4	3	4	5
28	Förderung der Vermögensbildung	--	--	--	--	--
29	Sonstige soziale Angelegenheiten	9.058,6	12.303,1	14.343,6	14.329,1	14.419,9
3	Gesundheit, Umwelt, Sport und Erholung	81.127,9	85.063,8	83.492,3	80.979,9	76.892,4
31	Einrichtungen und Maßnahmen des Gesundheitswesens	40.474,6	41.653,2	39.171,3	37.542,7	35.276,4
311	Gesundheitsbehörden	1.474,8	1.452,4	1.452,4	1.451,8	1.451,8
312	Krankenhäuser und Heilstätten	38.894,0	40.085,3	37.603,4	35.975,4	33.709,1
314	Maßnahmen des Gesundheitswesens	105,8	115,5	115,5	115,5	115,5
319	Sonstiges	--	--	--	--	--
32	Sport und Erholung	2.240,0	2.160,0	2.160,0	2.160,0	2.160,0
321	Park- und Gartenanlagen	--	--	--	--	--
322	Badeanstalten	--	--	--	--	--
323	Sportstätten	2.160,0	2.160,0	2.160,0	2.160,0	2.160,0
324	Förderung des Sports	80,0	--	--	--	--
329	Sonstiges	--	--	--	--	--
33	Umwelt- und Naturschutz	33.209,3	36.912,6	37.823,0	37.539,2	36.727,0
331	Umwelt- und Naturschutzbehörden	4.591,2	4.359,0	4.253,4	4.219,3	4.185,3
332	Maßnahmen des Umwelt- und Naturschutzes	28.618,1	32.553,6	33.569,6	33.319,9	32.541,7
34	Reaktorsicherheit und Strahlenschutz	5.204,0	4.338,0	4.338,0	3.738,0	2.729,0
341	Behörden für Reaktorsicherheit und Strahlenschutz	--	--	--	--	--
342	Maßnahmen der Reaktorsicherheit und des Strahlenschutzes	5.204,0	4.338,0	4.338,0	3.738,0	2.729,0
4	Wohnungswesen, Raumordnung, Städtebau und kommunale Gemeinschaftsdienste	137.011,7	135.960,3	138.514,3	137.561,7	131.971,3
41	Wohnungswesen	103.328,6	101.015,3	101.207,1	101.337,5	100.930,1
411	Förderung des Wohnungsbaus	103.328,6	101.015,3	101.207,1	101.337,5	100.930,1
419	Sonstiges	--	--	--	--	--
42	Raumordnung, Landesplanung, Vermessungswesen	1.110,9	779,2	779,2	769,2	769,2
421	Kataster- und Vermessungsverwaltung	773,2	468,5	468,5	458,5	458,5
422	Raumordnung und Landesplanung	337,7	310,7	310,7	310,7	310,7
43	Kommunale Gemeinschaftsdienste	--	--	--	--	--
431	Straßenbeleuchtung	--	--	--	--	--
432	Ortsentwässerung	--	--	--	--	--
433	Müllbeseitigung und -verwertung	--	--	--	--	--
434	Straßenreinigung	--	--	--	--	--

Funktionenübersicht

Ausgaben

Funkt- tion	Funktion / Aufgabenbereiche	F i n a n z p l a n				
		2009	2010	2011	2012	2013
1	2	3	4	3	4	5
28	Förderung der Vermögensbildung	--	--	--	--	--
29	Sonstige soziale Angelegenheiten	44.765,1	42.584,3	45.017,8	45.277,7	45.736,5
3	Gesundheit, Umwelt, Sport und Erholung	207.867,6	234.168,0	210.732,0	203.529,6	195.931,7
31	Einrichtungen und Maßnahmen des Gesundheitswesens	100.531,5	126.027,9	101.484,9	94.971,6	89.391,8
311	Gesundheitsbehörden	1.062,4	892,1	830,1	855,1	738,4
312	Krankenhäuser und Heilstätten	95.349,5	120.726,8	96.032,2	89.494,5	84.029,0
314	Maßnahmen des Gesundheitswesens	4.119,6	4.409,0	4.619,1	4.622,0	4.624,4
319	Sonstiges	--	--	3,5	--	--
32	Sport und Erholung	12.460,6	11.960,6	11.960,6	11.960,6	11.960,6
321	Park- und Gartenanlagen	--	--	--	--	--
322	Badeanstalten	--	--	--	--	--
323	Sportstätten	3.116,0	2.866,0	2.866,0	2.866,0	2.866,0
324	Förderung des Sports	9.337,6	9.087,6	9.087,6	9.087,6	9.087,6
329	Sonstiges	7,0	7,0	7,0	7,0	7,0
33	Umwelt- und Naturschutz	90.196,0	92.300,0	93.407,0	93.217,9	92.208,8
331	Umwelt- und Naturschutzbehörden	48.713,0	48.758,7	49.138,2	48.444,2	48.256,4
332	Maßnahmen des Umwelt- und Naturschutzes	41.483,0	43.541,3	44.268,8	44.773,7	43.952,4
34	Reaktorsicherheit und Strahlenschutz	4.679,5	3.879,5	3.879,5	3.379,5	2.370,5
341	Behörden für Reaktorsicherheit und Strahlenschutz	--	--	--	--	--
342	Maßnahmen der Reaktorsicherheit und des Strahlenschutzes	4.679,5	3.879,5	3.879,5	3.379,5	2.370,5
4	Wohnungswesen, Raumordnung, Städtebau und kommunale Gemeinschaftsdienste	128.747,2	134.188,8	134.651,0	133.719,6	124.467,5
41	Wohnungswesen	35.467,0	34.797,8	34.796,4	34.578,8	33.772,8
411	Förderung des Wohnungsbaus	35.304,1	34.579,0	34.580,6	34.303,0	33.532,0
419	Sonstiges	162,9	218,8	215,8	275,8	240,8
42	Raumordnung, Landesplanung, Vermessungswesen	22.240,3	22.132,2	22.108,7	22.068,6	22.435,4
421	Kataster- und Vermessungsverwaltung	19.097,7	18.983,0	19.001,1	18.973,3	19.310,1
422	Raumordnung und Landesplanung	3.142,6	3.149,2	3.107,6	3.095,3	3.125,3
43	Kommunale Gemeinschaftsdienste	--	--	--	--	--
431	Straßenbeleuchtung	--	--	--	--	--
432	Ortsentwässerung	--	--	--	--	--
433	Müllbeseitigung und -verwertung	--	--	--	--	--
434	Straßenreinigung	--	--	--	--	--

Funktionenübersicht

Einnahmen

Funktion	Funktion / Aufgabenbereiche	F i n a n z p l a n				
		2009	2010	2011	2012	2013
1	2	3	4	3	4	5
439	Sonstiges	--	--	--	--	--
44	Städtebauförderung	32.572,2	34.165,8	36.528,0	35.455,0	30.272,0
5	Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	150.304,7	172.853,2	180.685,1	185.183,4	186.360,1
51	Verwaltung	7.238,2	7.674,3	8.256,3	8.254,3	8.252,0
511	Ernährung und Landwirtschaft	6.052,9	6.639,0	7.221,0	7.219,0	7.216,7
512	Forsten	1.185,3	1.035,3	1.035,3	1.035,3	1.035,3
52	Verbesserung der Agrarstruktur	132.123,0	153.673,5	161.172,0	165.956,7	167.103,9
521	Verbesserung der Agrarstruktur (Gemeinschaftsaufgabe)	39.240,0	43.140,5	40.792,1	40.687,1	40.803,1
528	EU-Ausrichtungsfonds	91.033,0	108.298,0	118.589,9	123.474,6	123.700,8
529	Sonstiges	1.850,0	2.235,0	1.790,0	1.795,0	2.600,0
53	Einkommensstabilisierende Maßnahmen	41,7	216,7	214,5	210,3	206,0
531	EU-Garantiefonds	41,7	151,7	151,7	151,7	151,7
532	Marktordnungen	--	--	--	--	--
533	Gasölverbilligung	--	--	--	--	--
539	Sonstiges	--	65,0	62,8	58,6	54,3
54	Sonstige Bereiche	10.901,8	11.288,7	11.042,3	10.762,1	10.798,2
541	Versuchsgüter und -felder	--	--	--	--	--
542	Fischerei	9.806,8	9.814,3	9.817,8	9.817,7	9.813,8
549	Sonstiges	1.095,0	1.474,4	1.224,5	944,4	984,4
6	Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen	276.212,4	384.668,0	338.935,7	284.450,4	276.639,7
61	Verwaltung	3.049,3	3.066,3	1.626,3	1.328,3	1.326,3
62	Energie- und Wasserwirtschaft, Kulturbau	17.304,2	21.139,7	21.628,9	21.633,9	20.617,9
621	Kernenergie	20,0	20,0	20,0	20,0	20,0
622	Erneuerbare Energieformen	--	--	--	--	--
623	Wasserwirtschaft und Kulturbau	7.070,8	7.358,7	7.817,9	7.922,9	7.806,9
624	Talsperren, Hochwasserrückhaltebecken	--	--	--	--	--
625	Küstenschutz	10.213,4	13.761,0	13.791,0	13.691,0	12.791,0
626	Erdölversorgung	--	--	--	--	--
627	Sonstige Energieversorgung	--	--	--	--	--
629	Sonstiges	--	--	--	--	--
63	Bergbau, verarbeitendes Gewerbe und Baugewerbe	--	--	--	--	--
631	Kohlenbergbau	--	--	--	--	--
632	Sonstiger Bergbau	--	--	--	--	--
634	Verarbeitende Industrie	--	--	--	--	--
635	Handwerk und Kleingewerbe	--	--	--	--	--
638	Baugewerbe	--	--	--	--	--

Funktionenübersicht

Ausgaben

Funktion	Funktion / Aufgabenbereiche	F i n a n z p l a n				
		2009	2010	2011	2012	2013
1	2	3	4	3	4	5
439	Sonstiges	--	--	--	--	--
44	Städtebauförderung	71.039,9	77.258,8	77.745,9	77.072,2	68.259,3
5	Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	259.229,4	282.726,5	290.823,3	290.015,0	289.694,3
51	Verwaltung	84.329,4	82.589,5	84.438,4	80.255,3	80.486,5
511	Ernährung und Landwirtschaft	44.826,4	45.343,3	45.849,3	45.860,2	46.407,4
512	Forsten	39.503,0	37.246,2	38.589,1	34.395,1	34.079,1
52	Verbesserung der Agrarstruktur	154.126,2	178.752,3	184.880,3	188.961,3	189.117,8
521	Verbesserung der Agrarstruktur (Gemeinschaftsaufgabe)	57.172,8	63.673,7	59.759,7	59.584,6	59.778,0
528	EU-Ausrichtungsfonds	95.639,2	114.083,6	124.189,5	128.701,0	128.791,9
529	Sonstiges	1.314,2	995,0	931,1	675,7	547,9
53	Einkommensstabilisierende Maßnahmen	2.336,3	2.242,9	2.213,3	2.205,8	2.185,4
531	EU-Garantiefonds	93,4	103,4	103,4	103,4	103,4
532	Marktordnungen	--	--	--	--	--
533	Gasölverbilligung	--	--	--	--	--
539	Sonstiges	2.242,9	2.139,5	2.109,9	2.102,4	2.082,0
54	Sonstige Bereiche	18.437,5	19.141,8	19.291,3	18.592,6	17.904,6
541	Versuchsgüter und -felder	--	--	--	--	--
542	Fischerei	11.407,8	11.331,9	11.339,3	11.339,2	11.331,3
549	Sonstiges	7.029,7	7.809,9	7.952,0	7.253,4	6.573,3
6	Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen	273.291,9	335.714,7	325.078,4	292.138,6	290.854,9
61	Verwaltung	3.757,5	2.436,0	2.372,1	2.271,7	2.130,1
62	Energie- und Wasserwirtschaft, Kulturbau	32.781,0	36.981,3	37.855,9	37.158,6	35.812,7
621	Kernenergie	--	--	--	--	--
622	Erneuerbare Energieformen	--	450,0	--	--	--
623	Wasserwirtschaft und Kulturbau	17.639,4	16.320,2	17.602,0	17.047,5	16.987,4
624	Talsperren, Hochwasserrückhaltebecken	--	--	--	--	--
625	Küstenschutz	14.936,6	20.004,6	20.047,4	19.904,6	18.618,8
626	Erdölversorgung	--	--	--	--	--
627	Sonstige Energieversorgung	--	--	--	--	--
629	Sonstiges	205,0	206,5	206,5	206,5	206,5
63	Bergbau, verarbeitendes Gewerbe und Baugewerbe	25,0	25,0	25,0	25,0	25,0
631	Kohlenbergbau	--	--	--	--	--
632	Sonstiger Bergbau	--	--	--	--	--
634	Verarbeitende Industrie	--	--	--	--	--
635	Handwerk und Kleingewerbe	25,0	25,0	25,0	25,0	25,0
638	Baugewerbe	--	--	--	--	--

Funktionenübersicht

Einnahmen

Funktion	Funktion / Aufgabenbereiche	F i n a n z p l a n				
		2009	2010	2011	2012	2013
1	2	3	4	3	4	5
639	Sonstiges verarbeitendes Gewerbe	--	--	--	--	--
64	Handel	--	--	--	--	--
641	Handel	--	--	--	--	--
642	Exportförderung, Auslandsmessen	--	--	--	--	--
643	Märkte und Inlandsmessen	--	--	--	--	--
649	Sonstiges	--	--	--	--	--
65	Fremdenverkehr	--	--	--	--	--
66	Geld- und Versicherungswesen	--	--	--	--	--
68	Sonstige Bereiche	240,0	1.600,0	1.600,0	1.600,0	1.600,0
69	Regionale Fördermaßnahmen	255.618,9	358.862,0	314.080,5	259.888,2	253.095,5
691	Betriebliche Investitionen	72.320,0	73.289,6	73.601,8	67.020,0	66.820,0
692	Verbesserung der Infrastruktur	183.298,9	285.572,4	240.478,7	192.868,2	186.275,5
699	Sonstiges	--	--	--	--	--
7	Verkehrs- und Nachrichtenwesen	284.244,7	290.502,6	293.768,0	296.025,8	299.513,3
71	Verwaltung	3.792,2	5.808,9	4.650,0	3.651,8	3.611,2
711	Straßen- und Brückenbau	3.775,7	5.794,9	4.636,0	3.637,8	3.597,2
712	Wasserstraßen und Häfen	--	--	--	--	--
719	Sonstiges	16,5	14,0	14,0	14,0	14,0
72	Straßen	34.978,8	35.673,3	36.623,2	36.623,2	36.623,2
721	Bundesautobahnen	--	--	--	--	--
722	Bundesstraßen	14.642,9	15.079,6	15.866,9	15.866,9	15.866,9
723	Landesstraßen	2.677,3	2.889,2	2.898,1	2.898,1	2.898,1
724	Kreisstraßen	180,1	226,0	379,7	379,7	379,7
725	Gemeindestraßen	17.478,5	17.478,5	17.478,5	17.478,5	17.478,5
729	Sonstiges	--	--	--	--	--
73	Wasserstraßen und Häfen, Förderung der Schifffahrt	2.556,0	2.556,0	2.556,0	2.556,0	2.556,0
731	Wasserstraßen und Häfen	2.556,0	2.556,0	2.556,0	2.556,0	2.556,0
732	Förderung der Schifffahrt	--	--	--	--	--
74	Eisenbahnen und öffentlicher Personennahverkehr	242.408,5	245.786,9	249.211,3	252.687,3	256.215,4
741	Maßnahmen für den öffentlichen Personennahverkehr	242.378,5	245.786,9	249.211,3	252.687,3	256.215,4
749	Sonstiges	30,0	--	--	--	--
75	Luftfahrt	509,2	497,5	502,5	507,5	507,5
751	Flugsicherung	509,2	497,5	502,5	507,5	507,5
759	Sonstiges	--	--	--	--	--

Funktionenübersicht

Ausgaben

Funktion	Funktion / Aufgabenbereiche	F i n a n z p l a n				
		2009	2010	2011	2012	2013
1	2	3	4	3	4	5
639	Sonstiges verarbeitendes Gewerbe	--	--	--	--	--
64	Handel	5.202,9	5.452,9	5.343,0	5.343,0	5.303,3
641	Handel	--	--	--	--	--
642	Exportförderung, Auslandsmessen	5.202,9	5.452,9	5.343,0	5.343,0	5.303,3
643	Märkte und Inlandsmessen	--	--	--	--	--
649	Sonstiges	--	--	--	--	--
65	Fremdenverkehr	550,0	700,0	700,0	700,0	700,0
66	Geld- und Versicherungswesen	--	--	--	--	--
68	Sonstige Bereiche	16.879,5	37.442,0	37.442,0	37.442,0	37.442,0
69	Regionale Fördermaßnahmen	214.096,0	252.677,5	241.340,4	209.198,3	209.441,8
691	Betriebliche Investitionen	125.551,3	131.074,8	131.449,5	123.951,3	133.951,5
692	Verbesserung der Infrastruktur	82.051,9	115.210,0	103.498,2	78.854,3	69.097,7
699	Sonstiges	6.492,8	6.392,7	6.392,7	6.392,7	6.392,6
7	Verkehrs- und Nachrichtenwesen	446.588,7	443.074,0	442.504,2	449.036,8	449.861,9
71	Verwaltung	34.018,8	36.450,7	37.302,5	37.891,3	38.923,9
711	Straßen- und Brückenbau	33.793,8	36.255,7	37.107,5	37.701,3	38.733,9
712	Wasserstraßen und Häfen	225,0	195,0	195,0	190,0	190,0
719	Sonstiges	--	--	--	--	--
72	Straßen	140.102,1	131.961,5	128.631,5	127.931,5	127.847,9
721	Bundesautobahnen	1.200,0	1.050,0	700,0	650,0	550,0
722	Bundesstraßen	23.998,0	25.075,0	22.575,0	22.575,0	22.575,0
723	Landesstraßen	86.989,3	87.899,9	87.418,1	86.768,1	86.768,1
724	Kreisstraßen	--	--	--	--	--
725	Gemeindestraßen	27.478,5	17.478,5	17.478,5	17.478,5	17.478,5
729	Sonstiges	436,3	458,1	459,9	459,9	476,3
73	Wasserstraßen und Häfen, Förderung der Schifffahrt	11.273,3	8.834,3	6.183,3	10.845,8	7.183,3
731	Wasserstraßen und Häfen	11.273,3	8.834,3	6.183,3	10.845,8	7.183,3
732	Förderung der Schifffahrt	--	--	--	--	--
74	Eisenbahnen und öffentlicher Personennahverkehr	260.478,5	263.926,9	268.181,3	271.657,3	275.195,4
741	Maßnahmen für den öffentlichen Personennahverkehr	260.378,5	263.786,9	268.041,3	271.517,3	275.055,4
749	Sonstiges	100,0	140,0	140,0	140,0	140,0
75	Luftfahrt	708,7	693,3	698,3	703,6	704,1
751	Flugsicherung	701,1	685,8	690,8	696,1	696,6
759	Sonstiges	7,6	7,5	7,5	7,5	7,5

Funktionenübersicht

Einnahmen

Funktion	Funktion / Aufgabenbereiche	F i n a n z p l a n				
		2009	2010	2011	2012	2013
1	2	3	4	3	4	5
76	Wetterdienst	--	--	--	--	--
77	Nachrichtenwesen	--	180,0	225,0	--	--
771	Post- und Fernmeldewesen	--	180,0	225,0	--	--
772	Rundfunkanstalten und Fernsehen	--	--	--	--	--
79	Sonstige Bereiche	--	--	--	--	--
8	Wirtschaftsunternehmen, Allgemeines Grund- und Kapital-, Sondervermögen	41.575,3	39.105,5	39.332,2	39.207,5	38.641,9
81	Land- und forstwirtschaftliche Unternehmen	3.227,8	3.766,6	4.238,6	4.555,4	4.473,8
811	Landwirtschaftliche Unternehmen	--	--	--	--	--
812	Forstwirtschaftliche Unternehmen	3.227,8	3.766,6	4.238,6	4.555,4	4.473,8
82	Versorgungsunternehmen	--	--	--	--	--
821	Elektrizitätsunternehmen	--	--	--	--	--
822	Gasunternehmen	--	--	--	--	--
823	Wasserunternehmen	--	--	--	--	--
824	Kombinierte Versorgungsunternehmen	--	--	--	--	--
829	Sonstiges	--	--	--	--	--
83	Verkehrsunternehmen	--	--	--	--	--
831	Straßenverkehrsunternehmen	--	--	--	--	--
832	Eisenbahnen	--	--	--	--	--
834	Häfen und Umschlag	--	--	--	--	--
835	Flughäfen und Luftverkehr	--	--	--	--	--
839	Sonstiges	--	--	--	--	--
85	Sonstige Wirtschaftsunternehmen	24.416,5	21.742,0	22.033,7	22.042,2	22.058,2
851	Bergbau	--	--	--	--	--
852	Industrielle Unternehmen	--	--	--	--	--
853	Banken und Kreditinstitute	--	--	--	--	--
854	Wohnungsbauunternehmen	--	--	--	--	--
856	Lotterie, Lotto, Toto	24.410,5	21.648,6	21.940,3	21.948,8	21.964,8
859	Sonstiges	6,0	93,4	93,4	93,4	93,4
87	Allgemeines Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen	13.931,0	13.596,9	13.059,9	12.609,9	12.109,9
871	Allgemeines Grundvermögen	11.431,0	13.396,9	12.859,9	12.409,9	11.909,9
872	Allgemeines Kapitalvermögen	2.500,0	200,0	200,0	200,0	200,0
873	Sondervermögen	--	--	--	--	--
9	Allgemeine Finanzwirtschaft	5.456.983,2	5.258.239,5	5.287.694,4	5.187.587,7	5.204.171,4
91	Steuern und allgemeine Finanzaufwendungen	5.445.337,0	5.007.736,2	5.074.316,2	5.180.508,2	5.196.088,2

Funktionenübersicht

Ausgaben

Funktion	Funktion / Aufgabenbereiche	F i n a n z p l a n				
		2009	2010	2011	2012	2013
1	2	3	4	3	4	5
76	Wetterdienst	--	--	--	--	--
77	Nachrichtenwesen	--	1.200,0	1.500,0	--	--
771	Post- und Fernmeldewesen	--	1.200,0	1.500,0	--	--
772	Rundfunkanstalten und Fernsehen	--	--	--	--	--
79	Sonstige Bereiche	7,3	7,3	7,3	7,3	7,3
8	Wirtschaftsunternehmen, Allgemeines Grund- und Kapital-, Sondervermögen	5.870,0	4.818,5	5.397,0	5.783,0	5.676,0
81	Land- und forstwirtschaftliche Unternehmen	4.073,5	4.767,0	5.357,0	5.753,0	5.651,0
811	Landwirtschaftliche Unternehmen	--	--	--	--	--
812	Forstwirtschaftliche Unternehmen	4.073,5	4.767,0	5.357,0	5.753,0	5.651,0
82	Versorgungsunternehmen	--	--	--	--	--
821	Elektrizitätsunternehmen	--	--	--	--	--
822	Gasunternehmen	--	--	--	--	--
823	Wasserunternehmen	--	--	--	--	--
824	Kombinierte Versorgungsunternehmen	--	--	--	--	--
829	Sonstiges	--	--	--	--	--
83	Verkehrsunternehmen	1.796,5	51,5	40,0	30,0	25,0
831	Straßenverkehrsunternehmen	--	--	--	--	--
832	Eisenbahnen	--	--	--	--	--
834	Häfen und Umschlag	--	--	--	--	--
835	Flughäfen und Luftverkehr	1.796,5	51,5	40,0	30,0	25,0
839	Sonstiges	--	--	--	--	--
85	Sonstige Wirtschaftsunternehmen	--	--	--	--	--
851	Bergbau	--	--	--	--	--
852	Industrielle Unternehmen	--	--	--	--	--
853	Banken und Kreditinstitute	--	--	--	--	--
854	Wohnungsbauunternehmen	--	--	--	--	--
856	Lotterie, Lotto, Toto	--	--	--	--	--
859	Sonstiges	--	--	--	--	--
87	Allgemeines Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen	--	--	--	--	--
871	Allgemeines Grundvermögen	--	--	--	--	--
872	Allgemeines Kapitalvermögen	--	--	--	--	--
873	Sondervermögen	--	--	--	--	--
9	Allgemeine Finanzwirtschaft	1.928.447,5	1.582.431,2	1.583.492,5	1.497.142,9	1.466.711,7
91	Steuern und allgemeine Finanzzuweisungen	1.180.615,9	1.084.843,6	1.032.297,1	1.052.776,5	1.049.475,3

Funktionenübersicht

Einnahmen

Funktion	Funktion / Aufgabenbereiche	F i n a n z p l a n				
		2009	2010	2011	2012	2013
1	2	3	4	3	4	5
92	Schulden	--	--	--	--	--
94	Beihilfen, Unterstützungen und ähnliches	747,2	713,1	727,1	729,7	733,4
95	Rücklagen	8.375,0	248.265,4	211.301,3	5.000,0	6.000,0
96	Sonstiges	300,0	250,0	--	--	--
97	Abwicklung der Vorjahre	--	--	--	--	--
98	Globalposten	--	--	--	--	--
981	Verstärkungsmittel für Personalausgaben	--	--	--	--	--
988	Globale Mehrausgaben / globale Mindereinnahmen	--	--	--	--	--
989	Globale Minderausgaben / globale Mehreinnahmen	--	--	--	--	--
99	Haushaltstechnische Verrechnungen	2.224,0	1.274,8	1.349,8	1.349,8	1.349,8
	Gesamteinnahmen	7.035.508,5	7.001.139,9	6.950.287,9	6.790.648,1	6.778.085,2

Funktionenübersicht

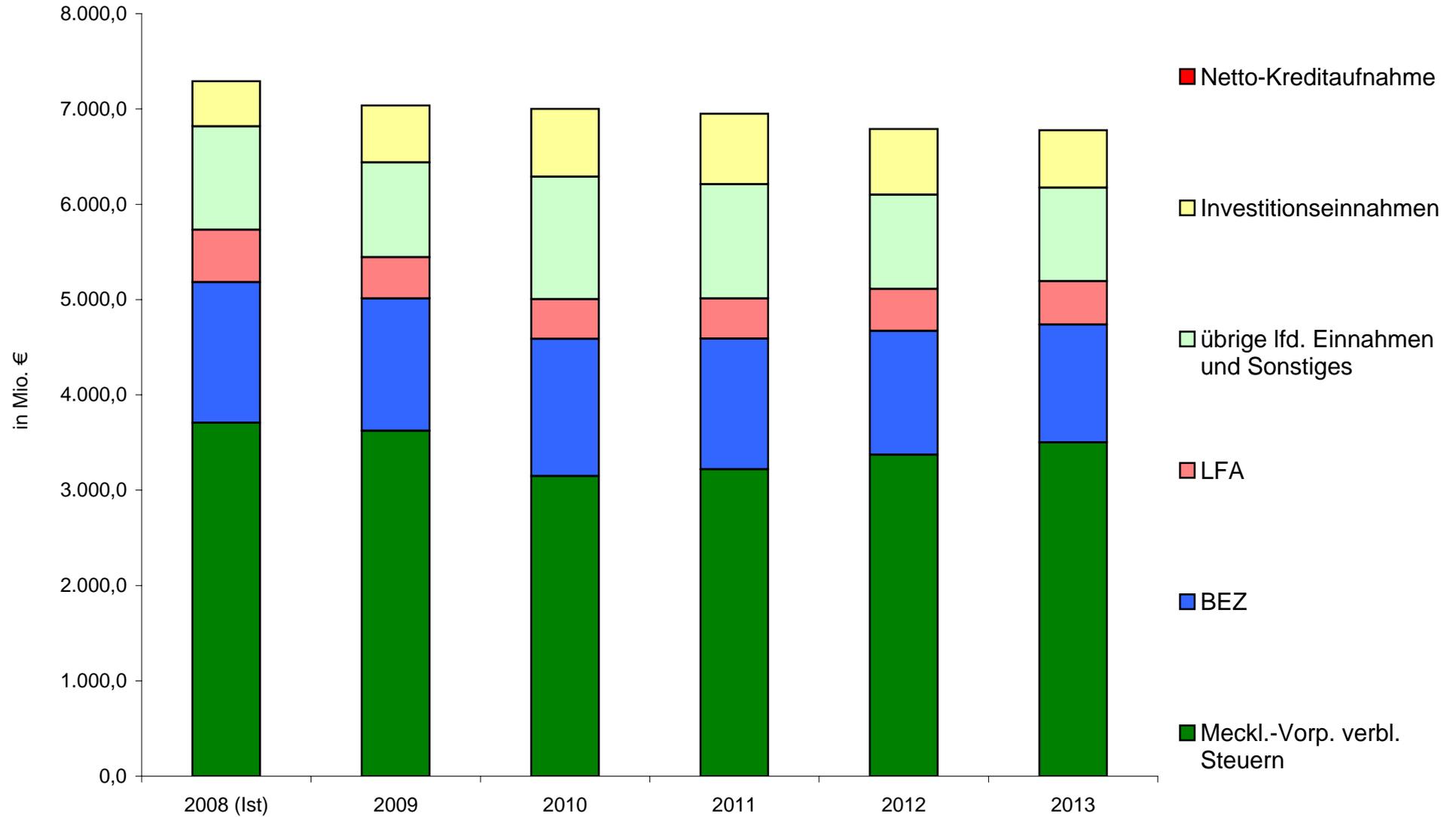
Ausgaben

Funktion	Funktion / Aufgabenbereiche	F i n a n z p l a n				
		2009	2010	2011	2012	2013
1	2	3	4	3	4	5
92	Schulden	620.215,1	419.314,0	454.514,0	487.114,5	511.614,5
94	Beihilfen, Unterstützungen und ähnliches	20.756,8	23.315,5	23.950,8	24.283,5	24.283,5
95	Rücklagen	74.869,0	7.528,4	9.523,6	12.437,7	15.145,8
96	Sonstiges	22.004,8	37.250,0	27.000,0	20.205,0	15.205,0
97	Abwicklung der Vorjahre	--	--	--	--	--
98	Globalposten	7.761,9	8.904,9	34.857,2	-101.024,1	-150.362,2
981	Verstärkungsmittel für Personalausgaben	24.726,9	19.854,9	50.609,8	69.801,2	99.426,6
988	Globale Mehrausgaben / globale Mindereinnahmen	24.535,0	23.800,0	23.497,4	38.390,0	48.857,5
989	Globale Minderausgaben / globale Mehreinnahmen	-41.500,0	-34.750,0	-39.250,0	-209.215,3	-298.646,3
99	Haushaltstechnische Verrechnungen	2.224,0	1.274,8	1.349,8	1.349,8	1.349,8
	Gesamtausgaben	7.035.508,5	7.001.139,9	6.950.287,9	6.790.648,1	6.778.085,2

Anlage 15

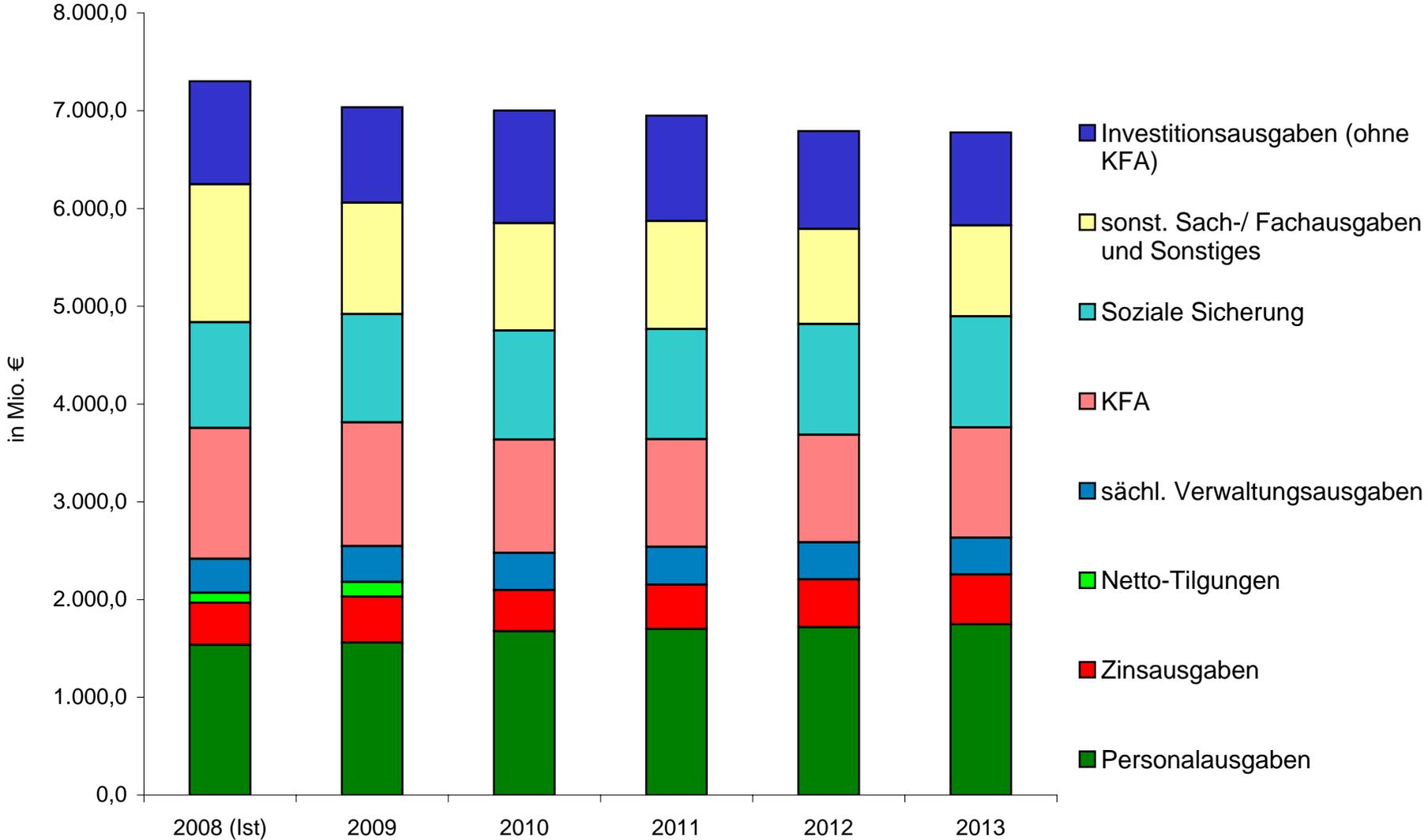
Grafiken

Struktur der Einnahmen



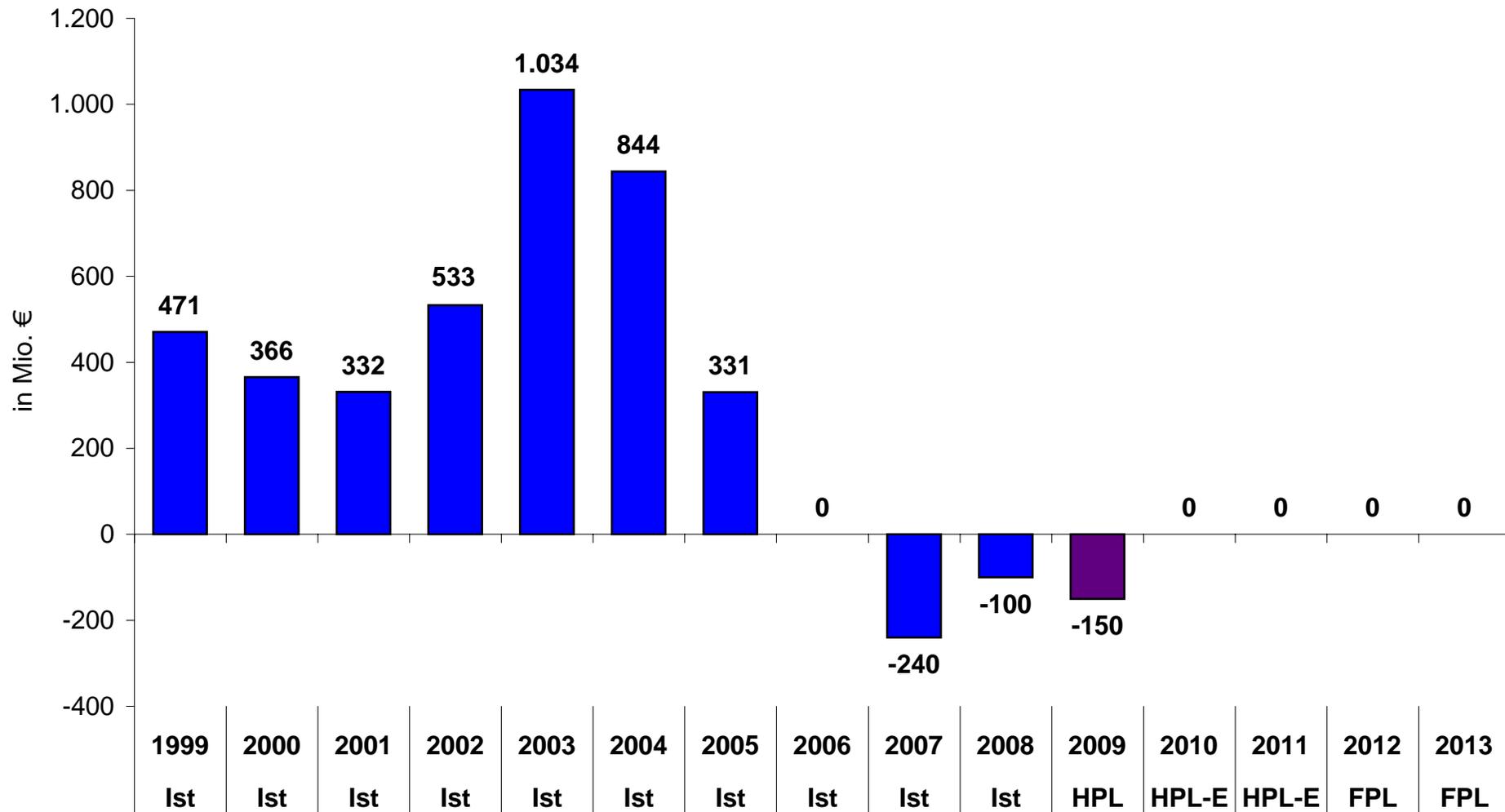
-2008-

Struktur der Ausgaben

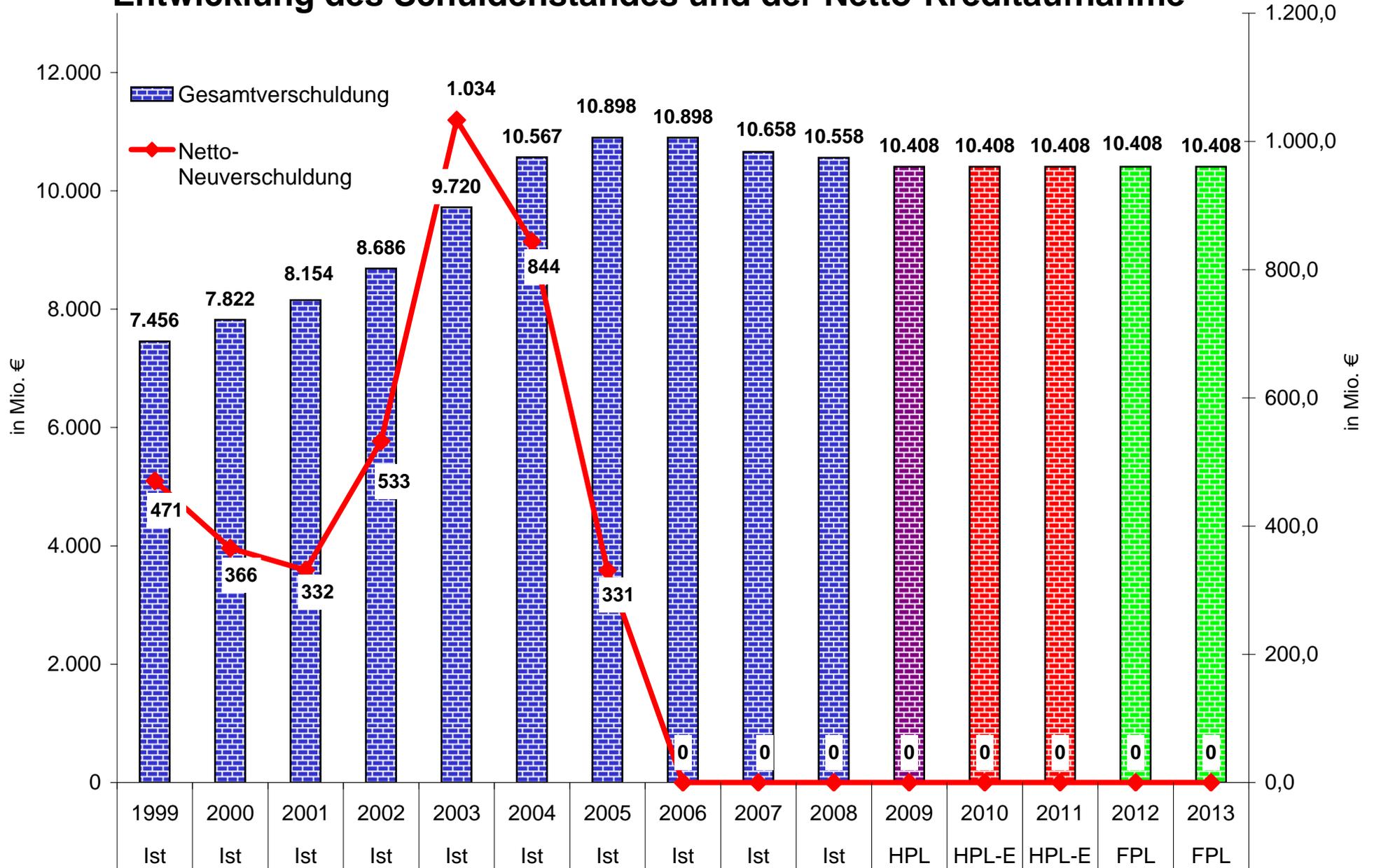


-209-

Netto-Kreditaufnahme und Netto-Tilgungen im Landeshaushalt von Mecklenburg-Vorpommern



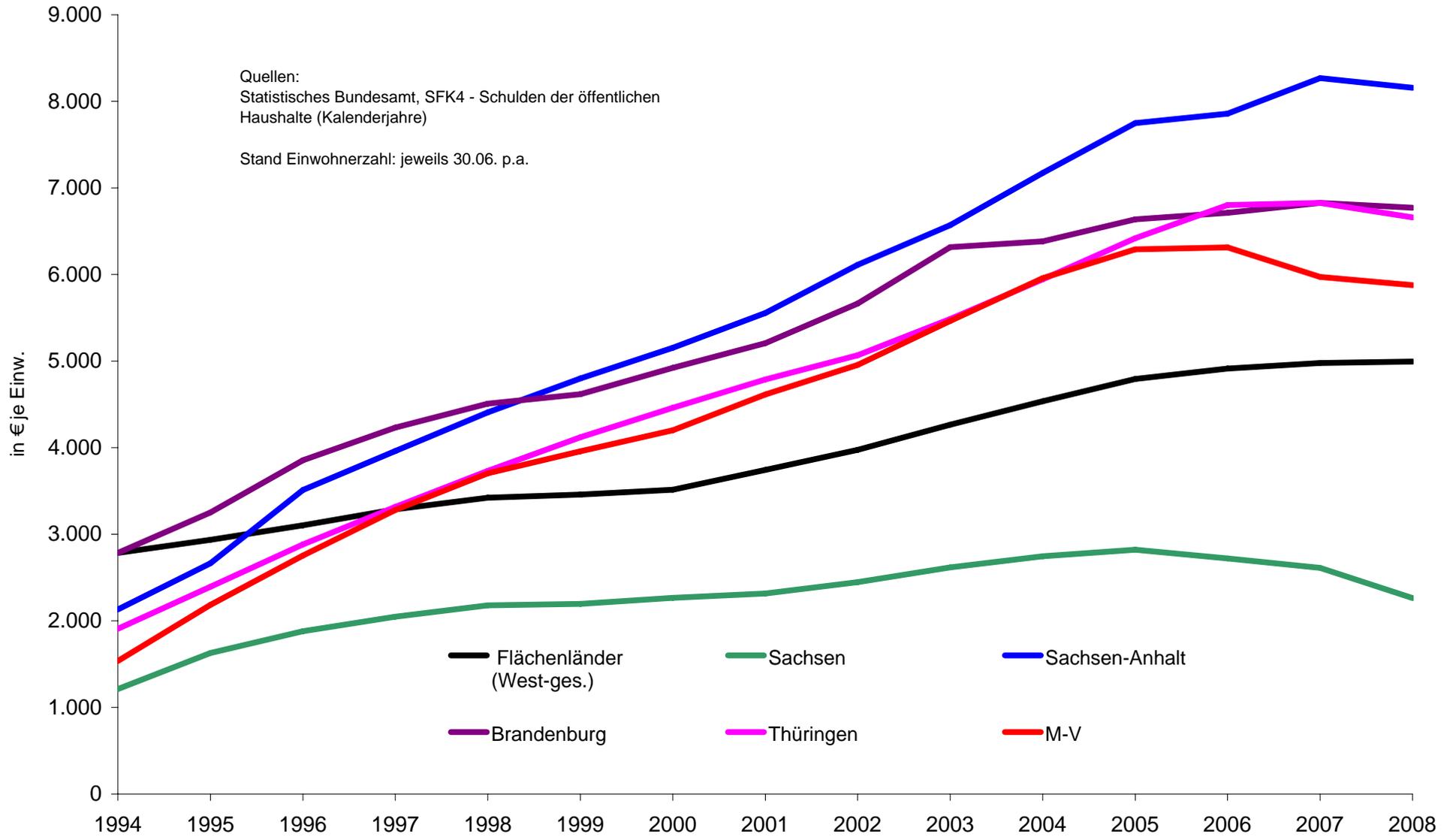
Entwicklung des Schuldenstandes und der Netto-Kreditaufnahme



Entwicklung des Pro-Kopf-Schuldenstandes

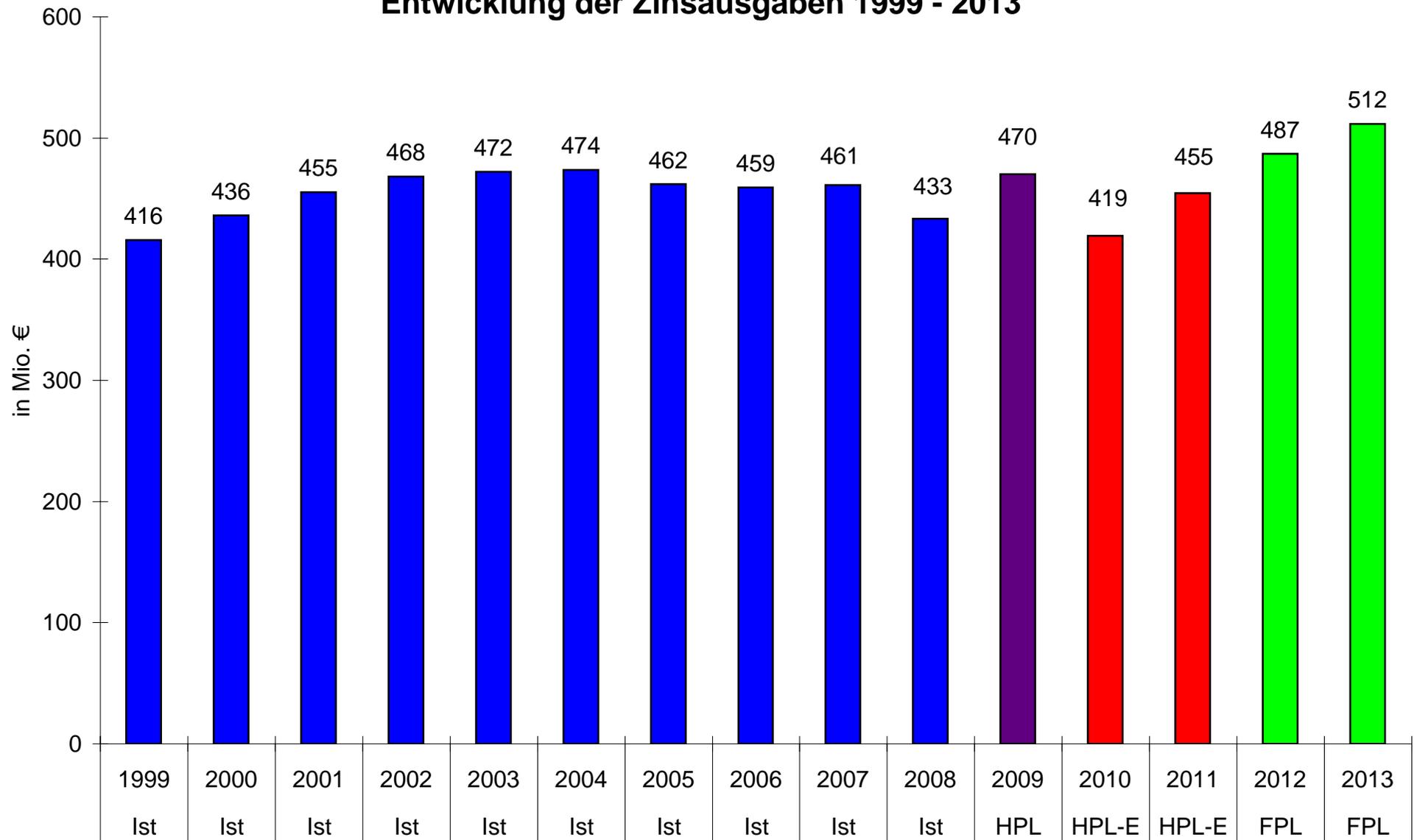
Quellen:
 Statistisches Bundesamt, SFK4 - Schulden der öffentlichen Haushalte (Kalenderjahre)

Stand Einwohnerzahl: jeweils 30.06. p.a.



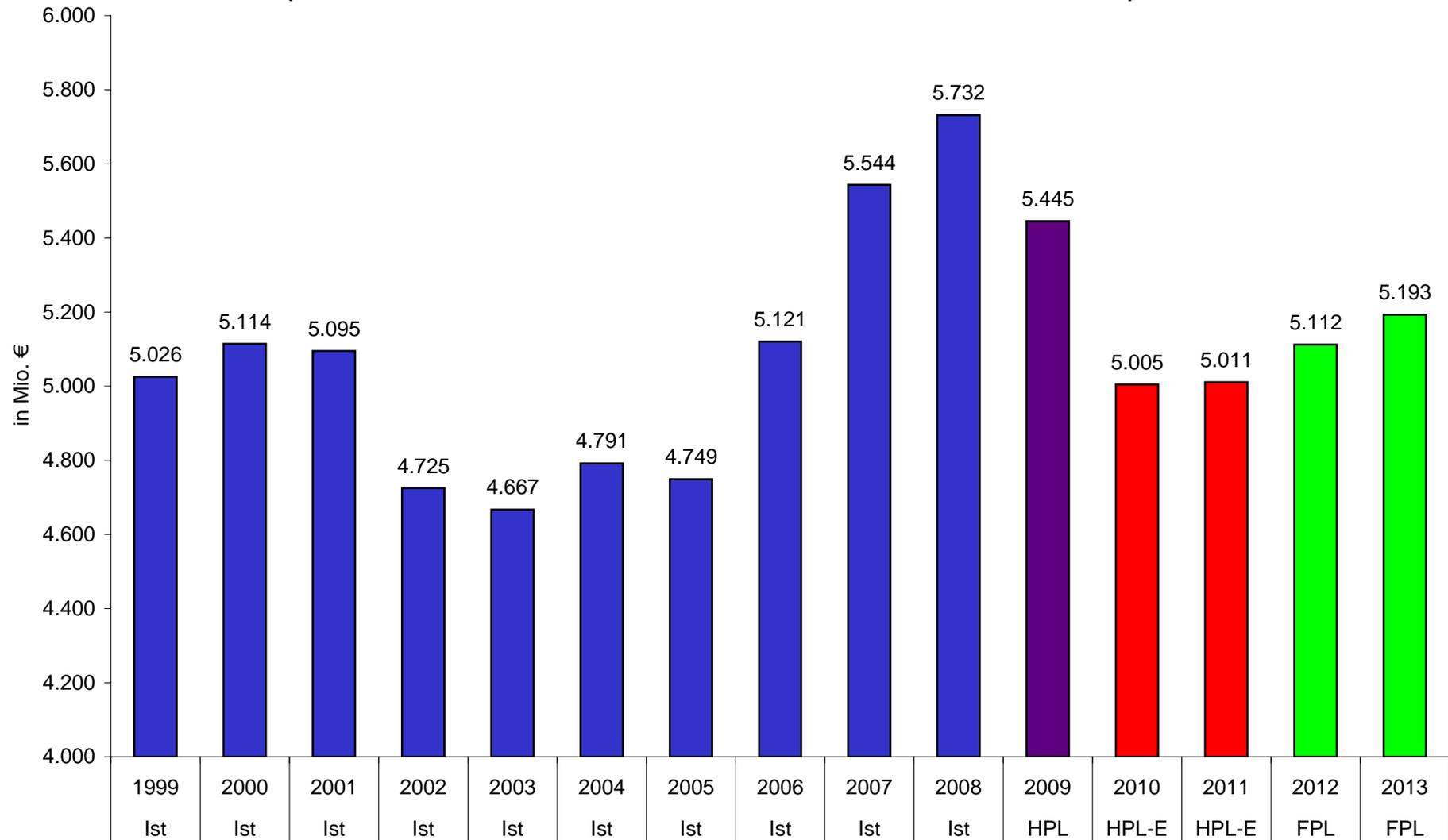
-212-

Entwicklung der Zinsausgaben 1999 - 2013



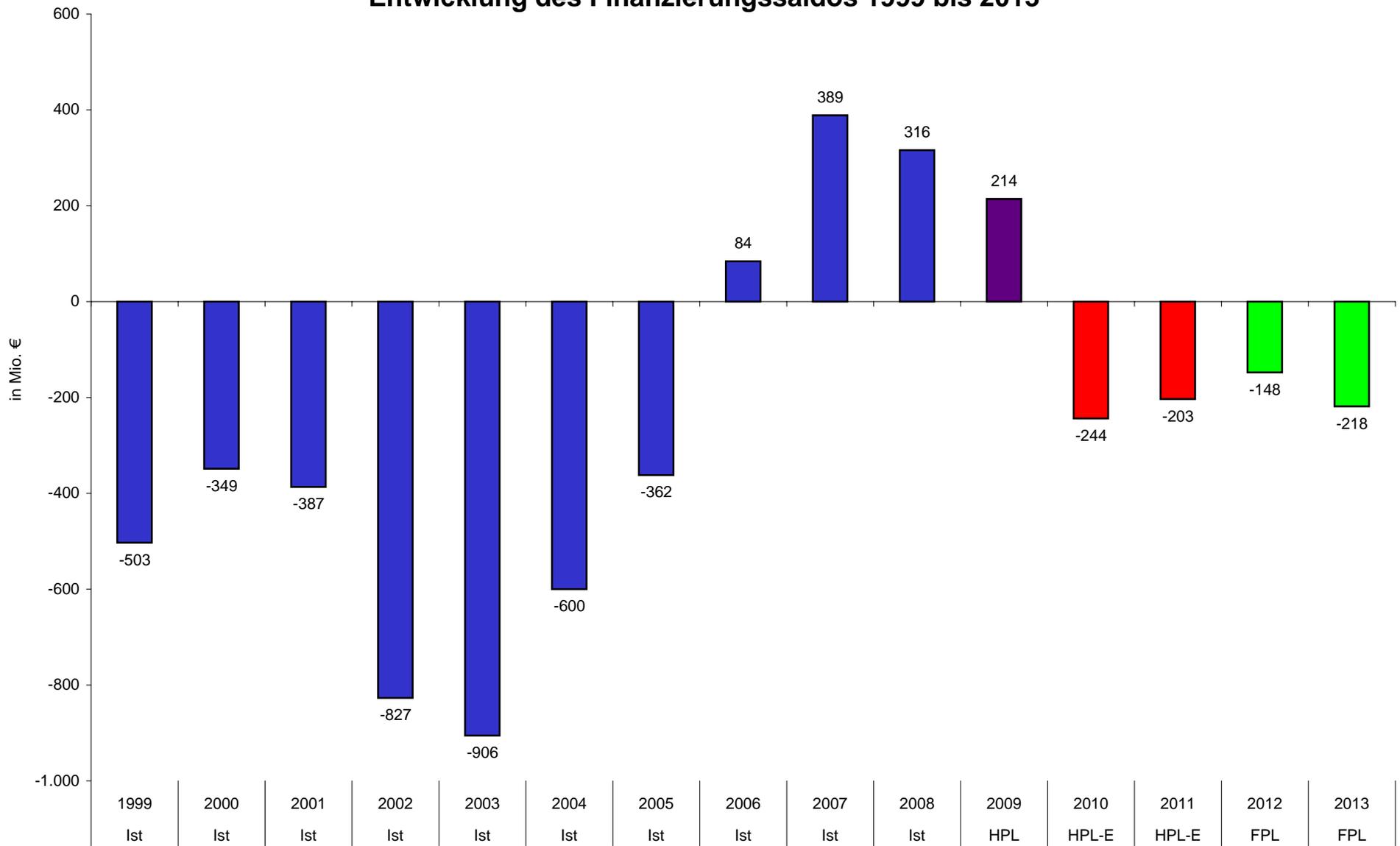
Entwicklung der Einnahmen aus Steuern, LFA, BEZ* 1999 - 2013

(*BEZ bis 2001 einschließlich IfG, ab 2005 107 Mio.€ mit SoBEZ Hartz IV)



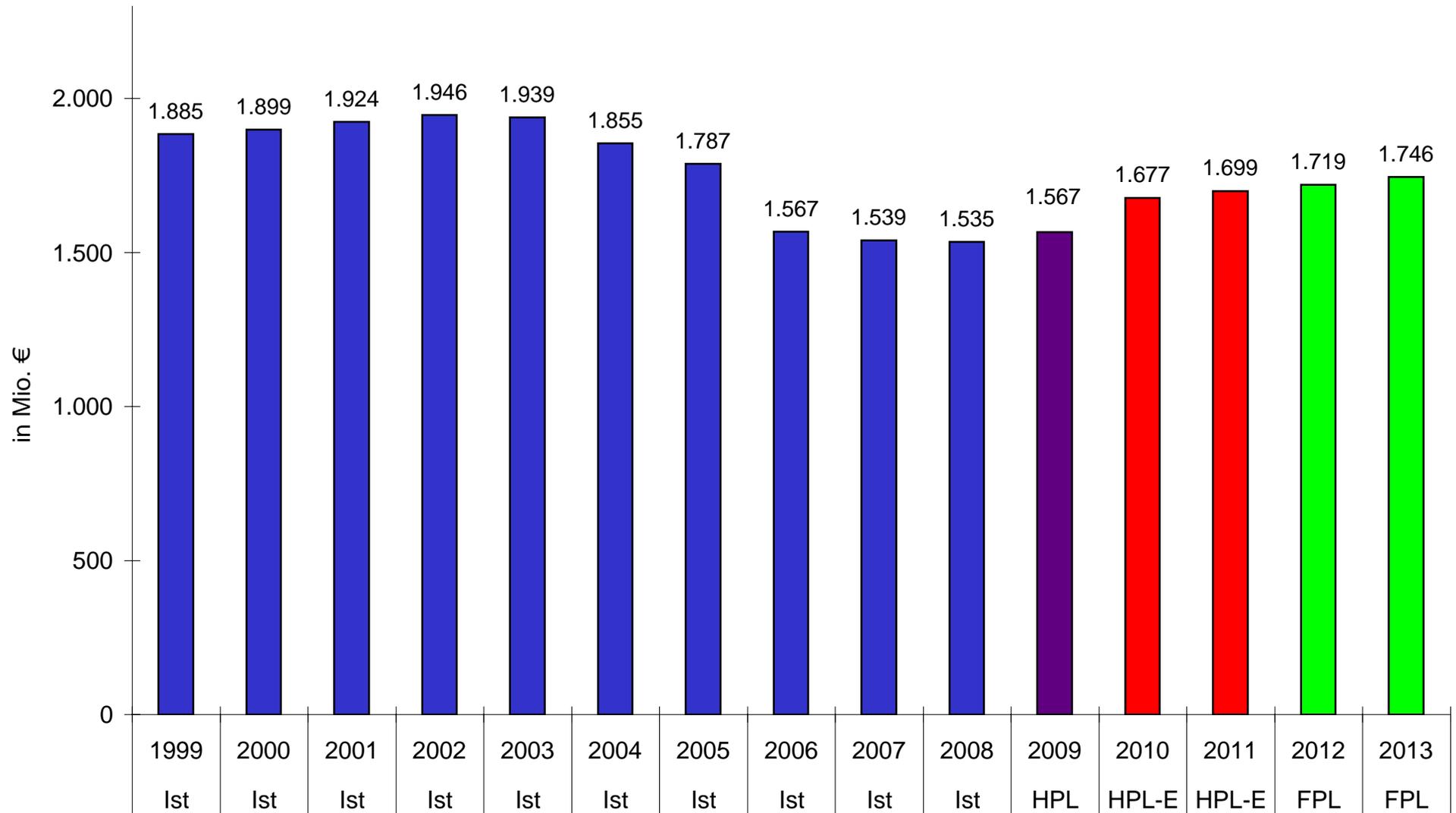
-214-

Entwicklung des Finanzierungssaldos 1999 bis 2013

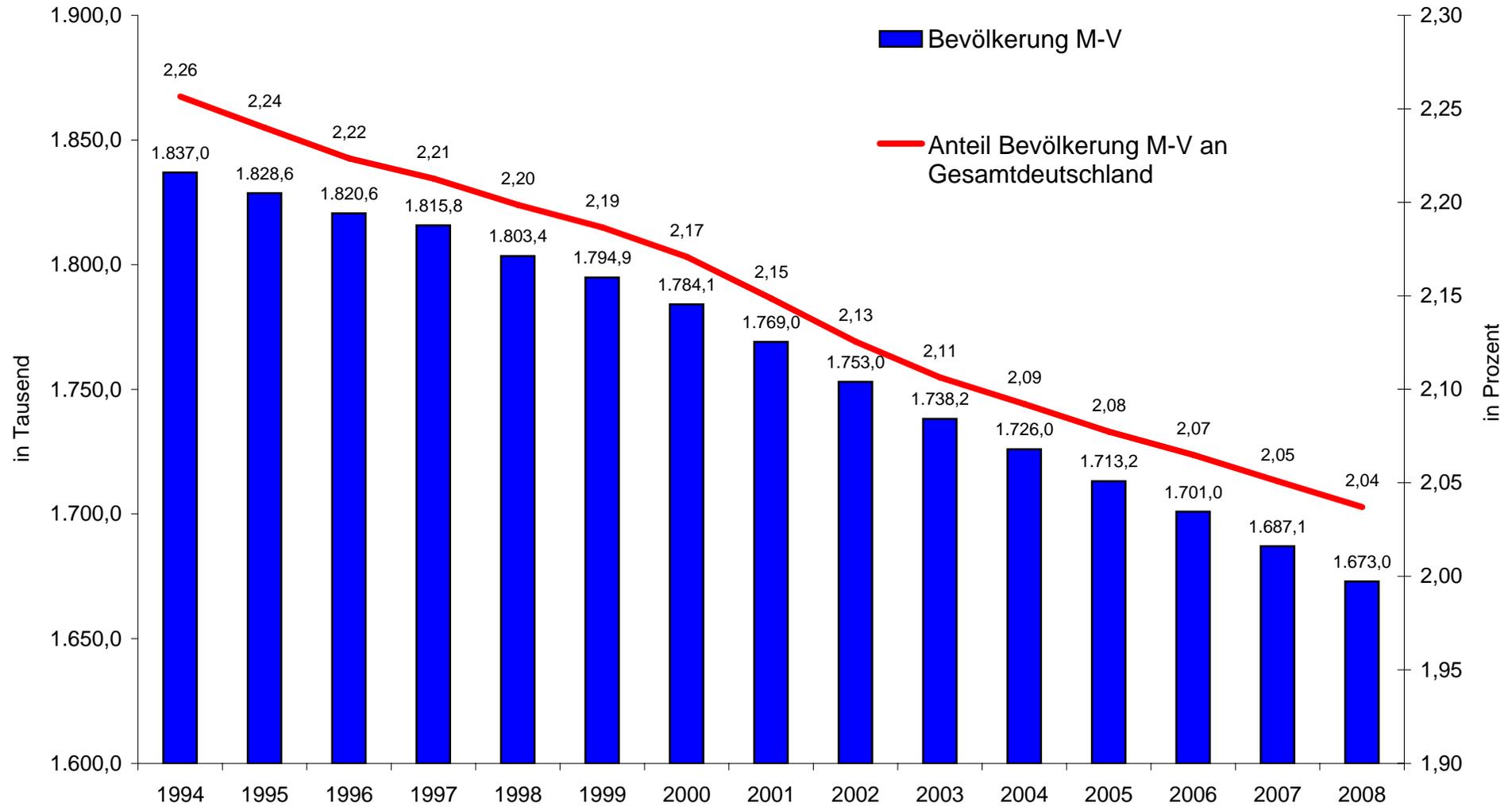


-215-

Entwicklung der Personalausgaben 1999 - 2013



Stand der Bevölkerung von Mecklenburg-Vorpommern und Anteil an der Gesamtbevölkerung der Bundesrepublik jeweils zum 30.06.



Anlage 16

Gesamtübersicht der Einnahmen und
Ausgaben seit 1999

Gesamtübersicht 1999 bis 2013

	Einnahmeart / Ausgabeart	Ist 1999	Ist 2000	Ist 2001	Ist 2002	Ist 2003	Ist 2004	Ist 2005	Ist 2006	Ist 2007	Ist 2008	HPL 2008	HPL 2009	HPL-E 2010	HPL-E 2011	FPL 2012	FPL 2013
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18
0	Haushaltsvolumen (Soll) Einnahmen	7.168,4	7.201,1	7.201,1	7.148,0	7.358,0	7.289,3	7.123,2	7.013,2	6.973,9	7.137,9	7.137,9	7.035,5	7.001,1	6.950,3	6.790,6	6.778,1
1	Steuern, LFA, BEZ	5.025,8	5.114,5	5.095,5	4.724,7	4.666,9	4.791,5	4.749,0	5.120,7	5.543,5	5.732,0	5.438,8	5.445,3	5.004,7	5.011,2	5.112,4	5.193,0
2	davon: -Mecklenburg-Vorpommern verbleibende Steuern	3.204,7	3.290,4	3.178,7	2.915,5	2.933,2	3.005,5	2.869,1	3.182,2	3.538,1	3.708,5	3.538,0	3.623,0	3.148,1	3.219,1	3.372,1	3.502,1
3	-Einnahmen aus dem Länderfinanzausgleich	478,8	490,5	498,5	393,8	368,6	416,7	417,9	467,1	525,8	550,5	443,0	432,0	416,0	421,0	440,0	456,0
4	-Einnahmen aus Bundesergänzungszuweisungen (BEZ) (1991-1994: FDE; 1995-2002: IfG)	1.342,3	1.333,6	1.418,3	1.415,5	1.365,1	1.369,3	1.462,0	1.471,4	1.479,6	1.473,0	1.457,8	1.390,4	1.440,6	1.371,1	1.300,3	1.234,9
5	Übrige laufende Einnahmen	1.046,3	1.038,4	1.039,8	980,3	985,7	1.023,5	1.162,7	1.119,0	1.041,4	1.000,4	1.020,2	984,3	1.035,5	989,0	986,8	979,6
6	davon: -Verwaltungseinnahmen	357,8	336,0	355,1	340,1	355,2	394,9	352,7	360,2	316,0	298,1	260,5	257,5	273,8	257,1	262,4	251,2
7	-aus Zuweisungen und Zuschüsse	680,6	690,3	674,4	639,3	629,8	627,9	809,1	758,2	724,6	701,4	758,8	726,1	761,0	730,9	723,6	727,7
8	-steuerähnliche Abgaben	7,9	12,1	10,3	0,9	0,7	0,7	0,9	0,6	0,7	0,9	0,9	0,7	0,7	0,9	0,8	0,7
9	-Globale Mehreinnahme	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
10	Summe der bereinigten laufenden Einnahmen	6.072,1	6.152,9	6.135,3	5.705,0	5.652,6	5.815,0	5.911,7	6.239,6	6.584,9	6.732,3	6.459,0	6.429,6	6.040,1	6.000,2	6.099,2	6.172,6
11	Spezielle Investitionseinnahmen	662,0	616,6	535,9	742,8	621,4	548,4	671,1	674,6	511,0	471,1	585,9	597,3	713,5	741,4	690,1	603,3
12	Bereinigte Gesamteinnahmen	6.734,1	6.769,5	6.671,2	6.447,8	6.274,0	6.363,4	6.582,8	6.914,3	7.095,9	7.203,4	7.044,8	7.026,9	6.753,6	6.741,6	6.789,3	6.775,9
13	Haushaltstechnische Verrechnungen	2,5	8,5	19,0	8,7	5,9	11,0	10,9	7,7	9,9	2,4	2,9	2,2	1,3	1,3	1,3	1,3
14	Entnahmen aus Rücklagen	66,9	20,0	77,8	22,0	36,8	23,8	102,2	19,2	26,0	83,5	79,5	6,4	246,2	207,3	0,0	0,8
15	Einnahmen aus Überschüssen der Vorjahre	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	10,7	10,7	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
16	Krediteinnahmen	470,7	365,7	331,6	532,6	1.033,5	844,0	330,6	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
17	Gesamteinnahmen	7.274,2	7.163,7	7.099,6	7.011,1	7.350,2	7.242,1	7.026,5	6.941,1	7.131,7	7.300,1	7.137,9	7.035,5	7.001,1	6.950,3	6.790,6	6.778,1
	Fehlbetrag(-) / Überschuss () Ausgaben				-283,3				10,7								
18	Personalausgaben	1.885,1	1.898,8	1.924,1	1.946,3	1.938,6	1.854,7	1.787,5	1.567,4	1.539,1	1.535,0	1.575,9	1.566,8	1.677,0	1.698,6	1.719,2	1.745,7
19	Zinsausgaben	415,7	435,9	455,3	468,3	472,2	473,5	461,8	459,3	461,0	433,4	470,8	470,2	419,3	454,5	487,1	511,6
20	Sach- und Fachausgaben	3.135,2	3.166,5	3.177,5	3.275,8	3.278,3	3.292,1	3.407,2	3.503,6	3.596,7	3.705,3	3.741,7	3.646,2	3.599,9	3.568,0	3.567,2	3.609,1
21	davon: - Kommunalen Finanzausgleich (laufende Mittel)	1.205,1	1.235,7	1.220,9	1.219,8	1.222,8	1.120,5	1.020,2	978,8	1.094,0	1.178,0	1.160,2	1.105,9	1.008,3	957,7	956,7	981,4
22	- Soziale Sicherung	672,9	711,3	802,6	855,2	851,1	878,8	1.036,9	1.065,4	1.076,7	1.082,3	1.100,4	1.107,4	1.116,3	1.126,3	1.133,2	1.136,8
23	- Schuldendiensthilfen	47,3	45,2	42,0	58,8	55,4	47,7	44,7	31,3	24,2	24,1	27,6	28,7	27,4	25,9	24,6	29,9
24	- sächliche Verwaltungsausgaben	307,7	310,7	322,6	332,7	333,1	354,1	375,1	341,6	356,5	347,7	368,1	369,0	379,8	385,7	378,7	376,2
25	- sonst. Sach- und Fachausgaben	902,2	863,5	789,4	809,2	815,9	891,0	930,3	1.086,6	1.045,4	1.073,1	1.085,4	1.035,3	1.068,1	1.072,5	1.074,0	1.084,8
26	Globale Mehr- / Minderausgabe	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,6	-5,9	0,6	0,6	19,8	30,7
27	Summe der bereinigten laufenden Ausgaben	5.435,9	5.501,2	5.556,8	5.690,3	5.689,1	5.620,3	5.656,4	5.530,2	5.596,8	5.673,7	5.789,0	5.677,3	5.696,9	5.721,7	5.793,3	5.897,1
28	Investitionsausgaben	1.800,9	1.616,8	1.501,0	1.584,2	1.490,5	1.342,9	1.288,4	1.299,9	1.110,4	1.213,6	1.170,1	1.135,2	1.300,5	1.223,3	1.143,7	1.097,2
29	davon: - Baumaßnahmen	252,9	266,4	236,1	186,2	184,5	235,0	235,4	246,0	216,9	193,1	221,1	224,7	252,2	255,3	224,0	216,6
30	- Investitionen (HGr. 8 ohne Zeile 31)	1.470,2	1.283,4	1.208,9	1.255,7	1.156,9	932,0	891,2	903,4	737,4	860,0	787,5	752,5	897,2	824,2	776,2	735,1
31	- Kommunalen Finanzausgleich (investive Mittel)	77,7	67,0	56,0	142,2	149,1	176,0	161,8	150,5	156,0	160,4	161,5	158,0	151,1	143,8	143,5	145,6
32	Bereinigte Gesamtausgaben	7.236,8	7.118,0	7.057,9	7.274,5	7.179,6	6.963,3	6.944,8	6.830,2	6.707,2	6.887,2	6.959,1	6.812,6	6.997,4	6.944,9	6.937,0	6.994,4
33	Haushaltstechnische Verrechnungen	2,5	8,5	19,0	8,7	5,9	11,0	10,9	7,7	9,9	2,4	2,9	2,2	1,3	1,3	1,3	1,3
34	Zuführungen an Rücklagen	34,9	37,2	22,7	11,2	44,7	104,5	70,8	92,5	174,7	310,5	75,9	70,7	2,5	4,0	5,0	6,0
35	Ausgaben zur Deckung von Fehlbeträgen aus Vorjahren	0,0	0,0	0,0	0,0	120,0	163,3	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
36	Netto-Tilgungen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	240,0	100,0	100,0	150,0	0,0	0,0	0,0	0,0
37	Gesamtausgaben (vor Untersetzung Handlungsbedarf)	7.274,2	7.163,7	7.099,6	7.294,4	7.350,2	7.242,1	7.026,5	6.930,4	7.131,7	7.300,1	7.137,9	7.035,5	7.001,1	6.950,3	6.943,4	7.001,7
38	Handlungsbedarf															-152,7	-223,6

	Einnahmeart / Ausgabeart	Ist 1999	Ist 2000	Ist 2001	Ist 2002	Ist 2003	Ist 2004	Ist 2005	Ist 2006	Ist 2007	Ist 2008	HPL 2008	HPL 2009	HPL-E 2010	HPL-E 2011	FPL 2012	FPL 2013
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18
39	Finanzierungssaldo (Zeile 12 - 32)	-502,8	-348,5	-386,7	-826,7	-905,6	-599,9	-362,0	84,1	388,7	316,2	85,7	214,4	-243,7	-203,3	-147,7	-218,4
40	davon: -laufender Haushalt (Zeile 10 - 27)	636,1	651,7	578,5	14,7	-36,5	194,6	255,3	709,4	988,1	1.058,7	670,0	752,3	343,2	278,5	305,9	275,5
41	-Investitionshaushalt (Zeile 11 - 28)	-1.138,9	-1.000,2	-965,2	-841,3	-869,2	-794,5	-617,3	-625,3	-599,4	-742,5	-584,2	-538,0	-587,0	-481,8	-453,6	-493,9
	Zusammensetzung des Finanzierungssaldos																
42	Netto-Kreditaufnahme (Zeile 16)	470,7	365,7	331,6	532,6	1.033,5	844,0	330,6	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
43	Netto-Entnahme ()/-Zuführung (-) Rücklagen (Zeile 14 - 34)	32,1	-17,2	55,1	10,7	-7,9	-80,8	31,4	-73,4	-148,7	-226,9	3,6	-64,4	243,7	203,3	-5,0	-5,2
44	H-Handlungsbedarf / F-Fehlbetrag / Ü-Überschuss					-120,0F	-163,3F	0,0	10,7Ü	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	152,7H	223,6H
45	Kreditfinanzierungs-Quote	6,5%	5,1%	4,7%	7,3%	14,4%	12,1%	4,8%	0,0%	0,0%	0,0%	0,0%	0,0%	0,0%	0,0%	0,0%	0,0%
	nachrichtlich Kommunaler Finanzausgleich:																
46	Kommunale Sach- / Fachausgaben	1.205,1	1.235,7	1.220,9	1.219,8	1.222,8	1.120,5	1.020,2	978,8	1.094,0	1.178,0	1.160,2	1.105,9	1.008,3	957,7	956,7	981,4
47	Kommunale Investitionsmittel	77,7	67,0	56,0	142,2	149,1	176,0	161,8	150,5	156,0	160,4	161,5	158,0	151,1	143,8	143,5	145,6
47a	darunter: Infrastrukturpauschale				76,7	85,3	52,4	35,1	20,1	20,0	20,0	20,0	20,0	0,0	0,0	0,0	0,0
48	Kommunaler Finanzausgleich gesamt	1.282,8	1.302,7	1.277,0	1.362,0	1.371,8	1.296,5	1.181,9	1.129,3	1.250,0	1.338,4	1.321,7	1.263,9	1.159,4	1.101,5	1.100,2	1.126,9
49	Sonderleistungen an Kommunen							19,3									
50	Gesamt-Verschuldung (Haushaltsjahr)	7.456,4	7.822,0	8.153,6	8.686,2	9.719,8	10.567,3	10.897,9	10.897,9	10.657,9	10.557,9	10.557,9	10.407,9	10.407,9	10.407,9	10.407,9	10.407,9

Finanzwirtschaftliche Eckzahlen 1999 bis 2013

	Bezeichnung	Ist 1999 zu Ist 1998	Ist 2000 zu Ist 1999	Ist 2001 zu Ist 2000	Ist 2002 zu Ist 2001	Ist 2003 zu Ist 2002	Ist 2004 zu Ist 2003	Ist 2005 zu Ist 2004	Ist 2006 zu Ist 2005	Ist 2007 zu Ist 2006	Ist 2008 zu Ist 2007	2009 zu Ist 2008	2010 zu 2009	2011 zu 2010	2012 zu 2011	2013 zu 2012	
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18
A. Zuwachsraten																	
1	Steuern, LFA, BEZ	3,3%	1,8%	-0,4%	-7,3%	-1,2%	2,7%	-0,9%	7,8%	8,3%	3,4%	-5,0%	-8,1%	0,1%	2,0%	1,6%	
2	Meckl.-Vorp. verbleibende Steuern	4,1%	2,7%	-3,4%	-8,3%	0,6%	2,5%	-4,5%	10,9%	11,2%	4,8%	-2,3%	-13,1%	2,3%	4,8%	3,9%	
3	Einnahmen aus dem Länderfinanzausgleich	9,4%	2,4%	1,6%	-21,0%	-6,4%	13,1%	0,3%	11,8%	12,6%	4,7%	-21,5%	-3,7%	1,2%	4,5%	3,6%	
4	Einnahmen aus Bundesergänzungszuweisungen (BEZ) (bis 1994: Einnahmen aus dem Fonds "Deutsche Einheit")	-0,3%	-0,7%	6,3%	-0,2%	-3,6%	0,3%	6,8%	0,6%	0,6%	-0,4%	-5,6%	3,6%	-4,8%	-5,2%	-5,0%	
5	Übrige laufende Einnahmen	-1,6%	-0,8%	0,1%	-5,7%	0,6%	3,8%	13,6%	-3,8%	-6,9%	-3,9%	-1,6%	5,2%	-4,5%	-0,2%	-0,7%	
6	Bereinigte laufende Einnahmen	2,5%	1,3%	-0,3%	-7,0%	-0,9%	2,9%	1,7%	5,5%	5,5%	2,2%	-4,5%	-6,1%	-0,7%	1,6%	1,2%	
7	Spezielle Investitionseinnahmen	-9,5%	-6,8%	-13,1%	38,6%	-16,4%	-11,7%	22,4%	0,5%	-24,3%	-7,8%	26,8%	19,5%	3,9%	-6,9%	-12,6%	
8	Bereinigte Gesamteinnahmen	1,1%	0,5%	-1,5%	-3,3%	-2,7%	1,4%	3,4%	5,0%	2,6%	1,5%	-2,5%	-3,9%	-0,2%	0,7%	-0,2%	
9	Personalausgaben	1,8%	0,7%	1,3%	1,2%	-0,4%	-4,3%	-3,6%	-12,3%	-1,8%	-0,3%	2,1%	7,0%	1,3%	1,2%	1,5%	
10	Schuldendienst und Schuldendiensthilfen (ohne Tilgung von Kreditmarktmitteln)	10,7%	3,9%	3,4%	6,0%	0,1%	-1,2%	-2,8%	-3,2%	-1,1%	-5,7%	9,0%	-10,5%	7,6%	6,5%	5,8%	
11	Sach- und Fachausgaben	-3,8%	1,0%	0,3%	3,1%	0,1%	0,4%	3,5%	2,8%	2,7%	3,0%	-1,6%	-1,3%	-0,9%	0,0%	1,2%	
	davon:																
12	- Kommunalen Finanzausgleich	-1,5%	2,5%	-1,2%	-0,1%	0,2%	-8,4%	-9,0%	-4,1%	11,8%	7,7%	-6,1%	-8,8%	-5,0%	-0,1%	2,6%	
13	- Soziale Sicherung	94,3%	5,7%	12,8%	6,6%	-0,5%	3,3%	18,0%	2,7%	1,1%	0,5%	2,3%	0,8%	0,9%	0,6%	0,3%	
14	- Sächliche Verwaltungsausgaben	-0,9%	1,0%	3,8%	3,1%	0,1%	6,3%	5,9%	-8,9%	4,4%	-2,5%	6,1%	2,9%	1,5%	-1,8%	-0,7%	
15	- sonstige Sach- und Fachausgaben	-32,7%	-4,3%	-8,6%	2,5%	0,8%	9,2%	4,4%	16,8%	-3,8%	2,7%	-3,5%	3,2%	0,4%	0,1%	1,0%	
16	Bereinigte laufende Ausgaben	-1,0%	1,2%	1,0%	2,4%	0,0%	-1,2%	0,6%	-2,2%	1,2%	1,4%	0,1%	0,3%	0,4%	1,3%	1,8%	
17	Investitionsausgaben	-2,1%	-10,2%	-7,2%	5,5%	-5,9%	-9,9%	-4,1%	0,9%	-14,6%	9,3%	-6,5%	14,6%	-5,9%	-6,5%	-4,1%	
18	Bereinigte Gesamtausgaben	-1,3%	-1,6%	-0,8%	3,1%	-1,3%	-3,0%	-0,3%	-1,7%	-1,8%	2,7%	-1,1%	2,7%	-0,7%	-0,1%	0,8%	
19	Gesamtausgaben (vor Umkehrung Handlungsbedarf)	-1,2%	-1,5%	-0,9%	2,7%	0,8%	-1,5%	-3,0%	-1,4%	2,9%	2,4%	-3,6%	-0,5%	-0,7%	-0,1%	0,8%	
Finanzwirtschaftliche Eckzahlen 1999 bis 2013		Ist 1999	Ist 2000	Ist 2001	Ist 2002	Ist 2003	Ist 2004	Ist 2005	Ist 2006	Ist 2007	Ist 2008	2008	2009	2010	2011	2012	2013
B. Quoten																	
20	Steuerdeckungsquote Meckl.-Vorp. verbl. Steuern im Verhältnis zu den bereinigten Gesamtausgaben (einschl. Einnahmen aus dem Länderfinanzausgleich und Zuweisungen vom Bund zum Ausgleich weggefallener Einnahmen aus der Kfz-Steuer und LKW-Maut)	50,9%	53,1%	52,1%	45,5%	46,0%	49,1%	47,3%	53,4%	60,6%	61,8%	57,2%	59,5%	53,3%	54,8%	57,3%	58,9%
21	Steuerdeckungsquote II Meckl.-Vorp. verbl. Steuern im Verhältnis zu den bereinigten Gesamtausgaben (einschl. Einnahmen aus dem Länderfinanzausgleich, Fehlbetrags-BEZ und Zuweisungen vom Bund zum Ausgleich weggefallener Einnahmen aus der Kfz-Steuer und LKW-Maut)	53,5%	55,8%	54,7%	47,8%	48,3%	51,6%	49,7%	56,0%	63,2%	64,7%	60,1%	62,4%	55,7%	57,3%	59,9%	61,7%
22	Kreditfinanzierungsquote Netto-Kreditaufnahme im Verhältnis zu den bereinigten Gesamtausgaben	6,5%	5,1%	4,7%	7,3%	14,4%	12,1%	4,8%	0,0%	0,0%	0,0%	0,0%	0,0%	0,0%	0,0%	0,0%	0,0%
23	Finanzierungsdefizitquote Finanzierungsdefizite im Verhältnis zu den bereinigten Gesamtausgaben	6,9%	4,9%	5,5%	11,4%	12,6%	8,6%	5,2%	-1,2%	-5,8%	-4,6%	-1,2%	-3,1%	3,5%	2,9%	2,1%	3,1%
24	Investitionsquote Investitionen im Verhältnis zu den bereinigten Gesamtausgaben	24,9%	22,7%	21,3%	21,8%	20,8%	19,3%	18,6%	19,0%	16,6%	17,6%	16,8%	16,7%	18,6%	17,6%	16,5%	15,7%
25	Personalausgabenquote Personalausgaben im Verhältnis zu den bereinigten Gesamtausgaben	26,0%	26,7%	27,3%	26,8%	27,0%	26,6%	25,7%	22,9%	22,9%	22,3%	22,6%	23,0%	24,0%	24,5%	24,8%	25,0%
26	Sach- und Fachausgabenquote Sach- und Fachausgaben im Verhältnis zu den bereinigten Gesamtausgaben	43,3%	44,5%	45,0%	45,0%	45,7%	47,3%	49,1%	51,3%	53,6%	53,8%	53,8%	53,5%	51,4%	51,4%	51,4%	51,6%
27	Zins-Steuer-Quote Zinsausgaben im Verhältnis zu den Meckl.-Vorp. verbleibenden Steuern (einschl. Einnahmen aus Länderfinanzausgleich)	11,3%	11,5%	12,4%	14,1%	14,3%	13,8%	14,0%	12,6%	11,3%	10,2%	11,8%	11,6%	11,8%	12,5%	12,8%	12,9%
28	Zins-Ausgaben-Quote Zinsausgaben im Verhältnis zu den bereinigten Gesamtausgaben	5,7%	6,1%	6,5%	6,4%	6,6%	6,8%	6,6%	6,7%	6,9%	6,3%	6,8%	6,9%	6,0%	6,5%	7,0%	7,3%
29	Netto-Tilgungsquote Netto-Tilgungen im Verhältnis zu den bereinigten Gesamtausgaben	0,0%	0,0%	0,0%	0,0%	0,0%	0,0%	0,0%	0,0%	3,6%	1,5%	1,4%	2,2%	0,0%	0,0%	0,0%	0,0%